Heute: Die Stunde der Wahrheit

Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 23 / Folge 14 Hamburg 13, Parkallee 84 / 1. April 1972 3 J 5524 C

Bonn droht keine Isolierung

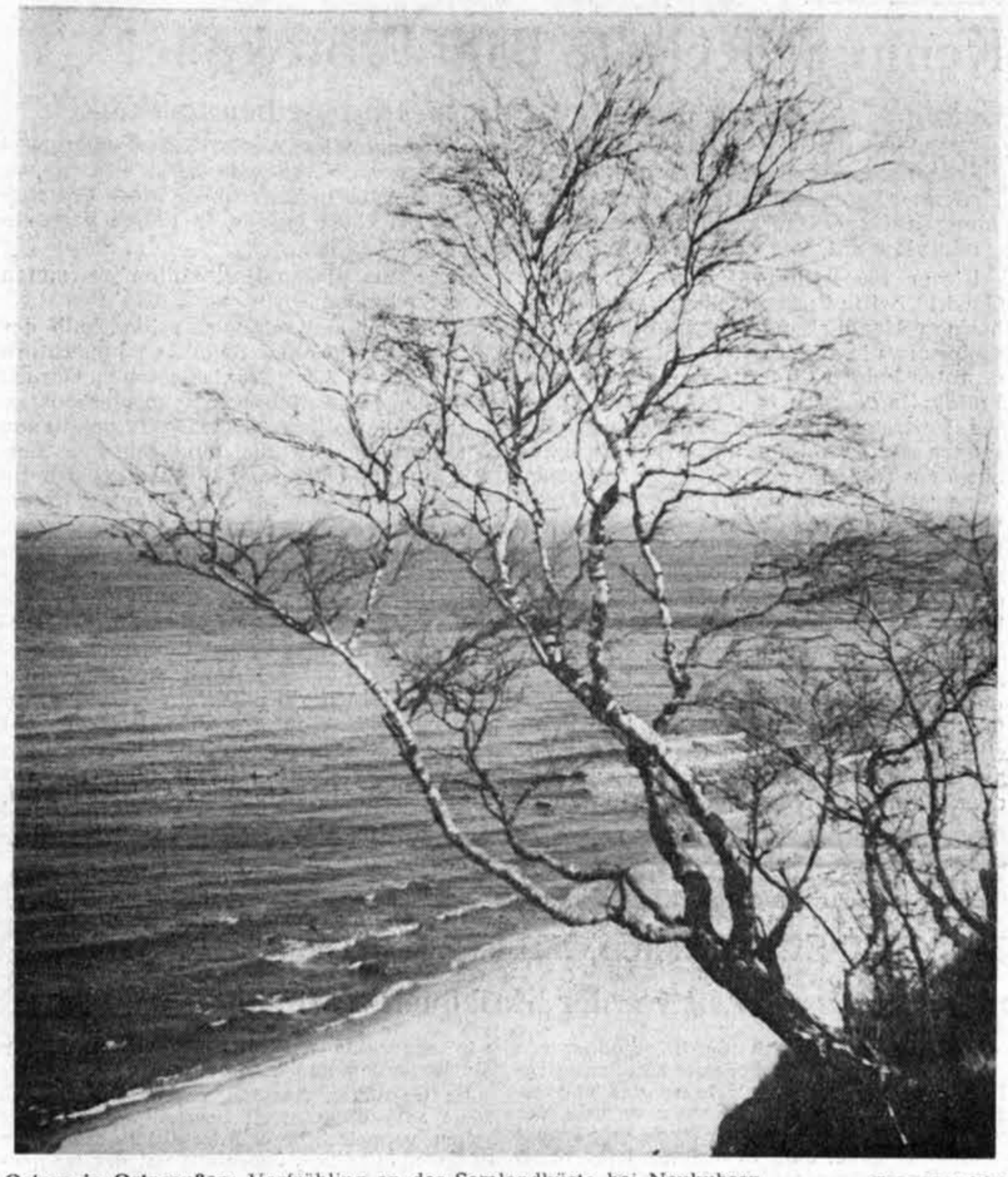
Eine Ablehnung der Ostverträge würde westliches Bündnis nicht in Frage stellen

Bonn — Während seitens der Bundesregierung der Eindruck erweckt wird, eine Nichtratifizierung der Ostverträge werde die Bundesrepublik in eine Isolierung bringen, kann als sicher angenommen werden, daß das Verhältnis zu den Westmächten auch in diesem Falle nicht getrübt werden wird. Bei der jetzt in Königswinter durchgeführten deutsch-englischen Tagung hat ein Vertreter des Foreign Office eindeutig erklärt, eine Nichtratifizierung werde Großbritannien nicht veranlassen, seine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, die dem Frieden in Europa diene, aufzugeben. Die britische Regierung habe der Ostpolitik Brandts zwar zugestimmt: wenn die Verträge vom Bundestag jedoch nicht ratifiziert würden, so werde sich Großbritannien neutral verhalten, da es zu den Grundregeln der Demokratie gehöre, wenn die Opposition im Parlament ihren Willen gegen die Regierung durchsetze.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat Premier Heath dies u. a. auch gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Pompidou erklärt, der zu dieser Auffassung seine ausdrückliche Zustimmung gab. Auch Frankreich, so habe Pompidou erklärt, denke nicht daran, im Falle einer Nichtratifizierung seine guten vertraglichen Beziehungen zur Bundesrepublik zu lösen. Die dann entstehende Lage werde vielmehr erst recht eine engere Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn erfordern. Auch wenn die deutsche Opposition ans Ruder komme, werde dies das deutsch-französische Verhältnis nicht beeinträchtigen. Frankreich werde vielmehr zu jeder Hilfestellung bereit sein, die die Lage eventuell erforderlich mache.

Eine entsprechende Haltung wird auch aus den USA berichtet. Zwar übt man hier amtlich nach wie vor äußerste Zurückhaltung, jedoch wird unmißverständlich betont, daß eine etwaige Nichtratifizierung das westliche Bündnis nicht infrage stellen werde.

E. B.



Ostern in Ostpreußen: Vorfrühling an der Samlandküste bei Neukuhren Foto Mauritius

Jetzt Umerziehung „im Geist von Warschau"

Zu den deutsch-polnischen Schulbuchverhandlungen — Geschichte des deutschen Ostens fälschen?

Bonn — „Die Geschichte des deutschen Ostens läßt sich nicht willkürlich umschreiben." Das erklärte Bundeskanzler Brandt anläßlich der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages am 7. Dezember 1970. In Kenntnis des Verhandlungsverlaufes wußte er nur zu gut, was an polnischen Wünschen, an Forderungen, an Interventionen „im Geist des Vertrages" auf uns zukommt. Das Ansinnen nämlich, nicht nur den deutschen Osten Polen zuzuschreiben und für alle Zeit abzuschreiben, sondern auch die Geschichte der deutschen Ostkolonisation, die Geschichte des deutschen Ostens, die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen von Grund auf umzuschreiben. Mit anderen Worten, tabula rasa zu machen. Und das nicht erst nach Ratifizierung des Warschauer Vertrages, sondern Zug um Zug mit dem Ratifizierungsprozeß, sozusagen „in einem Aufwaschen".

Wie dringlich es dem Warschauer Regime mit der geschichtlichen Umschulung ist, ließ der polnische Vizeaußenminister Willmanns ungeniert schon im April vorigen Jahres erkennen, als er in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" „Konsequenzen" aus dem Vertrag für das deutsche Bildungssystem, als er „Reinigung von Diffamierung und Verzerrung" forderte. Über Radio Warschau erfuhr man dann, was in Bonn streng vertraulich behandelt wurde: daß Willmann diese Forderung auch in Gesprächen im Kanzleramt und im Außenamt erhoben hatte! „Sehr stark unterstrichen haben wir", so der Polensender wörtlich, „die Frage einer Revision von Schulbüchern der Bundesrepublik, vor allem von Geschichts- und Erdkundebüchern, die sich auf unser Land beziehen".

„Unser Land", das ist im Sinne Willmanns Polen mit Einschluß der deutschen Ostgebiete, jener Länder oder Provinzen, die in einer einzigartigen, durch Jahrhunderte hin sich erstreckenden Kulturtat, in einem biologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verschmelzungsprozeß Teil des deutschen Volkskörpers, des Reichsbestandes geworden sind und die in wechselseitigen Beziehungen unermeßlichen kulturellen Gewinn für beide Völker und für die Welt erbracht haben.

Kaum war die Umerziehungsparole von Warschau ausgegeben, von der polnischen Presse eifrigst propagiert, als sich auch schon Scharen polnischer „Experten" auf den Weg in die Bundesrepublik machten, um vorbereitende Basisarbeit zu leisten. Bevorzugter Stützpunkt war die Evangelische Akademie in West-Berlin mit dem roten Umerziehungspastor Berndt an der Spitze. Von hier aus wurden die allzu willfährigen, publizistischen Medien, vor allem das Fernsehen, eingespannt. Weitere Ansatzpunkte waren die Schulbuch-Verlage und das Internationale Schulbuch-Institut in Braunschweig, das schon in früheren Jahren, damals politisch nicht beeinflußte Schritte in dieser Richtung unternommen hatte. Auch bei den SPD/FDP-orientierten Kultusministerien sprachen die Herren aus Warschau vor und fanden offene Türen und Herzen.

Im amtlichen Bonn stellte man sich jedoch auf Anfragen hin taub. Bis dann durchsickerte und schließlich zugegeben wurde, daß der Außenminister das Braunschweiger Schulbuch-Institut beauftragt hatte, dem Drängen Warschaus unverzüglich zu entsprechen und Schulbuch-Verhandlungen einzuleiten. Aus hohler Hand mußte ein Experten-Komitee zusammengestellt werden, das dann flugs und ohne gründliche, sachliche und organisatorische Vorbereitung nach Warschau reiste, um den gründlich vorbereiteten polnischen Gesprächspartnern, die in vierfacher Anzahl vertreten waren, zu Verhandlungen zur Verfügung zu stehen.

Das ganze Unternehmen läuft unter der quasi-neutralen Firma von Verhandlungen zweier UNESCO-Kommissionen. Was sich hinter diesem Etikett verbirgt, ist leicht aus der Visitenkarte der Leiter der Kommissionen zu entnehmen. Für die deutsche Seite zeichnet Prof. Dr. Georg Eckert verantwortlich, der in Gesprächen kein Hehl daraus macht, daß er als gestandener SPD-Mann auf die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung eingeschworen und und keineswegs Kenner der polnischen und ostdeutschen Geschichte ist. Namhafte und kundige Vertreter dieser Wissenschaft, die dieser Kommission mit angehören, werden es unter der Braunschweiger Regie nicht leicht haben, sachliche Gesichtspunkte in den Verhandlungen durchzusetzen. Für den Vorsitz der polnischen Kommission zeichnet Prof. Dr. Wladyslaw Markiewicz, langjähriger Direktor des polnischen West-Institutes, des sogenannten Ministeriums für die Einverleibung der deutschen Ostgebiete.

Noch während der Bundestagsdebatte über die Ostverträge konnte Herbert Wehner freudestrahlend bekanntgeben, daß mit den Schulbuch-Verhandlungen ein weiterer Akt der Verständigung eingeleitet worden sei. Die Verständigung allerdings dürfte, wie die Nachrichten über die ersten Ergebnisse erkennen lassen, wieder einmal sehr einseitig vonstatten gehen. In der ersten Fünf-Tage-Runde der Verhandlungen wurden von deutscher Seite nahezu sämtliche polnischen Forderungen akzeptiert und was auf ersten Anhieb nicht hingenommen werden konnte, wurde für späterhin ausgeklammert. Von der deutschen Kommissionsleitung wurde in zahlreichen Interviews das Ergebnis als großer Erfolg (für Polen?) ausgegeben, noch ehe die erarbeiteten Thesen auch nur veröffentlicht worden sind.

Während in der ersten Runde fast ausschließlich die deutsche Schulbuch-Frage behandelt wurde, sollen in der zweiten Runde, die schon im Mai in Bonn stattfinden wird, auch polnische Schulbücher in Betracht bezogen werden. Im Gegensatz zum bundesrepublikanischen Schulwesen ist das polnische Schulwesen bekanntlich straff zentral auf die totalitäre parteipolitische Doktrin ausgerichtet. Man darf gespannt sein, ob es der deutschen Seite gelingt, der polnischen Seite auch nur ein Minimum an Kompromissen abzuhandeln.

Clemens J. Neumann

Worauf es ankommt

H. W. — *In Bonn läßt man sich schon einiges einfallen, um den Vertrag mit Moskau über die Hürden zu bringen. Minister Schiller, der eigentlich erschreckt sein müßte über die Folgen des ihm vorgeworfenen Nepotismus, versuchte statt dessen, bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichtes im Bundestag sein Auditorium damit zu erschrecken, daß er die Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Moskau ohne die Ratifizierung des politischen Vertrages für ausgeschlossen hält. Mit solchem Schreckgespenst sollten wohl vor allem jene zur Raison gebracht werden, denen Wirtschaft und Handel das A und O allen Seins sind und die in Unkenntnis der wirklichen Realitäten von goldenen Bergen träumen.*

Angesichts solchen Ministerdonners ist es verdienstvoll, daß Otto Wolff von Amerongen, Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, jetzt davon gesprochen hat, es diene nicht der Sache, wenn man bei den Auseinandersetzungen um die Ostverträge nun mit wirtschaftlichen Argumenten aufwarte, um eben dadurch den „Abschluß schmackhafter zu machen".

Die Sowjets werden sich in ihren Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik ausschließlich von ihren eigenen Interessen leiten lassen. Auch ein deutsch-sowjetischer Vertrag kann für sie kein Grund sein, der deutschen Wirtschaft Aufträge zuzuschreiben, die sie anderswo günstiger unterbringen könnte. Heute noch ist der Anteil des deutsch-sowjetischen Warenverkehrs am Gesamtaußenhandel der Bundesrepublik mehr als gering — er liegt knapp über 1 Prozent. So sehr unsere Wirtschaft verständlicherweise auch an einer echten Ausweitung interessiert sein muß, so können — um noch einmal Wolff von Amerongen zu zitieren — wirtschaftliche Argumente den Abschluß nicht schmackhafter machen. Wirtschaftler (oder vielleicht nur Händler), die sich in ein solches Geschäft verbohren, sehen nicht nur an den Realitäten vorbei, sondern scheinen auch Lenins Wort nicht zu kennen, wonach die Kapitalisten auch noch die Stricke liefern, an denen sie eines Tages aufgehangen werden . . .

Noch weniger als das wirtschaftliche zieht das politische Argument. Scheels „Brief zur deutschen Einheit", erst beim Archivdirektor des sowjetischen Außenamtes abgelegt, der jetzt dem Obersten Sowjet zur Kenntnis gebracht werden soll, wird damit doch keineswegs zum Vertragsbestand. Selbst wenn die Abgeordneten in Moskau zur Kenntnis nehmen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland feststellt, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt" — was soll's? Hat nicht Breschnew gerade erst am 20. März die dauernde Sicherung der Eigenstaatlichkeit der „DDR" als das Ziel seiner Politik erklärt? So gesehen, ist Breschnews Rede sogar in dem Sinne zu werten, daß dieses einseitig vorgebrachte Verlangen auf Wiedervereinigung in keiner Weise anerkannt wird. Die Kommunisten in Ost-Berlin lassen keinen Zweifel darüber, wie sie sich einen „gesamtdeutschen Souverän" vorstellen würden und unseren Zweiflern müßte doch längst aufgegangen sein, daß sie auf dem Wege nach Utopia befinden. Die „DDR" strebt eine noch engere Verschmelzung mit Moskau an, auf den Gebieten der Außenpolitik, der Ideologie, der Technik und der Kultur — und in Bonn klammert man sich an Scheels Brief, der das Recht auf die deutsche Einheit beschwören soll. Bleibt die Frage: will man uns die Sache auf diese Weise schmackhaft machen? Das wäre schon schlimm. Aber glaubt man selbst daran? Dann wäre es noch viel schlimmer. In jedem Fall ist es ein Trauerspiel.

In Fragen, die so die Existenz unserer Nation angehen wie der Komplex, der jetzt Gegenstand heftiger Auseinandersetzung ist, hätten wir uns eine große Gemeinsamkeit quer durch alle Parteien gewünscht. Es war die Regierung, die glaubte, ihre Politik ohne oder gar gegen die Opposition durchsetzen zu können. Sie hat Tatsachen geschaffen, von denen sie wissen mußte, daß im Parlament keine Mehrheit dafür zu bekommen war. Das kann für die Regierung peinlich — für die Deutschen aber braucht das keineswegs ein Unglück zu sein.

Wie dem aber immer auch sei, es ist die Pflicht unseres Parlaments, den Vertrag genau zu prüfen und abzuwägen, was er uns bringt und wie er uns schaden könnte. Es ist nicht entscheidend, daß eine Regierung im Amt bleibt, entscheidend ist vielmehr, daß unser Volk keinen Schaden nimmt: heute nicht und auch nicht in der Zukunft. Darauf allein kommt es an!



NEUES AUS BONN

Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hatte in der vergangenen Woche (pfeiferauchend und Coca Cola-trinkend) einen zweieinhalbstündigen Streit mit dem Teil der Verteidigungsausschußmitglieder, die den sogen. „Maulkorberlaß" des Generalinspekteurs de Maizière kritisiert hatten. Bei der Frage, wer bei der Bundeswehr beliebt sei und wer nicht, schrie man sich förmlich an, zieh' sich der „Kleinkariertheit", wobei dann Minister Schmidt, an die Adresse der kritischen Ausschußmitglieder gerichtet, ausrief: „Sie haben keinen Anspruch auf die volle Wahrheit, sondern nur auf die Regierungswahrheit!" — Selbst sozialdemokratische MdB's äußerten nach der Sitzung: Der Helmut hat keine Nerven mehr ... Dabei macht der Verteidigungsminister äußerlich den Eindruck, als habe er die nach seiner Asienreise rapide verlorenen Pfunde weitgehend wieder aufgeholt und als ob er nur noch unter den Nachwirkungen (gelbgefärbter Teint) eines Leber-Galle-Schadens zu leiden scheine. — Hermann Höcherl, ehem. Bundesernährungsminister, feiert am 31. März seinen 60. Geburtstag. — Herbert Wehner, Fraktionsvorsitzender der SPD, antwortete am vorletzten Sonnabend (18. 3.) in der ZDF-Fernsehreihe „Bonner Perspektiven" seinem Interviewer Peter Hopen auf die Frage, ob es über die Vertrauensfrage (zu den Ostverträgen) zu Neuwahlen kommen könne, u. a. mit dem Satz: „Es kann ja sein, daß jemand einen Herzschlag kriegt. Lassen Sie mich das ganz nüchtern in Klammern sagen. Da man hier ja so nüchtern ist und gerne lieber Tote haben will, kann's ja passieren." — Die spätere Wiedergabe des Interview-Wortlautes in den SPD-Mitteilungen der Parteizentrale übersprang diese kritische Passage ganz einfach mit dem eingeklammerten Hinweis: („Hier folgt ein auf dem Tonband unverständlicher Satz"). — Immerhin hatten ihn aber am Sonnabendabend Millionen Fernsehteilnehmer mit eigenen Ohren gehört. — Kanzleramtsminister Horst Ehmke meinte gegenüber Freunden im Kanzleramt zum Fall Prof. Machens: „Der Schiller kann sich ja mal wieder scheiden lassen, dann ist Machens nicht mehr mit ihm verwandt und kann Chef der Bodenforschungsanstalt bleiben."



„Jetzt würde ich gern was über m e i n e Interessen hören!" Hicks in „Die Welt"

Ostverträge:

Kennt Scheel die Bahr-Protokolle?

Geheim-Notizen über Gromyko-Gespräche bleiben im dunkeln

HAMBURG — Er müsse bezweifeln, daß Außenminister Walter Scheel überhaupt Kenntnis von den geheimen Protokollnotizen über die Gespräche habe, die Staatssekretär Egon Bahr mit dem sowjetischen Außenminister geführt habe. Diese Feststellung traf der bisherige Botschafter beim Vatikan, Dr. Hans Berger, in einem Fernsehinterview mit dem ZDF-Magazin.

Dieser Feststellung kommt besonderes Gewicht bei in Zusammenhang mit der bisherigen Handhabung durch die Bundesregierung, die auch den Vertretern des Bundesrates keinen direkten Einblick in diese Protokolle gewährt hat. Bekanntlich haben die Vertreter des Bundesrates lediglich Fragen stellen können und es wurde ihnen aus den Texten vorgelesen, wobei es im Ermessen der Beamten der Bundesregierung lag, die für die Antworten ausgewählten Passagen zu bestimmen. Auch dem Oppositionsführer ist bisher noch kein Einblick gewährt worden, obwohl Barzel strikte Geheimhaltung angeboten hatte.

In Bonner politischen Kreisen wird vermutet, daß die entscheidenden Protokolle und Notizen neben Egon Bahr nur dem Bundeskanzler und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, dagegen nicht dem Außenminister bekannt sind. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, welche Eindrücke gerade aus diesen Protokollen gewonnen werden können.

Es ist bekannt, daß auch innerhalb der Koalitionsfraktionen Bedenken hinsichtlich der bisher geübten Praxis bestehen. Gerade nach den in den letzten Tagen vom sowjetischen Parteichef Breschnew gefallenen Äußerungen, die als eine massive Einmischung zu werten sind, verstärkt sich die Forderung nach einer umfassenden Unterrichtung nicht nur über das Vertragswerk, sondern über die Verhandlungen, die Egon Bahr über viele Wochen in Moskau geführt hat. Den Notizen Bahrs wird aus dem Grunde eine besondere Bedeutung beigemessen, weil er die entscheidenden Verhandlungen geführt und Außenminister Scheel wohl lediglich die Bahr-Vereinbarungen paraphiert hat. Es wird deshalb nicht für ausgeschlossen gehalten, daß Scheel die eigentlichen Bahr-Notizen im Wortlaut nicht kennt. **K. D.**

UdSSR:

Breschnew droht Bonn mit schockierender Offenheit

Westliche Diplomaten haben schon vor geraumer Zeit vor der Moskauer Westpolitik gewarnt

Bonn — Selbst der britische „Daily Telegraf" konstatierte, die sich durch schockierende Grobheit auszeichnende Rede des sowjetischen KP-Chefs Breschnew bedeute eine unerträgliche Einmischung in die Angelegenheiten der Bundesrepublik. Dabei setzte er das neu erlangte militärische Gewicht Rußlands auf höchst alarmierende Weise ein, wenn er sage, der Bundestag würde eine „Politik des Krieges" wählen, falls er die von der Regierung Brandt ausgehandelten Verträge ablehnte. Keineswegs nur in England, auch in anderen Ländern ist die reichlich plumpe Alternative Breschnews mit Mißvergnügen registriert worden.

Es wird in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Bundeskanzler Erhard bereits im März 1965 Osteuropa den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vorgeschlagen hat. Die Initiative zu einem Gewaltverzicht ging also keineswegs erst von der Regierung Brandt/Scheel aus, sondern von dem von der CDU/CSU gestellten Bundeskanzler. Heute jedoch wird zur Gewißheit, daß die Sowjetunion diesen Gewaltverzicht zugleich verbinden will mit einer Anerkennung des territorialen Besitzstandes. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die den Eindruck zu erwecken versucht, als würden durch die Ostverträge lediglich Realitäten beschrieben, jedoch keine Grenze festgeschrieben, lassen sowohl Moskau wie auch Warschau keinen Zweifel daran, daß diese Verträge kein Provisorium darstellen, sondern endgültigen Charakter haben. Dieser wirkliche Charakter der Verträge dürfte manchem Abgeordneten noch Anlaß geben, sich zu prüfen, bevor er der Empfehlung der Regierung folgt und für die Annahme der Verträge votiert.

Schon heute aber muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden, daß diejenigen, die gegen die Annahme dieser Verträge sind, als „Kriegtreiber" verdächtigt werden können. Leider wird auch in Bonn oft der Eindruck erweckt, als seien Gegner der Ostverträge gleichzeitig Gegner einer echten Entspannung. Dabei ist man auch in Kreisen der Opposition der Überzeugung, daß das Verhältnis mit Moskau und zu den Ostblockstaaten geregelt werden muß, nur möchte man Verträge aushandeln, die einen wirklichen Frieden begründen. Die Verbesserungen der Lage der Menschen im geteilten Deutschland und vor allem die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes auch für die Deutschen sind Selbstverständlichkeiten, an denen auch die Sowjetunion nicht vorbeilavieren sollte.

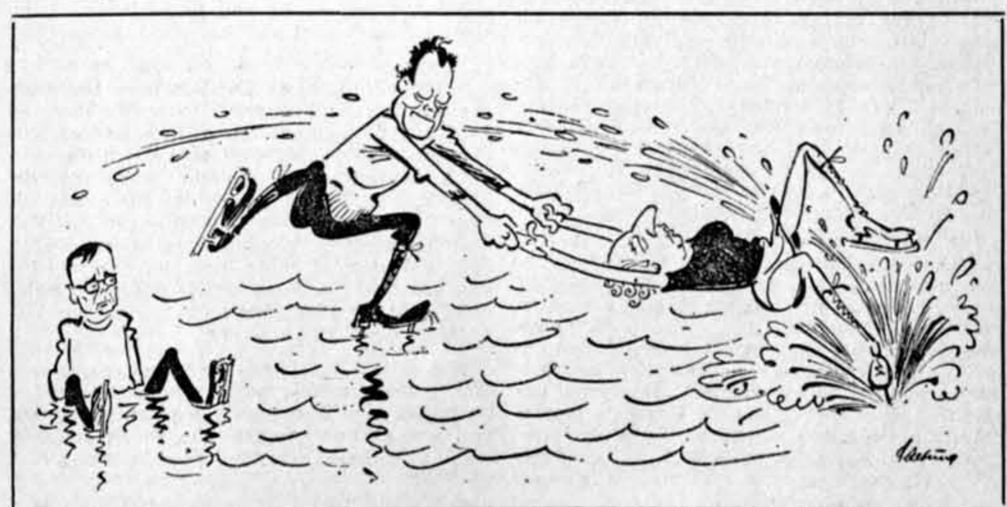
Es bleibt die Frage, wie sehr Unterhändler Bahr den sowjetischen Gesprächspartnern die Annahme dieser Verträge garantiert hatte und wie angesichts der sich zuspitzenden Kritik die Regierung nun in die Hinterhand gerät.

Im westlichen Ausland werden die Ostverträge sehr differenziert beurteilt, wobei nicht selten vermeintliche nationale Interessen den Blickwinkel trüben. Jedenfalls hat der langjährige niederländische Botschafter in Moskau, Beelaerts van Blokland, in einem Geheimbericht die Regierung seines Landes nachdrücklich vor der Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition und vor der Westpolitik des Sowjets gewarnt. Der Botschafter hat in seinem Bericht den Standpunkt vertreten, daß die Bonner Ostpolitik allenfalls zu einem „zeitlich sehr beschränkten" Waffenstillstand führen könne. Die selbstgestellte Frage, wie es komme, daß westliche Staatsmänner und Politiker so wenig „Sinn und Verstand" für die tatsächlichen Absichten der UdSSR hätten, beantwortet der Botschafter damit, daß man offensichtlich echten Informationen zu wenig Beachtung schenke. Hier gebe es eine „scheußliche Parallele" zu der Zeit des Nationalsozialismus, als man Hitlers „Mein Kampf" zwar gelesen habe, aber nicht habe glauben wollen.

Die Sowjetunion, so heißt es in diesem Bericht, erstrebe eine Ausdehnung des sozialistischen System auf Westeuropa. Auf diesem Wege sehen die Sowjets im wesentlichen zwei Hindernisse: die USA und die Bundesrepublik. Das übrige Europa nehmen sie nicht ernst. Die mächtigen kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien bürgten nach ihrer Meinung dafür, daß diese Länder keinen allzu großen Widerstand leisten würden. Erst wenn die „progressiven Kräfte" in den westlichen Ländern ausreichend Vorarbeit geleistet hätten, werde die sowjetische Diplomatie in Aktion treten.

Dieser Bericht, den der niederländische Diplomat einen „letzten großen Rapport" nannte, soll das Ergebnis interner Besprechungen westlicher Diplomaten in Moskau sein; Beelaerts van Blokland habe als Seniordiplomat in Moskau die Sorge mancher seiner Kollegen zum Ausdruck gebracht. Die von dem niederländischen Diplomaten getroffenen Feststellungen werden von zahlreichen diplomatischen und militärischen Fachleuten des atlantischen Bündnisses geteilt; gerade in diesen Kreisen ist eine zunehmende Skepsis gegenüber der von der Regierung Brandt betriebenen Ost- und der Moskauer Westpolitik zu bemerken. Die Drohungen Breschnews werden dort in dem Sinne gewertet, daß die Russen die Verträge unter allen Umständen unter Dach und Fach bringen wollen, weil sie befürchten, daß sich keine andere bundesdeutsche Regierung zu solchen Zugeständnissen bereit finden. **Klaus Jenssen**

Wie andere es sehen:



Die Todesspirale — das Ende der Kür? Zeichnung aus „Die Welt"

Gehört · gelesen · notiert

Komik entsteht, wenn man Tragödien anschaut und dabei ein Auge zukneift. *Eugène Ionesco*

Nicht mehr Revolution der Erziehung heißt die Parole der radikalen Linken, sondern Erziehung zur Revolution. *Hans Maier, bayerischer Kultusminister*

Der Imperialismus ist das beherrschende Element im Verhältnis der Völker zueinander. Die Ideologie ist nur das Feigenblatt vor dem Machthunger! *König Feisal über die russische Hilfe für die Araber*

Eine politische Partei ist ein Konfektionsanzug, der keinem Wähler vollkommen paßt. *George F. Kennan*

Es gibt heute eine Literatur für die wissenden Fünfzig, die ohnehin Freiexemplare bekommen. *Peter Härtling, Schriftsteller*

Die Chinesen kämpfen nicht mehr gegen den Imperialismus, sondern für einen höheren Lebensstandard. *André Malraux, französischer Schriftsteller, China-Kenner und ehemaliger Minister*

Tradition ist das System, das verhindern soll, daß Kinder ihre Eltern übertreffen. *Ephraim Kishon*

Personalpolitik:

CDU-Kritik an Berufung Paczenskys

Die CDU hat die Entscheidung von Staatssekretär Conrad Ahlers kritisiert, den früheren Fernsehmoderator Gert von Paczensky zum Leiter des Referats „Grundsatzfragen, Inneres und Justiz" im Bundespresseamt zu berufen. CDU-Sprecher Willi Weiskirch schrieb im Pressedienst seiner Partei, es müsse verwundern, „daß hier ein Mann zu einer regierungsamtlichen Verantwortung berufen worden ist, der in entscheidungsvollen Jahren mit penetranter Akribie an der deutschen Rechtsposition gesägt hat".

Es sei schlimm, meinte Weiskirch, wenn die Bundesregierung in der Erinnerung „an eben diesen Paczensky" die Berufung ins Bundespresseamt ausgesprochen hätte. „Der Verdacht drängt sich auf ... die Ernennung Paczenskys gehöre zu den verwunderlichsten Taten der linken Koalition."

Dichter:

Günter Grass verweigert Fernsehdebatte

Der griechische Staatssekretär für Information, Byron Stamatopoulos, hat zu der Weigerung des Schriftstellers Günter Grass, nach dessen Rede gegen das Regime, die er in Athen vor einer Intellektuellen-Vereinigung hielt, mit ihm eine Diskussion im griechischen Fernsehen zu führen, erklärt, Grass habe nicht gewagt, in einer solchen Fernsehdebatte aufzutreten. „Würde er an einer solchen Debatte in einem faschistischen oder kommunistischen Lande teilnehmen können?"

Die Tatsache, daß das Regime überhaupt Grass auftreten ließ, wird einmal in dem Sinne gewertet, daß derartige Vereinigungen, vor denen er sprach, der Regierung nicht gefährlich erscheinen. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, daß das Regime Grass keineswegs die Bedeutung beimißt, die er für sich in Anspruch nimmt.

Das Ostpreußenblatt

Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V.
Chefredakteur: Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil
Stellvertr. Chefredakteur: Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles: Hans-Ulrich Stamm
Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen: Horst Zander
Bonner Redaktion: Clemens J. Neumann
Anzeigen: Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.
Bezugspreis Inland 3,20 DM monatlich — Ausland 4,— DM monatlich.
Postscheckkonto für den Vertrieb: Postscheckamt Hamburg 84 26.
Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung: 2 Hamburg 13, Parkallee 84. Telefon 45 25 41 · 42
Bankkonto: Landesbank Hamburg (BLZ 200 500 00) Konto-Nr. 192 344
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt.
Postscheckkonto für Anzeigen: 907 00 Postscheckamt Hamburg.
Druck Gerhard Rautenberg, 295 Leer, Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 / 42 88
Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17

Die Stunde der Wahrheit

Eine nüchterne Betrachtung der innen- und außenpolitischen Situation um Ostern 1972

Für Ostern sagen die Verkehrsexperten harte Tage voraus. Das bezieht sich auf das befürchtete Chaos auf den bundesdeutschen Straßen. Dann, wenn vorsommerliches Wetter die Riesenkarawanen an die See oder in südlichere Gefilde lockt. Die Polizei sagt, man sei darauf gerüstet. Nun, wir werden sehen. Hoffen wir, daß die Tage geruhsam vorübergehen und die Zeitungen nicht am Dienstag wieder mit erschütternden Zahlen aufwarten müssen. Wir können um Ostern wirklich keine Aufregungen gebrauchen, denn es kommt auch so schon dick genug. Was hat sich nicht in den letzten Wochen so alles angehäuft: die peinliche Sache mit Schillers Schwager, der gleich mehrere Gehaltsstufen überspringend, zum Präsidenten einer Bundesanstalt ernannt und nach einem beachtlichen Spektakulum in Hannover zunächst einmal beurlaubt werden mußte. Wie sagte man früher: „Wer den Papst zum Vetter hat, kann leicht Kardinal werden!" Darüber sind zwar Jahrhunderte vergangen, aber heute erweist sich, daß der, der einen Minister zum Schwager hat, leichter Präsident werden kann. Jedenfalls ein Ruhmesblatt ist das nicht, das sich die regierende Partei hier an den Hut stecken kann, und der Kanzler müßte solch sicheres politisches Gespür haben, daß er erkennt, welche Panne sein Doppelminister ihm hier eingebrockt hat. Nur, wenn der Mantel fällt, dann muß auch der Herzog fallen! Geht Schiller — dann kann sich auch Brandt nicht halten. Und so muß man es in Bonn eben mit Schiller halten. Ob man will oder nicht will. — Ginge der Schiller auch noch, wäre es unzweifelhaft aus mit der jetzigen Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Doch es ist nicht allein der Fall Schiller, die Sache mit Wienand und der Paninternational ist noch keineswegs ausgestanden und bereitet Herbert Wehner weit mehr Sorgen und Ärger, als der Fraktionschef zuzugeben vermag. Sorgen also genug vor der österlichen Pause: dazu bedurfte es nicht einmal mehr der Sache mit Hahnemann, dem bewährten Manager der Bayerischen Motoren-Werke, den Verkehrsminister Leber an die Spitze der defiziären Bundesbahn berufen wollte. Was dann wieder einigen Genossen nicht paßte und die gleich mit den üblichen Querschüssen reagierten. Paul Hahnemann war gut beraten, von sich aus auf den Sessel in Frankfurt zu verzichten. Das Defizit abbauen und den Versuch machen, die Bundesbahn rentabler zu gestalten — eine Sache, die vielleicht auf den Schultern von Hahnemann gut aufgehoben gewesen wäre — aber sich dafür denn nun auch noch gleich in die Schußlinie der parteilinken Genossen bringen: was soll's. Die Bundesbahn wäre auf Hahnemann sicherlich mehr angewiesen gewesen als umgekehrt. Also muß nun Herr Leber weitersuchen, bis er einen Mann gefunden hat, den die Linke als „lupenrein" anerkennt. Doch das ist nun Herrn Lebers Bier. Der Bürger darf inzwischen zusehen, wie die roten Zahlen größer werden . . .

Es geht auch anders

Gibt es denn gar nichts, das irgendwie positiv zu werten wäre? Allerdings — doch davon wird weniger gesprochen. Davon nämlich, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund sich eigentlich um Berlin verdient gemacht hat: auf seiner Ebene wenigstens hat der DGB-Chef Heinz-Oskar Vetter der Sowjetunion klar gemacht, daß West-Berlin zur Bundesrepublik zählt — was die Gewerkschaften angeht — und er hat gezeigt, daß dann, wenn die Sowjets ein Interesse an einem Kontakt haben, sie schließlich auch bereit sind, zu akzeptieren, was sie zunächst mit großem Wortschwall verweigern. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sowohl Moskau wie auch Ost-Berlin ein Interesse daran haben, mit dem DGB in Kontakt zu kommen — aber man wollte dennoch nicht zugestehen, daß der Landesverband Berlin mit seinen wohl 300 000 Mitgliedern durch den DGB vertreten wird. Auch hier die bekannte Taktik der Dreistaatlichkeit. So sollten bei Besuchen des DGB in Ost-Berlin oder in Moskau die West-Berliner gar nicht mitreisen. Sie sollten eben draußen vor der Tür bleiben — das hätte so in das gesamte Konzept gepaßt, denn von drüben aus gesehen, befindet sich West-Berlin noch in einem Übergangsstadium und das Ziel bleibt, aus dem Westteil der Stadt Berlin eine „dritte deutsche Einheit" zu machen.

Wer sich daran erinnert, daß ursprünglich ganz Berlin eine von den vier Siegermächten zu verwaltende Einheit war und wer miterlebt hat, wie die Kommunisten den Ostteil der Stadt geschickt separiert und zur „Hauptstadt der DDR" umfunktioniert haben, der vermag zu ermessen, wie wenig bei der ganzen Berlinlösung herausgekommen ist, trotz Besuchserlaubnis und all dem, was man nun als Beweise des guten Willens sozusagen als Osterei anbietet. Bleiben wir aber beim DGB: für Gesprächsbesuche in Ost-Berlin sollten die DGB-Vertreter nicht über West-Berlin in die „DDR" einreisen dürfen. Sein Kollege vom FDGB hatte den westdeutschen Vetter nach Boltenhagen bestellt, ein Trick, damit die Anreise nicht über West-Berlin zu erfolgen brauchte. Wer die Kommunisten kennt, weiß, was sie mit derartigen vermeintlichen Kleinigkeiten an wirklicher Politik machen. Berlin schied aus für die Begegnung zwischen Brandt und Stoph, denn der westdeutsche Kanzler hätte über West-Berlin anreisen müssen, wenn er sich nicht der Gefahr hätte aussetzen wollen, im eigenen Volk der Schwäche geziehen zu werden. So wählte man einen Ausweg und ging nach Kassel und man kam nach Erfurt — und Berlin wurde geschickt ausgespart. Mit dem DGB hatte die andere Seite diesmal weniger Glück: Vetter war nicht bereit, den Ausschluß West-Berlins hinzunehmen und er war auch nicht bereit, nach Boltenhagen zu reisen und Berlin dabei zu meiden. Und Vetter hatte Erfolg mit seiner Härte: seiner Delegation nach Moskau gehörte auch ein Repräsentant der West-Berliner Gewerkschaftorganisation an. So also kann man es auch machen. Und das steht dann im Gegensatz zu denen, die da meinen, man müßte stets klein beigeben, um sich das Wohlwollen des Kreml zu erhalten.

„Es geht nicht um Grenzen von gestern, sondern um die Freiheit Deutschlands und Europas von morgen. Der deutsch-sowjetische Vertrag legalisiert nicht nur bestehendes Unrecht. Die Hauptgefahr liegt in dem, was nach ihr kommt — daß eine Ratifikation der Sowjetmacht einen Blankoscheck ausstellt und die Bundesrepublik dem Hegemonialanspruch des Sowjetimperiums öffnet."

Der Publizist Wolfgang Höpker in seiner Schrift „Die Stunde der Wahrheit"



Ostarchitekt Egon Bahr und Kanzler Foto dpa

„Wer dem Russen nachläuft, dem läuft er davon", heißt ein russisches Sprichwort — nur scheint das unseren verantwortlichen Politikern wenig bekannt zu sein. Bekannt sein müßte es eigentlich dem jetzt aus Moskau scheidenden Botschafter Allardt, der sicherlich auch nicht nur eitel Freude auf seinem Posten erlebte, denn es kann für einen Berufsdiplomaten wenig attraktiv sein, wenn eines schönen Tages ein aus Bonn entsandter Amateur eintrifft und praktisch dem Botschafter den Draht zum Kreml aus der Hand nimmt. Genau das aber war eingetroffen, als Egon Bahr in Moskau aufkreuzte. Vielleicht hat Allardt manchmal daran gedacht, „die Brocken hinzuwerfen" und dann hielt ihn doch wieder so etwas, was den altgedienten Beamten an Pflichtgefühl auszeichnet. Doch, wie gesagt, sehr erhebend kann das nicht gewesen sein, dort in Mokau, neben oder gerade mit Herrn Bahr . . .

Bleiben wir bei Herrn Bahr, den viele in Bonn als den eigentlichen Inspirator der bundesdeutschen Ostpolitik und den geheimen Außenminister dieser Bundesrepublik ansehen. Zwar fährt Walter Scheel den Ministerstander, aber die Richtlinien der Politik bestimmt der Kanzler und die Außenpolitik wird im Kanzleramt gemacht und dort residiert nicht der Herr Scheel, sondern eben Egon Bahr. Mitunter geht er auf Reisen. Nicht nur in Fernsehstudios, wo er denn seine Politik verkauft und vor dem warnt, was eintritt, wenn die Parlamentarier das nicht sanktionieren, was er in Moskau angerichtet hat. Oder er reist nach Berlin — nein, nicht nach Ost-Berlin diesmal. Und nicht ins frühere Kronprinzenpalais, das ihm das Regime als Herberge zur Verfügung stellt, wenn er drüben verhandelt. Nun wissen wir auch, weshalb er nach langen Verhandlungen nicht in den Westteil der Stadt zurückfährt. „Wir sollten uns hüten, so zu tun, als seien uns die drüben nicht fein genug" sagte Bahr dieser Tage in Berlin, und er meinte, seine Geste sei von der Bevölkerung Ost-Berlins dankbar aufgenommen worden. Das mag sein, doch die Berliner wären noch dankbarer (vor allem die in Ost-Berlin), wenn die nächtlichen Schießereien an der Mauer aufhören würden.

Wer nach Bonn hört, muß meinen, daß die Berliner dem Egon Bahr Kränze der Begeisterung winden. Kränze des Ruhmes und des Dankes für das, was er für Berlin erreicht hat. Wie erstaunt ist man also, selbst in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über den letzten Besuch Bahrs in Berlin lesen zu können:

„Tricky-Egon" hat bei vielen Berlinern ein schlechtes Renommee

„Nun ist es kein Geheimnis, daß ‚Tricky Egon' bei vielen Berlinern ein ausgesprochen schlechtes Renommee besitzt. Und seit den Verhandlungen mit den ungeliebten Ost-Berliner Führern ist die Zahl seiner Feinde im westlichen Teil der Stadt gewiß größer geworden." — Das zeigte sich, als der Staatssekretär aus dem Kanzleramt vor dem renommierten „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" sprach und wo die Kaufleute — so die „FAZ" — „im Vereinshaus . . . in der Fasanenstraße ein höfliches Interesse entgegenbringen, mehr nicht. Und im Verlauf des Abends wird einmal mehr deutlich, daß insbesondere den älteren Berlinern die Öffnung nach Osten nur schwer unters Fell geht: nach zwanzig Jahren Angriffen von drüben sitzen Skepsis, Mißtrauen und Ablehnung tief".

Anders ausgedrückt: die Berliner sind helle, sie leben mit dem Kommunismus auf Tuchfühlung und sie lassen sich auch durch das geschickte Spiel von drüben nicht einlullen. Gerade die Handhabung zu Ostern zeigt doch ganz eindeutig, daß Berlin nur als ein Hebel benutzt wird, mit dem die Kommunisten ihre Ziele erreichen wollen. Salamitaktik, das weiß man in Berlin; nur der Gast aus Bonn scheint es weniger zu wissen. Wer trägt denn die Verantwortung für die von Egon Bahr im Vereinshaus an der Fasanenstraße skizzierten Rückschläge und unerfüllten Hoffnungen? Doch niemand anders als das Regime in Ost-Berlin und sicherlich in enger Absprache mit Moskau. Jetzt, da man darum fürchtet, daß die Ostverträge im Bonner Parlament nicht ratifiziert werden könnten, wird sozusagen scheibchenweise eine Vergünstigung nach der anderen gewährt — sozusagen von Tag zu Tag nachserviert. Neben Breschnews harten Drohungen die kleinen Erleichterungen im Alltag und im Hintergrund wieder das Gespenst: es kann auch wieder anders werden. Das geht soweit, daß selbst Hessens Landesvater Oswald wissen will, daß der Schießbefehl suspendiert oder nicht mehr ausgeführt würde. Zwar bleibt Herr Oswald zur Stunde noch die Beweise schuldig, aber wen würde es nicht freuen, wenn dem so sein würde? Aber wird dem so sein? Wird die „DDR", wenn sie noch weiter als Staat aufgewertet wird, sich nicht ganz entschieden verbitten, daß irgendwer in Bonn an ihren „souveränen" Entscheidungen herumnörgelt, und irgendwie ist mir im Ohr, als hätten Scheel oder Bahr einmal in Bonn gesagt, daß nach den Verträgen das Schicksal der Menschen in Mitteldeutschland eben Sache dieses souveränen Staates sei. Der sich mit Sicherheit jede Einmischung verbitten wird.

Barzel hat der Bundesregierung vorgeworfen, sie habe mit einer vorher nicht gesicherten parlamentarischen Mehrheit unverantwortlich ausländischen Regierungen leichtfertige Zusagen gemacht und es mag sein, daß er diesen Eindruck bei den Besuchen gewonnen hat, die er inzwischen in Washington, London und Paris absolvierte. Sicherlich mag mancher auch im Lager unserer Freunde wenig Neigung hegen, „deutscher zu sein als die Deutschen", und es als befriedigend empfinden, wenn die „querelles allemandes" vom Tisch wären, doch wäre es sicherlich nicht den Tatsachen entsprechend, wenn für den Fall des Scheiterns der Ostverträge die Isolierung der Bundesrepublik als ein Menetekel an die Wand gemalt würde. „Auch in Moskau gibt es ‚Falken', welche die Gelegenheit (des Scheiterns) wahrnehmen werden, die jetzige Deutschlandpolitik vom Tisch und eine ganz andere ‚Westpolitik' in Gang zu bringen. Zum Beispiel mit Mr. Kissinger in Washington, den französichen Rechtsgaullisten, britischen Deutschland- und EWG-Gegnern, und natürlich unter Mobilisierung der ganzen afro-asiatischen Welt. Der SED-Chef Honnecker, nicht gebunden an ein ‚Gescheitertes' Berlin-Abkommen, mag dann getrost wieder die Zufahrtswege nach Berlin strangulieren", so sagt's Hans Heigert in der „Süddeutschen Zeitung" und kommt dabei zu dem Fazit: „Moskau kann durchaus ohne Vertrag mit der Bundesrepublik weiterleben, es wird seine Partner weiter westlich finden. Bonn sitzt am kürzeren Hebel."

Nicht umsonst hat Hans Heigert seinen Beitrag überschrieben: „Die Lage ist nun wirklich ernst." Wenn sie ernst ist, und wer wollte das bezweifeln, wird zu untersuchen sein, wie es dazu kommen konnte. Trotz aller zur Schau getragenen Selbstgefälligkeit ist es in Bonn kein Geheimnis, daß selbst in den Koalitionsparteien damit gerechnet wird, die erforderliche Mehrheit nicht mehr zusammen zu bekommen. Selbst Conrad Ahlers, der große Regenmacher der Regierung, hat in einem Interview mit dem „Süddeutschen Rundfunk" eine „Zufallsminderheit" in der Bonner SPD/FDP-Koalition bei der Abstimmung über die Ostverträge nicht mehr ausgeschlossen. Zwar sei die Bundesregierung von einer Mehrheit für die Verträge überzeugt, bei den knappen Mehrheitsverhältnissen müßte man jedoch mit der Möglichkeit einer „Zufallsminderheit" rechnen. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß in Kreisen des liberalen Partners die Bedenken über diese Ostverträge wachsen und selbst Herrn Mischnicks Selbstsicherheit vermag nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß die Parteizentrale der Freien Demokraten mit mehr als großer Sorge auf den 23. April blickt, jenes Datum, an dem in Baden-Württemberg sich zeigen wird, ob die Freien Demokraten noch einmal das stolze Ergebnis der letzten Landtagswahl (14,4 Prozent) erreichen oder ob sie an (oder unter) die Existenzgrenze gedrückt werden. Wird dem nämlich so sein, so wird man auch in der Bundestagsfraktion der F.D.P. nicht mehr leugnen können, daß die Hilfsdienste, die Walter Scheel für den Kanzler und Bahr leistet, vom Wähler nicht honoriert werden.

„Schlappschwänze"

Kommen wir noch einmal auf die „Zufallsminderheit" zurück, die selbst Conrad Ahlers nicht ausschließt. „Wenn es für die Verträge keine Mehrheit geben sollte, haben Sozialdemokraten ihre Regierung im Stich gelassen" — so schreibt die „Berliner Morgenpost" und betont: „Dabei befinden sich auch Berliner Abgeordnete der SPD, die ihrer Partei Jahrzehnte verbunden waren. Auch dies sollte zu denken geben. Schon jetzt ist die Forderung der SPD witzlos geworden, auch die Berliner Abgeordneten sollten im Bundestag bei der Verabschiedung der Ostverträge mitstimmen dürfen. Das Verhältnis ist unentschieden."

Ostverträge und Berlin gehören zusammen — würde nicht ratifiziert, dann eben statt Zuckerbrot wieder die Peitsche. Wieder eine neue Berlin-Krise? Dazu noch eine, die wir isoliert durchstehen müßten?

Zitieren wir noch einmal die bereits genannte Pressestimme aus West-Berlin: „Es ist keineswegs sicher, ja nicht einmal wahrscheinlich, daß die Nichtratifizierung der vorliegenden Ostverträge automatisch zu einer neuen Berlin-Krise führt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Wir wissen zwar, daß wir uns hier im Bereich der Einschätzungen und Spekulationen bewegen. Die Bundesregierung sagt, eine bessere Lösung war nicht zu haben. Wir sagen und können beweisen, die Bundesregierung und der Senat haben bei den Verhandlungen geschludert, weil sie sich einem selbstgewählten Zeitdruck unterworfen haben, der parteitaktischen Motiven entsprang. Schon jetzt hat sich bestätigt, daß die Sowjetunion bereit ist, zusätzliche Leistungen zu erbringen, die uns durch diplomatischen Dilletantismus und Vorleistungsbereitschaft verlorengegangen sind . . .

Wenn die Sowjetunion und die Bundesregierung in häßlicher und bemerkenswerter Übereinstimmung nun ein Krisen- und Angstkartell bilden und den Versuch machen, Druck auf die öffentliche Meinung auszuüben, dann wird darin eine Haltung sichtbar, die über das in der Politik gelegentlich akzeptable Maß an Zynismus weit hinausgeht. Wenn die Sowjetunion unsere Interessen kalt übersieht, ist das nicht verwunderlich, wenn es die eigene Regierung tut, verletzt sie den Amtseid der Minister, der verlangt, den Nutzen für das Land mehren und Schaden von ihm zu wenden."

Heinrich Lummer, der Berliner Oppositionsführer, aus dessen Feder diese Zeilen stammen, sagt, das Desaster der gegenwärtigen Ostpolitik

Schluß auf Seite 21

Baden-Württemberg:

„Stuttgart ist fast so interessant wie Peking"

Der letzten Landtagswahl wird eine besondere Bedeutung für die Zukunft beikommen

Sicherlich ist es journalistische Übertreibung, wenn einer unserer Kollegen davon spricht, Stuttgart sei fast so interessant wie Peking. Und sicherlich wollte er damit auch nur umreißen, welches Interesse die am 23. April anstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg weit über die Grenzen dieses Bundeslandes hinaus findet. In der Tat wendet sich das Interesse dem südwestdeutschen Bundesstaat zu, dessen Landtagswahlen entscheiden, ob die Opposition ihre Mehrheit im Bundesrat aufrechterhalten und damit gegen die Ostverträge stimmen kann. Auch der Regierungskoalition in Bonn ist die Bedeutung dieser Wahl bekannt und dieses Wissen gibt den Parteiführungen Anlaß, ihre erste Garnitur nach Stuttgart wie in die kleineren Städte und selbst auf die Dörfer des Landes zu entsenden.

Nachdem die Freien Demokraten sich eindeutig festgelegt und für eine Koalition mit den Sozialdemokraten entschieden haben für den Fall, daß eine solche Kombination rechnerisch möglich ist, weiß die CDU, daß sie alles aufbieten muß, wenn sie die nächsten vier Jahre Baden-Württemberg die Regierung stellen will. Eine Kombination CDU und SPD, so, wie sie jetzt das Bundesland regiert, schließt sich für die Zukunft aus.

Bei den letzten Landtagswahlen, die im Jahre 1968 stattfanden, konnten die Christlichen Demokraten 44,2 Prozent, die Sozialdemokraten 29 Prozent, die Freien Demokraten noch 14,4 Prozent für sich verbuchen, während auf die NPD 9,8 Prozent der Stimmen fielen, so daß im bisherigen Landtag vier Parteien vertreten waren.

Es liegen über das vermutliche Wahlergebnis unterschiedliche Umfrageergebnisse vor; wenngleich auch der CDU ein Vorsprung von 5 Punkten gegenüber der SPD eingeräumt wird, so bedeutet das noch keine Sicherheit für einen absoluten Wahlsieg. Es wird darauf ankommen, wie die Freien Demokraten abschneiden werden. Niemand rechnet mehr damit, daß die Partei eines Reinhold Meier auch nur entfernt an das Ergebnis von 1968 herankommt. Reinhold Meier ist tot und für die alten FDP-Wähler ist auch seine liberale Partei tot und sie werten die heutige Partei unter Walter Scheel als eine Gruppierung, die auf Gedeih und Verderb mit den Sozialdemokraten verbunden ist und über wenig eigenen Spielraum verfügt. Die alten Wählerschichten der FDP werden mit Sicherheit die heutige F.D.P. nicht mehr wählen; ob aber dieser Schwund durch neue Wähler wettgemacht werden kann, wird sich am 23. April zeigen müssen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß gerade jugendliche Wähler direkt die SPD wählen und nicht im Umweg über die Freien Demokraten.

Für die Christlichen Demokraten wird es darauf ankommen, tatsächlich ihr gesamtes Wählerreservoir zu mobilisieren; dabei rechnet man nicht zuletzt auch mit den Heimatvertriebenen, die in dieser Wahl die Möglichkeit eines Protestes gegen die von SPD und FDP vertretene Ostpolitik sehen. Für die Einheimischen ist neben den Ostverträgen sehr viel anderes Ärgernis vorhanden: auch in Baden-Württemberg erkennt man, daß die Bundesregierung, die mit dem großspurigen Anspruch, die Regierung der inneren Reformen zu sein, angetreten ist, auf fast allen Gebieten Schiffbruch erlitten hat. Statt der Reformen gab es Preiserhöhungen am laufenden Band. Diese Wahl wird folglich auch ein Urteil abgeben über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und es ist ganz unverkennbar, daß diese Gesichtspunkte, die keineswegs vom Lokalkolorit geprägt sind, entscheidend zur Meinungsbildung und zum Wählerurteil beitragen werden.

In der letzten Woche hat die NPD sich dahingehend entschieden, daß sie ihre aufgestellten Listen zurückziehen und sich nicht an der Landtagswahl beteiligen wird. In welcher Weise die freien Wählergemeingeschaften bei der Wahl abschneiden, ist noch offen, jedoch dürften sie kaum mehr als zwei Prozent der Wählerstimmen zu erreichen vermögen. Die eigentliche Entscheidung wird darin liegen, ob SPD und FDP gemeinsam mehr Stimmen erhalten werden als die CDU, die nur dann „am Drücker" bleiben kann, wenn sie die beiden zur Koalition bereiten Parteien überflügelt.

Nach der kurzen Osterpause wird es sicherlich in Baden-Württemberg einen Endspurt und noch einige Höhepunkte geben. Der Prozentsatz der Wähler, der noch unentschieden ist, ist zwar nicht groß, aber er kann bei dem endgültigen Wahlergebnis dennoch von Bedeutung sein.

In Bonn vertritt man die Ansicht, daß ein für die Bonner Regierungsparteien negativer Wahlausgang in Baden-Württemberg auch Wellen bis in die Bundeshauptstadt schlagen werde. Vor allem dann, wenn die Freien Demokraten erhebliche Verluste hinnehmen müßten und ihr letztes Ergebnis von 14,4 Prozent etwa halbiert würde. Ein solches Ergebnis werde als ein untrügliches Zeugnis dafür gewertet, daß der Wähler nicht mehr bereit ist, die Tolerierung der SPD durch die Freien Demokraten zu honorieren. Eine solche Entscheidung müßte über kurz oder lang zu Folgerungen führen, die den Bestand der Bonner Koalition in Frage zu stellen vermögen.

R. Brusseit



Parteichef Scheel: Vor schwerer Hürde
Foto Archiv

Bundestag:

Anhörung brachte keine Klarheit

Im Fall Wienand bleiben nach wie vor viele Fragen offen

Der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages wird gewiß nicht mit letzter Sicherheit ermitteln können, warum die Chartergeselschaft „Pan International" in die roten Zahlen flog und schließlich mit einem Flugzeugunglück selbst „abstürzte". Auch die eingehende Anhörung des SPD-Abgeordneten Wienand, auf die man in Bonn so gespannt wartete — galt doch der agile, aber, wie man jetzt wohl feststellen muß, nicht übermäßig intelligente parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion als hoch dotierter Berater dieses ins Zwielicht geratenen Luftfahrtunternehmens —, brachte kaum zusätzliche Klarheit. Einmal wegen der zum Teil recht bemerkenswerten Erinnerungslücken des Herrn Wienand, zum anderen, weil seine Hilfeleistungen ihn wohl doch nicht zu der Schlüsselfigur dieser Affäre machten.

Freundesdienste, Interesse an der Zivilluftfahrt, seine gelegentlichen Interventionen im Luftfahrt-Bundesamt und im Bundesverkehrsministerium — bunt und verwirrend blieb der ganze Ablauf der Geschehnisse, der Gespräche, Besuche und Telefonate, der „Grüße von Herrn Leber". „Ja und nein" — diese klassische Antwort Wienands auf eine konkrete Frage, sie ist die rechte Überschrift für dieses beschämende Schauspiel, diese Demaskierung einer so jedenfalls recht zweifelhaften Staats- und Gesellschaftsordnung.

Beamte, die sich durch den Besuch eines Abgeordneten einschüchtern und in ihrer Pflichterfüllung beirren lassen, haben nur noch wenig mit den so oft zitierten unbestechlichen Vorbildern aus der „guten, alten Zeit" gemein. Abgeordnete, die mit oder ohne Beratervertrag, mit oder ohne Honorar, für Freunde und Bekannte bei Behörden intervenieren, tun mehr als ihres Amtes ist und sein sollte. Denn auch in so kleinen Dingen müssen die Spielregeln der Demokratie, muß die Trennung der Gewalten, strikt beachtet werden, soll diese Staatsform ohne solche Affären wie die von „Paninter" funktionieren.

Sicher ist das Schicksal dieser Chartergesellschaft, ist das, was der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zu klären versucht, kein „Fall Wienand". Doch ebenso sicher ist, daß das Präsidium des Deutschen Bundestages, daß die Verantwortlichen in den Fraktionen nun nicht länger zögern dürfen, eine praktikable, aber auch unmißverständliche Ehrenordnung für die Abgeordneten zu erlassen, „Beratungen" aller Art — wer will schon Rat von einem Abgeordneten? Gesucht ist deren handfestes Eingreifen, deren Einflußnahme bei Behörden und nichts anderes — zu unterbinden oder jedenfalls als unvereinbar mit den Pflichten eines Parlamentariers zu erklären. Und die Minister und Behördenchefs könnten ein übriges tun, wenn sie ihre Beamten und Angestellten darüber belehrten, daß auch ein Abgeordneter nicht anders zu behandeln ist als jeder normale Staatsbürger und daß man ihm ruhig die Ausgangstür zeigen darf, wenn er sein Mandat zu mißbrauchen sucht.

Denn die von Wienand angeblich zitierte Parlamentarierpflicht zur Kontrolle der Verwaltungstätigkeit soll sich nicht in Stippvisiten bei Behörden abspielen, sondern in der notfalls peinlichen Befragung des für diese Behörden zuständigen Ministers im Parlament. Dies sind die Lehren aus einer Affäre, aus der übrigens in früheren Jahren die Betroffenen — man denke nur an den Fall Jahn — rascher und überzeugender Konsequenzen zogen . . .

Christian Decius

Hessen:

Das umstrittene Hofgut Bubenrod

Der Landwirtschaftsminister im Zwielicht massiver Angriffe

„Hessen vorn!" Dieser aus der Zeit des früheren hessischen Landesvaters Dr. Georg August Zinn stammende Slogan ist schon seit längerem lädiert. In der Bevölkerung wird heute offen ausgesprochen: „Hessen vorn" bei der Verschuldung der Kommunen, „Hessen vorn" durch die Jusos in Hessen-Süd, die der SPD schwer zu schaffen machen, und „Hessen vorn" auch bei den Universitätskrawallen in Frankfurt, die bereits in massive Tätlichkeiten ausarteten.

Hessen scheint jetzt um eine Affäre „reicher" geworden zu sein. Aus SPD-Kreisen des Wetzlarer Raums war der CDU-Landtagsfraktion Material gegen den Hessischen Landwirtschaftsminister Dr. Werner Best zugespielt worden, das sich auf Vorgänge um das Hofgut Bubenrod bei Wetzlar bezog, an dem Familienangehörige des Ministers mehrheitlich beteiligt sind.

Der vorliegende Sachstand wurde in der Öffentlichkeit bekannt, als plötzlich die zweite Lesung eines Gesetzentwurfes im Hessischen Landtag wieder zurückgezogen wurde. Vorher hatte der Landwirtschaftsminister für eine Erhöhung der nicht genehmigungspflichtigen verkaufsfähigen landwirtschaftlich genutzten Fläche von einem halben auf zwei Hektar plädiert — wohl zur Überraschung seiner eigenen Fraktion —, worum sich nunmehr auch die Kontroverse in direktem Zusammenhang mit dem Hofgut Bubenrod rankt.

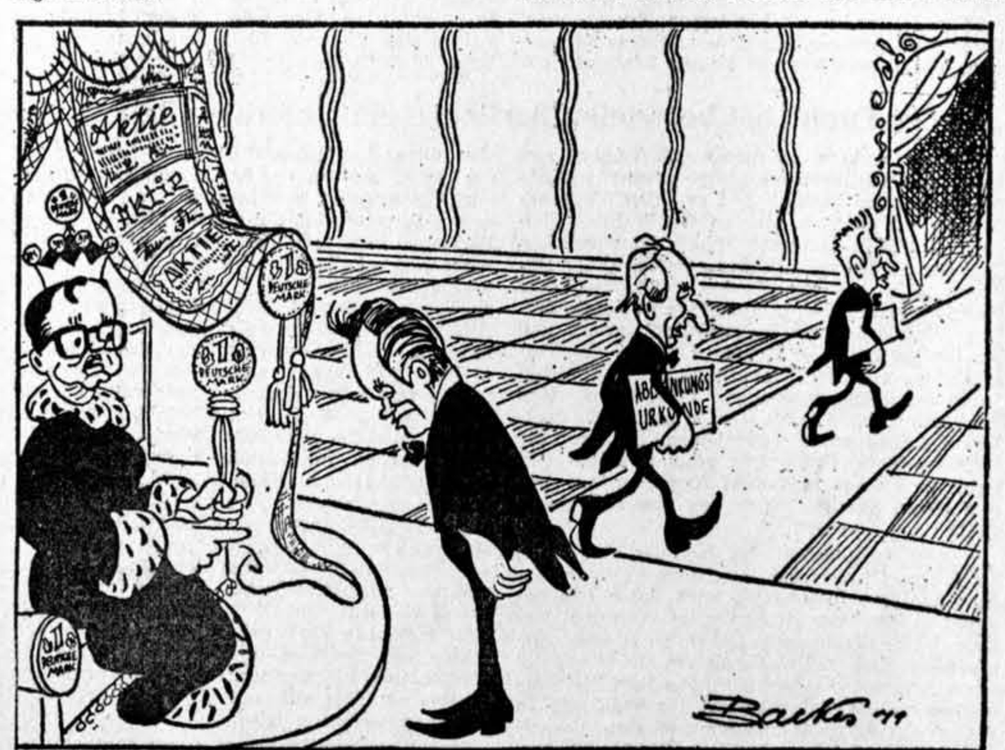
Was ist die Ursache für die schwebende Affäre? Die Frau des Ministers und auch sein Schwager haben, wie schon bemerkt, mehrheitliche Anteile an dem 71 ha großen Hofgut Bubenrod erworben, wobei das Grundstückserwerbsgesetz und das Reichssiedlungsgesetz umgangen worden sein sollen. Zunächst erklärte Minister Best gegenüber Journalisten, daß die Übernahme der Hofanteile seiner Frau und seines Schwagers wenige Tage vor seiner Ernennung zum Minister erfolgt sei. Hingegen wurde dazu von seinem eigenen Ministerium in einer Verlautbarung erklärt, daß dies erst am 21. März 1971 erfolgte, also später als die Ernennung von Dr. Best zum Minister. Hier allein schon liegt eine gravierende Divergenz, wenn Minister und Ministerium gegenteilige Erklärungen abgeben.

Auf Grund der Anwürfe der CDU-Landtagsfraktion — in persona der Landtagsabgeordnete Baya, der der Katze die Schelle umhängte — wurde sofort Ministerpräsident Osswald aktiv. Er erklärte, daß der zurückgezogene Gesetzesentwurf nichts mit dem vorliegenden Sachstand zu tun habe. Freilich ist es für den Außenstehenden schwer begreiflich, daß ein Gesetzentwurf plötzlich vor der zweiten Lesung zurückgezogen wurde, und dies mit der Begründung, daß unterschiedliche Auffassungen in den Fraktionen vorhanden seien.

Weiter hatte der Ministerpräsident ein Gutachten zu den Anwürfen von dem Präsidenten des Hessischen Landesrechnungshofes angefordert, in dem festgestellt wird, daß nach Prüfung der Akten des Ministers, des Grundbuchs und der Grundstücksakten des Amtsgerichts Wetzlar seitens des Ministers und anderer beteiligter Privatpersonen keine Verstöße vorlägen. Dies wurde vor der Landespressekonferenz dargelegt und ausgesprochen, daß Minister Best damit keine Schuld träfe.

Darauf aber hat der Landesrechnungshof die gutachtliche Stellungnahme teils korrigiert. In einer Verlautbarung des ‚Wiesbadener Tagblatt' heißt es: „Mit dem Gutachten sei lediglich die Rolle der beteiligten Behörden beim Kauf des Hofguts Bubenrod, nicht aber ‚das persönliche Verhalten Dr. Bests, seiner Familienangehörigen oder sonstiger an den Grundstücksgeschäften beteiligter Personen' beurteilt worden. „Damit ist die Affäre um Dr. Best weiter offen und bedarf einer nochmaligen Klärung. Die CDU Hessen geht davon aus, daß der ‚Fall Best noch nicht ausgestanden ist'."

Bei dem Real des Hofgutes Bubenrod handelt es sich um relativ wertvolles Gelände. Schon Ende 1967 wollte die Nassauische Siedlungsgemeinschaft den größten Teil des verschuldeten Hofgutes erwerben, um dort mehrere heimatvertriebene Landwirte anzusiedeln, wozu jedoch der damalige Landwirtschaftsminister Dröscher nicht die Genehmigung erteilte. Der Quadratmeterpreis soll damals bereits sechs Mark betragen haben und wird in der Zwischenzeit weiter angestiegen sein. Wenn nun der nichtgenehmigungspflichtige Verkauf landwirtschaftlichen Geländes von einem halben auf zwei Hektar erhöht worden wäre, wofür sich Minister Best eingesetzt hatte, könnten Flächenteile des Hofgutes Bubenrod bis zu der genannten Größe freihändig verkauft werden, was zu einer recht ansehnlichen Rendite führen würde. Gerade daran werden sich die Geister nunmehr weiter scheiden. Die CDU-Landtagsfraktion dürfte nicht eher ruhen, bis die Angelegenheit einer eindeutigen Klärung zugeführt wird.



„Wenn Er meine Politik nicht gutheißt, so steht es auch Ihm frei, zu demissionieren."
Zeichnung aus „Wiesbadener Tageblatt"

Wo uns der Schuh drückt . . .

Jüngst hat das Deutsche Industrieinstitut erklärt, daß in diesem Jahr noch keine Preisberuhigung, wie allseits gewünscht, eintreten werde. Es wird nochmals mit einem Anstieg der Preise um etwa fünf Prozent gerechnet, das heißt, daß der bekannte Lebenshaltungskorb teurer werden wird.

Alles ist teurer geworden. Um ein Beispiel zu nennen: Die Preise im Nahverkehr bei der Bundesbahn sind rasant gestiegen. Dabei hat die Bundesregierung zugestimmt, daß die Preise der Bundesbahn nochmals um bis zu 20 Prozent angehoben werden dürfen. Wenn das geschehen sollte, so werden auch die anderen Verkehrsmittel nachziehen. Bahnfahrten für Privatpersonen werden so immer mehr zu einem Luxus.

Wie können sich die Sparer völlig risikolos absichern und zusätzlich doch noch eine Rendite erzielen? Entweder müssen sie ihr Geld langfristig anlegen, sei es auf einem Sparbuch, sei es in festverzinslichen Werten, die hohe Zinssätze aufweisen und zudem noch unter dem Nennwert erworben werden können. Auch zu einem Erwerb von Investmentzertifikaten ist zu raten, bei denen die Risiken breit gestreut sind. Wer in etwa mit der Börse vertraut ist, sollte auch zu Standardaktien greifen; hier kann er in keinem Falle etwas verlieren, sondern nur gewinnen, wenn er langfristig an diesen Werten festhält.

Zudem steht hinter einer Aktie die Substanz eines Unternehmens, die immer erhalten bleibt und niemals verlorengehen kann, selbst wenn wieder, was hoffentlich nicht eintrifft, ein Währungsschnitt erfolgen sollte. Die Preissteigerungen sollten einen jeden mahnen, nunmehr mit ihren Ersparnissen vorsichtiger umzugehen. Ein Sparbuch mit gesetzlicher Kündigung wirft heute gewiß nicht mehr sogenannte goldene Eier ab. Das sollte ein jeder bedenken. **(ig)**

Das schreib ich mal dem Ostpreußenblatt ...

Unser Fragebogen in den Folgen 2 und 3 hat uns wie schon berichtet, über die konkreten Antworten hinaus eine Fülle von zusätzlichen Bemerkungen eingebracht, in denen sich die Meinungen unserer Leser zur Gestaltung des Ostpreußenblattes wie auch zur gegenwärtigen Situation widerspiegeln. Nachstehend veröffentlichen wir noch einmal eine kleine Auswahl.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Bildqualität, oft recht ungenügend, eine bessere wäre, da ich die Bilder in Mappen sammele. Ich habe andererseits sehr bewundert, daß Sie die Bilder immer so eingesetzt haben, daß sie auf der Rückseite nie durch ein anderes Bild zerschnitten wurden, hoffentlich bleibt es so!

Ich lese Ihr Blatt ununterbrochen seit dem Erscheinen, und wünsche Ihnen, daß Ihnen ein großer, treuer Leserkreis bleibt, damit wir noch lange über Ihre Zeitung mit den Landsleuten, Kultur und Brauchtum unserer Heimat verbunden bleiben.

Edith Neumann, 8961 Waltenhofen

Zusammenarbeit

Die ostdeutschen Zeitungen sollten alle viel mehr zusammenarbeiten und auch mit allen osteuropäischen, antikommunistischen Exilgruppen aller Länder Kontakt aufnehmen und zusammen arbeiten für ein wirklich freies Ganz-Europa. Denn nur eine große gemeinsame Einigkeit kann uns stark machen und uns allen ein freies Europa bringen. Die Stunde ist sehr ernst und viele Millionen warten mit Sehnsucht auf wirkliche Freiheit. Deshalb sollten wir nicht um Kleinigkeiten feilschen, sondern das ganze im Auge behalten. Solange wir noch die Möglichkeit haben, wer weiß, wie lange? Deshalb: nur Einigkeit macht stark und wieder frei!

Martin Naujoks, 2103 Hamburg 95

Die Seiten: Politik, Kultur, Geschichte, Zeitgeschehen sind fast immer vorzüglich. Desgleichen „Aus der Heimat". Diese Seite sollte erweitert werden, möglichst mit Niveau.

Krebs, 326 Rinteln

*

Es ist gut, daß man eine Woche Zeit hat, um das geliebte Blatt zu lesen. So gerne, wie wir es weitergeben, haben wir den Eindruck, daß Berufstätige weit überfordert sind und höchstens mal einen besonderen Ausschnitt lesen. Das Einzige, was wir für die Verbreitung tun können, ist das Gespräch auf den Osten zu lenken und das Interesse für die wahren Zusammenhänge zu wecken. Bitte — keine bösen Karrikaturen! Was das Beste ist an unserer Zeitung, keine Schmutzgeschichten, keine Mord- und Todschlaggeschichten als Sensationsmache.

... wir finden das „Ostpreußenblatt" so, wie es gebracht wird, „goldrichtig".

Kurt und Elsa Rosenfeld, 643 Bad Hersfeld

*

Neben der „Welt am Sonntag" ist das Ostpreußenblatt das beste Informationsblatt über Vergangenes und Gegenwärtiges. Diese Zeitung sollte viel mehr beachtet werden von den beiden Regierungsparteien in Bonn!

Erna Hube, 2282 List/Sylt

*

Ich werbe dauernd für „Das Ostpreußenblatt", leider ohne Erfolg. Selbst Landsleute mit gutem Einkommen halten es nicht, sie meinen, es sei zu teuer (!). Auch in unserer Gruppe hält es nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Mitglieder das Ostpreußenblatt. Das ist außerordentlich bedauerlich und mir ganz unverständlich. Ich habe nur eins zu monieren: Die Kurzgeschichten müßten m. E. etwas schärfer überprüft werden, da viele zu inhaltlos sind. Namentlich die weiblichen Verfasser neigen dazu, Kurzgeschichte zu lang zu fassen. Aber das ist Geschmacksache. Ich lese alle Kurzgeschichten und finde die meisten interessant und amüsant. Viele sind schriftstellerische Meisterstücke. Ich wünsche unserem Ostpreußenblatt noch viel mehr Verbreitung und Erfolg!

Bruno Friedheim, 2054 Geesthacht

*

Auf Ihre Anfrage im Ostpreußenblatt vom 15. 1. 1972 teile ich Ihnen mit, daß ich mit unserem Blatt, so wie es ist, sehr zufrieden bin und keine Vorschläge für Änderungen zu machen habe. Auch Herr Stud.-Rat i. R. A. de Bruycker, der das Blatt mitliest, ist begeistert von unserem Blatt (er ist Hamburger).

Anna Szallies, 2 Hamburg

*

Das Ostpreußenblatt entspricht dem Wesen und der heimatgeschichtlichen Auffassung wohl aller Ostpreußen. In bezug auf Ostdeutschland bringt es uns jede Woche in einer trüben Zeit, in der es scheinbar kein Recht und keine Wahrheit mehr gibt, dennoch stets ein wenig Sonnenschein ins Haus und damit von neuem die Zuversicht auf eine gerechte und friedliche Lösung.

Kurt Höfert, 2152 Horneburg

Ein Reiter ohne Pferd...

Ich freue mich über die Fragebogen, aber ich frage mich, warum nicht alle Heimatverbände geschlossen solche Fragebogen machen zur Ostpolitik in einer klaren und deutlichen Frage, denn Ostpolitik und Heimatrecht oder Abtretung sind zweierlei Auffassung. Gewiß, es werden auch viele Heimatvertriebene, die jetzt hier und durch die Technik bessere Arbeit gefunden haben, zufrieden sein, wenn sie nicht aufgeklärt werden, denn auf Funk und Fernsehen ist kein Verlaß. Warum soll nicht in so einer wichtigen Sache das ganze Volk entscheiden? Sondern ein paar zweifelhafte Leute? Im Fernsehen bei der Bundesratssitzung hat man es gesehen, daß vor lauter Realitäten, Interpritäten, Branditäten, Wortkünstleritäten und Verdrehungen sich die scheinbar gelehrte Leute nicht mehr verstehn. In der nächsten Generation stehn sich die beiden Teile Deutschlands schon wegen der Verständigung als Erzfeinde gegenüber. Die Presse bringt heute Schlagzeilen von der Bundesratssitzung, daß man gar nicht mehr weiß, was man ist. Es heißt: Durch die Ostverträge wird niemandem die deutsche Zugehörigkeit genommen. Was nützt es mir, daß ich Reiter bin und kein Pferd habe, was nützt es mir, daß ich Deutscher bin und kein Recht auf Heimat habe? Wie lange soll das noch gehen?

Hermann Roschewitz, 7717 Möhringen

Die Jugend interessieren

Wenn es die Heimatverbände und -zeitungen nicht gäbe, dächte heute kein Mensch mehr an die deutschen Ostgebiete. Die Alten sterben aus, die Jugend verhält sich desinteressiert. Um die Heimatverbände zu erhalten, muß daher alles Mögliche getan werden, um die Jugend für die Heimatsache mehr zu interessieren.

Franz Till, 45 Osnabrück

*

Die heutige Jugend ist zum größten Teil hilflos und unsicher im geschichtlichen Überblick über unser Vaterland vor dem Kriege.

Ich würde es sehr empfehlungswert halten, wenn Sie im Ostpreußenblatt ausführlich über deutsche Geschichte, Land und Grenzen im deutschen Osten schreiben würden.

Hans Klaudat, 75 Karlsruhe 21

*

Ich finde „Das Ostpreußenblatt" vorbildlich und freue mich, daß da noch offen, treu, klar, echt deutsch von allem dem Leser etwas gebracht wird. Vielen Dank! Ihre

H. Leopold

*

Allerdings fände ich wichtig, daß die tödliche Unterdrückung im gesamten Ostblock immer wieder aufgezeigt wird. Die Opposition heute hier sollte der Opposition im Ostblock kräftig helfen durch Geist, Wort und Tat. „Das Ostpreußenblatt" helfe zur Wende in dieser bedrohlichen Zeit — wir fühlen die Sorgfalt und Herzenswärme, Allen Verantwortlichen und Mitarbeitern sei gedankt.

Karl und Emma v. Below, 4972 Löhne 2

Als mein Antrag auf Vertreibungsschaden noch in der Bearbeitung war, stand im Ostpreußenblatt ganz derselbe Fall wie meiner. Ich nahm die Zeitung mit auf das Ausgleichsamt und zeigte sie dem Beamten, der las und sagte: „Ich muß so arbeiten, wie es das Landesausgleichsamt vorschreibt und nicht, wie Ihre Zeitung es haben will." Als mein Antrag abgeschlossen war und ich unterschreiben mußte, fragte ich den Beamten, ob ich jetzt mein Eigentum, Grundstück nach dem Einheitswert von 1939, an das arme kleine Rußland abgetreten habe. Der Beamte tröstete mich, sagte: Nein, dies sei nach dem Lastenausgleichsgesetz mein Vertreibungsschaden, mein Grundstück in der Heimat bleibe mein Eigentum. Den Beamten fragte ich damals, 1958 oder 1959, ob er das selber glaube, er war empört und sagte: „Noch sind, und das wird bleiben, die deutschen Gesetze für uns maßgebend und das ist die reine Wahrheit." Ob das Herr Brandt und seine Helfer auch wissen? Es müßte in Ihrer, unserer Zeitung, jedesmal im Kopf oben stehen, daß unser Eigentum jetzt von Leuten, die Deutschlands Führer sind, an unsere früheren Feinde verschenkt werden soll. Wo bleibt da die Volksabstimmung?

Max Harmgarth, 655 Bad Kreuznach

Ich lese das Blatt mit großem Interesse

Meine Dienststelle ist Abonnent des Ostpreußenblattes, und so habe ich Gelegenheit, es regelmäßig mit nach Hause zu nehmen.

Zwar stamme ich nicht aus Ostpreußen, bin auch leider nie in diesem schönen Land gewesen, und insofern hat die Ausfüllung des Fragebogens für Sie vielleicht nur bedingten Wert.

Ich lese aber immer mit brennendem Interesse Ihr Blatt von der ersten bis fast zur letzten Seite. Ihre politischen Anschauungen und Standpunkte finden meine volle Zustimmung.

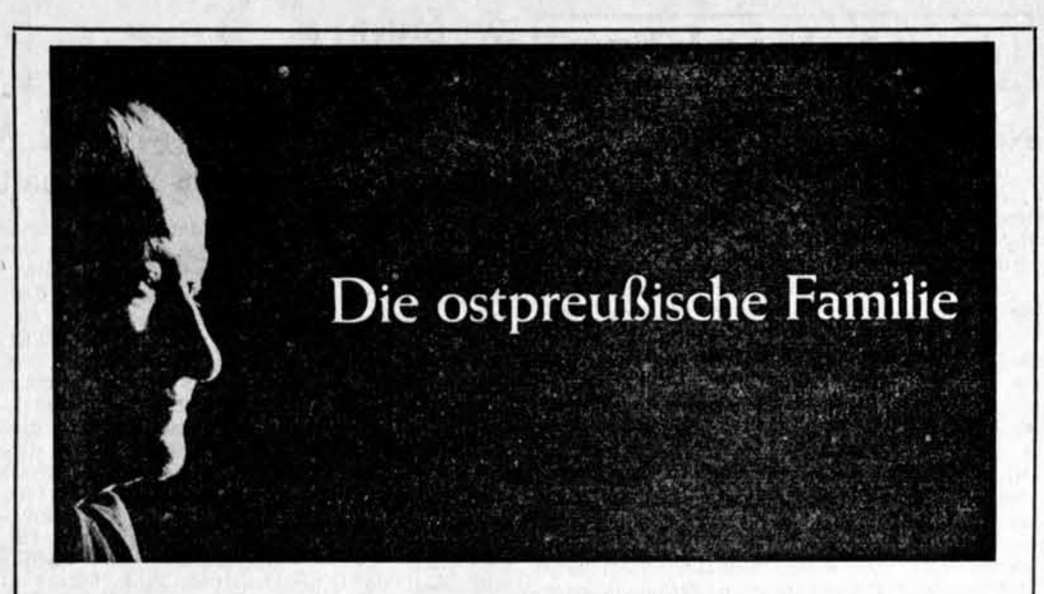
Bringen Sie bitte auch weiterhin alles Wissenswerte über Ostpreußen gestern und heute.

Svea Traub, 3588 Homberg

Verfassungsklage

Im Ostpreußenblatt, Jahrgang 23, Folge 3 in dem Artikel „Barzel erwägt eine Verfassungsklage" steht im letzten Abschnitt, daß das Bundesverfassungsgericht auch von jedem einzelnen Bürger angerufen werden kann, der sich durch die Ostverträge in seinen Grundrechten eingeschränkt fühlt. Ich bin der Ansicht, daß die Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen alle Heimatvertriebenen über diese Möglichkeit umfassend und einschlägig durch Artikel und Abhandlungen unserer Völkerrechtler und Rechtsgelehrten aufklären sollten.

Hubert Kuropka, 653 Bingerbrück



Als wir die Aktion „Ostpreußische Familie" begannen, hatten wir von den kalten Herzen gesprochen. Kein Wort ist so zutreffend wie dieses. Es gilt für die gesamte menschliche Gesellschaft, bei uns und in West und in Ost. Gewiß, es gibt überall Ausnahmen, aber sie bestätigen nur die Regel. Wo sind die Zeiten eines Henry Dunant geblieben, dem es noch gelang, die Menschheit zur humanen Besinnung aufzurütteln? Heute wird der Mensch im wesentlichen nach seiner Funktionsfähigkeit eingestuft, seine Nützlichkeit ist nur noch dafür ausschlaggebend, ob ihm ein Platz eingeräumt wird. Typisch dafür ist die Feststellung eines englischen Anthropologen aus dem Jahre 1968: „In einer sich wandelnden Welt, in der die Lebensdauer von Maschinen nur sehr kurz ist, dürfen die Menschen nicht allzu lange arbeiten. Alles, was 55 Jahre überschreitet, muß ausgeschaltet werden." Leider verriet er bei seinem Rezept nicht, was aus den Menschen, deren Funktion im gleichen Atemzuge mit der einer Maschine genannt wurde, dann werden soll. Sie leben ja weiter und stellen einen beachtlichen Anteil an der Gesamtheit eines Volkes dar.

Und hier beginnt die eigentliche Inhumanität unserer menschlichen Gesellschaft. Sie glaubt sich von einer Gemeinschaftsverpflichtung durch Auszahlung einer Rente freikaufen zu können. Dabei ist das keine eigene Leistung, denn diese Rente hat der alternde Mensch schließlich in seinem Arbeitsleben selbst durch Beiträge finanziert. Darauf also kann sich die Gesellschaft, mit der die Kräfte der Verantwortung in erster Linie gemeint sind, nicht berufen. Nein, die Inhumanität besteht darin, daß dem alten Menschen bedeutet wird, daß er gewissermaßen ins letzte Glied zu treten habe und selbst sehen müsse, wie er damit fertig wird. Diese ungerechtfertigte Entwertung des alternden Menschen ist eine Menschheits- und Kulturkrise.

Allenfalls als Verbraucher wird der alternde Mensch akzeptiert, wobei man ihm in dieser Eigenschaft auch ganz gerne bestimmte Funktionen anhängen möchte. Ein typisches Beispiel aus eigenem Erleben: Christian machte jetzt Urlaub und benutzte die Gelegenheit, seinen Kreislauf ein wenig aufzumöbeln. Nun ist in dieser auslaufenden Winterzeit in Kurorten noch nicht viel los. Maulte da der Kurheimbesitzer: „Die Rentner haben soviel Zeit und sogar Fahrpreisverbilligung. Aber jetzt kommen sie nicht. Im Sommer, wenn hier die Häuser ohnehin ausverkauft sind, dann kommen sie in Massen angefahren, und wir müssen uns dann abplagen." Christian fragte scheinheilig zurück: „Haben denn Rentner nicht den gleichen Anspruch auf Sonne, Wärme und grüne Bäume wie wir? Oder haben sie nur die Aufgabe, tote Zeiten für Hoteliers zu überbrücken?" — „Nein, das nicht gerade, aber im Sommer ist vielzuviel Trubel und nicht die Ruhe wie jetzt." Als Journalist gewöhnt, allen Dingen auf den Grund zu gehen, machte Christian eine Rentnerin ausfindig, die diesen Kurort jedes Jahr im Sommer besucht. Auf Befragen erklärte die alte Dame heiter: „Was wollen Sie? Ich bin allein, habe mehr Ruhe als mir lieb ist. Ich will ja gerade den Trubel um mich haben. Dann weiß ich wenigstens, daß die Welt noch existiert. Und deswegen fahre ich im Sommer!"

*

Uns geht es in der „Ostpreußischen Familie" darum, gerade den von den Verhältnissen benachteiligten Menschen dabei zu helfen, bestehende Schwierigkeiten zu überwinden. Und das geht auf dem Wege der gegenseitigen Hilfe. Da wäre so ein Fall in Schleswig-Holstein. In einer kleinen Stadt arbeitet Frau H. als Gemeindeschwester. Sie schreibt: „Ich habe noch einen kleinen Sohn von 4½ Jahren. Der Kleine geht vormittags in den Kindergarten. Ich würde sehr gern eine alleinstehende, liebe Frau hier bei mir aufnehmen, damit der Kleine nicht allein ist, wenn ich abends oder nachts gerufen werde. Meine Arbeit zu Hause mache ich selbst. Eine Frau würde es hier gut haben, nur daß jemand da ist bei dem Kind. Meine Mutter ist schon 23 Jahre tot" (Kennziffer K 113).

*

Nun wieder ein Briefwunsch. Frau K. aus Plettenberg schreibt: „Wir möchten gern mit einem alleinstehenden, alten Menschen Verbindung aufnehmen. Mein Mann ist Revierförster a. D., zuletzt Johannisburger Heide. Da wäre es sehr schön, eventuell die Verbindung mit einem Alten von der ‚Grünen Farbe' aufzunehmen" (Kennziffer K 111). — Allein ist jetzt Frau N. aus Salzgitter. Sie stammt aus der Elchniederung. Ihr Vater war Tilsiter. „Am 10. Juni begehe ich, so es mir vergönnt ist, meinen 65. Geburtstag und wünsche mir recht viel Post. Das Leben ist mir viel schuldig geblieben, bin im Ersten Weltkrieg mit drei kleineren Geschwistern als Vollwaise zurückgeblieben. Im Zweiten Weltkrieg den Mann und die Heimat verloren. Seit zwei Jahren endlich eine eigene Wohnung, solange als Untermieterin gelebt. Durch Krankheit sehr anfällig, habe ich den Anschluß verpaßt, auch in der ostpreußischen Frauengruppe. Meine Tochter ist verheiratet. Die älteren Verwandten sind verstorben, darum suche ich neue Verbindung" (Kennziffer K 114).

*

Wir appellieren nicht nur an die gegenseitige Hilfe, sondern bitten auch da, wo es uns geboten erscheint, Gruppen der landsmannschaftlichen Organisation um Mithilfe. In Harburg wohnt eine einsame Dame, die keinen Anschluß mehr hat, denn sie ist sehr gehbehindert. Wir hatten die örtliche Frauengruppe gebeten, sich um die Dame zu kümmern. Anfang März machten Frau Tiesler und Frau Hartmann ihren Besuch. Aus dem Bericht:

„Eine weißhaarige, gebückte ältere Dame öffnete uns die Tür. Mit freundlichen Grüßen vom ‚Ostpreußenblatt' stellten wir uns vor. Mit dem Wort ‚Ostpreußenblatt' war die Verbindung schnell hergestellt. Die gehbehinderte Dame wurde springlebendig und konnte uns nicht schnell genug in ihr ‚Stübchen' bitten. Ihre tränengefüllten Augen strahlten, denn sie freute sich sehr über unseren Besuch. Sie leidet keine Not, aber das Alleinsein nagt an ihrer Gesundheit. Am 28. März wird Frau St. abgeholt, damit sie an unserer Jahreshauptversammlung mit Film teilnehmen kann. — Nach diesem Besuch möchte ich Ihnen recht herzlich für die Aktion ‚Ostpreußische Familie' danken und hoffe, daß auf diesem Wege viele Verbindungen zu Ost- und Westpreußen hergestellt werden."

Soweit für heute und mit den besten Ostergrüßen Ihr

Christian

Streiflichter

Nonsens

In der kürzlichen Sendung Reinhard Appels „Journalisten fragen — Politiker antworten" waren neun Zuhörer der großen Bundestagsdebatte zu Gast. Nach gut vorbereitetem Plan durften sie drei Prominenten, den Ministern Scheel und Schmidt sowie Dr. Gerhard Schröder, Fragen stellen. Ein Gespräch entwickelte sich dabei nur zwischen den Ministern, die begannen, eine Miniaturauflage der Debatte selbst zu liefern. Vor allem Scheel und Schmidt, im Gegensatz zu dem eher amüsierten Dr. Schröder, ereiferten sich.

Auf die Frage eines der Zuhörer zu polnischen Pressestimmen wischte Scheel die Bedeutung solcher Pressekommentare vom Tisch und meinte, er verhandle nicht mit der Presse, sondern der Regierung. Die überforderten Hörer akzeptierten auch diesen Nonsens. Niemandem fiel auf, daß Kommentare in Zeitungen autoritärer Staaten keine eigene Meinung verkünden, sondern allein die ihrer Regierung.

Seemannsgarn

Ein Verband der Bundesmarine befährt seit einiger Zeit und für eine genau befristete Dauer das Mittelmeer. Die Bonner Hardthöhe hat keinen Zweifel daran gelassen, daß es sich bei diesem Turn der Zerstörer und Versorger um nichts anderes als eine Besuchs- und Übungsreise handelt. Aber die Ost-Berliner Propaganda wittert in dieser Fahrt einen Zusammenhang mit den NATO-Intrigen gegen das unabhängige Zypern und glaubt feststellen zu müssen: „Sicherlich aus diesem Grunde" — so die Ost-Berliner Propaganda — „gibt es in den Offiziersmessen der Bundesmarine Sympathien für die jüngsten Angriffe des NATO-Partners Griechenland auf die Unabhängigkeit Zyperns. Man denkt, vielleicht springen dabei auch einige Stützpunkte für die Bundesmarine heraus". Immerhin räumt der „Soldatensender 935" dann jedoch ein: „Soweit ist es aber noch nicht, und ob es überhaupt soweit kommt, ist auch die Frage.

Keine Frage ist aber, daß die an den Besuch des deutschen Verbandes im Mittelmeer geknüpften Vermutungen rotes Seemannsgarn billiger Machart sind.

Wirtschaft:

Regierung ging in eine sorgenvolle Osterpause

Am bundesdeutschen Wirtschaftshimmel ziehen wieder einmal dunkle Wolken auf

Bonn — Bereits Ausgangs der letzten Woche vermochte man in Bonn zu spüren, daß für einige Tage eine gewisse Ruhe eintreten wird, wenngleich auch nicht ausgeschlossen ist, daß während der Osterfeiertage die eine oder andere Überraschung ins Haus steht. Der Kanzler begibt sich zu einem Osterurlaub ins südliche Italien und auch sonst ist in diesen letzten Märztagen eine vorösterliche Ruhe eingekehrt. Das letzte Spektakel, das sicherlich für die Bundesregierung nicht von Vorteil war, bot die Affäre Machens, die Ernennnung eines Schwagers des Doppelministers Schiller zum Präsidenten einer Bundesanstalt. Der lautstarke Protest der Beamten und Angestellten dieser renomierten Anstalt in Hannover hat denn schließlich dazu geführt, daß Prof. Machens zunächst von seinem Amt beurlaubt wurde. Nachdem Bundespräsident Heinemann auf Vorschlag Schillers die Ernennungsurkunde vollzogen hatte, blieb keine andere Möglichkeit, als die der Beurlaubung und es bleibt zu hoffen, daß diese peinliche Sache ausgebügelt werden kann.

Die Bundesregierung ist angesichts der starken Opposition der CDU/CSU gegen die Ostverträge in arge Bedrängnis geraten; in jüngster Zeit erhielt sie zunächst Schützenhilfe selbst von Botschafter Falin und sozusagen in Scheiben wurde nachgereicht, was ursprünglich vermißt wurde. Heute fragt man sich mit Recht, ob alle diese Interpretationen und Erläuterungen zu den Verträgen unterblieben wären, wenn die Opposition weniger beharrlich auf ihrem „So nicht" bestanden hätte. Die jüngste Rede Breschnews dagegen zeigt ganz eindeutig auf, wie verfahren die Situation der Regierung ist, die die Ratifizierung als eine selbstverständliche Sache angesehen und nicht bedacht hat, wie schmal der Grat ist, auf dem sie sich bewegt.

Aber es ist keineswegs nur die Ostpolitik, die der Regierung Sorgen bereitet. Man weiß in Regierungskreisen sehr wohl, daß die versprochenen Reformen nicht realisiert werden konnten und man dürfte sich darüber klar sein, daß sie auch in dem letzten Jahr der Legislaturperiode nicht verwirklicht werden können. Selbst Blätter, die sonst der jetzigen Regierung positiv gegenüberstehen, wie zum Beispiel die liberale „Washington Post", beschäftigt, sich sehr kritisch mit der Lage Brandts und seiner Regierung. Unter den Wählern, so schreibt das Blatt, sei das „zunehmende Gefühl verbreitet, daß die Regierung unfähig ist, der Bundesrepublik die wirtschaftliche Stabilität zu erhalten und sie vor einer untragbaren Inflationsrate zu bewahren".

Sicherlich, so läßt sich das Blatt von ihrem Bonner Korrespondenten berichten, habe der Schiller im Falle seines Schwagers angelastete Nepotismus wesentlich dazu beigetragen, weite Kreise mit Unmut über den Wirtschafts- und Finanzminister zu erfüllen, jedoch lägen die Ursachen wesentlich tiefer. Der eigentliche Grund sei der, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich 1969 für die SPD entschieden, das Vertrauen in die Kunst Schillers geschwunden sei und zu einer echten Enttäuschung geführt habe.

Wirtschaftsminister Schiller ist zweifellos heute eine Schlüsselfigur für das weitere Schicksal der Regierung Brandt; wenn der Bundeskanzler sich — wie auch bei jüngster Gelegenheit — hinter seinen Minister stellt, so braucht das keineswegs als ein Akt der Überzeugung gewertet zu werden. Vielmehr weiß Brandt, daß mit einem Sturz Schillers das Schicksal seiner Regierung besiegelt sein würde. Wenngleich der Ostpolitik der Regierung auch eine eminente Bedeutung beikommt, so wird für das Gros der Wähler die wirtschaftliche Situation doch von noch ausschlaggebenderer Bedeutung sein. Nachdem die Ostpolitik in weiten Kreisen der Bevölkerung mehr als fragwürdig angesehen wird und es feststeht, daß der „Kanzler der inneren Reformen" den Anspruch auf diesen Titel heute bereits streichen muß, wird vor allem der Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung darüber entscheiden, ob Willy Brandt volle vier Jahre im Palais Schaumburg residieren wird. **Kurt Reger**

Kirche:

Prager Regierung sagt erneut Kampf an

Religionsunterricht nur mit Genehmigung des Direktors

Prag — Drei Jahre lang bibberten und bebten in jedem Winter die Studenten des Priesterseminars von Bratislava in der Slowakei, denn ihre Heizung funktionierte nicht. In diesem Winter hatte der kommunistische Staat mit ihnen Einsehen: Er verfügte wegen der unmöglichen Studienbedingungen ganz einfach die vorläufige Schließung des Priesterseminars in der slowakischen Hauptstadt. Fast gleichzeitig mit den Vorgängen in Bratislava wurden für alle anderen katholischen Fakultäten in der Tschechoslowakei rigorose Aufnahmebedingungen verfügt. Hunderte von Studenten konnten daher ihr Studium gar nicht erst beginnen, denn ein vom Staat verordneter numerus clausus soll die katholische Kirche offenbar austrocknen.

Am auffälligsten ist die Rückkehr des tschechoslowakischen Staates zu den Methoden der frühen fünfziger Jahre jedoch auf dem Schulsektor. Die Eltern müssen ihre Kinder beim Schuldirektor, der immer ein Kommunist ist, anmelden, und die Priester oder Lehrer, die den Unterricht abhalten, müssen „zuverlässige Bürger" sein, eine Formulierung, die weder mit der tschechoslowakischen Verfassung noch mit der UNO-Konvention über die bürgerlichen und politischen Rechte vereinbar ist, der die Tschechoslowakei gleichfalls zugestimmt hat.

Abgeflankt wird diese jüngste Neuregelung durch eine verschärfte atheistische Kampagne, in der Menschen mit religiösen Überzeugungen als Vertreter einer doppelten Moral disqualifiziert werden sollen. Drohend heißt es in diesem Zusammenhang in einer Sendung von Radio Hvezda, daß „die Doppelrolle auf der Bühne interessant ist, aber im Leben, in der Schule oder in der Familie wird sie früher oder später zu einem ungünstigen Bumerang". Mit anderen Worten: Wer als Christ eine gesellschaftliche Funktion ausübt oder als schlichter Bürger seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, muß mit ungünstigen Rückwirkungen rechnen.

Die mit derartigen Drohungen verbundene Bedrohung der materiellen Existenz religiöser Familien hat denn auch schon zu einem gewaltigen Absinken der Zahl der tschechoslowakischen Religionsschüler geführt. Die beläuft sich in der Slowakei nur mehr auf 48 Prozent, in der Tschechei sogar nur noch auf 22 Prozent. Unter dem Stalinisten Novotny war es kaum schlechter gewesen. **Hans Peter Rullmann**

Polen:

Gemilderte Polemik gegen Opposition

Fiasko der Ratifizierung würde uns nicht beunruhigen

Warschau (hvp) — Die polnischen Massenmedien polemisieren zwar weiterhin gegen die CDU/CSU-Opposition in Bonn, doch beschränkt man sich dabei mehr und mehr auf allgemeine Beschuldigungen wie die, daß die Führung der Unionsparteien „nichts aus der Vergangenheit gelernt" habe oder auf Verlautbarung dunkler Andeutungen für die Zukunft. So schrieb das Zentralorgan der sogen. „Demokratischen Partei", der „Tygodnik Demokratyczny", die Opposition in Westdeutschland dürfe zwar Opposition treiben, aber dabei doch keinesfalls „in der Bundesrepublik eine allgemeine politische Krise heraufbeschwören", weil eine solche Krise „rasch internationale Dimensionen annehmen" könnte.

Das kommunistische Partei-Zentralorgan „Trybuna Ludu" setzte ihre Hoffnungen auf Ratifizierung der Ostverträge darauf, daß doch noch einige CDU-Bundestagsabgeordnete für die Verträge stimmen könnten. Radio Warschau äußerte sich im gleichen Sinne, doch fügte der Kommentator Meclewski sogleich hinzu, in Warschau würde man auch dann nicht „beunruhigt" sein, wenn sich „eventuell ein Fiasko des Ratifizierungsverfahrens ergeben sollte". Polen bedürfe nicht der Verträge für seine Sicherheit. Im Falle eines Scheiterns der Ratifizierung würde sich allerdings für die europäische Lage nur ein „Rückschlag um ein Jahrzehnt" mit „gefährlichen" Auswirkungen ergeben können.

Es war sehr bemerkenswert, daß diese verhältnismäßig zurückhaltende Beurteilung der Folgen eines „Fiaskos des Ratifizierungsprozesses" in deutscher Sprache ausgestrahlt wurde, nachdem derselbe polnische Sender in seinem speziell für die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bestimmten Programm zwei Tage vorher geradezu den Versuch gemacht hatte, „katastrophale Folgen" für die ganze Welt für den Fall einer Ablehnung der Ostverträge durch den Bundestag an die Wand zu malen. Damals war die Opposition noch bezichtigt worden, sie treibe ein „leichtfertiges Vabanque-Spiel", und ihre Politik könne die Bundesrepublik in eine internationale Isolation treiben.

Außerdem ist die Warschauer Regie in einigen Kommentaren westlicher Korrespondenten spürbar geworden, die in der polnischen Hauptstadt tätig sind. Besonders eifrig betätigt sich der WDR-Korrespondent Ludwig Zimmerer im Sinne der Vertretung des polnischen Interesses an einer Ratifizierung des „Warschauer Vertrages": Genau wie die „Trybuna Ludu" erklärte er, im Falle eines Scheiterns der Ratifizierung werde die polnische Parteispitze das „Vertrauen zu Bonn" verlieren. Er fügte selbst hinzu, daß es einer etwaigen CDU-Bundesregierung „eine Menge kosten" würde, „korrekte Beziehungen" zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik wieder herbeizuführen, wenn es erst einmal zur Ablehnung der Ratifizierung gekommen sei. Daß Warschau ein ganz besonderes — vornehmlich wirtschaftliches — Interesse an „korrekten Beziehungen" zur Bundesrepublik hat, erwähnte Zimmerer nicht.

UdSSR:

Moskau verwehrt die Ausreise

Sowjetpolizei auf dem Gelände unserer Botschaft

Schon seit längerer Zeit gab es in der Sowjetunion immer wieder Ärger, wenn ausländische Sowjetbürger versuchten, eine Genehmigung für die Ausreise in ihr Land zu bekommen. Im vergangenen Jahr hatten jüdische Sowjetbürger in Moskau, Riga, Kiew und Leningrad Protestaktionen gegen die Sowjetunion gestartet. Der Kreml hatte nämlich mit verschiedenen Mitteln versucht, die Auswanderungswelle zu unterbinden. Seinerzeit machten die jüdischen Sowjetbewohner durch Sitzstreiks, Hungerstreiks und Petitionen auf sich aufmerksam und so gelang es ihnen, ihre Forderung durchzusetzen: Politische Beobachter in Moskau bestätigten, daß die Ausreise für jüdische Bürger inzwischen erleichtert wurde.

Schwierigkeiten wurden aber auch von deutscher Seite bekannt: es hieß, die sowjetische Miliz gewähre den Zutritt in die deutsche Botschaft nur den Personen, die bereits im Besitz eines Ausreisevisums seien. Antragsteller hingegen würden abgewiesen. Welche Ausmaße diese Abweisung in etwa hat, wurde durch zuständige deutsche Stellen in Moskau bekannt, die berichteten, daß es „mehrere zehntausend" sowjet-deutsche Antragsteller für Rückführung oder Familienzusammenführung gibt. Viele dieser Antragsteller sind aus anderen Gebieten der Sowjetunion nach Moskau gereist und warten hier auf eine Chance, um in die Bundesrepublik zu gelangen. Als „höchst unerfreulich" werden die Zusammenstöße zwischen diesen Sowjet-Deutschen und der Miliz in dem Park vor der deutschen Botschaft beschrieben.

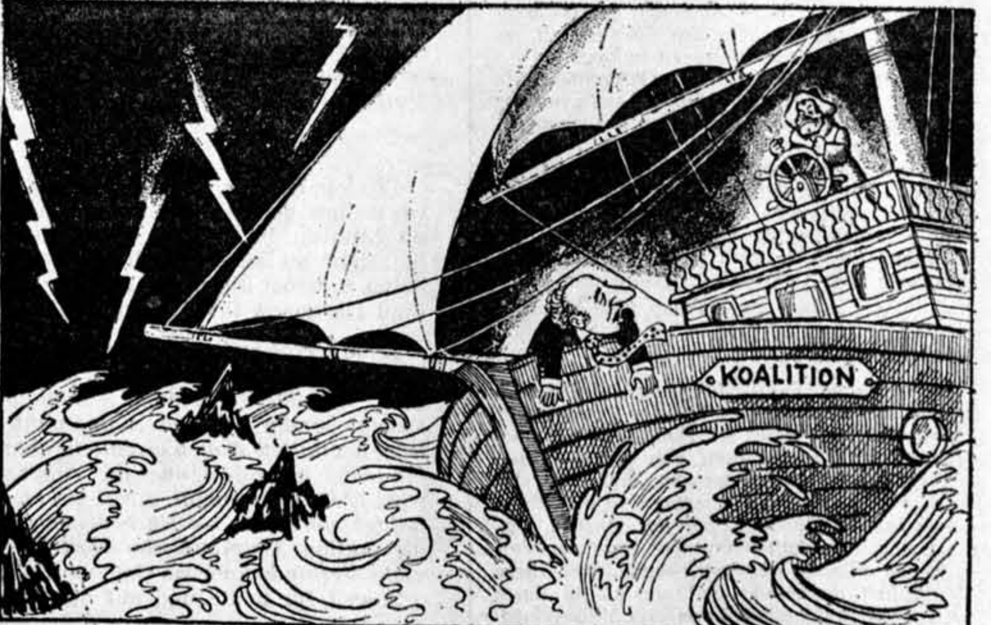
Zu einem ernsthaften illegalen Übergriff der Sowjetpolizei aber kam es am Mittwoch der vergangenen Woche. Bereits am Sonntag zuvor hatte sich eine Gruppe in der Residenz des Botschafters telefonisch darüber beklagt, daß ihr die Miliz den Zutritt mehrfach verwehrt habe. Am Mittwoch dann besetzte ein größeres Polizeiaufgebot den Park vor der deutschen Botschaft in der „Bolschaja Grusinskaja" und ging auch gegen mehrere Personen vor, die eine Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik beantragen wollten. Das Auswärtige Amt hat von der Moskau-Botschaft eine ausführliche Stellungnahme über diesen illegalen Übergriff der sowjetischen Miliz angefordert. **V. P.**

Eine polnische Stimme:

Die Schlafkrankheit in der BRD

Warschau — In einem Bericht mit dem Titel „Die Reichen und die Armen in der Bundesrepublik" schreibt die polnische Zeitung „Trybuna Walbrzyska" unter anderem, daß sich unter den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Unzufriedenheit und Enttäuschung über die Brandt/Scheel-Regierung verbreite. Die Massen seien seit Jahrzehnten von der bürgerlichen Regierung „eingeschläfert" worden, und daran ändere sich auch gegenwärtig nichts. Ganz im Gegenteil. „Die Schlafkrankheit" werde beim Arbeiter vertieft, wenn man ihm vormacht, „daß er als gleichberechtigter Partner an der Teilung des nationalen Einkommens" betrachtet werde. Diese Schlafkrankheit werde von der „Brandt/Scheel-Regierung, die sich als die Regierung der inneren Reformen ausgab und darüber hinaus versicherte, unter dem Motto der größeren sozialen Gerechtigkeit zu wirken", weiter gefestigt.

Die Zeitung folgert: Die Gesellschaftsform in der Bundesrepublik habe „zwischen Armen und Reichen eine Grenze abgesteckt, die von den Armen einfach nicht überwunden werden kann". **jon**



Willy, Willy . . . Zeichnung aus „Kölnische Rundschau"

Fall Machens:

Noch nicht abgeschlossen

Der Skandal um den „bis auf weiteres" beurlaubten Präsidenten des Bundesamtes für Bodenforschung in Hannover, Professor Eberhard Machens, kann noch keineswegs als aufgeklärt betrachtet werden. Auch wenn jetzt der Eindruck erweckt wird, als sei die Unterschrift des Bundespräsidenten gewissermaßen aus Versehen unter die Ernennungsurkunde geraten, kann dadurch doch nicht verheimlicht werden, daß Heinemann seinerzeit den Bundeswirtschaftsminister gerade wegen dieser Angelegenheit zu sich gebeten hatte. Des weiteren richtete der CDU-Abgeordnete Manfred Luda kürzlich eine mündliche Anfrage an die Bundesregierung, mit dem Inhalt, warum nicht der dafür zuständige Staatssekretär Detlev Karsten Rohwedder, sondern der Staatssekretär Johann Baptist Schöllhorn die Personalakten dieses Falles geprüft habe.

Aber auch wenn alle Unklarheiten in dieser Affäre beseitigt sein sollten, so bleibt doch die Tatsache, daß der Steuerzahler der Leidtragende dabei ist. Denn der Schwager des Bundeswirtschaftsministers wird jetzt für eine Tätigkeit Gehalt beziehen, die er wegen seiner Beurlaubung gar nicht ausübt. **V. P.**

Von der Ausstrahlung Ostpreußens

„Ihre Spuren verwehen nie" – Der Beitrag einer ostdeutschen Provinz zur Kulturgeschichte des Abendlandes

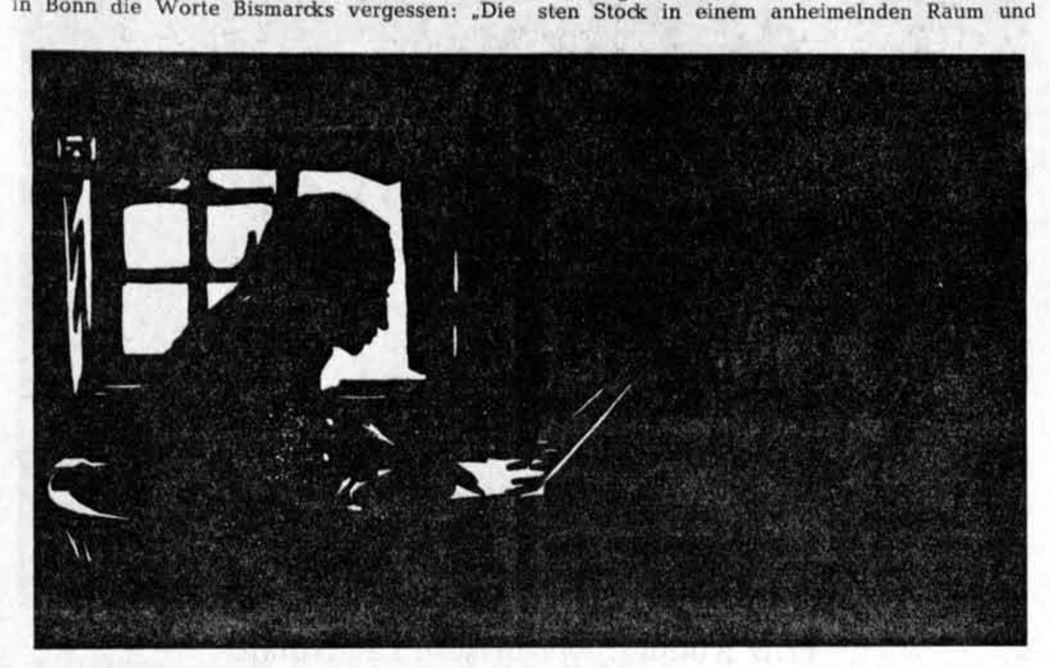
„Die rein deutsche Hauptstadt von Ostpreußen, in der nie ein richtiger Russe gelebt, geschweige denn gewirkt hat, ist uns von Rußland geraubt worden, aber was in ihr geschaffen und — besonders von Kant — gelehrt wurde, wirkt weiter, bis die Stadt wieder deutsch geworden ist. Das walte Gott!"

(Aus einem Geleitwort des ehemaligen Königsberger Oberbürgermeisters Hans Lohmeyer im Jahre 1966.)

Wegen Ende der zwanziger Jahre brachte ein findiger Berliner Verleger einen sog. „Geniekalender des deutschen Volkes" heraus. Auf dem mächtigen Bogen konnte man das alte Reichsgebiet erkennen und auf diesem wiederum zahllose kleine schwarze Punkte, die die Geburtstätten berühmter und um ihr Vaterland verdient gewordener Deutscher anzeigten. Da fanden sich besonders im mitteldeutschen und baden-württembergischen Raum ganze Wolken von Pünktchen, während das abgelegene Ostpreußen nur mit einem einzigen Markierungszeichen versehen war, das Immanuel Kant andeuten sollte, den Philosophen des „Kategorischen Imperativs", des moralischen Gesetzes im Menschen, des Handelns aus persönlicher Verantwortung und somit des geistigen Bahnbrechers des preußischen Pflichtbewußtseins.

Wir hielten dies schon damals für eine stiefmütterliche Behandlung der kulturellen Leistungen unseres deutschen Ostens im Ablauf eines mehr als halben Jahrtausends. Deshalb ist es ganz besonders zu begrüßen, wenn nunmehr die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. Köln" unter dem Titel „IHRE SPUREN VERWEHEN NIE — Ostpreußens Beitrag zur abendländischen Kultur" ein rund zweihundert Seiten starke Buch veröffentlicht hat, als dessen Autoren Ruth Maria Wagner und Hans-Ulrich Stamm verantwortlich zeichnen. Aus der Fülle der schöpferischen Gestalten, die in dieser fleißigen Arbeit beleuchtet werden, deren Lektüre wir jedem Deutschen ans Herz legen, wird sichtbar, wie breit und tief die Ausstrahlungskraft Ostpreußens in Wirklichkeit gewesen ist. Alle, die da aufgezählt sind, brachten mit ihren Leistungen etwas von jenem „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen", der schier endlosen Weiten, der Brandungen und Dünen und einer oft fast kathedralen Stille in das Gewebe der europäischen Kultur mit ein.

Das Büchlein ist aber auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil es zu einem Zeitpunkt erscheint, da unserer jungen Generation vielfach das Geschichtsbewußtsein genommen und die Erinnerung an den deutschen Osten ausgelöscht werden soll. Wir hingegen sind der Meinung, daß es die Pflicht eines jeden von uns ist, das Erbe einer mehr als siebenhundertjährigen Geschichte des deutschen Ostens nicht nur für die Gegenwart zu bewahren, sondern auch für die Zukunft zu erhalten. Deshalb wünschen sich die Verfasser eingangs dieses Bandes, daß er in die Hand möglichst vieler junger Menschen gelangen möge, die weder im Elternhaus noch in der Schule gelernt haben, die Spuren ihrer Väter und Vorväter nachzugehen und zu erkennen, daß alles, was heute als Fortschritt gepriesen wird, nur möglich war, weil Generationen vor uns die Grundsteine hierzu legten. Oder sollen wir uns vielleicht widerspruchslos damit abfinden, daß unser altes Königsberg unter dem Druck sowjetischer Gewalt bis ans Ende aller Zeiten „Kaliningrad" heißt? Können wir die sogenannte „Ostpolitik" einer Bundesregierung billigen, die für ein Linsengericht unsere alten Ostprovinzen der kommunistischen Tyrannei preisgibt? Hat man in Bonn die Worte Bismarcks vergessen: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn diese nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt."



Ist es nicht ein Schlag in unser Gesicht, wenn heute auf dem leeren Sockel des Königsberger Kantdenkmals eine Thälmannbüste steht? Nein, da erinnern wir uns lieber der seherischen Worte unserer Balladendichterin Agnes Miegel: „Über der Weichsel drüben, Vaterland, höre uns an! Wir sinken wie Pferd und Wagen versinken im mahlenden Sand, recke aus deine Hand, daß sie uns hält, die allein uns halten kann." Wir werden dafür Sorge tragen, daß „ein anderes Bonn" diesen schicksalhaften Ruf nicht überhört. Und derweilen werden wir uns an das halten, was der Königsberger Dichter Ernst Wiechert schon 1905 zu seinen Abiturienten sagte: „Meine Freunde, es ist nicht nötig, daß es mehr Geld auf der Welt gibt, mehr D-Züge, mehr Parteien, Sekten, Vereine, Weltanschauungen. Aber es ist nötig, daß es etwas weniger Träume auf der Welt gibt, etwas weniger Unrecht, etwas weniger Gewalt, etwas weniger Qualen. Ich sage nicht: Lebt wohl, denn ihr sollt nicht wohlleben. Aber ich sage: lebt tapfer! Denn: was ist gut? Tapfer sein ist gut!"

Mitte der dreißiger Jahre hatte der Schreiber dieser Betrachtung mehrfach Gelegenheit, in Berlin-Grunewald in einem alleinstehenden Hause in der Bettina-von-Arnim-Straße Gast zu sein. Es war die Villa des verstorbenen ostpreußischen Dichters und Dramatikers Hermann Sudermann, die nun sein Schwiegersohn Dr. Rolf Lauckner sorgsam betreute. Das Hochparterre bestand aus einer Art Museum mit Erinnerungsstücken, während wir uns im nächsten Stock in einem anheimelnden Raum und bei süffigem badischem Landwein über den Text des Drehbuchs zu dem Film „Der alte und der junge König" die Köpfe zerbrachen, einem Streifen, den der unvergeßliche Schauspieler Emil Jannings zu großem Erfolg führte. Auch Sudermann, der in Matziken, Kreis Heydekrug, zur Welt kam, hat in seinen Lebenserinnerungen die Konturen seiner engeren Heimat umschrieben. „Und zu erleben", stellt er hierbei fest, „gab es dort mehr als irgendwo in der Welt. Nirgends wölbte sich der Himmel glokkenhafter über der Erde, nirgends trieben die Wolken an ihm ein krauseres Spiel. Nirgends sandte die Sonne wohligere Gluten, nirgends ging sie in einem bunteren Bette zur Nachtruh. Im Heidekraut liegen und in den Himmel starren, was konnte es Schöneres geben auf dieser Welt." Auch dies dünkt uns ein Hochgesang auf Ostpreußen.

Hierzu kommt, um eine weitere gewichtige ostpreußengebürtige (Elbing) Persönlichkeit herauszugreifen, der hervorragende Schriftsteller, Journalist, Kritiker und Literarhistoriker Paul Fechter, der den größten Teil seines Lebens in Berlin verbrachte. Auch ihm strömten Bilder und Gesichte zu, die es bewirkten, daß er mit der bunten Palette seiner Wortkunst ein lebendiges Porträt seiner Heimat zeichnete. So lesen wir bei ihm: „Die Welt zwischen Oder und Memel ist der entscheidende Teil des werdenden europäischen Raumes, wenn anders dieses Europa jemals Wirklichkeit werden will. Wer von seiner Jugend im Osten erzählen will, muß von Anfang an wissen, daß der Osten nicht nur Hintergrund seines Lebensberichtes sein, sondern daß von diesem seinem Leben nur gesprochen werden darf, weil an seinem Bild etwas von dem Glück sichtbar werden kann, das es bedeutet, im deutschen Osten den Weg durch die Jahre der Jugend gegangen zu sein, die Welt zuerst unter seinem Bild empfangen zu haben. Der unvermeidbare persönliche Anteil eines Einzelwesens hat zurückzutreten hinter dem bleibenden, unvergänglichen Lebensfaktor der ganzen deutschen Welt nämlich, die deutscher Osten hieß und nicht nur für uns alle Zeit deutscher Osten sein und bleiben wird." Wie anders da die Haltung jener „Genossen", die derlei Betrachtungen offenbar im Handumdrehen wie einen lästigen Ballast über Bord werfen, nur um einer fragwürdigen „Entspannung" willen und ohne jede greifbare Gegenleistung!

Was sich hier unmöglich insbesondere aus Raumgründen alle erwähnen können, die das empfehlenswerte Buch umfaßt, so sei hier abschließend noch die große, jedermann bekannte Künstlerin Käthe Kollwitz angeführt, die es sich — ähnlich wie der Berliner Maler Zille — zur Aufgabe machte, eine Darstellerin des Schicksals der Armen und Entrechteten, der Verzweifelten und Erniedrigten zu werden. Auf dem Königsberger Weidendamm, in der Nähe des Pregelflusses, erlebte sie ihre frühe Kindheit. Und auch in ihren „Erinnerungen" spiegelt sich viel urhaft ostpreußisches Erleben wider, wenn es da beispielsweise heißt: „Wie oft standen wir, wenn Brücken aufgezogen wurden, am Geländer und sahen zu, wie unten die Dampfer und Kähne durchzogen, sahen auf das Gewirre von Obstkähnen herunter, bummelten durchs Schloß, bummelten am Dom vorbei, bummelten auf die Pregelwiesen hinaus. Wir wußten, wo die Witinnen, die Getreideschiffe, lagen mit den Jimkes drauf in Schafspelzen und mit lappenumwickelten Füßen." Der herbe ostpreußische Realismus hat Käthe Kollwitz geprägt. Und es mag sie vielleicht selbst überrascht haben, als sie 1929 mit dem Orden „pour le mérite" ausgezeichnet wurde; zehn Jahre zuvor hatte sie den Professorentitel erhalten.

Dies alles sind wohlgemerkt nur bescheidene Auszüge aus dem farbigen Buch, dem wir nichts vorwegnehmen möchten, das wir aber einem jeden unserer Leser mit besonderem Nachdruck empfehlen. Schlägt er die letzte Seite zu, so wird auch er mit uns der Ansicht sein, daß die geplanten Ostverträge einen Verrat an jahrhundertealtem deutschem Kulturgut darstellen, daß eine neues Europa nur auf dem geistigen Fundament der Sittenlehre Immanuel Kants haltbar errichtet werden könnte, und daß die Spuren der in dem verdienstvollen Buch skizzierten Ostpreußen — komme, was da kommen mag — nie verwehen werden.

Tobias Quist

„Ihre Spuren verwehen nie." 208 Seiten mit 24 Bildern, Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V., 2 Hamburg 13, Postfach 8327, Preis 8,40 DM.

Über die ganze Erde gewirkt

Siegfried Passarge

Als Schüler des ehrwürdigen Friedrichskollegiums zu Königsberg blieb er dreimal sitzen, weil ihn der Lehrplan unerträglich langweilte. Zum Ausgleich lernte er englisch und italienisch und stählte seinen schwachen Körper durch Exkursionen in Eis und Schnee des Samlandes, weil er mit fünfzehn Jahren wußte, daß er Geograph werden würde. Im Reifezeugnis wurde ihm neben außergewöhnlicher Allgemeinbildung bescheinigt, daß seine (schulischen) Kenntnisse „nicht eben sicher" seien. Als er die Universität verließ, sagte ihm sein großer Lehrer Ferdinand von Richthofen: „Ich hoffe, daß Sie etwas aus der Geographie machen", und an Siegfried Passarges offiziellem 90. Geburtstag verkündete sein Nachfolger in Hamburg: „Er hat über die ganze Erde gewirkt."

Am offiziellen Geburtstag — denn Siegfried Passarge hatte deren zwei: Eigentlich kam er am 29. November 1866 in Königsberg zur Welt, aber der alte Pfarrer hatte seine Notizen verlegt und trug ihn erst unterm 26. Februar 1867 ins Kirchenbuch ein. Und wie zwischen zwei Geburtstagen hat sich Siegfried Passarge zwischen zwei Berufen bewegt, zwischen dem Geographen und dem Arzt.

Viel hat Siegfried Passarge der Förderung seines Vaters zu verdanken, des dichterisch begabten Oberlandesgerichtsrates Ludwig (Louis) Passarge, dem wir die bezaubernde „Wanderung auf der Kurischen Nehrung" verdanken und der am Beginn der ostpreußischen Dünenforschung steht. Zugleich hatte er Ibsens „Peer Gynt" ins Deutsche übertragen und erfreute sich der häufigen Besuche des Dichters in Königsberg. Sohn Siegfried studierte zunächst in Berlin, dann in Jena. Als nach des Vaters Pensionierung das Geld knapper wurde, sattelte er um auf Medizin, ohne jedoch die „brotlosen Künste" Geographie und Geologie aus dem Auge zu verlieren. Er machte die medizinischen Staatsexamina, dann den Dr. phil. in Geologie.

Danach gehörte Siegfried Passarge zu einer Expedition, die die Grenzen der jungen deutschen Kolonie Kamerun festlegen sollte. 1894 arbeitete er als junger Arzt in Berlin, ehe die Würfel endgültig für die Geographie fielen und er in englischem Auftrag die Kalahari auf die Möglichkeit von Gold- und Diamantenfunden untersuchte. Das Jahr 1905 sah ihn als Ordinarius auf dem Breslauer Lehrstuhl für Geographie, 1908 ging er nach Hamburg, wo er bis 1936 wirkte und am 26. Juli 1958 im 92. Lebensjahr verstarb. 1944 kehrte er noch einmal kurz nach Königsberg zurück. Bei Verwandten im schlesischen Grünberg praktizierte er dann als Arzt.

Passarge hat „etwas aus der Geographie gemacht". So wie er als Junge nicht am althergebrachten Lehrplan zu kleben vermochte, ging er als Mann in seinem Fachbereich völlig neue Wege. Er begann, die Landschaft wie ein Arzt zu diagnostizieren, und wurde damit zum Vater der modernen Landeskunde. Mehr noch, er nahm sich des Menschen und seines Einflusses auf die Landschaft an, was bisher versäumt worden war. Wenn Geographen in aller Welt heute vom „Vier-Kräfte-Problem" sprechen, erinnern sie sich damit an die grundlegenden Arbeiten Siegfried Passarges, der dieses von ihm aufgeworfene Problem als Grundlage moderner Wissenschaft einmal selbst in folgenden Fragen zusammengefaßt hat: „Wie ist das Land beschaffen und welche Lebensbedingungen finden sich in ihm? Wie hat der Mensch sie ausgenutzt? Welche Kultur hat sich dort entwickelt? Wie war in großen Zügen der Geschichtsverlauf?" Diese Zusammenwirken von Raum, Mensch, Kultur und Geschichte also, das heute selbstverständlich scheint.

Er schuf das Ostpreußenlied

Herbert Brust

Dies Lied wurde geboren aus einer großen, glühenden Liebe zur Heimat", so gestand der Komponist einmal, als von der bekanntesten seiner Tonschöpfungen, ‚Land der dunklen Wälder', die Rede war, dem Lied, das überall in der Welt gesungen wird, wo Ostpreußen zusammenkommen, und das oft auch die zuhörenden Gäste in seiner Schlichtheit und melodischen Ausdruckskraft bewegt.

Am 17. April 1900 wurde Herbert Brust in Königsberg geboren. Daß er für ein Leben mit der Musik bestimmt war, wurde schon früh offenbar; bereits mit sechzehn Jahren wirkte er vertretungsweise als Organist im Dom. Der Domorganist, Walther Eschenbach, war sein Lehrer, ferner der Dirigent des Oratorium-Vereins, der Orgelvirtuose Reinhold Lichey. In Berlin erhielt Herbert Brust eine gediegene Ausbildung und kehrte nach dem Staatsexamen in seine Heimat zurück. An der Bernsteinküste siedelte er sich an, in Neukuhren.

Über dem Eingang seines Hauses stand der Spruch: „Der Heimat Rauch ist leuchtender als fremdes Feuer." Wer einmal Gelegenheit hatte, den Komponisten dort, nahe der rauschenden Ostsee, in der Stille seines Hauses am Flügel zu erleben, leidenschaftlich hingegeben an die selbstgewählte Aufgabe, der wird diese Stunden nie vergessen. Brust war ein Besessener im Reich der Töne, das er in seiner ganzen Weite virtuos beherrschte Er arbeitete hart, er scheute auch vor Selbstkritik nicht zurück, die ihn manchmal ein ganzes Stück zurückbrachte.

Für das ‚Oratorium der Heimat', dessen Melodien er schon lange mit sich herumtrug, suchte und fand er einen Textdichter. Es war Erich Hannighofer, der die Worte fand, die ganz der Musik eines Herbert Brust entsprachen. (Der Dichter gilt seit 1945 als verschollen.) Mit dem Satz: „Heimat! Wir rufen dich!" begann die Kantate. Sie klang aus in jenem Lied, das für unzählige Menschen zum Inbegriff der Heimatliebe geworden ist, dem Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen . . ."

Viele seiner Werke gelangten bald über die Grenzen Ostpreußens in die Konzert- und Musikprogramme, sie fanden über den Rundfunk den Weg zu ungezählten Menschen, die Ostpreußen nur vom Hörensagen kannten: seine ‚Ostpreußischen Fischertänze', das sinfonische Spiel ‚Kurische Nehrung', seine Oratorien, die Festkantate ‚Memelruf', die ‚Bernsteinkantate' (nach dem Text von Margarete Kudnig), die Musik zu dem Hörbild ‚Memelland' nach Worten von Agnes Miegel, dazu Bläserspiele, Kammermusiken, Lieder Sonaten und Motetten. Das Schaffen des Komponisten, den Fachleute als den bedeutendsten Kirchenmusiker seiner Zeit bezeichnen, fand hohe Anerkennung im In- und Ausland.

Wie viele Künstler seiner Generation wurde auch Herbert Brust durch die Vertreibung aus seiner Heimat mitten aus fruchtbarem Schaffen gerissen. Er brauchte lange, bis er die Trennung von dem Land seiner Väter innerlich verarbeitet hatte. Als Professor für Musik fand er einen Wirkungskreis an der Humboldt-Oberschule in Bremerhaven und als Organist an der Kirche in Schiffdorf. Zwei Motetten auf Worte von Wilhelm von Humboldt, feinsinnige Kammermusikwerke, Streichquartette, der Liederzyklus ‚Aus Heide und Moor', die ‚Königsberger Schloßturm-Abendmusik', eine neue ‚Ostpreußenkantate', Kantaten und die Musik zur Weihe eines Mahnmals nach Worten von Agnes Miegel sind Zeugnisse der letzten Schaffensperiode des Komponisten, als er am 26. Juni 1968 die Augen für immer schloß.

Toni Schawaller

Dat Wiedepiepke

Diene kleene Schwester on eck huckde annem Wiedediek on moakde Schiewkes on Schettelkes ut Lehm. Ok Hehner, Hoaskes, Schoapkes on wat ons so undere Händ keem. On dat Wiedegebüsch, dat rundrumm ommem Diek stund, hadd wi ons Stoawkes gemoakt. Durt stunde junge Barke. Ok dat Danneboomke, von dat wi to Wiehnacht dem Wöppel affgeschneede hadde. Under dat Danneboomke wär ons Teppermarcht. Wi beide Margelles wäre möt Lehm bekleewt von unde böt boawe, bloßig de Ooge blänkerde, sogoar dat Hoar stund stief von Lehm, denn wenn wi et ons mötte natte lehmige Hand uute Ooge streeke, kreech et natierlich ok wat aff.

Ons Brooder had sick e Wiedestock toogeschneede, he kickd sick dat Teppertiech on de Deere an on säd, dat ös Wiewerkroam. On dat Hähnke, far dat eck ewend e Zoagelke ut Hoahnefedder hinde rönnstöckd, dat, meend he, ähnt noah Malonkes Zäg, obber nich noa e Heehn.

Doa wurd eck kiewig. „Na, on du kannst äwerhaupt nuscht moake", schreech eck. On de kleene Schwester schreech wi ömmer mi noah: „Äwerhaupt nuscht moake kannst!"

Do säd de Brooder: „Na, dat war ju joa seehne, ju ware noch Näs on Muul opsparre." Hu huckd sick ganz ruhig opp dem groote Steen on piepd: Alle Vögel sind schon da.

Sonst sung wi ömmer mött, wenn he piepd, obber nu wär wi boßig. Wi stellde ons Teppertiech tum Druckne op; nieschierig kickd wi noahm Brooder reewer, obber man so beetke glupsch. Der hat an dat Wiedestocke romgeschnickert — doa ging ons e Licht opp. De ool Kielhorn had emm joa gister aowend gewiest, wi e Wiedepiepke gemoakt ward. Wi waschde sick fix de Händ aff, obber onse Händ, ok onse Gesöchter, wäre ganz root opgekischelt vonne Sonnke on von dat Lehmwoater. Nu stund wi neewenem Steen, ons Brooder nehm sien Taschemesser, klappd et too on fung ewend an, op dem Wiedestockke to kloppe.

„Margelles, singt mött", säd he, „denn geroad et beeter." On he sung ons vär: „Klopp, klopp Wiede, Hund schött Kriede, Katz schött Groade, loat min Piepke goot geroade."

Wi sunge, dat rein de Brost platze kunn. Oppem Hoff skudoakelde de Heehner, de graue Koater keem vont Stalledack gesprunge on kickd ons nieschierig to, he streek ömmer om onse Beene romm. Oppem Schienedack obber stund de Storch, he heel dem Kopp ganz scheef on horchd to.

De Storchefruu stund on puhld an dat Nest romm, se wär woll terbie, ehre Stoaw rein to moake. Nu klapperd se ganz luut on schmeet dem Kopp önt Genöck. Se hadd soveel to doone, on de kretsche Storch holp ehr nich e beetke, nu schömpd se emm woll, wie menkmoal de Fruuens so anne Manns ennem Ärger uutloate; doch de Storch leet sick nich röhre, he horchd äwend to.

On de geele Botterbloome annem Groawe bleegde, on de junge Barke annem Diek hadde ganz junget grönet Loof.

De Brooder schneed Lächerkes önt Piepke önn, he hadd all dat witte Stockke ruutgetoage uute gröne Wiederind, ook all dat Endstöck rönngemoakt.

Wi hadde Teppermarcht on allet vergeete, wi stunde stöll on kieckde to. On vonnem Dack sach de Storch äwenfalls to. Eck obber säd ganz oltklook: „Et ös keine Konst, Piepe schniede, wenn de Wiede grön sönd." Na, dat hadd eck von onse Großmutter gehört, dat säd se ömmer, wenn eener sick mött siene Aorbeit proahle wull.

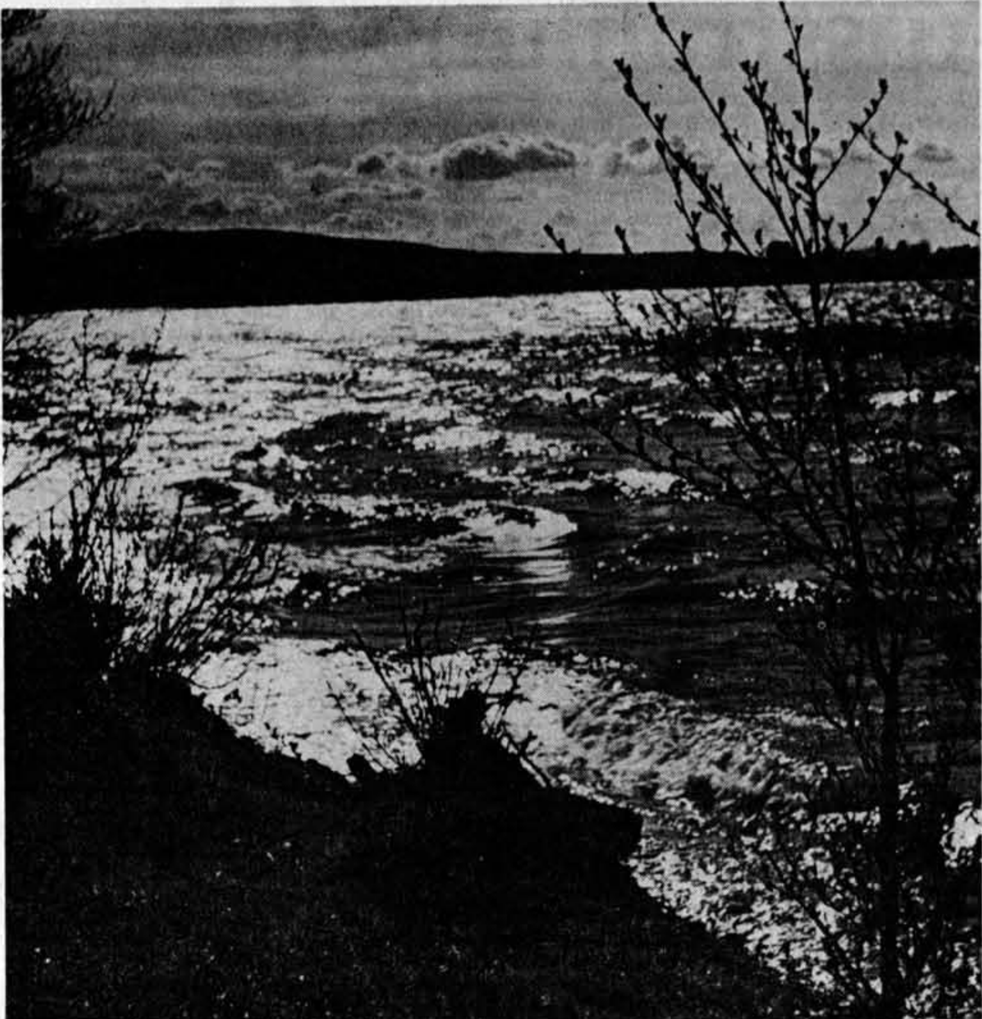
De Brooder beachd dat goar nich: „De Piep ös fertig", säd he on stelld sick ganz großoartig an dem groote Steen henn.

„Die Piep ös fertig, de Piep ös fertig", schreech onse kleene Schwester, terbi dansd se wi doll. Eck obber kickd dem Brooder an, als wenn he mindestens e Orgel gebuut had. Der lehnd sick an dem witte Barkeboom, rein wi ons Lehrer önne School sick ömmer an dat schmalle Beekerschaff, dat dicht anne Wandtoafel stund, leehne deed, wenn he Fiddel speeld. De Brooder fung to speele an, on wi sparrde wörklich Näs on Muul opp. He mußd erscht e poarmoal rönnpuste, böt he et so röchtig ruut had. Wi stunde ganz muuskestöll, staunde on horchde bloosig. De Brooder speeld: „Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald." Wi wußte goar nich var Freid, wat wi doohne solle.

Aowends huckd wi alle dree vart Hoffdor op dem groote Steen, on de Brooder speeld: „Weißt du, wieviel Sternlein stehen . . ." On de Barke am Diek, de weegde sick öm Aowendwind, on de Palme anne Wiede schömmerde witt wie Schnee. Dem Aowend obber hebb öck nich vergeete.

On noah etliche Joahre, ons Brooder wär noch nich 15, doa wär he Schöffsjung on foahrd op fremde Meere. Damoals schreew he mi, dat he, wenn he Wach stoahne mott on alles so stöll ös on de Sternkes schiene, an jennem Aowend denkt, wie he ons op sien nieet Wiedepiepke dat Leedke verspält: „Weißt du, wieviel Sternlein stehen . . ."

Eck si olt geworde, min Brooder ös doot, ons Tohuus, onse Heimat, ös furt. Obber jedet Joahr, wenn de Wiede gröne, denn denk öck an mienem Brooder sin erschtet Wiedepiepke.



Fritz Kudnig: Masurische Landschaft

Musik des Himmels: sieh, die lichten Scharen
bei dieses Landes süßer Melodie,
der Silberwolken, als vergäßen sie
beseligt lauschend, fast das Weiterfahren.

Musik der Wasser: wie die weiten Seen,
die tausend Seen, die ringsum verstreut,
in dieses Landes tiefer Einsamkeit
mit leuchtend blauen Märchenaugen stehen.



Ewiger Dreiklang von Wasser, Wolken und Wanderdünen: Die Kurische Nehrung bei Pillkoppen, fotografiert von Victor Moslehner. — Bild oben: Vorfrühlingstag am Dobensee — Sonne und Frühjahrsstürme haben das letzte Eis schwinden lassen Foto Karl Maslo

Tamara Ehlert

Die Tuschzeichnung

An einem regnerischen Vorfrühlingsabend in einer westdeutschen Stadt sagte ein Mann zu seiner Frau: „Ich hole eben nur ein paar Zigaretten." Er schlug die Wagentür zu und ging fort.

Die Frau sah durch die regenbeschlagene Windschutzscheibe, auf der anderen Straßenseite war ein Antiquitätenladen. Sie stieg aus und ging auf den Laden zu. Sie stellte sich dicht vor die Auslage, das dicke kalte Schaufensterglas berührte ihr Gesicht. Sie vergaß, daß es regnete, und sie vergaß, daß sie auf ihren Mann wartete.

*

Sie schlenderte an einem warmen, trocknen Vorfrühlingsabend durch die Straßen ihrer Heimatstadt, und sie freute sich an dem ersten vorsichtigen Grün der Bäume. Am Schloßteich-Ufer setzte sie sich auf eine Bank und sah zum Parkhotel hinüber. Seine erleuchteten Fenster sahen in der Dämmerung aus wie Goldtupfen auf rauchblauer Seide.

Ein Mann blieb vor ihr stehn. Er sah sie aufmerksam an und sagte dann: „Vor Jahren einmal habe ich in einem Antiquitätenladen eine japanische Tuschzeichnung gekauft, ein hauchdünnes Blatt. Darauf war mit einem sehr behutsamen Pinsel ein Mädchen gezeichnet".

Sie sah ihn aus ihren schrägen, dunklen Augen spöttisch und abwartend an, dann sagte sie: „Ihre Art, Bekanntschaften anzuknüpfen, ist zumindest originell. Wie geht die Geschichte weiter?"

„Das Mädchen sah so aus wie Sie."

„Ich dachte es mir fast." Sie lachte ein wenig. „Ist das nun ein Kompliment?"

„Ein sehr großes. Es war ein bezauberndes Bild."

Er setzte sich zu ihr auf die Bank. Nach einer Weile fuhr er fort: „Ich habe zwei Karten für ein Konzert in der Stadthalle. Haben Sie Cassado einmal spielen hören? Sein Cello ist wie schwerer Wein und ein wenig auch wie dieser Abend mit den Lichtern über dem Wasser!"

„Sie haben Glück", sagte sie. „Ich habe schon immer mal ein Meisterkonzert hören wollen."

Das Konzert war aus, und sie streiften am Schloßteich entlang.

„Ich war noch nicht oft in dieser Stadt. Aber sie gefällt mir von Mal zu Mal besser. Wenn ich wieder einmal herkomme, sitzen Sie vielleicht wieder auf einer Bank am Wasser, es wäre ein wunderbarer Zufall."

„Ich halte nichts von Zufällen", sagte sie ernsthaft.

Sie wohnte in einer stillen kleinen Straße auf dem Roßgarten. Vor ihrer Haustür sagte sie: „Und weil ich nichts von Zufällen halte, möchte ich mich mit einer Tasse Kaffee bei Ihnen bedanken."

Später saßen sie auf dem kleinen Balkon vor ihrem Zimmer. Die Glastüren waren nur angelehnt und klirrten leise im weichen Wind. Irgendwo schrie eine Straßenbahn in den Schienen.

„Dieses Geräusch erinnert mich an deine Kaffeemühle", sagte er. „Wenn ich das nächste Mal komme, bringe ich dir eine andere mit, eine nette kleine Mokkamühle, die nicht quietscht."

Sie stand auf und lehnte sich über das schmiedeeiserne Balkongitter. „Es wird kein nächstes Mal geben", sagte sie. „Wenn du wiederkommst, bin ich in einer anderen Stadt, bei einem anderen Mann."

Sie drehte sich nach ihm um. Er kam langsam auf sie zu und hob ihr Gesicht zu sich empor. „Ich hätte gern etwas über den Mann gewußt, zu dem du fährst."

Sie schwieg eine lange Zeit, dann sagte sie: „Er hat in seinem ganzen Leben keinen Antiquitätenladen betreten, und er geht nie in ein Konzert. ‚Diese Musik ist wie schwerer Wein und ein wenig auch wie dieser Abend mit seinen Lichtern über dem Wasser.' So etwas würde er nie sagen, und er würde es auch nicht verstehen. Ich glaube, daß ich jetzt alles über ihn gesagt habe."

„Ja, jetzt hast du alles gesagt." Er warf seine Zigarette über das Gitter. Sie zog einen kleinen glühenden Lichtbogen durch die Dunkelheit und erlosch gleich darauf.

Als er fort war, knipste sie das Licht an und sah in den Spiegel. Sie sah ihr blaßbräunliches Gesicht mit den schrägen Augen und dem sehr glatten schwarzen Haar darüber. Sie tippte das Spiegelbild mit den Fingerspitzen an und betrachtete es eine Weile, ohne sich zu bewegen.

*

„Entschuldige bitte, ich hab dich warten lassen", sagte der Mann. „Ich habe noch telefoniert."

„Oh, es macht nichts", sagte seine Frau. „Ich habe mich ganz gut unterhalten."

„Hier im Regen?"

„Hier im Regen. Du weißt, ich habe eine Vorliebe für Antiquitätenläden"

„Eine ganz und gar unbegreifliche Vorliebe", sagte der Mann gut gelaunt. „Du, ich hab eine Überraschung für dich, ich hab im Ratskeller einen Tisch für uns bestellt. Freust du dich?"

„Ja", sagte die Frau. „Natürlich freue ich mich."

HEINZ PANKA

Verlorenes Gleichgewicht

6. Fortsetzung

Der Vater in Uniform, da noch schlank, das Haar kurz geschnitten, hochgebürstet, ein spitz hochgezwirbelter Schnurrbart — sorgsam gepflegt von einer Bartbinde.

Verblaßt die Aufnahme im schmalen, rotbraunen Rahmen: ein steifer hoher Kragen, Epauletten mit Fransen, in der Mitte des knielangen Uniformrocks eine Reihe großer, blanker Uniformknöpfe; beide Hände auf den Säbelgriff gestützt, mit dem Gehänge und dem baumelnden Portepee. Neben ihm auf dem runden Tischchen seine Schirmmütze, den Schirm nach vorn, gerade, wie er, wie der gerade Weg, den er ging . . .

. . . „Ja, weißt du", die Mutter in der Stube beim Staubputzen, „schon wie sie kam, so plump, so schwerfällig, in so einem geblümten Seidenkleid. Und das war nicht mal sauber. Ich hab mir gedacht, wenn sie schon so ist . . . Und immer ganz leise hat sie gesprochen, als müsse sie sich für jedes Wort entschuldigen."

„Gerlinde macht sich auch sehr gut."

„Ja, die sieht dir alles ab."

„Na und? Soll sie doch, wo ich auf der Haushaltungsschule gewesen bin."

„Sogar die Kochrezepte schreibt sie sich in ein Heft."

„Das hab ich ihr extra dafür gegeben."

Das Pädagogische des Vaters hatte auf die Mutter abgefärbt — ein kleines Echo . . .

„Ich hatte der Gerlinde auch schon zugesagt . . . Außerdem konnt' ich's da gar nicht mehr. Die war doch beim Zerneck unter Vertrag. Das hätte der Vater nie geduldet, jemand einem wegnehmen, der unter Vertrag steht, wie sieht das aus? Die hätten im Dorf schön geredet."

Bei andern is' er gerecht bis zum I-Punkt. Aber bei sich . . ."

„Wär er man lieber ab und zu 'n bißchen ungerecht."

„Ach, dummes Zeug."

Ich konnte sie auch gar nicht nehmen, wo er gerade den Willi vom Knauer aus dem Wasser gezogen hatte!"

Zu viel, zu viele Gründe, als ob sie sich vor ihm rechtfertigen müßte.

„Was da schon Großes bei war."

„So? Der Vater hat aber an den Landrat geschrieben, ‚unter Lebensgefahr'. Ne Urkunde hat er bekommen."

„Das hätte doch jeder getan. So tief da. Ich kenn doch die Stelle."

„Helmut, jetzt wirst du aber ungerecht. Oder hast du was gegen den Zerneck?"

„Gar nichts."

„Ertrinken hätt er können. Und wo er doch lahm ist!"

„Von mir aus. Ich will ihm seinen Ruhm nicht abschneiden."

Das kannte er. Wenn plötzlich Tauwetter einbrach — das Eis knisterte — über die knisternde Stelle zu rutschen. ‚Traust dir nicht.' — ‚Eck, nich' trauen? Wetten.' . . .

Und wenn noch die Mädchen dabei waren. Und wenn dann das Eis beim Drüberglitschen bog, lange Sprünge zog; das Herz klopfte . . .

Der Willi war gestolpert. Zerneck war da grad vorbeigefahren, hatte ein Wagenbrett genommen, sich an die Einbruchstelle herangeschoben . . . Und der Willi war nach Hause gelaufen, pitschnaß, heulend, frierend, erst die Angst vor dem Ertrinken, jetzt die Angst vor den Prügeln. Die es auch gab. ‚Du Lorbaß. Hab ich dir nicht verboten!' . . .



Zeichnung Erich Behrendt

Erich am Schleifstein . . . Funken sprühten von den Zähnen des Mähblattes. Der alte Szambien drückte es gegen den Stein, prüfte ab und zu die Schärfe der Zähne. Wasser spritzte.

„Na, Helmut, läßt dich auch mal blicken?" Erich drehte schwer, schon naß gespritzt, rascher, wenn der Druck des Mähblattes nachließ.

„Wie geiht?"

„Muß, muß. Helfen komm ich wieder."

Es ließ sich nicht wegwischen, sie waren sich fremder geworden, mit den Jahren, immer ein wenig mehr. Die Freunde in Königsberg, die Erlebnisse da wurden wichtiger. Was hier geschah, hörte er nur aus der Ferne. Da half kein Weißt noch? Dieses Anreißen von Erinnerungen, die gar nicht so erinnernswert waren . . .

Und wie der Erich ihn beschwindelt hatte, als er noch nicht schwimmen konnte, es aber nicht zugeben wollte, sich Binsen unter den Bauch band, wild das Wasser schlagend. ‚Ich kann all!' . . .

Und wie sie die Äpfel beim Jürgies geklaut hatten, Augustäpfel, vom Buschbaum gepflückt, und sie alle schön beim Perband unter einen Baum gelegt hatten, dicht anne Dorfstraße, ins Gras . . .

„Erich, mußt gleichmäßiger drehen." Der alte Szambien. „Wie macht sich denn so die Gerlinde?"

„Ach, die Mutter ist mit ihr . . ."

„Dann grüß sie man schön."

„Werd's ausrichten!"

Erich hätte sich morgens nur an die Dorfstraße zu stellen brauchen . . .

„Hat sich ja viel geändert im Dorf."

„So?"

„Ja, beim Perband . . . Und die Annortha ist beim Zerneck."

„Da war sie doch schon vor Weihnachten."

„Hab ich erst jetzt gehört."

„Na die! . . . Reden wir nicht."

Wegwerfend, das war alles und genug . . .

Erichs Schwester jätete im Garten Unkraut, setzte Mohrrüben auseinander, gebückt, die jüngste, die Heta . . .

„Und dann sich noch aufplustern. Noch so tun. Aber ich will nuscht gesagt haben. Und was man so vom Knecht hört." . . .

„Der Dämlack. Kann kaum seinen Namen schreiben."

„Mir ist das egal. Ich fahr wieder. Ich mein nur, schön is' es gerade nicht, wenn ihr einen ausstoßt."

„Wir — sie! Sich noch aufplustern — Sie sich, sag mal lieber, sie sich!"

Nichts Greifbares, Getuschel, halbe Vermutungen, Gewißheiten . . .

„Oder würdest du zahlen, wenn was umsonst haben kannst?"

Onusseit, ständig die Pfeife im Mund, rauchte einen Knaster — pfundweise —, der stank wie 'ne alte ungelüftete Hos'. „Kenn einer die Weiber, aber wenn 'se meint, er heirat ihr, da schneidt sie sich in den Finger."

„Opa, das kennen wir nur langsam. Du wirst alt."

„Fehlt bloß noch. Was der Mensch braucht."

„Helmutchen, das is' ja". Onusseit räusperte sich, spuckte einen braunen Qualster aus, seine Pfeife knackte, gurgelte — Onusseit faltig, ausgedörrt braun, schon immer so zwischen fünfundsechzig und fünfundsiebzig.

„Siehst. Na ja, bist vielleicht doch noch e bißche jung dazu. Aber eigentlich . . Dabeijewesen bin ich natürlich nich!"

Wie ein Netz. Unsichtbare Fäden. Man griff hinein, sie dehnten sich, dehnten sich nur, ohne zu reißen, klebten; je tiefer man hineingriff, um so mehr klebten. Man konnte sich alles denken . . . „Du bist auch nur in den Ferien hier."

Alles war möglich . . .

„Brauchst ja nu nich' gleich Opa zu sagen." . . .

*

Spruch mußte über den Bartulein lachen. Bartulein war fast durch die sandige Stelle hindurch. Weich, weiß der Sand, unmöglich da zu fahren. Er war abgestiegen, schob das Rad, ging vorgebeugt . . . Ein großer Findlung ist da in der Nähe auf der Weid', viel zu schwer, ihn abzufahren. Die Kühe kauerten da schon im Schatten wie Klackse; es war noch etwas warmer Frühdunst, aber ganz trocken . . .

Bartulein stieg zu früh auf, fuhr unsicher, wackelte mit der Lenkstange. Und wie er fester zutrat in die Pedal', fiel ihm die blaue Dienstmütze vom Kopf. Er stieg ab, den Rahmen zwischen den Beinen, beugte sich zur Seit', bekam die Mütze nicht zu fassen, hielt das Rad schräge, und da rutschte ihm auch noch die Posttasche vorn vom Gepäckträger . . . Das hatte er nu für seine Faulheit, statt abzusteigen . . . Auf dem See war schon der Kahn von dem Fischer. Der wohnte am anderen Ufer, zog die Netze ein. Der eine erntet eben auf'm Land, der andere auf'm Wasser . . .

Mit dem Zerneck is' er immer gut ausgekommen.

Das Prisma hatte er in die Tasche gesteckt, unbewußt, ohne weiter daran zu denken. Er hatte es vom Schreibtisch genommen, war damit rausgegangen, hatte es sich vor Augen gehalten — erst am Fenster — mehr aus Langerweile, war dann weitergegangen ins Dorf . . . Es fiel ihm erst wieder ein, als er sich neben sie an die Kiefer setzte, da spürte er den Druck in der Hosentasche.

*

Er hatte gefürchtet, sie würde nicht kommen, war viel zu früh da, war in seiner Unruhe um den See gegangen, immer dicht am Ufer, so nahe er konnte, war mit den Schuhen im Mott und morschen Unterholz versunken, sprang von Wurzel zu Wurzel, glitschte aus, hielt sich, dachte er käme zu spät, wurde rascher und erst wieder ganz langsam, als er sie sah, erleichtert. Das Prisma drückte kantig gegen seinen Leib und den Schenkel, und er zog es aus der Tasche.

Sie sah es . . . „Das kenn ich", sagte sie.

„Ja"? Er gab es ihr. Ihre Hand war warm.

„Dein Vater hat es zum Unterricht mitgebracht, als er über das Licht sprach." Sie betrachtete das aufgeklebte Bild auf der einen Seite des Glaskeils. „Das ist Königsberg: der Schloßturm mit dem Kaiser-Wilhelm-Platz."

Fortsetzung folgt

Pferde in und um Georgenburg

Die letzten Jahrzehnte der Geschichte eines alten ostpreußischen Gestüts — Von Gerd Stolz

Verständnis, Erfahrung und Leistungswille brachten die Zucht zu den großen Erfolgen, deren Ergebnis das kräftige, edle, ostpreußische Reitpferd in seiner vornehmen, schweren Form von ausgeglichenem Körperbau und Gang war — ein starkes, schönes Jagd- und Soldatenpferd. — Wesen und Werdegang Georgenburgs verbunden mit dem Schicksal seiner Familie hat William von Simpson in seinm Roman „Die Barrings" in freier künstlerischer Gestaltung nachempfunden, wo die alte Ordensburg den Namen „Wiesenburg" trägt. Seinem Vater hat er zeit seines Lebens den Verkauf Georgenburgs nie verziehen: „. . . Die Heimat mit ihren grünen Wiesen, auf denen das kühne Wiehern der Pferde erklang, auf denen satte Rinder geruhsam wiederkäuernd lagerten . . . Die Heimat war ihm genommen worden, die ihm gehört hatte, wie er ihr gehört hatte. Sie war ihm das Heiligtum seines Herzens gewesen, und nun war dieses Heiligtum verschachert, weggeworfen für elendes Geld . . ."

Infolge schwerer Erkrankung und finanzieller Krisen beabsichtigte der dritte Georgenburger, George von Simpson, das Gestüt aufzulösen und das Zuchtmaterial zu versteigern. Dem Eingreifen von Hauptmann a. D. Runge, der Georgenburg dann bis 1915 leitete, ist es zu verdanken, daß sich dieser Plan zerschlug, indem der gesamte Besitz für 2,5 Millionen Mark geschlossen auf den preußischen Staat überging. Nettienen wurde zwar bei Übernahme einschließlich des dazu gehörenden Waldes an den Domänen- bzw. Forstfiskus abgetreten, Georgenburg und Zwion aber dienten unter der Preußischen Gestütsverwaltung weiterhin der Pferdezucht.

Das 1787 in Insterburg errichtete Landgestüt, dessen Stallungen längst zu klein geworden waren, wurde nach Georgenburg verlegt, dessen Anlagen zum Landgestüt umgebaut wurden. Die Vollblutzucht mit 17 Pferden wurde aufgelöst, die Halbblutzucht in Zwion bis 1920 fortgeführt. Das erkaufte Zuchtmaterial bestand aus 59 Stut- und 48 Hengstfüllen sowie zwei Deckhengsten, wobei für das Jahr 1900 bereits acht dreijährige Hengste zu Landbeschälern abgegeben werden konnten. 39 Stuten wurden 1921 im Zuge der Auflösung der Halbblutzucht in Zwion als erster Stutenimport seit 1866 nach Trakehnen überführt, das somit äußerst wertvolles ostpreußisches Blut im Sinne alter Grundsätze erhielt, denn die Reinblütigkeit ostpreußischer Zucht wurde gewahrt. Neben Georgenburg bestanden nach dem Ersten Weltkrieg in Ostpreußen die Landgestüte in Rastenburg, Braunsberg, Marienwerder und bis 1930 noch in Gudwallen, dessen Bestand bei Auflösung an Georgenburg abgegeben wurde.

Um 1890 entstanden aus dem Bewußtsein der Notwendigkeit einer Leistungsprüfung die „Hengstprüfungsrennen"; die im Hauptgestüt vor ihrer Ausgabe an die Landgestüte noch nicht angerittenen dreijährigen Hengste wurden von den Landgestütten ins Training genommen und vierjährig im Herbst bei diesen Rennen gestartet. Später traten zu den Landbeschälern aus Trakehnen auch Ankäufer aus der ostpreußischen Privatzucht, so daß bald eine einheitliche Regelung erging: in Königsberg wurden die Landbeschäler aus den Bezirken von Braunsberg und Rastenburg, in Insterburg die aus Gudwallen und Georgenburg sowie die jungen Hauptbeschäler Trakehnens geprüft. Nach wenigen Jahren wurden diese Rennen jedoch wegen der Einseitigkeit für eine echte Leistungsauswahl aufgegeben.

Neue Zuchtrichtung

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges mußten die bisherige Zuchtrichtung und damit auch das Zuchtziel im gesamten Lande geändert werden. Während vor 1918 in erster Linie Pferde zu Verkaufszwecken für den Staat gezüchtet wurden, wobei die Blickrichtung stets auf ein den militärischen Anforderungen genügendes, anspruchsloses Tier gerichtet war, galt nach 1918 die Umstellung der Zucht auf landwirtschaftliche Belange. War bereits früher der Einfluß auf die Landespferdezucht nicht nur erkennbar, sondern sogar beabsichtigt, so war nun das ausschließliche Augenmerk auf das Pferd gerichtet, das eine gesunde, harte Konstitution, ein Kaliber von Wucht und Stärke unter Wahrung des edlen Ausdruckes haben sowie im Temperament ruhig und arbeitswillig sein sollte und als Wirtschaftspferd Verwendung finden konnte. Man hatte sich von dem einseitigen Kavallerie-Reitpferd und dem ausschließlichen Remonteabsatz abkehren müssen.

Bald nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich erneut die Ansicht durch, daß auf eine Leistungsprüfung für Hengste nicht verzichtet werden könnte. So wurde 1926 die Hengstprüfungsanstalt in Zwion eingerichtet und dem Landgestüt Georgenburg angegliedert. Die als Landbeschäler vorgesehenen Trakehner Hengste wurden im Herbst eines jeden Jahres im Alter von zweieinhalb Jahren nach Zwion überstellt und gemeinsam mit den angekauften zweieinhalbjährigen Privathengsten einem einjährigen Training unterzogen, das mit einer dreitägigen Abschlußprüfung im Trakehner Gelände endete. Dieses Training, das Gehvermögen im Schritt, Trab und Galopp, Gesundheit und Energie schulte, bestanden 10 Prozent nicht — sie fanden keine Einstellung als Vaterpferde in einem der Landgestüte. Ein weiteres Augenmerk in diesem Zwioner Jahr galt der Bewährung im Geschirr, im Zwei- und Vierergespann, wo Temperament und Arbeitswilligkeit bestätigt werden mußten.



Ostpreußische Pferde auf der heimatlichen Koppel — Foto Menzendorf

Der Bezirk Georgenburg, des größten der preußischen Landgestüte, umfaßte die züchterischen Hochburgen des ostpreußischen Warmblutpferdes Trakehner Abstammung; es gehörten die Kreise Insterburg, Gumbinnen, Goldap, Darkehmen, Stallupönen, Pillkallen, Tilsit-Ragnit und das Memelgebiet hinzu, weite Landstriche natürlicher Schönheiten, Gegenden mit wertvollem, bedeutendem Zuchtmaterial. Die Träger hohen Erbguts, Georgenburgs bekannte Vaterpferde, stammten teils aus dem weltbekannten preußischen Hauptgestüt Trakehnen, teils aus den ältesten und gepflegten Stätten ostpreußischer Privatzucht. Im Haushaltsjahr 1944/45 hatte Georgenburg einen Bestand von 440 Landbeschälern (310 ostpreußische Warmbluthengste Trakehner Abstammung und 130 rheinisch-deutsche Kaltbluthengste), denen in der Deckperiode 1944 insgesamt 28 500 Stuten zugeführt wurden.

Eine gewissenhafte Beamtenschaft und eine treue Arbeiterschaft, verbunden in dem eigenartigen Lebensgefühl der Sorge um die Zucht, bewirtschaftete und verwaltete Georgenburg/Zwion. Es waren Staatsdiener, die im Interesse des Gemeinwohls und nicht allein aus Erwerbsgründen einen Teil eines auf der Höhe stehenden Kulturgutes bewahrten.

Ob bewußt oder unbewußt, hatten sich die Georgenburger Kreise nach „Farben" ausgerichtet. In Darkehmen und Goldap herrschte „Fuchs"-Blut vor, in Stallupönen und Pillkallen „Rappen"-Blut, Insterburg und Tilsit-Ragnit bevorzugten „Braunen"-Blut. Gestütsverwaltungen, Verbandsleitung und Züchter arbeiteten zusammen.

Als 1944 die Front aus dem Osten sich der Grenze des Pferdelandes Ostpreußen näherte, auch in dieser Frage eng und vertrauensvoll als die Unruhe angesichts fehlender Verlegungsplanungen und ständig wachsender Kriegsfurie zunahm, hatte auch für das Landgestüt Georgenburg bald die letzte Stunde in der Heimat geschlagen. Vorher hatte es aber noch die große Aufgabe zu bewältigen, etwa 700 Zuchtpferden aus Trakehnen und den Wirtschaftstrecks der Trakehner Vorwerke 14 Tage lang Unterkunft und Nahrung zu stellen. Damit hatte der Strom des Elends auch Georgenburg erreicht; am Nachmittag des 17. Oktober 1944 traf die Masse aus Trakehnen dort und in Zwion ein. Die behelfsmäßige Unterbringung glückte nur da angesichts des sehr milden Herbstwetters das gesamte Vieh der Georgenburg-Zwioner Gutswirtschaften, die ungefähr 5000 Morgen umfaßten, noch auf der Weide war und geräumige Gebäude vorhanden waren. Nach etwa zwei Wochen gelang dann unter großen Mühen der Abtransport mit der Eisenbahn.

Die Verlegung

Eine erste Anweisung zur Teilverlegung Georgenburgs traf am 18. Oktober 1944 ein, und in den folgenden turbulenten Tagen des drohenden Untergangs wurde die harte Aufgabe erledigt; nach Abtransport der Trakehner Bestände wurden am 29. Oktober 71 Hengste nach Neustadt an der Dosse, 54 Hengste nach Labes in Pommern und am 1. November 100 Hengste nach Moritzburg in Sachsen sowie 36 Hengste nach Marienwerder in Westpreußen verladen. Weitere Transporte kamen nach Braunsberg und Pr.-Stargard, wohin auch die Gestütsverwaltung verlegt wurde. Ein großer Teil dieser Hengste ging in den Wirren der letzten Kriegstage verloren, ein Teil fiel den Russen in die Hände, der geringste erreichte Westdeutschland. Der letzte Georgenburger Landstallmeister Dr. Martin Heling schildert in seinem Buch „Trakehnen" den Exodus der Landbeschäler, ihre Not bei Kälte und Schnee, den Zug im Schneesturm über das Eis des Frischen Haffs und die Rettung von 45 Hengsten für die westdeutsche Zucht.

Die Arbeit vieler Generationen, die aus Beruf und Passion, aus Dienst und Broterwerb in tiefer Liebe dem Pferd verbunden waren, ging unter ohne Glanz und Ruhm in dem Schlußakkord eines wahnsinnigen, unseligen Weltkrieges. Georgenburg blieb in seinen Mauerwerken zwar größtenteils erhalten, doch die alte Verbindung zum Pferd war zerrissen, das Leben aus den Mauern gegangen.

Der führende Theater-Architekt seiner Zeit

Friedrich Gilly und Ostpreußen — Schöpfer des Königsberger Theaters — Von Fritz Gause

Die Landespostdirektion Berlin hat zum 200. Geburtstag des genialen Baumeisters Friedrich Gilly eine Sondermarke herausgebracht — mit Recht, denn der am 16. Februar 1782 in Altsamm bei Stettin geborene Sohn des Oberlandbaumeisters David Gilly ist der Schöpfer eines neuen Baustiles gewesen, des preußischen Klassizismus. Leider hat er in seinem kurzen Leben wenig bauen können; am 3. August 1800, also im Alter von 28 Jahren, ist er in Karlsbad gestorben. Seine Genialität ist aber an seinen Entwürfen zu erkennen, und sein Kunstwille lebt in seinem ihm ebenbürtigen Schüler Schinkel weiter.

Als Begleiter seines Vaters ist Friedrich Gilly auch in Ostpreußen gewesen, doch ist er als Architekt nur dreimal dort tätig gewesen, jedesmal in ganz verschiedener Weise.

Als er 1794 seinen Vater auf einer Dienstreise begleitete, lernte er die Marienburg kennen und hielt ihren damaligen Bauzustand in Tuschzeichnungen fest, die sein Freund, der Maler und Kupferstecher Friedrich Frick, 1799 als Buch herauszugeben begann. Die Vollendung des Werkes im Jahre 1803 hat Gilly nicht mehr erlebt. Es sei darauf hingewiesen, daß unser Landsmann Dr. Willy Salewski dieses selten gewordene Tafelwerk 1965 in seinem Galtgarbenverlag in Düsseldorf mustergültig neu herausgebracht hat. So großartig diese Zeichnungen sind, für Gilly waren sie ein Abschied von der Gotik und der Romantik.

Eine Verbindung von Altem und Neuem stellt der erste Bauauftrag dar, den der junge Gilly in Ostpreußen erhielt. Das mittelalterliche Schloß in Groß Wohnsdorf war abgebrannt, ein Turm in der Substanz erhalten geblieben. Der Besitzer des Schlosses, der Staatsminister Friedrich Leopold v. Schrötter, wollte ihn restaurieren lassen unrd wandte sich 1796 an David Gilly, mit dem er befreundet war, und dessen jungen Sohn. Friedrich Gilly entsprach dem Auftrag, indem er dem Turm ein geschweiftes Bohlendach und ein antikisierendes Kranzgesims aufsetzte.

War Gilly bei diesem Auftrag noch an Bestehendes gebunden, so konnte er wenig später seine neuen Bauideen frei in die Wirklichkeit umsetzen; vielmehr er hätte es gekonnt, wenn nicht andere dazwischen gepfuscht hätten. Es handelte sich um den Neubau des Theaters in Königsberg. Das 1755 von dem berühmten Schauspieldirektor Konrad Ernst Ackermann auf dem Kreytzenplatz erbaute Theater, das Hippel und auch Kant mit seinem Freund, dem Münzmeister Göschen, in der Loge des Bankiers Jacobi so gern besucht hatten, war 1797 abgebrannt. Schon seit Jahren hatte man einen Neubau geplant; jetzt war er notwendig geworden. Es spricht für das Ansehen des Königsberger Theaters, daß von allen Seiten Hilfe kam. Die Bühnen in Riga, Berlin und Hamburg spielten zu seinen Gunsten; Theaterfreunde aus vielen Städten schickten Spenden. Besitzer des Theaters war seit 1786 der Kaufmann Georg Bruinvisch, der das Haus an wechselnde Schauspielergesellschaften vermietete. Er bestellte bei Friedrich Gilly einen Plan für den Neubau.



Die Berliner Gedenkmarke für Gilly (nach einer Büste von Schadow)

Gilly war damals 25 Jahre alt, aber schon Professor an der Berliner Bauakademie und als Theaterarchitekt anerkannt. Mit Entwürfen für Theater in Stettin und in Posen hatte er Aufsehen erregt. Es spricht für das Selbstbewußtsein der Königsberger, daß sie sich ihr Theater von dem bekanntesten und modernsten preußischen Theaterarchitekten bauen lassen wollten. Gilly lieferte auch einen Entwurf, aber dann kam es leider ganz anders. Bruinvisch, der kein Banause war, aber als Kaufmann kalkulieren mußte, wollte die Zahl der Plätze und damit den Ertrag vergrößern, ohne Gilly zu einem neuen Entwurf aufzufordern. So ließ er den Entwurf Gillys, ohne diesen zu fragen, ändern. Äußerlich blieb der in klassizistischem Stil gehaltene kubusartige Baukörper fast unverändert, aber im Innern wurden durch die Vergrößerung des Parketts auf Kosten der Bühne und den Einbau eines dritten Ranges die Proportionen arg gestört. Das war so ärgerlich, daß der Vater David Gilly, der als oberster Baubeamter für die östlichen Provinzen Preußens die Aufsicht über alle öffentlichen Bauten führte, empört erklärte, sein Sohn werde auf die Ehre, der Erbauer dieses Theaters zu sein, verzichten müssen. Bruinvisch ließ sich aber nicht beirren. Das Theater wurde Ende Dezember 1800, also wenige Monate nach dem Tode Friedrich Gillys, eröffnet.

Die weitere Geschichte des Bauwerks ist kurz und wenig rühmlich. Nur einige Jahre diente es seinem Zweck. Als 1808 das neue Theater am Paradeplatz eröffnet wurde, stand es leer. Zauberkünstler, Seiltänzer und Equilibristen zeigten dort gelegentlich ihr Können, Bälle und Redouten fanden statt. 1836 wurde das Haus abgebrochen und auf dem Grundstück die neue Altstädtische Kirche erbaut, ein Werk des Gillyschülers Schinkel. Am 15. Oktober 1845 wurde sie eingeweiht und nach 99jährigem Bestehen durch Bomben zerstört.

Danziger Milchkannentor verlassen

Danzig (hvp) — Das Milchkannentor dürfte nicht „länger im Zustand der Verlassenheit und Vernachlässigung" bleiben, fordert die in Danzig erscheinende „Glos Wybrzeza". Noch immer ist nicht entschieden, welcher Nutzung das bekannte mittelalterliche Bauwerk, das unter Denkmalschutz steht, zugeführt werden soll. Im Gespräch ist eine Verwendung als Handwerksstätte, Gasthof oder als Lagerraum.

Lehrfilm über Coppernicus

Allenstein (hvp) — Ein vierteiliger Dokumentarfilm über Nicolaus Coppernicus und seine Zeit wird von dem Lodzer Atelier für Lehrfilme vorbereitet. Der Film wird in Farbe und mehreren fremdsprachigen Versionen — englisch, französisch, deutsch und spanisch — hergestellt. Er soll die Lebens- und Arbeitsstätten des berühmten Astronomen sowie Dokumente seiner wissenschaftlichen Arbeit und Ausstrahlung im In- und Ausland zeigen. Eine Arbeitsgruppe des Lodzer Institutes hat vorbereitende Arbeiten in Allenstein aufgenommen.

Agnes Miegel

Glückliche Stunde

Es gibt zwei Arten von Literatur, die keine Frau mit Gleichgültigkeit liest — Liebesbriefe und Modeblätter. Und wäre sie so alt wie der Westerwald, und wären die Briefe von dem Pharao Zoser an seine hethitische Angeschwärmte, und wäre das Modebild auf eine in Paris beschneiderte, in Moskau entdeckte und in Hollywood berühmt gewordene Filmstarin zugeschnitten — immer hat die Leserin die sichere Gewißheit, daß es nur für sie geschrieben und gezeichnet wurde. Das ist ein erhebendes Gefühl, und die Männer sind zu bedauern, weil sie es nie empfinden!

Aus der ganz hingegebenen Begeisterung für die erste Rubrik bin ich etwas hinausgewachsen, wie ich soeben bei der Lektüre des zweiten Bandes von Herders Brautbriefwechsel feststellte. Aber vielleicht liegt es daran, daß ich nie die Geduld gehabt hätte, durch Jahre so furchtbar ausgiebige Bildungsbriefe zu schreiben, und ganz bestimmt nicht die Geduld, solche zu lesen, besonders nicht von einem Bräutigam, bei dem kein künftiger Ruhm mich für die Anrede mit dem — noch obendrein abgekürzten — Nachnamen entschädigen würde (auch wenn ich selbst wie Caroline Flachsland ihn mit „lieber Herder" anredete).

*

Auch die Anrede „ewige Engelsfreundin" hätte mich nicht damit versöhnt — obgleich sich darüber schon reden ließe! Und das, was mich am meisten interessiert, die Aussteuerfragen, spielen in diesem Briefwechsel kaum eine Rolle. Einmal beginnt die Braut davon, als sie „beyläufig erfahren hat, daß eine zweyschläfrige Matratze 30 Pfund Wolle und ebensoviel Pferdshaar erforderlich und ohngefähr 30 Pfund Federn ins Unterbett und Küßen", und sie will alles besorgen „sammt Fenster- und Bett-Vorhängen". Was tut der Bräutigam? Er erzählt ihr auch beyläufig (wenn auch fett geschrieben), daß er das alles mit einer anderen Freundin F. besorgt hat, aber ihr Bett würde ja, wenn nun mal da, kein Brod fressen — und dann kommt ein wunderschöner Brief mit einem Verschen und hingerissenem Bericht über den Besuch von Durchlaucht — zwar „gewiß allein um Linas willen" (aber dies bloß sehr vermutlich), bestimmt aber einer lieben, sanften Gräfin willen, der er — fett geschrieben — „jeden Fußtritt wohl aufküssen möchte".

Lieber Landsmann, Du warst ein Genie. Wie groß, das ahnen erst wir ganz — aber Du hast die Stimmen der Völker deutlicher vernommen, als die Stimme des allertiefsten Herzens Deiner Caroline. Sie ist Dir die beste Frau geworden durch ein langes Leben, sie war Dir und den Kindern der Engel, der Euch auf Euren nicht immer einfachen Wegen hütete — aber manchmal beim Bettensonnen, da mag die Frau Generalsuperintendentin allerlei gedacht haben, was Grund zu der Herbigkeit gab, die sie trotz aller Geschätztheit den Weimarern ebenso gefürchtet machte wie seine Kribbligkeit und Krittligkeit.

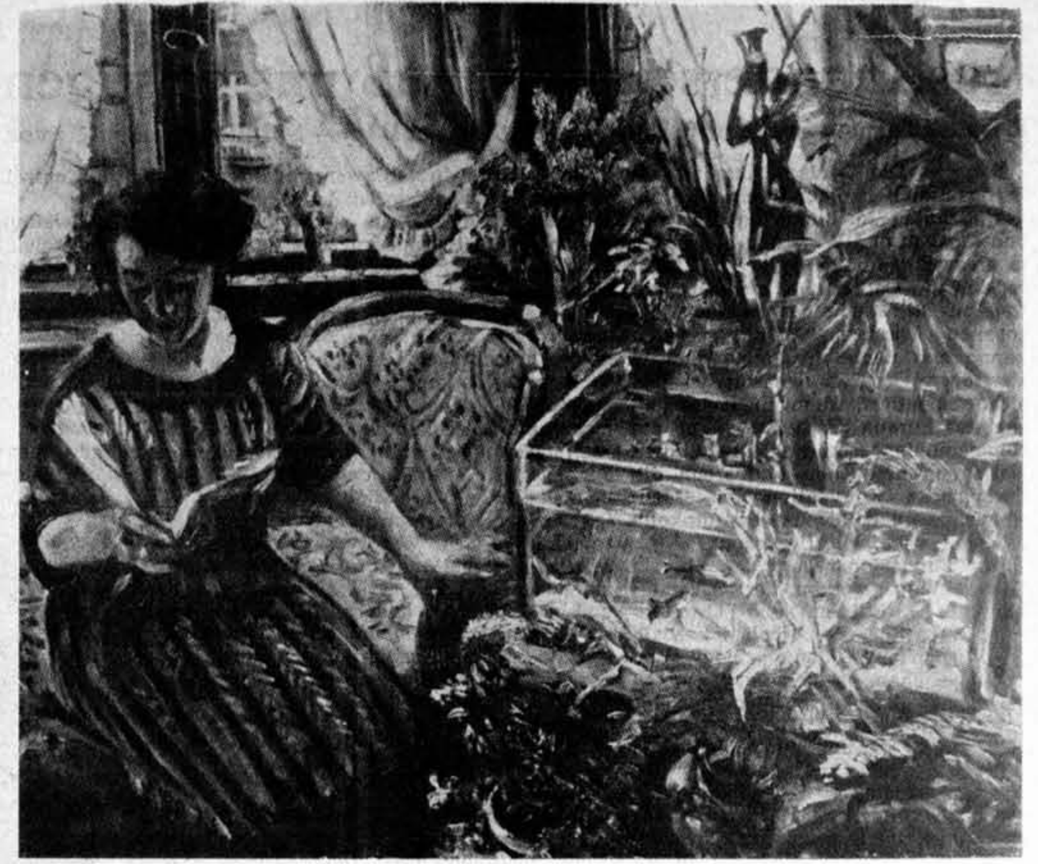
Nein, diese Briefe waren nichts für mich! Aber zum Ausgleich brachte die Post die Jubiläumsnummer eines großen Modeblattes. Und ich fand da alles, alles darin von der Krinoline bis zum Stilkleid (on revient toujours . . .) was mir wunderschön stehn würde — wenn ich wunderschön wäre!

Ich vergaß, daß ich an der Schreibmaschine saß. Ich vergaß, daß ich noch verschiedene Briefe schreiben wollte und zwei Telephongespräche erledigen sollte. Ich vergaß, daß ich im Nebenzimmer das Fenster aufgemacht hatte und daß ich's übernommen hatte, nach dem Heizofen zu sehen.

Als ich nach mindestens einer Stunde aus meiner Entzückung erwachte, war es im Zimmer trotz meiner Begeisterungsglut empfindlich kühl. Ich wickelte mich in meine durchaus nicht neue und nie elegant gewesene graue Strickjacke und entschied mich dabei für den Brokatumhang mit Blaufuchs zu dem Abendkleid aus elfenbeinfarbenem Kreppsatin mit neuartiger Rückengarnierung und seitlich verbreiterter Rocksilhouette (samt drei Kopflängen Zugabe). Für kleinere Gelegenheiten wählte ich nur zwei Kopflängen mehr, dafür zehn Zentimeter weniger Rock zu dem schlicht und elegant gemusterten Samtkleidchen in Wickelform.

Unentschieden blieb noch die Frage meines neuen Skikostüms — aber ich war auch noch nicht mit mir einig, welchem der mit so niedlichen kleinen Lockbildchen aufgereihten Wintersportplätzen ich den Vorzug geben würde. So kühl, wie mir eben war, fand ich St. Moritz gerade so wenig reizvoll wie Oberstdorf und war sehr für „Winter in Aegypten" — nur daß in dieser Nummer nicht ein einziges Kleid aus Waschseide war, in dem man doch allein Tutenchamon seine Aufwartung machen kann.

Ich erwärmte mich noch rasch am Anblick des Pärchens, das mir mit einem guten Markensekt so herzlich zum neuen Jahr zuprostete. Und dann ging ich in die Küche und schüttete eine Messerspitze Paprika an den gewärmten Reis. Und bestreute ihn mit Parmesankäse. Beides gehört unbestritten zur eleganten Küche. Und etwas mußte ich doch von dieser Stunde in meinen grauen Alltag nehmen!



Dame mit Goldfischbassin — Nach einem Gemälde von Lovis Corinth aus dem Jahre 1911



Großvater und die Emanzipation

„Emanzipation, was heißt das eigentlich genau, Lieschen?" fragte der Opa Storries neulich.

„Das heißt Gleichberechtigung, Opa!" antwortete Lieschen.

„Aha — Gleichberechtigung. Und wer soll gleichberechtigt werden?"

„Na, Frau und Mann!"

„So, so."

Opa lächelte verschmitzt.

„Warum lachst du? — Bist wohl auch dagegen?"

Lieschen mit ihren siebzehn Jahren ist ziemlich schnell bereit, Protest und Aggression zu wittern.

„I wo — stell' ich mir herrlich vor", beruhigte sie der Großvater.

„Find' ich gut, Opa, bist ein moderner Mensch!"

„Ja — bei was Vernünftigem denk' ich immer modern. Ich wär' schon zu meiner Zeit dafür gewesen."

„Da schau sich mal einer den Opa an — die Oma weiß wohl gar nicht, was sie an dir hatte!"

Lieschen ist beeindruckt. Sie hat die Großmutter nicht mehr kennengelernt. Aber sie stellt sich unter der Ehe der Großeltern jetzt eine ganz moderne Partnerschaft vor. Kaum zu glauben! So bohrt sie weiter:

„Du hättest also nichts dagegen gehabt, wenn die Oma — so wie Ihr Männer zu Eurem Skatabend — einmal in der Woche zu einem Vortrag oder in ein Lokal gegangen wäre?" forschte sie interessiert.

„Ich? — Aber nei, gar nuscht hätt' ich dagegen gehabt!"

„Und du hättest auch bei der Arbeit in der Küche geholfen, wenn sich das so ergeben hätte?"

„Na gewiß doch!"

„Ne Wolke find' ich das, Opa. Mit einem Wort, du wärst also für die Gleichberechtigung von Mann und Frau?"

„Na unbedingt!"

„Und weshalb? Erklär mir das mal!"

„Weshalb? — Die Frag' is leicht beantwortet. Weil dann in meinem Fall auch ich bei uns was zu reden gehabt hätt'!"

Hannelore Patzelt-Hennig

Boom - fang an to greene...

Zu Ostern holen wir uns gern den Frühling ins Haus

RMW — Der milde Winter in diesem Jahr und der stürmische Einbruch des Frühlings mit Sonnenschein und ungewohnter Wärme haben die Knospen an den Bäumen und Sträuchern früher als sonst geweckt. Und selbst wenn wir nicht wie sonst daran gedacht haben, uns schon im Vorfrühling noch kahle Zweige ins Zimmer zu stellen, damit sie zum Osterfest grüne Blättchen oder Blüten zeigen, so können wir jetzt im Garten oder auf dem Markt noch einen solchen Frühlingsstrauß zusammenstellen.

Denn Grünes gehört nun einmal zum Osterfest — das war zuzeiten unserer Großmütter schon so und das ist auch heute noch Brauch in den meisten Familien.

Unsere verstorbene Mitarbeiterin Toni Schawaller, die aus dem Raum Pillkallen/Insterburg stammte, erzählt in ihren nachgelassenen Erinnerungen, daß am Gründonnerstag alle Blumenableger versetzt wurden und die Zimmerpflanzen neue Erde bekamen. An diesem Tag wurden zu Hause auch die jungen Bäumchen gepflanzt. Wenn ein Stämmchen später einging, dann hieß es: „Dem häst söcher nich am Greendonnerschtag jesett . . ."

Im Obstgarten, so erzählt sie weiter, ging die Großmutter einst von Baum zu Baum mit dem Spruch: „Boom, Boom, röhr di, fang an to gröne, Gröndonnerschtag ös doa . . ."

Wie oft haben wir zu Hause ‚weiße Ostern' erlebt! Und wenn wir es als Kinder auch sehr lustig fanden, unter verschneiten Sträuchern im Garten nach den bunten Eiern zu suchen, so teilten wir im Grunde doch die Sehnsucht der Erwachsenen nach dem frischen Grün des Frühlings. Wir langten tüchtig zu, wenn es am Gründonnerstag mittags Rührei mit frischem Prieslauch gab, oder am Karfreitag Fisch in Dillsoße. Viele ältere Leute hielten sich allerdings noch an den alten Brauch, am ‚Still-Freitag' erst nach Sonnenuntergang etwas zu essen — meist gab es dann eine leichte Eierspeise. An diesem Tag mußte auch alle größere Arbeit ruhen, nur das Vieh durfte versorgt werden. Vor allem durfte kein Rad sich drehen — selbst der Kaffee wurde schon am Vorabend gemahlen.

Vom Osterwasser-Holen haben wir oft berichtet. Auch dieser alte Brauch hatte etwas damit zu tun, daß der Frühling allüberall neues Leben weckt — der Reinheit und Frische des fließenden Wassers, das endlich von seinem Eispanzer erlöst war, schrieb man Zauberkräfte zu.

Die bunt gefärbten Eier (früher nahm man zum Färben Zwiebelschalen und grüne Roggenspitzen), die mit frischem Grün geschmückten Stuben waren uns ein Zeichen, daß der lange Winter zu Ende ging, selbst wenn in unseren östlichen Breiten das Grün in Wald und Flur noch etwas auf sich warten ließ.

Ob heute wohl noch bei einigen unserer Leser schmackostert wird? Das müßte doch eigentlich auch den Kindern von heute Spaß machen, selbst wenn die alten Verse aus der Heimat nur noch den Älteren in Erinnerung sind. Aber ganz gewiß holen sich unsere ostpreußischen Frauen zum Osterfest auch dann den Frühling ins Haus, wenn sie nur über eine kleine Wohnung verfügen. Und wenn Sie keine Kinder zu beschenken haben, dann blasen Sie wenigstens ein paar Eier aus, die Sie zu Rührei oder zum Kuchen verwenden, malen sie bunt an (das sieht auch mit Filzstift oder Ölkreide hübsch aus), befestigen sie mit bunten Bändern oder Zwirn an den grünenden Zweigen in der Vase — und Sie haben ein wenig Erinnerung an Ostern zu Hause in Ihr Stübchen gezaubert. „Boom — fang an to greene, ös Ostre . . ."

Ich bin Gast am Frühstückstisch

Darf ich mich vorstellen? Ich stamme aus der Familie des Ostpreußenblattes und gehöre zur Osterausgabe des vergangenen Jahres. Etwas betagt also, fast schon bejahrt. Aber da ich in guten Händen bin, gehöre ich noch nicht zu den Vergessenen. Wie war das damals vor einem Jahr?

. . . Geschäftiges Treiben, wohin man blickt. Redakteuer und Setzer geben sich redliche Mühe, daß auch etwas Rechtes aus mir werde. Meine Geburt in der Rotationspresse geht dann äußerst stürmisch vor sich. Zusammen mit fast 80 000 anderen Ostpreußenblättern erblickte ich das Licht der Welt.

Anschließend, auf dem Weg zum Vertrieb, habe ich genügend Zeit, zu mir zu finden. Meine Zukunft bereitet mir noch etwas Kopfzerbrechen, denn ich kann ja nicht ahnen, in wessen Hände ich letzten Endes gerate. Aber als unverbesserlicher Optimist tröste ich mich, daß sich irgendwie alles zum Guten wenden werde — mein Inhalt spricht immerhin für mich. In der Vertriebsabteilung befreit man meine Geschwister und mich endlich von der lästigen Drahtverschnürung.

Ordentlich gefaltet, mit dem Falzbein sorgfältig glattgestrichen, bekomme ich ein Streifband übergestülpt. Die Reise ins Ungewisse kann losgehen.

Wieder gehe ich auf die Reise, zusammen mit vielen, vielen Postsachen. An einem sonnigen Donnerstagmorgen steckt mich schließlich der Postbote in den Briefkasten. Plötzlich weiß ich ganz sicher, daß ich mich hier wohl fühlen werde.

Kurze Zeit darauf holt mich eine zierliche, grauhaarige Dame, wahrscheinlich hat sie schon auf das vertraute Klappern des Briefkastendeckels gewartet. Ich sehe es deutlich — ein Anflug von Freude huscht über ihr Gesicht. Behutsam trägt sich mich zum Frühstückstisch und reicht ihrem Mann die Seiten mit der aktuellen Politik hinüber. Auch er scheint mich mit Ungeduld erwartet zu haben. Meine alte Dame studiert erst einmal die Glückwünsche und Todesanzeigen, dann sucht sie die Seite mit den österlichen Rezepten heraus, denn das Fest steht vor der Tür. Für eine gute Freundin wird eine Abschrift gemacht — vielleicht bestellt sie sich daraufhin auch die Zeitung?

Kurz und gut — es gibt kaum eine Zeile, die ungelesen bleibt. Bis die nächste Folge erscheint, werde ich jeden Tag wieder hervorgeholt, als bevorzugte Lektüre in geruhsamen Stunden.

Später, ausgelesen, treffe ich auf einem Zeitungsstapel etliche meiner älteren Brüder wieder, und mit freudigem Erstaunen muß ich erfahren, daß es noch lange nicht heißt, in Vergessenheit geraten zu sein, wenn man hier landet.

Und richtig! Nun ist wieder Osterzeit — man erinnert sich der leckeren Ostertorte vom letzten Jahr. Und suchend, hier und da noch etwas über längst gelesenen Texten verweilend, trägt mich die alte Dame wieder in ihre Küche. Und als die Ostertorte schon reich verziert auf der Platte prangt, kommt meine alte Dame mit einer Schere und schneidet noch dies und jenes aus, was sie sich aufheben will. Ich bin zufrieden. Mein Zeitungsleben hat einen Sinn gehabt!

Edda Bonkowski

Zwei Goldaper Spielzeugreiter im Spielzeugmuseum Nürnbergs

Zwei der originellen Holzpferdchen mit dem unwahrscheinlich breiten Hals, abgebildet auf Seite 12 des Arbeitsheftes „Volkskunst in Ostpreußen", herausgegeben von der Abteilung Kultur, stehen im Nürnberger Spielzeugmuseum, wo sie mir bei einem Besuch Anfang November vergangenen Jahres sofort auffielen. Sie weisen den Vermerk auf: „Gearbeitet von Zenthöfer in Goldap, gestorben um 1938."

Das eine, gelb-schwarz getupft, trägt auf roter Satteldecke einen blau-weißen Ulan mit Tschako. Das zweite, mit grün-roten Wischflecken die Natur ein wenig ignorierend, trägt einen kerzengeraden „Zigarren"- oder „Steckrüben"-reiter mit schwarzer Kappe. Auf jeden Fall originelle Volkskunst.

Karl Schmidt, 5231 Oberwambach

Auseinandersetzung muß mit geistigen Waffen erfolgen

Brisante Themen auf dem 18. Bundesjugendtag der DJO — Mitglieder scheuten vor Kritik nicht zurück

Bonn — Die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) hat auf ihrem 18. Bundesjugendtag in Bonn die Verträge von Moskau und Warschau abgelehnt. In einer Entschließung der DJO heißt es, daß die Ostverträge nicht als Beitrag zur Sicherung des Friedens angesehen werden können. Frieden könne erst dann eintreten, wenn in Verträgen Grenzen überwunden und nicht zementiert, wenn ein freies und geeintes Europa geschaffen, wenn die Hegemonialansprüche der beteiligten Nationen aufgegeben und wenn die Europäische Konvention der Menschenrechte und ihre Zusatzprotokolle weltweit verwirklicht werden.

Der Bundesjugendtag, das oberste Entscheidungsgremium der DJO, erarbeitete Richtlinien und Orientierungshilfen für die Arbeit innerhalb des Verbandes auf den einzelnen Gliederungsebenen. In den Diskussionen sowie bei den Entscheidungen über Entschließungen und Verlautbarungen zeigte sich wieder einmal, daß die DJO kein „stinkender Leichnam" ist, wie ein Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter einmal meinte feststellen zu müssen, sondern ein moderner und lebendiger Jugendverband, dessen Mitglieder zur Kritik fähig und bereit sind.

Die DJO hat in den zwanzig Jahren ihres Bestehens bewiesen, daß sie nicht unbedingt an starren überlieferten Formen festhält, sondern stets anpassungsfähig war, ohne dabei labil zu sein. Deshalb ist der Chronist auch nicht verwundert über die Thematik der einzelnen Entschließungen des Bundesjugendtages. So gibt es zur „Emanzipation junger Menschen im Spiegelbild neuer Organisationsformen" eine Entschließung, die die Vorstellungen über eine wirkungsvolle Jugendarbeit enthält, und in der es u. a. heißt: „Unsere Zielplanung umfaßt mehr als die Einordnung in einen sozialen Bereich. Wir versuchen, zusätzlich Werthaltungen zu vermitteln, um aus diesen heraus selbst handeln und das Handeln anderer beurteilen zu können. Die Wünsche, wie sie die heutige Jugend artikuliert, können Berücksichtigung finden.

Erreicht werden sollen:

Innere Freiheit: durch Bildung und Ausbildung zu schaffende Unabhängigkeit, Erkennen von Manipulationen, Ablehnung von Indoktrinationen und der unreflektierten Übernahme von Wertmustern.

Äußere Bindung: Toleranz, Partnerschaft, Bejahung des sozialen, demokratischen Rechtsstaates mit Recht auf Kritik, Kontrolle und Widerstand."

Zu den weiteren Entschließungen des Bundesjugendtages der DJO gehören die außerschulische Jugendbildung, das Thema Umweltschutz sowie das Rauschgiftproblem. In einer weiteren Entschließung forderten die Delegierten des DJO-Bundesjugendtages in Bonn die Chancengleichheit für junge Spätaussiedler, ein Thema, das die Gemeinschaft Junges Ostpreußen bereits Ende vergangenen Jahres auf ihrem Bundesgruppentag zur Maxime ihrer Jahresarbeit 1972 erklärt hat und auf das das Ostpreußenblatt noch gesondert eingehen wird.

In seinem Schlußwort erklärte der Bundesvorsitzende der DJO, Henning Müßigbrodt, Hannover, daß die Deutsche Jugend des Ostens willens sei, den Weg der politischen Mitte, der politischen Vernunft und Redlichkeit weiterzugehen, „weil nur dieser Weg dem deutschen Volk und seinen Nachbarn in der Welt zu einer besseren und sicheren Zukunft zu verhelfen vermag."

Müßigbrodt wandte sich entschieden gegen radikale Anschauungen von links und rechts und betonte, daß die DJO die in einem freiheitlich demokratischen Staat notwendige Auseinandersetzung mit geistigen Waffen führe. Wörtlich fuhr der Bundesvorsitzende der DJO fort: „Wir sind nicht bereit, stillschweigend die Machtübernahme in der Bundesrepublik Deutschland den militanten radikalen Kadern zu überlassen und appellieren daher an die junge Generation in unserem Lande, Solidarität zu üben und zu praktizieren mit allen demokratischen Kräften, die sich für die Erhaltung unseres sozialen Rechtsstaates einsetzen."

H. F. J.



Bei der DJO unmöglich — bei ihren Gegnern an der Tagesordnung: Einpeitscher. Hier bei einem Demonstrationszug des „Kommunistischen Oberschul-Bundes KOB" — Foto Zander

Zwei Ostpreußen im Landesvorstand

Ergebnis der Neuwahlen bei der DJO Niedersachsen

Hannover — Gut besucht war der ordentliche Landesjugendtag des DJO-Landesverbandes Niedersachsen in Osterode. Einhundert Delegierte repräsentierten die rund 20 000 Mitglieder.

Gleich zu Beginn der Tagung befaßte man sich mit den Problemen der Spätaussiedler. In zwei Arbeitskreisen wurden spezifische Forderungen erarbeitet, die man später innerhalb einer Podiumsdiskussion an zwei Vertreter politischer Parteien richtete. Innerhalb dieser Diskussion prallten die Meinungen der Spätaussiedler, ihrer Betreuer und der Parteivertreter hart aufeinander. Dennoch äußerten die Vertreter der CDU und auch der SPD, daß sie sich in ihren Kreisgremien für eine Verwirklichung einsetzen wollen. Die Hilfe auf menschlicher Basis wurde von allen Beteiligten herausgestellt und als vordringlich erachtet.

Der zweite Tag der Zusammenkunft war den Berichten der einzelnen Sparten vorbehalten. Bundes- und Landesvorsitzender Henning Müßigbrodt gab eine kurze Einführung und wies auf den Bundesjugendtag hin, bei dem die obengenannte Entschließung zu den Ostverträgen erarbeitet und verabschiedet wurde.

An die Berichte der Jugendkreise, über die Jungmädelarbeit und aus den Jungenschaften schloß sich eine lebhafte Diskussion an, die sich im Kernpunkt mit der politischen Arbeit innerhalb der Gruppen beschäftigte und die Mädel in den Gruppen stärker engagiert sehen will.

Nach dem Kassenbericht, gegeben von Günter Springer, und dem Kassenprüfungsbericht wurde dem Landesvorstand Entlastung erteilt.

Nach mehreren Vorschlägen hatte die Neuwahl folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender des DJO-Landesverbandes Niedersachsen Henning Müßigbrodt, Stellvertreter wurden Barbara Floegel und Norbert Braumüller, Schatzmeister Günter Springer, Mädelführerin Erika Schneider, Jungenschaftsführer Georg Klischies, Jungmädelführerin Irmgard Lügering und Sprecher des landsmannschaftlichen Gremiums Hartmut Müßigbrodt.

Mit Günter Springer und Georg Klischies gehören dem neuen Vorstand dieses Verbandes zwei Ostpreußen an.

Sr.



Meister-Schüttler

Sprüche von Insterburg & Co.

Hamburg — Bei einigen Menschen scheint es sich als sehr ergiebig zu erweisen, das Handgelenk zu schütteln. Aber jetzt ist uns — die die Muse nicht allzu oft küßt — die Möglichkeit gegeben, von solchen „Meister-Schüttlern" zu profitieren.

Der Rautenberg-Verlag hat einen Gedichtband des Berliner Pop-Kabaretts Insterburg & Co. herausgegeben. Wer das Quartett kennt, kann schon ahnen, was ihn erwartet: ‚Sprüche', bunt gemischt, rührend bis frech, sinnig bis hintersinnig — kurz, ‚Sprüche', die ‚in' sind. Die Ausstattung des Bändchens entspricht dem: durch randbemerkende Zeichnungen, mit nadelspitzer Feder zwischen die Zeilen gekritzelt, bereitet das Buch auch optisch Spaß.

Wem die „Insterburger" noch kein Begriff sind, lernt sie übrigens dort kennen: Am Anfang des Bandes stellen sich die vier vor: Ingo Insterburg, der zwar nicht so heißt, sich aber dennoch so nennt — er ist in der ostpreußischen Stadt Insterburg geboren; Peter E. H. Ehlebracht, der als Fünfjähriger für das bestgesteckte Blumenarrangement einen Preis erhielt — seine künstlerische Begabung kann damit als bewiesen gelten; Jürgen Barz, der heute als sehr weise bekannt ist — er stellte schon in frühester Jugend fest, daß man in diesem Leben sehr oft seinen Kopf hinhalten muß; und Karl B. Dall, der einst als Schriftsetzer bei der Druckerei Rautenberg in Leer an der Herstellung des Ostpreußenblattes mitwirkte.

In der Zeit vom 12. bis 16. April haben übrigens die Ostfriesen Gelegenheit, Insterburg & Co. zu erleben: das Quartett wird in Ditzum, Aurich, Bremen, Wilhelmshaven und Emden gastieren. Hier schon eine winzige Kostprobe (‚aus aktuellem Anlaß') aus dem Buch vorweg: „Wenn der Osterhas' Durchfall hat / gibt es Rührei in der Stadt". **V. P.**

Insterburg & Co., Gedichte. Aus dem Handgelenk geschüttelt und aufgelesen. Verlag Gerhard Rautenberg, Leer; 72 Seiten mit vielen Zeichnungen, farbiger Buchtitel, 9,80 DM.

Weltfremde Motivfinder der Deutschen Bundespost

Jugendmarken 1972 — Für den freien Handel unverkäufliche Ware — Gewinne von Sammlern

Hamburg — Die „Jugendmarken '72" der Deutschen Bundespost sind da. Trari, trara. Und sie sind mal wieder so richtig erzieherisch wertvoll. Weltfremd, mit einem Wort.

Es geht um den Tierschutz — eine gewiß fördernswerte Idee. Nur wie das nach den Entwürfen von Holger Börnsen und im Mehrfarbendruck der Bundesdruckerei Berlin aussieht, ist eine andere Sache. Die Darstellungen sind so naiv, so in Vorstellungen von vorgestern befangen, daß der Aufdruck „Jugendmarke 1972" schlichtweg nicht stimmen kann. Das sind Marken, die Omas und Tanten hinter dem Ofen hervorlocken könnten, nicht aber Jugendliche. Das sind Marken, die in unserer Zeit einfach nichts zu suchen haben.

Da gebärdet sich auf der Berliner „30 + 15 Pf"-Marke eine Art Schäferhund ungeheuer hysterisch, weil er an der Kette liegt. Hinter ihm schwingt ein Typ die Peitsche wie weiland der böse Friedrich aus dem „Struwwelpeter" „seine Gretchen gar". Es mag zwar vorkommen, daß heute noch Hunde ausgepeitscht werden — aber sind das nicht Extremfälle, die mit den eigentlichen Aufgaben modernen Tierschutzes überhaupt nichts zu tun haben? Hier haben es sich die Motivsucher zu einfach gemacht. Junge Leute halten keine Kettenhunde, und sie prügeln sie auch nicht. Sie lassen ihren Hamster verhungern, weil sie vergeßlich sind, oder sie vergessen ihre Schildkröte, wenn sie schon längst aus dem Winterschlaf erwacht ist. Das wäre ein Thema. Darauf könnte man hinweisen.

Ebenfalls postalisch weltfremd ist das Motiv, das die Bundespost „Unruhestifter stört Rehe im Wald" nennt. Erstens sehen zwei der Rehe wie Hasen aus (oder sind sie's gar?) und zweitens laufen sie dem ersonnenen Missetäter offenbar nicht davon, sondern betreiben mit ihm sichtbar eine Art Waldlauf. „Junge Katzen" (ein weiteres Motiv der Berliner Serie) hat ein lächelndes weibliches Wesen im Minirock im Arm, eine finstere männliche Gestalt hält einen Sack auf — offenbar will man die Tiere ertränken, obwohl kein Gewässer sichtbar ist.

Die Erlöse aus den Zuschlägen der Jugendmarken sollen Vorhaben der allgemeinen Jugendarbeit unterstützen. Im freien Handel würden sich solche Bildlein nicht verkaufen, weil sie schlecht sind. Der Zweck wäre verfehlt. Die Post kann es sich leisten, ihre Anliegen ungeschickt vorzubringen. **Nils Mosbach**



Jugendmarken für einen guten Zweck: Allgemeine (links) und Berliner Ausgaben

Von der Schulbank in die Wirtschaft

Neue Möglichkeiten für Abiturienten

Düsseldorf — Die Wirtschaft entdeckt den Abiturienten. Das Streben der Jungen und Mädchen aus der Oberprima, nach dem Abitur unbedingt auch noch zu studieren, wird in wenigen Jahren nicht mehr zeitgemäß sein. Bereits heute gibt es in einigen Industrie- und Kaufhauskonzernen für junge Leute mit Abitur oder gleichwertigem Bildungsstand (etwa Höhere Handelsschule) die Möglichkeit, durch gesonderte Bildungsgänge zum Führungsnachwuchs aufzusteigen.

Immer stärker fordern die Industrie- und Handelskammern die Verantwortlichen in den Schulen, in der Berufsberatung und in den Betrieben auf, die negative Beurteilung der beruflichen Praxis und der betrieblichen Bildung abzubauen. Es geht vor allem darum, attraktive Laufbahnen zu eröffnen, die den Abiturienten gleiche Chancen und gleiches Prestige wie den Akademikern ermöglichen. Sie dürfen nicht das Gefühl gewinnen, durch ihre „nur" betriebliche Ausbildung aufs Abstellgleis geschoben zu werden.

Nach dem neuesten Entwurf der Bund-Länder-Kommission für die Bildungsplanung sollen bis 1985 etwa 37 Prozent eines Jahrganges die Hochschulreife erwerben, heute sind es rund zehn Prozent. Doch für viele Jugendliche wird es angesichts der heute bereits hoffnungslos überfüllten Universitäten auch später nicht möglich sein, zu studieren.

Bisher gingen jährlich nur rund 3000 Abiturienten direkt von der Schulbank in die Wirtschaft. Dieser Anteil wird sich in der Zukunft sprunghaft erhöhen. Unternehmen der Chemie, der Textilindustrie, der Automobil- und Elektroindustrie, der Luftfahrt und des Handels haben hier vorbildliche Pionierarbeit geleistet, die die Integration der Jugendlichen in das Wirtschaftsleben „vor Ort" erleichtern wird. **Günter Altenhoff**

Hamburg — Warschau

Nur einseitige Kontakte?

Hamburg — In Zusammenarbeit mit dem polnischen Rundfunk will der Jugendfunk des Norddeutschen-Rundfunks am 7. Mai einen „Abend für junge Hörer" aus einem Studenten-Lokal in Warschau live übertragen. Nach einer Pressemeldung des NDR lautet der Arbeitstitel dieser Sendung „Junge Leute in Polen und in der Bundesrepublik". Aus der Information geht außerdem hervor, daß die „5-Uhr-Club"-Redaktion in diesem Jahr mit „Polskie Radio" zusammenarbeiten wird. Vorgesehen ist einmal im Monat eine Live-Schaltung mit Warschau.

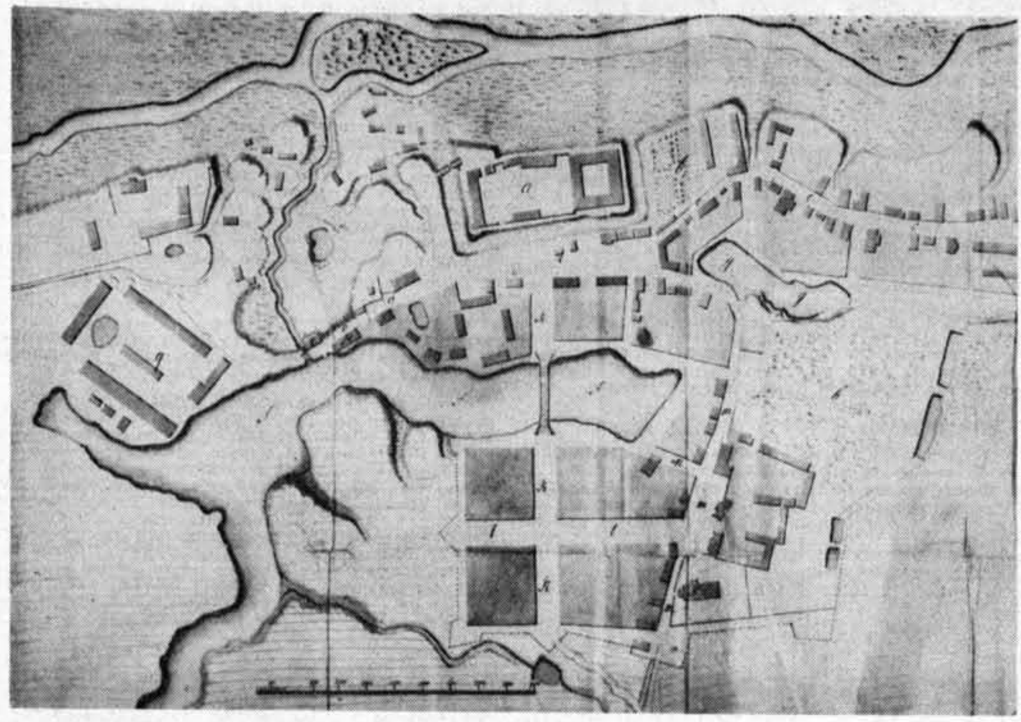
Gegen eine Zusammenarbeit des Norddeutschen mit dem polnischen Rundfunk ist im Prinzip nichts zu sagen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen muß man dem Vorhaben jedoch sehr kritisch gegenüberstehen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Kollegen beider Sender um Objektivität bemühen. Leider ist bisher keine Rede davon, daß auch der polnische Sender eine Live-Übertragung aus Hamburg vorbereitet mit Informationen für die polnische Jugend . . .

Anläßlich der Ruhrfestspiele wird der NDR-Jugendfunk am 4. Juni aus Recklinghausen einen „Abend für junge Hörer" unter dem Arbeitstitel „Protest als Ware" übertragen. Die nach wie vor gern gehörten „Abende für junge Hörer", die der Norddeutsche Rundfunk und der Westdeutsche Rundfunk in ihren ersten Programmen ausstrahlen, werden in diesem Jahr wieder alle live gesendet. Einzige Ausnahme soll ein Wiederholungsabend in den Sommermonaten sein. **hfj**

Schutz unter den Flügeln des Adlers

Zur Gründung der Stadt Ragnit vor 250 Jahren — Von Hans-Georg Tautorat

Es ist das Hauptverdienst König Friedrich Wilhelm I., das von der Pest entvölkerte und verwüstete Ostpreußen durch ein groß angelegtes Reformwerk zu neuer Blüte geführt zu haben. Das soziale Empfinden des Königs, verbunden mit klarem Blick für das wirtschaftlich Zweckmäßige und staatlich Notwendige, insbesondere aber sein eiserner Wille halfen ihm, sich in dem Bemühen um eine moderne Gestaltung der staatlichen Maßnahmen letztlich doch gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen. Grundlegende verwaltungs- und wirtschaftspolitische Reformen, Kirchen- und Schulbauten bereiteten den Boden für eine geistige Erneuerung der Bevölkerung. Die Jahre 1722/23 bedeuteten den Höhepunkt des Retablissements. Große Kolonistenscharen wurden angesiedelt, die „wüsten" Huben machten bald neuen Höfen und Dörfern Platz, zahlreiche Siedlungen entstanden. So tritt im Rahmen der städtischen Politik des Königs auch der Marktflecken Ragnit, der selbst nach Erweiterung nicht drängte, im Jahre 1722 in die Reihe der preußischen Städte ein.



Stadtplan von Ragnit aus dem Jahre 1723 von Schultheiß von Unfried. Der Grundriß zeigt die Verhältnisse zur Zeit der Stadtwerdung auf und enthält folgende Erläuterungen: a Das Schloß; b Der Schloßgarten; c Die Corps des Guardes; d Die Ambts Schmiede; e Die Mühle; f Der Mühlen Teich; g Der Zeneken Teich (Zinkenteich); h Der Heilsbergische Garten; i Die Kirche; k Die Koniges Straße (Landrat-Penner-Straße); l Die Magister Gasse (Schulstraße); m Die Kirch Straße (Kirchenstraße); n Die Traneke (Tränke); o Die Lange Gaße (Tilsiter Straße/Markt/Hindenburgstraße); p Das Hospital; q Das Koniglicke ¨orwerk Althoff. (Klammervermerke vom Verfasser. Der Plan befindet sich im Staatlichen Archivlager Göttingen, dem früheren Königsberger Staatsarchiv.

„De fundanda Civitate Raganita"

Schon aus der Zeit des ausgehenden Mittelalters gibt es Nachrichten, nach denen Ragnit die Stadtrechte verliehen werden sollten. Das Ordenshaus Ragnit stellte damals als Hauptstützpunkt der wichtigen Memellinie ein Bollwerk gegen die Litauer dar. Burg und Siedlung hatten somit für den Orden eine strategische Bedeutung. Im Zusammenhang mit einer Meldung des Hauskomturs von Ragnit, in der er dem Hochmeister berichtet, wie hoch man Ragnit „aufzuwerfen" habe, dabei das Wasser bei Überschwemmungen keinen Schaden anrichte, hören wir in Verbindung mit dem Namen Ragnit erstmalig etwas von einer Stadt. Aus dem Blatt des Ordensbriefarchivs aus dem Jahre 1403 verlautet, „das der nuwe Schultis meint zo hoek zu wortin (aufzuwerfen) die stat als das alde hachilherg ist . . ." Der hier verwendete Begriff „stat" muß als die vom Orden



Das Wappen von Ragnit

in der Nähe des im Bau befindlichen neuen Ordenshauses geplante Stadtsiedlung aufgefaßt werden, um die ein Wall in Höhe des Hachelwerkes aufgeworfen werden soll. Bestätigt wird uns das durch die undatierte Lokationsurkunde „De fundanda Civitate Raganita" aus dem Ordensbrief (Regesta I Nr. 644). Dieses Dokument enthält die Gerechtsame auf Landbesitz und Fischerei, die der Orden der zukünftigen Stadt verleiht. In der Schrift wird weiter die Zusicherung gemacht, die Stadt mit einem Wall zu versehen, „noch deme als das hachelwerg vor langen zeithen do gelegn, ist bewallet gewest". Dies geschieht mit der Maßgabe, daß die Stadt nach erfolgter Befestigung künftig selbst für ihre Umwehrung zu sorgen hat. Die Urkunde schließt mit der Verleihung des Kulmischen Rechts.

Aus dem Jahre 1409 gibt es eine weitere Nachricht, die mit einer angeblichen Stadtgründung zusammenhängt. Es wird berichtet, daß bald nach Ostern der Deutschordensmeister mit einigen Gebietigern aufbrach, um „Memela und Ragnite" als Städte zu begründen. In Memel stellte er den Augustinermönchen, in Ragnit den Franziskanern einen Bauplatz zur Verfügung. Das von den Franziskanern in Ragnit erbaute Kloster soll in der Tilsiter Straße — vom Markt aus gesehen vor der Schloßmühle — gestanden haben, möglicherweise an der Stelle, wo bis zuletzt der Löwenkrug (Bürgerhalle) gestanden hat.

Ob die beabsichtigte Stadtgründung im Mittelalter wirklich zustande kam, ist durch Quellen nicht zu belegen. Wegen der in diesem Jahr einsetzenden Wirren muß vielmehr angenommen werden, daß sie unterblieb. Die Stadtgründung läßt sich erst 300 Jahre später nachweisen.

Widerstände der Projektierung

Auf Anregung König Friedrich Wilhelm I. wurde am 24. Juli 1721 eine Kommission gebildet, die die Erhebung von geeigneten Ortschaften Ostpreußens, insbesondere Preußisch-Litauens, zu Städten prüfen sollte. In Betracht kamen die Orte Ragnit, Taplacken, Georgenburg, Stallupönen, Schirwindt, Gumbinnen und Heydekrug. Die Kommission riet jedoch davon ab, Ragnit zur Stadt zu erheben, da zu befürchten sei, „daß Ragnit der nur eine Meile entfernt gelegenen Stadt Tilsit Nachteil und Abbruch in Commercio, auch an der Brau- und anders Nahrung tun könnte und würde die Beschreibung dieses Ortes zeigen, daß derselbe an Kriegs- und Domänen-Prestandis all bereits ein vieles traget . . ." Der König wies die Begründung jedoch zurück und beauftragte die Kommission, eine genaue Besichtigung des Ortes vorzunehmen und ihm weiteren Bericht zu erstatten. Die Besichtigung fand am 17. September 1721 statt. In Ragnit hatte damals Grundbesitz: Leutnant Heilsberger, dessen Bruder Regimentsquartiermeister Heilsberger, Fischmeister Lock, Landkammerrat Itzel, Schloßeinnehmer Eggert, der litauische Pfarrer Naunisn, Fähnrich Wilden, Leutnant Wendt, Derschauer Erben, Reifenstein und Meister Marquardt. Sie alle zusammen besaßen 64 Huben und 23 Morgen. Es war beabsichtigt, dieses Land vom König ankaufen und unter die neu anzusiedelnden Bürger verteilen zu lassen. Die Eigentümer verlangten für das vom König anzukaufende Gelände 18 822 Taler.

Auch in diesem Bericht lehnte die Kommission die Verleihung der Stadtrechte an Ragnit in erster Linie mit der Begründung ab, die Erhebung Ragnits zur Stadt gefährde die Existenz Tilsits. So wurde u. a. davon abgeraten, in Ragnit Fabriken zu errichten, da sonst die in Tilsit angelegte und „von seiner Königlichen Majestät allergnädigst privilegierte Zeugfabrik des aus Quedlinburg angezogenen Meisters Lüttich" ins Stocken geraten könnte. Man befürchtete, daß die aus Polen kommende und durch Ragnit durchgeführte Wolle hier schon aufgekauft werden könnte. Weiter wurde erwähnt, daß die vorhandene Kirche sehr baufällig sei. Da sie an der äußersten Ecke des Fleckens liege, müsse sie versetzt werden, wenn man sie in die Richtmauern der neuen Stadt bringen wolle. Die Summe von 18 822 Talern, die zum Ankauf des Landes aufgebracht werden müßte, würde sich nicht rentieren. Schließlich „mußte dieser Ort ganz anders eingerichtet werden, indem derselbe jetzt in einer einzigen, fast 1/4 Meile lang sich erstrekkenden und vorlängst der bergigen und hochsteilen Ufer des Flüßchens Ragnit liegenden Straße bestehen, wobei sich noch eine Quergasse, so nach der Kirche führet, befindet, daß denn die Abbrechung der alten und Anerbauung der neuen Häuser gar große Unkosten, wenn anders der Ort regulier eingerichtet und zum Einschließen aptieret werden soll, erfordern dürften".

Jedoch auch die neuen Gesichtspunkte in diesem Bericht konnten den König nicht dazu bringen, seinen Plan aufzugeben. Trotz des wiederholten Abratens der Kommission beharrte er auf seinem Standpunkt und verfügte sinngemäß, daß, um keine Zeit zu verlieren, von dem Ingenieur Lehmann und anderen Ingenieuren vorerst Grundrisse von zwei Orten, nämlich von Ragnit und Heydekrug, zu erstellen seien. Diesem Grundriß sollte die derzeitige Situation der vorhandenen Haus- und Hofstellen entnommen werden können. Aus einem zweiten geforderten Grundriß sollte hervorgehen, wie man unter Zugrundelegung der bereits vorhandenen Bebauung nicht nur die Gassen bestmöglichst regulieren kann, sondern wieviel Ruten in der Länge und in der Tiefe man zum Beispiel zu jeder neu anzulegenden Haus- und Hofstelle nehmen könne. Eine Berechnung darüber, wieviel den Grundeigentümern für beanspruchte Plätze (Gärten, Haus- und Hofstellen) billigerweise zugestanden werden müßte, wurde dergleichen gefordert. Schließlich wurde den Ingenieuren die Erstellung eines Hausgrundrisses abverlangt. Das Haus durfte nur eine Etage haben und sollte gewissermaßen als Prototyp für alle neu zu bauenden Häuser ienen. Die fertiggestellten Grundrisse, zusammen mit einer Kalkulation für den Kauf der Haus-, Hof- und Gartenplätze und den Ankauf der Baumaterialien mußten sodann unverzüglich eingeschickt werden. Die Verfügung verlangte letztlich eine Spezifizierung darüber, wieviel neue „Wirthe" eingesetzt werden können und wie hoch sich deren Verbrauchssteuerbeitrag nach Ablauf des „Freyjahres" jährlich belaufen wird.

Wie hoch würden einerseits die der Staatskasse entstehenden Unkosten und andererseits die der Staatskasse zufließenden Einnahmen sein, wenn die Erhebung des Fleckens Ragnit zur Stadt Wirklichkeit werden sollte, so mußte nun die konsequente Frage lauten. Hierüber wurden dann zwei Berechnungen angestellt. Der ersten Berechnung lag der Plan zugrunde, die Grundstücke von den bisherigen Eigentümern anzukaufen und eine ganz neue Stadt mit 200 Hausstellen zu gründen, während nach der zweiten Berechnung die bisherigen 14 Akkerhöfe, 4 Krüge und 61 Handwerkerstellen bestehen bleiben und dazu noch 121 neue Hausstellen angekauft werden sollten. Die erste Berechnung wies ein jährliches Defizit von 4909 Talern auf; die zweite Berechnung brachte ein Plus von 266 Talern.

Verleihung des Stadtpatents

Unter Zugrundelegung dieses zweiten Planes wurde dann der Flecken Ragnit durch königliche Resolution vom 26. März 1722 zur Stadt erhoben. Mit der Verleihung der Stadtrechte ergab sich die „Freyheit, Handel und Wandel, auch allerhand bürgerliche Nahrung, Handwerk und Profession darinnen zu treiben". Das am 6. April 1722 von König Friedrich Wilhelm I. verliehene Stadtpatent enthält dann u. a. den wichtigen Hinweis, daß sich alle diejenigen, die sich in dieser Stadt niederzulassen beabsichtigen, beim Preußischen Kommissariat in Königsberg, bei dem Steuerrat oder dem noch zu bestellenden Bürgermeister der Stadt zu melden haben. Unter Berücksichtigung der Umstände würden denn durch den Steuerrat die Baustelle und der Platz für den Garten angewiesen werden. Auch allen Handwerkern aus anderen Dörfern des „platten Landes" wurde die Stadt geöffnet. Unter Hinweis auf das freie Bürger- und Meisterrecht und die Befreiung von der Steuer für die Dauer von drei Jahren wurde ihnen die sofortige Vermittlung von Arbeit zugesagt. Die Resolution schließt mit der Feststellung, daß die Ausübung des Braugewerbes zur Zeit nur den sich bereits in der Stadt befindlichen Braukrügern gestattet werden kann. Bei Vergrößerung der Stadt und dem damit verbundenen Anstieg der Einwohnerzahl könne jedoch „nach Proportion der neu angekommenen Bürger, auch denen, welche dazu die bequemste und vor Feuersgefahr sicherste Häuser erbaut haben werden, nach und nach eine Braugerechtigkeit concediret werden"

Das Stadtwappen, das der König der neu gegründeten Stadt verlieh, zeigt im Schildesfuße einen Fluß, die Memel, auf dessen mäßig hohem Steilufer sich eine Stadt erhebt. Darüber schwebt der nicht stilisierte preußische Adler und über diesem das Auge Gottes. Das Ganze ist von der Umschrift umgeben „SUB EIS TUTA RAGNETA", was so viel heißt, wie „unter diesem Schutz ist Ragnit sicher".

Am 1. September 1722 wurde in der Stadt die Erhebung der Akzise (Verbrauchssteuer) eingeführt. Die Funktionen des Magistrats wurden mit von dem neu eingesetzten Gericht wahrgenommen, und noch im gleichen Jahre erhielt sie eine Stadtschule.



Ragnit im 20 Jahrhundert aus der Luft gesehen

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben an die Landsmannschaft immer die letzte Heimatstadt angeben.

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Georg Vögerl, 1 Berlin 41 (Steglitz), Buggestraße 6. Telefon 03 11/8 21 20 96.

Neufassung der Satzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil — Wie bereits in Folge 13 auf Seite 14 bekanntgegeben, muß auf der nächsten Mitgliederversammlung beim Hauptkreistreffen am 10. und 11. Juni die neue Satzung beschlossen werden. Damit sich alle Landsleute vorher damit vertraut machen können, wurde und wird sie in den Folgen 13, 14, 15 und 16 des Ostpreußenblattes abschnittsweise veröffentlicht.

§ 3. Mitgliedschaft. Die Mitgliedschaft der Kreisgemeinschaft erwirbt, wer sich für die Heimatkreiskartei anmeldet, durch Unterschrift seine Mitgliedschaft erklärt und aufgenommen wird. Der Kreisausschuß (§ 10) kann die Aufnahme ablehnen, wenn der begründete Verdacht besteht, daß der Antragsteller den Zielen der Gemeinschaft zuwiderhandelt. In diesem Falle steht letzterem das Recht zu, innerhalb eines Monats beim Kreisvertreter Beschwerde

einzulegen. Dieser muß die Angelegenheit dem Kreistag zur Entscheidung vorlegen. Die Entscheidung des Kreistages ist endgültig. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluß. Der Austritt ist durch eine schriftliche Erklärung rechtsgültig. Der Ausschluß kann bei schweren Verstößen gegen das Ansehen und die Ziele der Kreisgemeinschaft erfolgen. Die Entscheidung über den Austritt trifft der Kreisausschuß (§ 10). Er teilt dies dem Mitgliede — unter Angabe der Gründe — durch eingeschriebenen Brief mit. Gegen diesen Entscheid ist ein Einspruch innerhalb eines Monats an den Kreistag zulässig. Dieser entscheidet endgültig.

§ 4. Pflichten und Rechte der Mitglieder. Alle Mitglieder sind gehalten, die Kreisgemeinschaft in ihren Aufgaben und Zielen zu unterstützen. Jedes Mitglied ist berechtigt, die Einrichtungen der Kreisgemeinschaft in Anspruch zu nehmen, die Kreistreffen und sonstige Veranstaltungen zu besuchen und die satzungsmäßigen Rechte wahrzunehmen.

§ 5. Beiräge und Einnahmen. Die Kreisgemeinschaft kann von den Mitgliedern Beiträge erheben. Sonstige Einnahmen der Gemeinschaft sind Zuwendungen, Spenden und Stiftungen.

§ 6. Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 7. Organe der Kreisgemeinschaft. Die Organe der Kreisgemeinschaft sind: der Kreistag, der Kreisausschuß.

§ 8. Mitgliederversammlung (Hauptkreistreffen). Alle Mitglieder bilden in ihrer Gesamtheit die Kreisgemeinschaft. Für sie findet jährlich einmal anläßlich des Hauptkreistreffens eine Mitgliederversammlung statt. Sie wird vom Kreisausschuß (§ 10) einberufen. Die Einberufung erfolgt durch Veröffentlichung im Ostpreußenblatt mit einer Frist von mindestens vier Wochen. Die Mitgliederversammlung ist die richtungweisende Instanz für die Führung der Kreisgemeinschaft. Sie nimmt den Jahresbericht entgegen und stellt Richtlinien für die Organe der Kreisgemeinschaft auf. Dieses Recht kann sie auch auf den Kreistag (§ 9) übertragen. Außerdem obliegen ihr: die Kirchspiels- und Städtevertreter für den Kreistag gemäß der Kreisordnung (§ 12) zu wählen, verdiente Landsleute durch Ernennung zum Kreisältesten oder zum Ehrenmitglied zu ehren, Satzungsänderungen (§ 13) und — gegebenenfalls — die Auflösung der Kreisgemeinschaft (§ 16) zu beschließen.

Insterburg Stadt und Land

Kreisvertreter Stadt: Prof. Dr Georg-Winfried Schmidt. Kreisvertreter Land: Fritz Naujoks. Geschäftsstelle: Willy Berming, 4150 Krefeld-Fischeln, Kölner Straße 517, Telefon 0 21 51/63 26 55.

Treffen in Stuttgart — Sonnabend, 15. April, findet in Stuttgart im Hotel Wartburg um 19 Uhr unser nächstes Monatstreffen statt. Diesen Tag haben wir vorgemerkt, dazu gleicher Zeit dort die ehemaligen Schülerinnen der Hindenburgoberschule Insterburg zusammenkommen. Eine Filmvorführung und die Zweimannhausmusik werden für Unterhaltung sorgen. Die ehemaligen Schülerinnen werden schon Stunden zuvor Erlebnisse ausgetauscht haben. Alle Insterburger im Stuttgarter Raum sind mit ihren Angehörigen zu diesem Treffen recht herzlich eingeladen.
Erich Bangert

Königsberg-Stadt

Erster Stadtvertreter: Prof. Dr. Fritz Gause, 43 Essen, Saarbrücker Straße 107, Geschäftsstelle: Günter Boretius., 4 Düsseldorf, Bismarckstr. 90, Telefon 02 11/ 35 03 80.

Löbenichtsches Realgymnasium, Oberschule — Zum diesjährigen Kölner „Domfäßchen-Treffen" versammeln sich die Löbenichter von Bonn/Köln mit ihren Angehörigen am Freitag, dem 7. April, ab 19.30 Uhr im Konferenzzimmer des Hauses Wolkenburg, Mauritiussteinweg 59, in der Nähe des Neumarktes. Es spricht der Vorsitzende unserer Vereinigung, Dipl.-Ing. Ulrich Albinus, über „E. T. A. Hoffmann — sein Leben und Werk". Die Ausführungen werden umrahmt durch Hoffmannsche Musik. Wir laden hierzu auch die Düsseldorfer Löbenichter ein. Ebenso sind alle ehemaligen Mitschüler eingeladen, die bisher den Anschluß an unsere Gemeinschaft nicht gefunden haben. Weitere Auskunft erteilt Bernhard Matz, 53 Bonn-Lengsdorf, Im Ringelsacker 60, Fernruf 0 22 21 / 62 19 00.

Roßgärter Mittelschule — Das Jahreshaupttreffen 1972 findet in 6121 Hassenroth (Odenwald) statt. Treffpunkt Café-Pension Talblick, Tel. 0 61 63 / 23 22. Alle Ehemaligen sind mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen. Programm bzw. Wegweiser für Autofahrer können bei mir abgefordert werden. Zur Ergänzung unserer Anschriftenliste, die im Juni neu herausgegeben wird, bitte ich um sofortige Meldung mit folgenden Angaben: Entlaß-Jahrgang, Name, Vorname, Geburtsname, Postleitzahl, Anschrift und Telefon-Nummer, falls vorhanden, an Hans Zieske, 2000 Hamburg 70, Tarnowitzer Weg 12 III re.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Max Brenk, 328 Bad Pyrmont, Postfach 1147, Telefon 0 52 81/47 92.

Bezirkstreffen in Oldenburg i. O. — Auf vielfachen Wunsch findet für den Nordteil der Bundesrepublik am Sonnabend, dem 27. Mai, ein Bezirkstreffen in Oldenburg i. O., Hotel Harmonie, Dragonerstraße 59, statt (vom Hauptbahnhof ist die Dragonerstraße mit Bus zu erreichen, umsteigen am Stadtmuseum in die Linie 5, Haltestelle Bremer Straße aussteigen). Beginn 14 Uhr. Wir bitten, den Termin dieses Treffens an Bekannte und Freunde weiterzugeben.

Unsere Ortsvertreter — Zu besonderen Geburtstagen gratulieren wir unseren Vertrauensleuten: Brasch, Anna, aus Mensguth, jetzt 3384 Liebenburg, Straute 3, zu ihrem 65. Geburtstage am 20. April: Kniza, Gottlieb, aus Seedanzig, jetzt 6382 Friedrichsdorf (Taunus), Grüner Weg 3, zu seinem 75. Geburtstage am 29. April sehr herzlich und danken gleichzeitig für unbeirrten Einsatz für die Heimat.

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13, Telefon 0 53 51/3 20 73.

Ehemalige der Luther- und Jahnschule — Lm. Gerhard Behrendt, 8674 Naila, Griesbacher Weg 31, und Lm. Ulrich Werdermann weisen darauf hin, daß für dieses Jahr ein Treffen der ehemaligen Schülerinnen der Lutherschule sowie der Schüler der Jahnschule Osterode (Ostpreußen) geplant ist. Ursprünglich war nur an ein Treffen des Entlassungsjahrgangs 1937 gedacht. Inzwischen haben sich erfreulicherweise aber auch Interessenten der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1924 gemeldet, so daß wir sehr gern bereit sind, den Teilnehmerkreis zu erweitern. Es ist daran gedacht, unser Schülertreffen mit dem Kreistreffen, das am 17. September in Recklinghausen stattfindet, zusammenzulegen. Wir wollen uns bereits am Sonnabendnachmittag gegen 15 Uhr in einem noch zu benennenden Lokal in bzw. in der Umgebung von Recklinghausen treffen. Dazu ist es aber dringend erforderlich, daß die Anmeldungen schon jetzt erfolgen, damit rechtzeitig geeignete Lokalitäten, Übernachtungsmöglichkeiten usw. ausgesucht werden können. Da selbstverständlich auch die Frauen und Männer der Ehemaligen herzlich zu unserem Treffen eingeladen sind, ist es wichtig zu wissen, wieviel Doppelzimmer usw. gebraucht werden. Unser früherer Klassenkamerad Walter Horch, der jetzt als Prokurist in Marl bei Recklinghausen wohnt und tätig ist, wäre bereit, alles Erforderliche zu organisieren, damit wir eine gediegene, fröhliche Wiedersehensfeier begehen können. Nähere Einzelheiten wie Treffpunkt, Anreiseweg, Bahnverbindung usw. werden wir nach Eingang der Anmeldungen noch bekannt geben. Wir hoffen auf einen großen Teilnehmerkreis.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Dr. Fritz Beck; Geschäftsstelle: G. Koehler, 23 Kiel, Muhliusstraße 70, Telefon Nr. 04 31/33 29 35.

Verein für Bewegungsspiele Tilsit — Zum Wiedersehenstreffen des Tilsiter Sport-Clubs am 9., 10. und 11. Juni im Niedersächsischen Fußballverbandsheim zu Barsinghausen bei Hannover hat der Verein für Bewegungsspiele Tilsit eine Einladung erhalten. Die ehemaligen Mitglieder des VfB werden hiermit zur regen Beteiligung aufgerufen. Das Treffen beginnt Freitag, 9. Juni, 20 Uhr, mit einem zwanglosen, gemütlichen Beisammensein. Für ein abwechslungsreiches Programm der übrigen Tage ist Sorge getragen. Zimmerbestellungen sind zu richten an Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestr. 60, Tel. 0 54 31 / 5 17.

Ernst Meyer zum Gedächtnis

Ostpreuße von Geburt und Überzeugung — Er hat vielen geholfen

Ernst Meyer ist tot! Diese plötzliche Nachricht, die uns am 7. März erreichte, war nicht nur für seine Freunde in der Landesgruppe Bayern unfaßbar, hatten wir doch unseren Lm. Meyer alle noch in seiner vitalen, energischen Haltung, in seiner unermüdlichen Aktivität fast täglich vor Augen gehabt. Umso härter kam es uns zum Bewußtsein, welch schweren Verlust auch wir erlitten hatten, als wir am 11. März im Krematorium des Münchener Ostfriedhofes in einer Feierstunde von ihm Abschied nehmen mußten.

Schon die unverhältnismäßig große Zahl der vielen Hundert Trauergäste war ein sichtbares Zeugnis der überragenden Bedeutung dieser kraftvollen und eigengearteten Führerpersönlichkeit, die der Verstorbene verkörpert hatte. Noch mehr kam diese Tatsache in den vielen Trauerreden namhafter Vertreter des wirtschaftlichen und politischen Lebens zum Ausdruck. Und immer wieder wurde bei der Würdigung der großen Verdienste Ernst Meyers, seine vorbildliche Pflichterfüllung, die geradezu typische Auffassung und Haltung des „redlichen Preußen" und die große Heimatliebe des Ostpreußen hervorgehoben. Der CSU-Abgeordnete Strauß brachte den politischen Weitblick, die Aufgeschlossenheit und die Befähigung zu dem umfassenden Urteilsvermögen geradezu in einen ursächlichen Zusammenhang mit der preußischen Herkunft und Erziehung des Verstorbenen. Für bayerische Ohren eine ungewohnte und sicher auch ungewöhnliche, dafür aber um so überzeugender wirkende Charakterisierung.

Die großen geistigen und charakterlichen Gaben Ernst Meyers traten vor allem in seinem Wirken auf wirtschaftlichem Gebiet hervor. Am 9. 2. 1908 in Allenstein als Sohn des „Generaldirektors der Feuersozietät für die Provinz Ostpreußen" geboren, studierte er nach dem Abitur Rechtswissenschaften in Königsberg und München und wurde 1935, nach bestandenem Assessorexamen, Volontär der Zweigniederlassung der Allianzversicherung in Königsberg. Nach gründlicher Ausbildung im Außendienst wurde ihm der Aufbau des Stadtbüros Königsberg und kurz darauf, ab 1940, die Leitung der Filialdirektion Königsberg der Allianz Lebensversicherung A. G. übertragen.

Im Frühjahr 1942 wurde er Soldat und bewährte sich als Frontoffizier, zuletzt als Kompaniechef im Infanterieregiment 1 in den schweren Kämpfen im Osten. Diese Liebe zu seinem Infanterieregiment 1 bewahrte er bis in die letzten Stunden seines Lebens. Er bekannte sich zu seiner soldatischen Vergangenheit auch in jenen Tagen mit Nachdruck, als soldatische Haltung und militärische Erziehung in Deutschland nicht gefragt waren.

Aus dem Krieg kehrte er ohne materielle Güter zurück. Aber unverzagt stellte er sich sofort wieder in den Dienst der Gemeinschaft und zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zur Verfügung. Schon im August 1945 wurde er Bevollmächtigter der Allianz-Lebensversicherung A. G. für die britische Zone. Er gehörte zu den „Männern der ersten Stunde" während der hoffnungslosen chaotischen Zustände der damaligen Tage. Unter Einsatz seines Lebens holte er „bei Nacht und Nebel" auf selbsterkundeten Schleichpfaden aus Berlin Spitzenkräfte in die schwerbewachte Zonengrenze. Während der Berliner Blockade übernahm er außerdem die Leitung der Berliner Direktion der Allianz-Lebensversicherung.

Am 1. 10. 1946 zum stellvertretenden, ein Jahr später zum Vorstandsmitglied der Allianz-Lebensversicherung ernannt, hatte er großen Anteil am Wiederaufbau und Ausbau dieser Organisation. Am 1. 6. 1952 wurde Direktor Ernst Meyer als Leiter der Kraftverkehrs-Versicherung in den Vorstand der Muttergesellschaft nach München berufen. Seit 1961 Vorsitzender des Fachausschusses im HUK-Verband, sollte er später in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt.

Wie vielseitig sein Wirken war, zeigen die vielen Ämter und Ehrenämter. Unter anderem war er Präsident der „Commission Spéciale des Accords Internationaux" und Mitglied der „Groupe de Travail pour les Problèmes de l'Assurance Automobile", stellvertretender Vorsitzender im Beirat des Kuratoriums „Wir und die Straße". Am 1. 3. 1962 übernahm er die Führung der rund 70 000 Mitarbeiter zählenden Organisation der Allianzgruppe und seit Oktober 1966 stand er an der Spitze des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft.

Es wirkt fast unglaublich, daß angesichts dieser vielen zeitraubenden Tätigkeiten Ernst Meyer noch Zeit und Muße zu einer großen literarischen Tätigkeit fand. Neben einer Vielzahl von Publikationen verfaßte er ein zweibändiges Werk über „Typische Unfallursachen im deutschen Straßenverkehr". Er fand aber auch noch Zeit, sich seiner Liebe zur Kunst und Kunstgeschichte zu widmen und war ein treuer Freund und Förderer der Münchener Glyptothek, deren „Verein der Freunde und Förderer der Glyptothek und der Antikensammlungen München e. V." er noch in seinen letzten Lebensjahren gründete und leitete. Als Freund der Natur, des Waldes, der Seen und der Jagd setzte er eine lebensnahe Tradition seiner ostpreußischen Heimat fort.

Zahlreiche äußere Ehrungen und Anerkennungen waren ihm beschieden. Auf den Ordenskissen neben seinem Sarg sah man außer hohen Tapferkeits- und Kriegsauszeichnungen das ihm 1968 verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik und den Bayerischen Verdienstorden. Für seine Verdienste um die Verkehrssicherheit wurde ihm das Ehrenzeichen der deutschen Verkehrswacht in Gold und 1962 der goldene Dieselring verliehen.

Ernst Meyer hat seine Tätigkeit auf dem Wirtschaftssektor immer auch zugleich als einen politischen Auftrag verstanden. Der Landesvorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, würdigte vor allem die Fähigkeit Ernst Meyers, die es ihm ermöglichte, trotz der unvorstellbar großen beruflichen Beanspruchung, in seinen letzten Lebenswochen noch die Zeit zu finden, sechs grundlegende und programmatische Artikel zur wirtschaftlichen und politischen Situation der Bundesrepublik zu verfassen. Diese Arbeiten werden nun veröffentlicht werden.

Auch in Fragen der Ostpolitik entwickelte Meyer eigene Ideen und Vorstellungen und er scheute auch nicht davor zurück, sie in seiner offenen und unzweideutigen Art warnend und bisweilen beschwörend der Bundesregierung und dem für ihre Politik verantwortlichen Bundeskanzler Brandt zu unterbreiten und schriftlich zu untermauern. Oft bedauerte er es, daß der weitblickende Kaufmann, — er verstand seinen Beruf im wahrsten Sinne des Wortes als einen „königlichen" — so wenig Einfluß auf die Außenpolitik der Bundesregierung habe. Hier würden, so betonte er immer wieder, schicksalsschwere und entscheidende Aspekte der zukünftigen Geschichte übersehen. Ihm lag immer vor allem das menschliche Schicksal der in den Ostgebieten verbliebenen Deutschen am Herzen. In vielen Vorträgen setzte er sich für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk ein. U. a. rief er ein Hilfswerk zur Linderung der materiellen und seelischen Not unserer Landsleute in den ostdeutschen Gebieten ins Leben und war auch stets zu großen persönlichen Opfern bereit.

Die Landesgruppe Bayern wird sein ostpreußisches Vermächtnis übernehmen und fortführen.

Dr. Heinz Radke

Einer der Stillen im Lande

Friedrich-Wilhelm Raddatz begeht seinen 70. Geburtstag



Wolfsburg — Er gehört zu den Stillen im Lande, der Vorsitzende der LMO-Landesgruppe Niedersachsen, Friedrich-Wilhelm Raddatz, der am 3. April sein 70. Lebensjahr vollendet. Obwohl er seiner Pensionierung „im tätigen Unruhestand" ist, macht er nicht viel Aufhebens von dieser Tätigkeit. Ruhig und bedachtsam, dennoch rastlos, setzt er sich für seine Landsleute ein und auch für die alten Mitbürger der Stadt Wolfsburg, in der er seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit seiner Familie lebt.

Es war nicht ganz einfach, erzählt Raddatz, seine große Familie nach den Wirren des Krieges wiederzufinden. Bedingt durch die militärischen Ereignisse 1944/45 wurde er in Elbing von seiner hochschwangeren Frau und seinen fünf Kindern getrennt. Erst nach einenhalb abenteuerlichen Jahren fand er seine Familie in Wieren im niedersächsischen Kreis Uelzen wieder und sah dort zum ersten Mal seinen sechsten Sohn. Den jüngsten Sohn Jörg hatte seine Frau auf der Flucht in Cammin zur Welt gebracht, ein, zwei Tage, bevor die sowjetischen Truppen die pommersche Stadt besetzten. Die Mutter mußte mit sechs Kindern weiter fliehen.

Heute ist Friedrich-Wilhelm Raddatz, der am 3. April 1902 in Königsberg geboren wurde, in Wolfsburg kein Unbekannter mehr. Bedingt durch seinen beruflichen Werdegang — nach dem Besuch einer Realschule erlernte er handwerklich und kaufmännisch das Elektrofach — war er bis 1939 bei namhaften Konzernen dieser Branche tätig, wurde am 18. August 1939 Soldat und trat nach Beendigung seiner Dienstzeit bei der Wehrmacht als Sachbearbeiter beim Arbeitsamt Elbing ein, das im Januar 1945 zum Arbeitsamt Greifswald in Vorpommern verlegt wurde. So kam er 1947 zum Arbeitsamt Wolfsburg. Dort wurde Raddatz zunächst Hauptvermittler für das Metallgewerbe. Ein Jahr später übernahm er die Statistik und das Amt des Abteilungsleiters.

Nach der Auflösung des Arbeitsamtes im Oktober 1962 ging Raddatz zur Personalabteilung des Volkswagenwerks, wo ihm als Personalsachbearbeiter der Einsatz der italienischen Arbeitskräfte oblag. Im August 1967 beendete er das Arbeitsverhältnis, weil er die Altersgrenze erreicht hatte.

Verblüffend ist die Summe der ehrenamtlichen Tätigkeiten, die der Ostpreuße Raddatz wahrnahm und auch weiterhin wahrnimmt. So war er von 1959 bis 1968 Bürgermeister und Senator der Stadt Wolfsburg. Besonders bemühte er sich, die Lage der Heimatvertriebenen zu bessern, denn er war auch viele Jahre Vorsitzender des Stadtflüchtlingsrates und gleichzeitig Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen. Raddatz war Mitbegründer der Kreisgruppe Wolfsburg der LMO und ist seit 1951 ihr Vorsitzender.

Die weiteren Ehrenämter lassen sich nur noch listenmäßig aufzählen. Seit acht Jahren ehrenamtlicher Verwaltungsrichter beim Oberverwaltungsgericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen, Vorstandsmitglied des BdV-Landesverbandes Niedersachsen, Mitglied der Stadtvertretung der Stadt Königsberg/Pr., Beauftragter der Gemeinschaft Wolfsburg der Lebensabend-Bewegung, Mitglied des Landesvorstandes der Lebensabend-Bewegung für die Länder Niedersachsen und Bremen, Vorsitzender des Rates der Alten in Wolfsburg, Beiratsmitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Wolfsburg, Ehrenvorsitzender des BdV-Kreisverbandes Wolfsburg und Ehrenmitglied des von ihm mitgegründeten e. V. Sportschützen der Ost- und Westpreußen in Wolfsburg.

Ja, das ist unser Friedrich-Wilhelm Raddatz. Niemand sieht ihm an, was er zu bewältigen hat, und kein Amt kommt zu kurz. Und die Redaktion wundert sich, daß er auch noch Zeit findet, ihr hin und wieder Beiträge über die landsmannschaftliche Arbeit in seinem Bereich zu senden.

HZ

Recht im Alltag

Arbeits- und Sozialrecht

Auch schwerhörige Rentner können von der Krankenkasse einen Zuschuß zur Anschaffung eines Hörgeräts beanspruchen. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts sind Rentner mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die im Arbeitsleben stehenden Mitglieder in die Krankenversicherung eingegliedert. Deshalb haben sie einen Anspruch auf Zuschüsse für Hilfsmittel, wenn ihnen damit die Teilnahme am allgemeinen gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. (BSG — 3 RK 35/70)

Heiratet eine Frau nach dem Tode ihres ersten Ehemannes wieder, so muß ihr nach Scheidung der zweiten Ehe der Unterhaltsanspruch gegenüber dem zweiten Ehemann selbst dann auf die wiederauflebende Witwenrente aus der Sozialversicherung des ersten Ehemannes angerechnet werden, wenn die Frau bei der Ehescheidung ausdrücklich auf Unterhalt verzichtet hat. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts erfordert der Sinn der Regelung über das Wiederaufleben der Witwenrente aus der Sozialversicherung des ersten Mannes die Anrechnung von Unterhaltsansprüchen, die durch freiwilligen Verzicht zwar nicht erworben werden, ohne den Verzicht aber erworben worden wären. (BSG — 5 RK N 13/70)

Erhält ein Arbeiter vom Arbeitgeber unbezahlten Sonderurlaub, so erwirbt er keinen Anspruch auf Lohnzahlung für die in die Zeit des Sonderurlaubs fallenden Krankheitstage. Der Anspruch der Arbeiter auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall räumt nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts dem Arbeiter für sechs Wochen den gleichen Lohnanspruch ein, den er gehabt hätte, wenn er nicht krank geworden wäre. Während eines unbezahlten Sonderurlaubs bestehe jedoch kein Lohnanspruch. (BAG — V AZR 330/71)

Mieturteile in Stichworten

Der Vermieter muß dem Mieter nicht nur eine ausreichende Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Gesamtheizungsrechnung geben, sondern ihm auch eine Heizungsabrechnung übersenden, aus der selbst ein mit der Materie nicht näher Vertrauter ohne Überforderung an die als normal vorauszusetzenden Erkenntnisse feststellen kann, welche Kosten er zu zahlen hat. Können die Unterlagen in der gleichen Stadt, in der der Mieter wohnt, eingesehen werden, genügt es, ihm während der normalen Bürostunden dazu Gelegenheit zu geben. (AG Lüdenscheid — c 640/70).

Die Kündigung einer Wohnung kann nach Treu und Glauben unzulässig sein, wenn die Mieter an Renovierungskosten 900 Mark aufgebracht haben und das Mietverhältnis im Zeitpunkt der Kündigung gerade ein Jahr bestanden hat. (AG Köln — 152 c 1082/70)

Eine Dienst und Werkwohnung darf bei fehlendem Einverständnis des Arbeitgebers dem betriebsfremden Ehegatten nur in Ausnahmefällen und hierbei lediglich zu vorübergehender Benutzung zugewiesen werden. Das bestehende Arbeitsverhältnis darf dadurch nicht unmöglich gemacht oder unzumutbar erschwert werden. (BayObLG, Beschl. — 2 Z 123/71)

Sind sich die geschiedenen Eheleute darüber einig, daß die bisherige Ehefrau die frühere Ehewohnung als Mieterin übernehmen soll, während der Vermieter dieser Mietnachfolge entgegentritt, muß darüber durch eine rechtsgestaltende Entscheidung des Gerichts im Verfahren nach der HausratsVO befunden werden. (AG Heidelberg, Beschl. — 41 UR II 3/67)

Kraftfahrzeugrecht

Kommt es wegen falscher Reifen zu einem Unfall, so haftet für den Schaden nicht nur der Autofahrer, sondern auch der Händler, der die falschen Reifen aufmontiert hat. Dies entschied das Oberlandesgericht Hamburg gegen einen Reifenhändler, der statt der vorgeschriebenen Gürtelreifen runderneuerte Diagonalreifen auf ein Kraftfahrzeug aufgezogen hatte. Durch Platzen der Reifen bei 110 km/st kam es zu einem Unfall. Den Kraftfahrer trifft in solchen Fällen ein Mitverschulden, wenn ihm eine gewisse Sachkenntnis zu unterstellen ist, und die vom Werk vorgeschriebenen Reifen der Betriebsanleitung sowie dem Kraftfahrzeugschein zu entnehmen sind. Er sollte deshalb neu aufmontierte Reifen im eigenen Interesse stets überprüfen. (OLG Hamburg DAR 72/16)

Für „individuelle Genußschmälerung", die durch einen Autounfall verursacht worden ist, gibt es keine Entschädigung. Dies entschied das Landgericht Konstanz im Prozeß gegen einen Kraftfahrer, der durch einen Verkehrsunfall einer Familie den Camping-Urlaub in Spanien vermasselt hatte. Das Kraftfahrzeug des Klägers war bei dem Unfall so schwer beschädigt worden, daß die Reise nicht mehr angetreten werden konnte. Für entgangene Ferienfreunden dieser Art sieht das Gesetz keine Möglichkeiten für Ersatzansprüche vor, heißt es im Urteil. (LG Konstanz — 1 S 29/71)

Keinen Anspruch auf Versicherungsschutz hat ein betrunkener Kraftfahrer, der Unfallflucht begeht. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs verletzt der Kraftfahrer durch seine Unfallflucht das Aufklärungsinteresse des Versicherers so massiv, daß dieser die Leistung verweigern kann. Bei einem Unfallschock ohne Alkohol oder bei einer Gehirnerschütterung muß der Versicherer des Flüchtigen hingegen zahlen. (BGH — IV ZR 61/70)

Rentenversicherung:

Wahl der Beitragsklassen ist frei

Seit Jahresbeginn bestehen neue Regelungen in der Höherversicherung — Starre Leistung

Nürnberg — Die Höherversicherung ist eine zusätzliche Versicherung zur Pflichtversicherung oder freiwilligen Weiterversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie gibt allen Rentenversicherten die Möglichkeit, ihre spätere Rente und etwaige Renten ihrer Hinterbliebenen um einen Betrag zu erhöhen oder eine Rente nur aus Höherversicherungsbeiträgen zu erreichen. Zu jedem Beitrag, der auf Grund der Versicherungspflicht oder der Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung entrichtet wird, kann ein Beitrag für die Höherversicherung geleistet werden. Die Beitragsklassen für die Höherversicherung sind vom 1. Januar 1972 an neu festgesetzt worden. Von diesem Zeitpunkt an stehen dem Versicherten sieben Beitragsklassen mit Monatsbeiträgen in Höhe von 17, 51, 85, 136, 204, 272 und 357 DM zur Verfügung. Auch rückwirkend für die Jahre 1971 und 1970 dürfen Höherversicherungsbeiträge nur in diesen Beitragsklassen geleistet werden. Nach Eintritt der Berufsunfähigkeit, der Erwerbsunfähigkeit oder des Todes dürfen Beiträge zur Höherversicherung jedoch für Zeiten vorher nicht mehr geleistet werden.

Jeder Versicherte, also nicht nur der Pflichtversicherte, sondern auch der freiwillig Versicherte, ist in der Wahl der Beitragsklasse für die Höherversicherung frei. Er kann auch entscheiden, für welche der mit Grundbeiträgen belegten Monate er zusätzlich Höherversicherungsbeiträge aufbringen will. Eine Unterbrechung oder Einstellung der Beitragsleistungen ist ebenso wie ein Wechsel des Beitragssatzes jederzeit in das Ermessen des Versicherten gestellt, ohne daß hierdurch irgendwelche bereits erworbene Ansprüche — und sei es nur der Anspruch aus einem einzigen entrichteten Beitrag — verlorengehen können.

Die aus Höherversicherungsbeiträgen zu gewährende Leistung wird entweder als selbständige Rente oder als Zuschlag zu einer Rente aus der Grundversicherung gewährt. Für jeden zur Höherversicherung geleisteten Beitrag beträgt die jährliche Rente, wenn der Beitrag entrichtet wird

bis zum 30. Lebensjahr	20 % des Beitrags
vom 31.—35. Lebensjahr	18 % des Beitrags
vom 36.—40. Lebensjahr	16 % des Beitrags
vom 41.—45. Lebensjahr	14 % des Beitrags
vom 46.—50. Lebensjahr	12 % des Beitrags
vom 51.—55. Lebensjahr	11 % des Beitrags
vom 56. Lebensjahr an	10 % des Beitrags

Hierbei gilt als Alter bei der Entrichtung des Beitrags stets der Unterschied zwischen dem Jahr des Ankaufs der Beitragsmarke und dem Geburtsjahr des Versicherten. Je jünger der Versicherte ist, um so günstiger sind also die Steigerungsbeträge. Die für Höherversicherung aufgewendeten Beiträge garantieren somit dem Versicherten nach Eintritt des Versicherungsfalles eine jährliche Rente von 10 bis 20 Prozent der entrichteten Beiträge.

Bemerkenswert ist, daß für die Gewährung von Renten aus Beiträgen zur Höherversicherung die Erfüllung der Wartezeit nicht erforderlich ist, d. h. es braucht im Versicherungsfall nicht die sonst vorgeschriebene Zahl von 60 bzw. 180 Monatsbeiträgen geleistet worden zu sein. Die Leistungen aus der Höherversicherung werden sogar dann gewährt, wenn aus Pflicht- und freiwilligen Beiträgen mangels Erfüllung der Wartezeit kein Leistungsanspruch hergeleitet werden kann. Sie unterliegen außerdem keinen Kürzungs- oder Ruhensvorschriften, sondern werden in jedem Fall in voller Höhe ausgezahlt.

Beiträge für die Höherversicherung können ebenso wie sonstige Beiträge zur Sozialversicherung als Sonderausgaben bei der Einkommen- und Lohnsteuer geltend gemacht werden.

Trotz der aufgezeigten Vorteile, welche die Höherversicherung aufweist, darf nicht verkannt werden, daß ihre Leistungen „starr" sind. Sie werden nämlich im Gegensatz zu den Renten aus der Grundversicherung nicht der laufenden Lohnentwicklung angepaßt. Etwaige durch Produktivitätssteigerungen oder auch aus sonstigen Gründen ausgelöste Lohnsteigerungen, die eine gesetzlich verankerte Anhebung der durch die Rentenreform eingeführten allgemeinen Rentenbemessungsgrundlage und somit im Endeffekt höhere Renten zur Folge haben, wirken sich auf die Leistungen der Höherversicherung nicht aus. Für sie gilt vielmehr unabhängig von der jeweiligen Kaufkraft und der internationalen Bewertung der Mark die in der Vergangenheit oft mit großen Härten verbundene Devise „Mark gleich Mark". Wer also vorwiegend in jüngeren Jahren erwägt, von der Einrichtung der Höherversicherung Gebrauch zu machen, **muß sich darüber klar sein, daß er eine schwierige Entscheidung zu treffen hat, da wohl niemand die wirtschaftliche Entwicklung und alle** mit ihr verbundenen Folgeerscheinungen auf Jahre oder Jahrzehnte voraussehen kann.

Dr. Fritz Stumpf

Erbrecht:

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Rat bei „DDR"-Vorschriften

Bonn — Angesichts der wesentlichen Veränderung der Rechtssituation für Bundesbürger bei Erbschaften in der „DDR" hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mitgeteilt, daß für die Beobachtung der Rechtssituation auch in diesem Falle das dem Ministerium nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut — Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben, 1 Berlin 1, Bundesallee 216—218, zuständig ist. Da die in der „DDR" geltenden bürgerrechtlichen Vorschriften hier weitgehend unbekannt sind — und zwar auch in Kreisen der Anwaltschaft — ist das Gesamtdeutsche Institut vom Ministerium beauftragt worden, insoweit auch Rechtsauskunft an Einzelpersonen zu erteilen, die unentgeltlich erfolgt. In Fällen, in denen über die bloße Erteilung von Rechtsauskünften hinaus Rat gewünscht wird, der von einer Behörde aus grundsätzlichen Erwägungen nicht erteilt werden kann, hat sich das Ministerium vorbehalten, die Angelegenheit einem fachkundigen Rechtsanwalt zu übertragen, wodurch für den Betroffenen ebenfalls keinerlei Unkosten entstehen.

dod

Familienzusammenführung:

Zuzug auch zu Geschwistern möglich

Entscheidung des Bundesausgleichsamts noch zu wenig bekannt

Bad Godesberg — Seit mehreren Jahren ist im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und im LAG gesetzlich geregelt, daß als Familienzusammenführung (FZF) auch der Zuzug

„von hilfsbedürftigen Geschädigten zu Verwandten der Seitenlinie bis zum dritten Grad gilt, wenn nähere Verwandte nicht mehr leben oder sich ihrer nicht annehmen können.

Wer das 65. Lebensjahr vollendet hat, gilt stets als hilfsbedürftig, sofern er im bisherigen Aufenthaltsgebiet ausreichende Pflege nicht erhalten hat oder erhalten konnte."

Bei der Auslegung dieser Bestimmung waren beim Zuzug von Ehepaaren, wenn sie zu einem Geschwisterteil eines Ehepartners zuzogen, Schwierigkeiten entstanden, die jedoch durch das Bundesausgleichsamt (BAA) positiv geklärt, aber offensichtlich noch nicht bis in das letzte Ausgleichsamt vorgedrungen sind.

An einem Beispiel soll das Problem dargestellt werden:

Das Ehepaar Schulze ist 1945 aus Ostdeutschland vertrieben worden und wohnt seitdem in der SBZ; es ist jetzt im Rentenalter, hat keine Angehörigen mehr drüben und möchte zur Schwester der Frau in das Bundesgebiet umziehen. Darauf besteht ein Rechtsanspruch nach § 94 des Bundesvertriebenengesetzes. Der Umzug wird auch genehmigt, hier klappt es auch bald mit einer Wohnung im Wohnort der Schwester der Ehefrau.

Beim Ausgleichsamt entstehen aber Schwierigkeiten. Der Ehemann möchte einen Vermögensverlust aus dem Gebiet jenseits der Oder und Neiße geltend machen. Da sagt ihm der Sachbearbeiter:

„Das geht nicht, weil Sie zu Ihrer Schwägerin und nicht zur Schwester zugezogen sind; das ist keine Familienzusammenführung. Wenn Ihre Frau Verluste anmelden möchte, dann kann sie das tun, weil sie zu ihrer Schwester zugezogen ist."

Irrtum vom Amt!

Der Präsident des Bundesausgleichsamts hat schon 1969 diese Frage positiv entschieden. Um allen Landsleuten Möglichkeiten zu geben, die falsche Auskunft eines Ausgleichsamts zu widerlegen, soll nachstehend das kurze Rundschreiben des Präsidenten des BAA vom 9. Juli 1969 — II/1 — LA 2099 — Wiechmann — abgedruckt und damit zur Kenntnis gegeben werden; jede Beratungsstelle sollte diesen Artikel ausschneiden und sich in das LAG beim § 230 LAG — jederzeit griffbereit — legen:

„Die Voraussetzungen für eine Familienzusammenführung im Sinne des § 230 Abs. 2 Nr. 4 LAG sind auch dann für beide Ehegatten erfüllt, wenn die Eheleute die SBZ gemeinsam verlassen und gemeinsam zu einem Angehörigen ziehen, der zu einem der Ehegatten in einem der in § 230 Abs. 2 Nr. 4 Buchstabe h bezeichneten Verwandtschaftsverhältnisse steht."

Dieses Rundschreiben ist 1969 allen Landesausgleichsämtern übersandt worden.

Wegen der Klarheit darf nur ein Satz zur völligen Klarstellung gesagt werden:

Wenn Ehepaare aus Mitteldeutschland zu einem Geschwisterteil (Bruder oder Schwester), zu einem Cousin oder einer Cousine, zu einem Neffen oder einer Nichte ziehen, können beide Ehepartner volle LAG-Rechte in Anspruch nehmen.

Schwierigkeiten bestehen zur Zeit noch bei 131ern, wenn zum Beispiel ein ehemaliger Beamter aus Mitteldeutschland mit seiner Ehefrau zu einem Bruder oder einer Schwester der Frau zuzieht; obwohl das 131er-Gesetz die gleichen Bestimmungen über die Familienzusammenführung zu Geschwistern enthält wie das LAG und BVFG wird die volle Pension nur dann gezahlt, wenn der Zuzug zu Geschwistern des Mannes, also des Beamten, erfolgt.

Das Bundesinnenministerium prüft zur Zeit, ob diese seit Jahren bestehende „Unebenheit" auch, wie es der Präsident des Bundesausgleichsamtes dankenswerterweise getan hat, mit wenigen Worten bereinigt werden kann.

W. H.

Wertpapiere:

Anlageberater jetzt unter der Lupe

Schutzvereinigung fordert gesetzliche Regelung gegen Betrug

Hamburg — Die Investmentkrise ist überstanden, das betonen selbst vorsichtige deutsche Investment-Manager; der nächste Investmentaufschwung steht bevor, das hofft die gesamte Branche mit einiger Berechtigung. Den unseriösen Anlageberatern aber, die im Boom wieder das große Geld verdienen wollen, möchte die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz die Suppe versalzen. Da sich in letzter Zeit wieder Fälle gehäuft haben, in denen unkundige Anleger von ihren Beratern übers Ohr gehauen wurden, fordert die Schutzvereinigung dringend folgende gesetzliche Regelung: Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewerbeordnung soll auf Anlageberater in weitestem Sinne ausgedehnt werden; Artikel 2 soll dahin ergänzt werden, daß ein formelles Prüfungsverfahren für die Zulassung der Anlageberater geschaffen wird; die Zuverlässigkeit ist der Behörde innerhalb von drei Monaten nachzuweisen.

Die Schutzvereinigung begründet ihre massive Eingabe an Minister Schiller damit, daß in den letzten Jahren der Berufsstand der Anlageberater an Bedeutung gewonnen habe. Gemeint sind damit vor allem jene Anlageberater, die nicht im Rahmen eines Kreditinstituts als Angestellte, sondern freiberuflich gewerbsmäßig Vermögensanlagen vermitteln. Dieser Berufsstand sei, so die Schutzvereinigung, bis heute keiner gesetzlichen Kontrolle unterworfen.

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß der Gesetzgeber oft der Entwicklung nachhinkt. Mit dem Auslandsinvestmentgesetz regelt er zwar ein Produkt gesetzlich, war aber machtlos, als der Markt in Immobilien, Ferienhäuser, Abschreibungsobjekte, KG-Beteiligungen und Landerschließungen auswich. Es zeigte sich deutlich, daß es zwar gut ist, für wichtige Produkte gesetzliche Normen aufzustellen, daß es aber in solchen Fällen noch wichtiger ist, den Verkäufer zu überwachen.

Hohe Provisionen ziehen nun einmal Glücksritter an, die ihren unerfahrenen Kunden zu höchst zweifelhaften Anlagen verhelfen. Wenn dann eines Tages die Anleger alles verloren haben, wenn hohe Schulden eingetreten sind oder die Altersvorsorge verspielt wurde, nur weil sie sich in Unkenntnis der großen Risiken ungeeignete Kapitalanlagen in einseitiger Gewichtung aufschwatzen ließen, dann ist es zu spät. Für sie ist es kein Trost, wenn der eine oder andere dieser „Anlageberater" erwischt und — wie mehrfach gehabt — wegen Betrugs, Untreue und Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Es stünde dem Bonner Gesetzgeber gut an, das Probleme der Anlageberater nicht auf die lange Bank zu schieben, denn der nächste Investment-Boom ist zu erwarten und damit auch, wenn nichts geschieht, der nächste Anlageskandal.

Rudolf Scharrer

Bundesbahn:

Vorteile für Kinderreiche

Ermäßigungsanträge bei Meldebehörde

Frankfurt/M. — Die Antragsvordrucke, mit denen kinderreiche Familien für ihre Kinder Fahrpreisermäßigung bei der Deutschen Bundesbahn beantragen können, sind jetzt im gesamten Bundesgebiet auch bei den Meldebehörden zu haben; darüber hinaus werden sie nach wie vor bei den Fahrkartenausgaben der Bundesbahn ebenfalls kostenlos abgegeben. Die Regelung, daß sich die Meldebehörden bei den zuständigen Bundesbahnstellen mit den Vordrucken eindecken und sie an die Antragsteller unmittelbar ausgeben, wurde zunächst nur von einigen Bundesländern eingeführt. Jetzt haben sich dem „Hamburger Verfahren" auch Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie Baden-Württemberg und das Saarland vorbehaltlos angeschlossen, so daß einheitlich im gesamten Bundesgebiet verfahren wird.

Die Ermäßigung steht Familien mit mindestens drei Kindern unter 18 Jahren zu; unter bestimmten Voraussetzungen liegt die Altersgrenze sogar bei 25 Jahren. Jedes in die Ermäßigung einbezogene Kind kann Einzel- und Rückfahrkarten sowie D-Zug-Zuschläge zum halben Preis benützen. **Als Nachweis der Berechtigung gilt eine Bescheinigung der Meldebehörde auf den Antragsformularen, die jetzt nicht mehr am Bahnhof besorgt zu werden brauchen, sondern unmittelbar bei der Meldestelle zu haben sind.**

dbp

Von Königsberg nach Jerusalem

Zum 80. Geburtstag von Dr. Grete Reichmann

Frau Dr. Grete Reichmann, die am 7. April ihren 80. Geburtstag begeht, ist zwar keine gebürtige Königsbergerin, doch bereits 1895 siedelte die Familie nach Königsberg über, wo sie sich alsbald heimisch fühlte. Für Grete Reichmann ist auch heute noch Königsberg die unvergessene Heimat. Dort besuchte sie zuerst die höhere Mädchenschule von Anna Cochius und dann den Städt. realgymnasialen Kursus für Mädchen an der Königin-Luise-Schule — der damals einzigen städtischen Mädchenschule der Pregelstadt. Dieses Gymnasium war die erste städtische Ausbildungsanstalt für Mädchen und bekannt unter dem Namen „Studienanstalt". Dort bestand Grete Reichmann 1911 das Abitur. Sie studierte von 1912 bis 1916 an der Königl. Hochschule für Musik in Berlin mit dem Hauptfach Klavier. 1916—17 kam dazu das Studium der Musikwissenschaft (mit Philosophie und Deutsch) bei Prof. Johannes Wolf, dann an der Universität München von 1917—18 bei Prof. Theodor Kroyer.

1918 begann die berufliche Tätigkeit nach der Rückkehr nach Königsberg, daneben lief die Vorbereitung zur Promotion, die 1922 in Heidelberg stattfand. In Königsberg widmete sich Grete Reichmann ihrer Lehrtätigkeit für Klavier, Violine und Musiktheorie und war gleichzeitig eine sehr geschätzte und geachtete Musikreferentin an der Königsberger Hartungschen Zeitung und dem Königsberger Tageblatt. 1922 wurde das Seminar des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler- und Musiklehrer gegründet, das der Ausbildung für den Privat-Musiklehrerberuf diente; die Leitung dieses Seminars wurde Dr. Grete Reichmann übertragen, die es vorbildlich bis zu ihrer Übersiedlung nach Berlin im Jahre 1929 leitete und auch selbst in Musiktheorie unterrichtete. Aus jener Zeit stammt noch eine Reihe persönlicher Bindungen zu den damaligen Absolventen, die auch heute noch existieren und zu beiderseitiger Freude und Bereicherung beitragen.

1929 entschloß sich Grete Reichmann zum zusätzlichen Studium an der Staatl. Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin-Charlottenburg mit dem Abschluß der „Künstlerischen Prüfung für das Höhere Lehramt", die 1931 erfolgte. 1931—33 schloß die Referendarzeit an mit Beendigung durch die Assessorenprüfung. Wenngleich aus rassischen Gründen die Ernennung auch nicht mehr erfolgte, so konnte sich Grete Reichmann doch als Schulmusikerin an zwei jüdischen Schulen in Berlin betätigen. Erst im Jahre 1939 emigrierte Grete Reichmann nach London, wo sie vormittags berufsfremd ihr Brot verdienen mußte — nämlich als Fabrikarbeiterin —, aber des Nachmittags doch als Privatmusiklehrerin für Klavier, Geige, Theorie sich betätigen konnte.

Nach dem Tode ihrer Tante und ihrer Mutter machte Grete Reichmann ihre alte Neigung wahr und siedelte 1956 nach Israel über, wo sie in Jerusalem lebt (ihre Anschrift: Jerusalem-Baka, 56, Hebron Street, Ahron-Barth-Centre, R. 46). Abgesehen von einem Gehörleiden ist sie gesundheitlich und geistig voll auf der Höhe und arbeitet im Winter in der Jerusalemer Universitätsbibliothek, in den Sommermonaten jeden Jahres aber ständig in London im Britischen Museum (Bibliothek) an musikwissenschaftlichen Themen, die sie besonders interessieren.

Wie schon früher, nehmen auch heute noch Grete Reichmanns hohe Intelligenz, ihr warmes, großzügiges Menschentum, ihre Bescheidenheit, ihr Charme und ihr stets bereiter Humor alle Menschen um sie herum gefangen. So bleibt nur der Wunsch, daß ihr im neuen Jahrzehnt all diese guten Eigenschaften und beste Gesundheit weiterhin erhalten bleiben mögen und nicht zuletzt sie selbst noch lange für ihre Freunde in Israel, London und Deutschland da sein möge!

Alice Schwartz-Neumann

Ein Wort des Chefredakteurs

Liebe Leser,

mitunter lassen unsere Gegner die Katze aus dem Sack. So wurde mir dieser Tage im Gespräch entgegengehalten, unsere Uhr sei abgelaufen und wer es nicht glauben wolle, der brauche sich nur „die Plantagen an Todesanzeigen" (über Geschmack bei der Wortwahl läßt sich hier nicht streiten!) anzusehen. „Woche für Woche..." wie es hämisch dazu hieß. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Natürlich haben wir Jahr für Jahr erhebliche Abonnementsverluste dadurch hinzunehmen, daß ältere Leser sterben. Das ist aber keineswegs nur bei uns so — mit dieser Tatsache muß jede Zeitung rechnen. Vor allem die Vertriebenenpresse. Wer wollte das leugnen?

Doch die ganze Wahrheit sieht anders aus: allein im Jahre 1971 hat „Das Ostpreußenblatt" über 5000 (fünftausend) neue Abonnenten gewonnen. Das ist wahrlich eine stolze Zahl. Das heißt: Monat für Monat finden sich 400 und mehr neue Abonnenten. Ohne, daß wir Werbekolonnen unterwegs hätten — sozusagen nur durch Mundpropaganda unserer Leser! Und darauf sind wir mit Recht stolz!

Vor allem deswegen, weil wir wissen, daß diejenigen, die heute Das Ostpreußenblatt abonnieren, sich damit einreihen in die große Front derjenigen, die Recht und Selbstbestimmung und einen echten Frieden in Freiheit wollen. Immer wieder, und nicht nur von Ostpreußen, wird uns bestätigt, daß Das Ostpreußenblatt und seine politische Linie Zustimmung und Anerkennung findet. Finden Sie aber nicht auch, daß es heute nicht ausreicht, das Ostpreußenblatt nur zu lesen. Wir sollten jedes gelesene Zeitungsblatt weitergeben, sollten uns bemühen, noch mehr Freunde und noch mehr neue Abonnenten zu gewinnen. Das ist keineswegs so schwer, wie es scheint.

Wer hat nicht Verwandte, Bekannte und Freunde, denen er eine Freude machen will? Nicht nur unter den Ostpreußen, sondern auch unter unseren Mitbürgern in allen Bundesländern. „Ich habe Ostpreußen nicht gekannt, aber durch das Ostpreußenblatt habe ich es kennengelernt und heute möchte ich mich dazu bekennen" schrieb uns ein neuer Leser. Sollte uns das kein Ansporn sein? Die gegenseitige Hilfe in der „Ostpreußischen Familie", zu der wir aufgerufen haben, muß Hand in Hand gehen mit dem Bestreben, unser politisches Wollen weiten Kreisen unseres Volkes bekanntzumachen.

Das wollen wir uns für die nächsten entscheidenden Wochen zum Ziel setzen. Verlag und Redaktion wollen dazu beitragen: Wer immer uns in der Zeit vom 1. bis 30. April einen neuen Abonnenten bringt, erhält zwei Bücher als Werbeprämie. Sie sollen Ansporn und Dank zugleich sein.

Unsere politischen Gegner spekulieren darauf, daß sich „das Vertriebenenproblem von selbst löst" und sie setzen ihre Hoffnung darauf, daß uns eines Tages „die Luft ausgeht". Gerade das Ostpreußenblatt, das über keinerlei Subventionen verfügt und nur aus den Gebühren seiner Abonnenten und den Anzeigen unserer Freunde getragen wird, wird beweisen, daß diese Spekulation nicht aufgeht. Dazu aber bedürfen wir der Hilfe aller unserer Freunde und Leser!

Wenn alle mitmachen, werden wir einen weiteren Sprung nach vorn tun, unsere Auflage noch wesentlich verbessern können. Eine erhöhte Auflage bedeutet: Woche für Woche erhalten mehr Menschen das Ostpreußenblatt. Woche für Woche verstärkt sich das Gewicht unserer politischen Aussage. Wer möchte da zurückstehen?

Unsere Leser sind nüchtern und praktisch: Sie wissen, was sie zu tun haben, und wir sind überzeugt, sie werden diesem Appell folgen. Gerade jetzt! Dazu ruft Sie auf und dankt Ihnen schon heute

Ihr

Chefredakteur

Hier abtrennen

Gutschein

Gegen Einsendung dieses Gutscheins erhalte ich kostenlos die Bände

„Ihre Spuren verwehen nie"

„Die Probleme unserer Zeit"

Dafür bitte ich „Das Ostpreußenblatt"

ab ______________________ zu liefern an:

Vor- und Zuname

Postleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer

Der Auftrag gilt zunächst für ein Jahr.

Den Jahresbezugspreis in Höhe von 38,40 DM überweise ich vierteljährlich (9,60 DM) / halbjährlich (19,20 DM) an „Das Ostpreußenblatt", 2 Hamburg 13, Postfach 80 47.

a) auf Postscheckkonto Hamburg 84 26

b) auf das Girokonto 192 344 der Hamburgischen Landesbank, Hamburg

c) im Abbuchungsverfahren für die angegebene Zeit ist

mein Konto: ______________________

Unterschrift

Postanschrift

Als Briefdrucksache senden an: **Das Ostpreußenblatt,** Vertriebsabteilung, **2 Hamburg 13, Postf. 80 47.**

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

BERLIN

Vorsitzender der Landesgruppe Berlin: Kurt Jurkowski, 1 Berlin 61, Stresemannstr. 90—102 (Europahaus), Telefon 03 11/2 51 07 11.

9. April, So., 16.00 Uhr, Heimatkreis **Neidenburg:** Kreistreffen im Hotel Ebershof, Schöneberg, Ebersstraße 68 (S-Bahn Schöneberg, Busse 65, 73, 75, 83, 48).

15. April, Sbd., 17.00 Uhr, Heimatkreis **Johannisburg:** Kreistreffen im Kasino am Bundesplatz, Bundesplatz 2, Ecke Mainzer Straße (Busse 16, 65 und 86, U-Bahn Bundesplatz).

23. April, So., 15.30 Uhr, Heimatkreis **Gerdauen:** Kreistreffen im Haus der ostdeutschen Heimat, Stresemannstraße 90, Raum 118.

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg: Eberhard Wiehe, 2 Hamburg 62, Am Ohlmoorgraben 14, Telefon 04 11/5 20 77 67. Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Parkallee 86, Telefon 04 11/45 25 42, Postscheckkonto Hamburg 96 05.

Landesgruppe

Großkundgebung des BdV in Bonn am 7. Mai — Der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. ruft auf zur Fahrt nach Bonn zur Großkundgebung am 7. Mai. Der Arbeitskreis Deutscher Osten (ADO) führt dazu eine Sonderfahrt mit Bussen durch. Anmeldung bis spätestens 25. April beim LvD, HH 36, Vor dem Holstentor 2, Telefon Nr. 35 39 05, oder ADO, Telefon 45 84 31, nach 19 Uhr Nr. 58 10 20. Fahrtkosten etwa 32,— DM. Abfahrt 6. Mai gegen 24 Uhr, Rückkehr 7. Mai gegen 22 Uhr. Weitere Informationen nach Anmeldung.

Bezirksgruppen

Barmbek-Uhlenhorst-Winterhude — Freitag, den 21. April, 19 Uhr, im Waldemar-Rode-Haus, Karlstraße 39 ,Diavortrag „Ostpreußen, wie wir es kannten, seine Ordensburgen und Kirchen" (Bus 172/173 Beethovenstraße, Straßenbahnlinien 1 und 3 bis Karlstraße).

Bergedorf und Umgebung — Sonnabend, 22. April, 20 Uhr, Tanzvergnügen im Holsteinischen Hof. Für Musik und gute Stimmung Kapelle „Graf Butzi".

Lokstedt-Niendorf-Schnelsen — Monatsversammlung am 1. April (Ostersonnabend) fällt aus. Nächste Zusammenkunft Sonnabend, 6. Mai, 19 Uhr, im Vereinslokal Zur Doppeleiche, Tibarg 52.

Heimatkreisgruppen

Sensburg — Freitag, 14. April, 16 Uhr, Zusammenkunft im Haus des Sports, Schenke, Schäferkampsallee (U-Bahn Schlump, S-Bahn Sternschanze). Ab 18 Uhr Lichtbildervortrag von Stadt Sensburg und Umgebung, sowie Besprechung für das große Kreistreffen in Remscheid.

Frauengruppen

Bergedorf und Umgebung — Dienstag, 4. April, 18 Uhr, Zusammenkunft der Frauengruppe im Lichtwarkhaus. Thema: Eine Wanderung durch die Heimat in Wort und Lied. Gäste willkommen.

Memelkreise — Sonnabend, 8. April, 16 Uhr, trifft sich die Frauengruppe im Feldeck, Feldstraße 60.

Wandsbek — Donnerstag, 6. April, 19 Uhr, Vortragsabend im Lokal Lackemann, Wandsbek, Hinterm Stern 14. Thema: Gesunde und zweckmäßige Haushaltsführung. Vortrag von Frau Liebetreu. Gäste willkommen.

*

Freundeskreis Filmkunst e. V. Hamburg — Sonntag, 9. April, läuft im CINEMA-Theater, 2 HH 1, Steindamm 45, der Film „Nora". Eintrittspreis 3,— DM. Bundeswehrangehörige, Schwerbeschädigte, Schüler und Studenten 2,— DM. Beginn 10.30 Uhr, Kassenöffnung 10 Uhr.

*

Der Freundeskreis Filmkunst e. V. Hamburg lädt Mitglieder und Freunde zu einem „Agnes-Miegel-Abend", Freitag, 7. April, 20 Uhr, ins Heim der Deutschen Unitarier, Gr. Bleichen 28, II. Stockwerk, ein. Vortrag von Herrn Pahl: Lebt ein Dichter trotz öffentlicher Ächtung? Eintritt 2,— DM.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein: Günter Petersdorf, 23 Kiel, Professor-Anschütz-Straße 69. Geschäftsstelle: Kiel, Wilhelminenstraße 47/49. Telefon 04 31/4 02 11.

Protestkundgebung in Rendsburg — Sonntag, den 16. April, 15 Uhr, Rendsburg, in der Nordmarkhalle spricht Sozialminister Claussen „Zur Deutschland- und Ostpolitik" auf einer Protestkundgebung der Landesgruppe in Zusammenarbeit mit dem LvD gegen die Ratifizierung der Ostverträge. Ab 14.15 Uhr Platzkonzert mit dem Jugendblasorchester Concordia, Kiel.

Heide — Dienstag, 4. April, 15 Uhr, in „Uns Huus" Zusammenkunft der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen.

Plön — Ergänzend zum Bericht über die Jahreshauptversammlung in Folge 11 des Ostpreußenblattes auf Seite 14 kann heute ein weiterer Termin mitgeteilt werden: Die erste Fahrt der Gruppe führt Freitag, 12. Mai, nach Hamburg. Dort wird der Fernsehturm (Telemichel) besichtigt und das Hansa-Theater, die einzige Varitébühne Deutschlands, besucht. — Die Altchenfahrt wird nicht am 30. September, sondern Sonnabend, 23. September, zum Ferienzentrum Holm bei Schönberg an der Ostsee führen.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Raddatz, Niedersachsen-Nord: F.-W. Raddatz, 318 Wolfsburg, Am Stemmelteich 24, Telefon 0 53 61/4 93 45. Niedersachsen-West: Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestr. 60, Telefon 0 54 31 / 5 17. Niedersachsen-Süd: Horst Frischmuth, 3 Hannover 1, Hildesheimer Straße 119, Telefon 05 11 / 80 40 57.

Achmer — Sonnabend, 29. April, 15 Uhr, ab Kreuzung Denter fährt die Gruppe mit einem Bus nach Quakenbrück, Schützenhof, zur Jubiläumsveranstaltung der Kreisgruppe Bersenbrück. Anmeldungen bis 22. April an Frau Herta Ewert.

Celle — Sonntag, 23. April, 11 Uhr, in der Städt. Union nimmt die Kreisgruppe an einer gemeinsamen Kundgebung des BdV und der Deutschland Stiftung teil. Es spricht der bekannte Publizist William S. Schlamm zum Thema „Dürfen die Ostverträge ratifiziert werden?"

Hannover — Freitag, 14. April, 19.30 Uhr, im Dorpmüllersaal, Hbf., Fleckessen und bunter Unterhaltungsabend der Heimatgruppe Königsberg. Gäste willkommen.

Hannover — Sonntag, 7. Mai, 5.30 Uhr, ab Luisenstraße/Ecke Verkehrsbüro, Busfahrt zur Großkundgebung nach Bonn. Rückkehr gegen 22 Uhr. Preis je Teilnehmer 10,— DM. Anmeldungen während der Veranstaltung der Frauengruppe am Sonnabend, 15. April, im Dorpmüller-Saal erbeten.

Hesepe — Sonnabend, 29. April, 15.25 Uhr, von der Bushaltestelle, Busfahrt der Gruppe zum 20jährigen Bestehen der Kreisgruppe Bersenbrück nach Quakenbrück, Schützenhof. Anmeldungen bis 22. April an den Vors. Herbert Podßuweit.

Hildesheim — Donnerstag, 13. April, Kolpinghaus, Monatsversammlung mit einem Vortrag des Bundesgeschäftsführers der LMO, Friedrich-Karl Milthaler, Hamburg. — Termin und Ort für den Ausflug im Mai werden auf der Aprilversammlung entschieden. — Vors. Lippitz konnte als Referenten einen Franzosen, Monsieur Caron, begrüßen, der über das Thema „Der deutsch-französische Beitrag zum Aufbau des heutigen Rußland in den vier letzten Jahrhunderten" sprach. Zuvor wandelte der Gast den Ausspruch des amerikanischen Präsidenten Kennedy, „Ich bin ein Berliner", ab in „Ich bin ein Ostpreuße" und betonte, daß er sich in Anbetracht der vor 300 Jahren in Ostpreußen angesiedelten Franzosen als solcher fühle. In dem fesselnden und aufschlußreichen Vortrag nannte Caron Kultur, Landwirtschaft und Militär in Rußland als besonders von den deutsch-französischen Leistungen beeinflußt, ohne die das heutige Rußland nicht denkbar sei. Bei der lebhaften Aussprache konnten einige Mitglieder der Gruppe weitere Beiträge zum Thema beisteuern und dem Vortragenden Hinweise und Quellenmaterial für seine Forschungen geben.

Nordenham — Mittwoch, 26. April, 19.30 Uhr, Gasthaus Zur Deutschen Eiche, Jahreshauptversammlung mit Farblichtbildervortrag über Ostpreußen. Gäste willkommen.

Osnabrück — Sonnabend, 29. April, 15.30 Uhr, vom Ledenhof, fährt der Chor der Kreisgruppe mit einem Bus nach Quakenbrück zur Jubiläumsveranstaltung der Nachbarkreisgruppe Bersenbrück zum Schützenhof in Quakenbrück. — Sonnabend, 21. Oktober, nimmt der Chor am Ostpreußentag der Gruppe Niedersachsen-West in Nordenham teil und wirkt dort im Programm mit.

Quakenbrück — Sonnabend, 29. April, Schützenhof, Jubiläumsveranstaltung der Kreisgruppe. Es besteht folgende Busverbindung: 18 Uhr ab St.-Petrus-Kirche Neustadt, 18.05 Uhr ab Bahnhofsvorplatz, 18.10 Uhr ab Marktplatz. Eintrittspreis einschließlich Wurstessen 3,— DM. Anmeldungen ab sofort an die Fleischwarengeschäfte Albutat, früher Gumbinnen.

Wilhelmshaven — Montag, 10. April, 19.30 Uhr, im Clubhaus Graf Spee, Schellingstraße 11, Jahreshauptversammlung. Es wird um rege Beteiligung der Mitglieder gebeten. — Der Heimatabend im März galt dem Gedenken des Geburtstages der ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel. Ernste Gedichte und die lustige Geschichte „Das Bad am Wochenende" erinnerten lebhaft an die Heimat. Eine Auswahl von Leitartikeln aus bedeutenden Tageszeitungen über die Ostverträge wurden verlesen und stimmten sehr nachdenklich.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen: Harry Poley, 41 Duisburg, Duissernstraße 109. Stellvertreter: Erich Grimoni, 493 Detmold, Postfach 296. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Straße 71, Telefon 02 11/48 26 72.

Essen — Bezirksgruppe West: Sonnabend, 8. April, 20 Uhr, Lokal Dechenschenke, Dechenstraße 12, Monatsversammlung mit Wettbewerb der Damen im Stricken Diavortrag von Lm. Jabs über Feiern, Kappenfest und Ausflüge. Anschließend werden Bestellungen von den vorgeführten Bildern angenommen. Es wird um rege Beteiligung gebeten. Alle Landsleute sind herzlich eingeladen. Gäste willkommen.

Höxter — Als besonders aktuell bezeichnete Vors. Siegfried Ulhardt den Lichtbildervortrag von Frau von Semel über ihre Reise durch die Sowjetunion im Juli/August vergangenen Jahres. An Hand hervorragender Fotos berichtete Frau von Semel anschaulich über jene Reise und vermittelte den Zuhörern neben Kurzabrissen aus der Geschichte der besuchten Stätten auch ihre Eindrücke aus dem Kontakt mit Sowjetbürgern, so daß jeder einen Eindruck von den tatsächlichen Zuständen in der UdSSR bekam.

Iserlohn — Sonnabend, 29. April, Hotel Weidenhof, „Tanz in den Mai" der Memellandgruppe.

Münster — Dienstag, 11. April, 15 Uhr, bei Westhues, Zusammenkunft der Frauengruppe. — Donnerstag, 13. April, 20 Uhr, Aegidiihof, Heimatabend der Ost- und Westpreußen mit Lichtbildervortrag von Frau Ruth Hunkemöller über ihre Indienreise. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich willkommen.

Plettenberg — Sonnabend, 8. April, 20 Uhr, in der Weidenhofdiele Heimatabend mit Lm. Boretius, Geschäftsführer des Landesvertriebenenbeirats. Er spricht über „Aussiedler — Verpflichtung und Aufgabe". Anschließend Farblichtbildervortrag „Eine Wanderung durch das schöne Ostpreußen". Alle Landsleute sind mit Freunden und Bekannten herzlich eingeladen, desgleichen alle anderen Bürger der Stadt.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe Hessen: Konrad Opitz, 63 Gießen, An der Liebigshöhe 20, Telefon Nr. 06 41/3 27 27.

Frankfurt/Main — Sonnabend, 8. April, 19 Uhr, Mitgliederhauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. — Montag, 10. April, 15 Uhr, Kaffeetafel. — Montag, 17. April, 18.30 Uhr, Spielabend.

Gießen — Freitag, 14. April, 19 Uhr, Martinshof, Jahreshauptversammlung mit Fleckessen. — Mittwoch, 19. April, 15 Uhr, Mohrunger Stube, Frauentreffen.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe Bayern: Walter Baasner, 8 München 23, Clemensstraße 48/IV li. Telefon 08 11/30 46 86.

Nürnberg — Sonnabend, 8. April, 20 Uhr, im Bäckerhof, Schlehengasse 2, Monatszusammenkunft der Mitglieder. — Dienstag, 18. April, 15 Uhr, Kaffeestunde der Frauengruppe. — Sonnabend, 19. April, 19.30 Uhr, Stammtisch Krawuhl.

Würzburg — Dienstag, 18. April, 20 Uhr, Gaststätte Zur Bastei, Nebenzimmer, Mitgliederversammlung mit Diavortrag über die bisherigen Ausflüge der Gruppe.

Geistliche Worte zum Osterfest

Der Lebensweg ist frei

Karfreitag und Ostern verstehen wir am leichtesten über die Musik. Weihnachtsmusik kommt uns heutigen Menschen zu kindlich und wirklichkeitsfremd vor; aber die Innerlichkeit weckende Oratoriumsmusik im Stile von Händel, Bach und Haydn bringt uns alljährlich zum echten Nachdenken. Sie öffnet uns den Weg in die Tiefenkammern des Herzens, wo es um die Wahrheit und Wirklichkeit geht. W. Nigg weist einmal darauf hin, wenn er das Newman-Wort deutet: „Vielleicht ist Denken Musik." Musik bringt zum intuitiven Denken. Nur eine Haltung, die Erkennen als Musik erlebt, verleiht der philosophischen Bemühung einen religiösen Rang.

Das Halleluja, so oder so gehört, bringt den Menschen in die österliche Wirklichkeit.

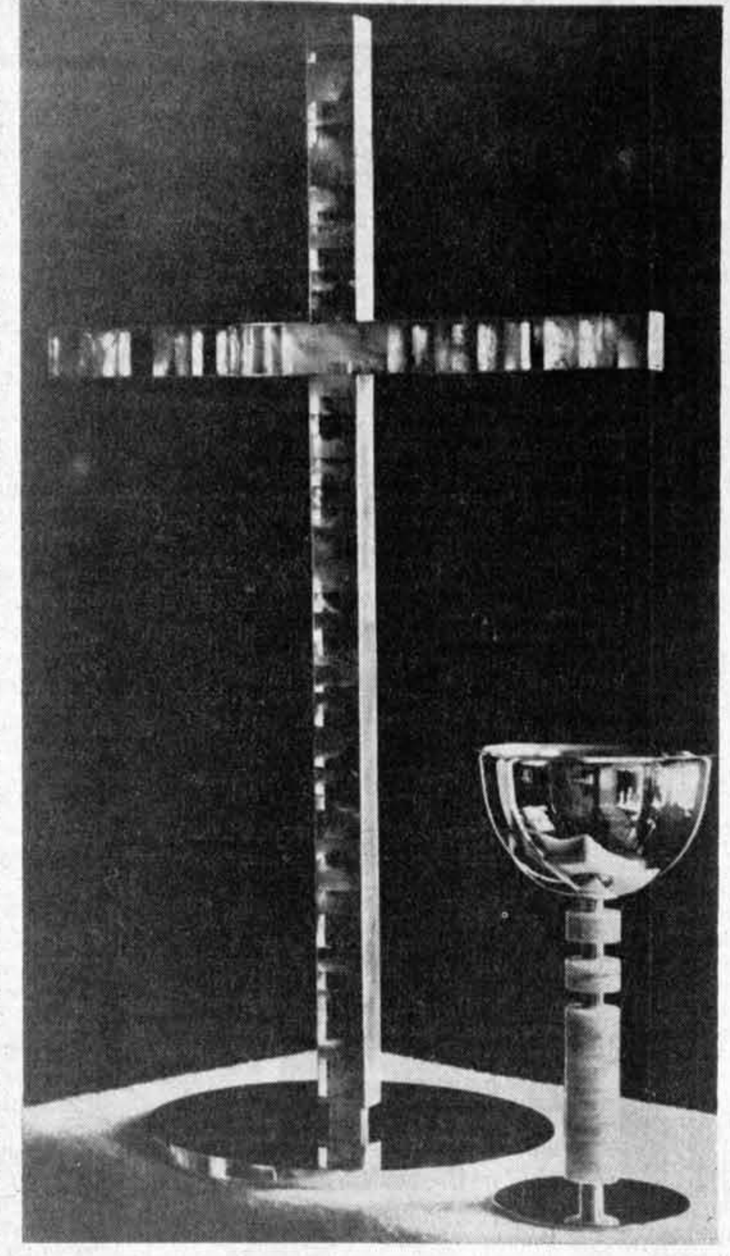
Beweisführungen haben die Menschen noch selten besinnlicher gemacht. So wollen wir uns auch nicht die Osterfreude durch endlose Diskussion und kritisierendes Geschwätz vermiesen lassen. Das Entscheidende ist nicht auf dialektischem Wege erreichbar. Ein gesungenes Osterlob bietet eine viel größere Möglichkeit, an die Wahrheit heranzukommen, denn alles Zergrübeln. Eine immer gültige Erfahrung!

Darum der Rat: schenkt euch wieder viel Osterlied und Karfreitagsmusik. So soll auch heute das begeisterte und stürmische und jauchzende Halleluja, in welchem die Menschen durch zweitausend Jahre ihre Osterfreude hinausgejubelt haben, Stärkung und Lebenshilfe sein. Es ist die Sinndeutung unseres Daseins, unseres Lebens, das erschrickt vor der rasanten Entwicklung der technischen Umwelt.

Das geschieht, wenn wir im angeblichen Schwarz des Karfreitag und Auferstehung in eins zu schauen, wenn uns jeder Karfreitag schon „ostert" (K. Barth).

Ostern bleibt das Fest der Freiheit und der Herrlichkeit der Kinder Gottes, weil alles Leid der Menschen darin seine erlösende Antwort findet. Alles Seufzen der Schöpfung bekommt eine Ahnung der künftigen Herrlichkeit, alle „Tränen der Dinge" finden ihre Deutung, weil dem Menschen wieder geholfen ist. Denn der Mensch ist der Herr der Schöpfung; weh ihm, wenn die Dinge, auch die raffiniertesten der Technik und des Konsums, ausschließlich Gewalt über ihn bekommen. Nur der, welchem Ostern geschenkt worden ist, der erlebt die Musik in der Welt und der Schöpfung.

Konsistorialrat Geo Grimme, Zinten



Hermann Brachert: Kreuz und Kelch aus Bernstein

»Osternder« Karfreitag

In manchen hellen Ostermorgen hinein, der strahlend über unserer ostpreußischen Heimat autging, klang aus den Gottesdiensten unserer Kirchen in Stadt und Land der mächtige, in seiner Aussage einmalige Choral von dem Lebensfürsten, welcher dem Tode die Macht genommen und Leben und Sieg gebracht.

Unsere Kirchen sind Trümmerstätten geworden, Orgeln und Glocken verstummt, nicht aber verstummt ist Lied und Bekenntnis von dem lebendigen, auferstandenen Herrn und Heiland der Welt. Er lebt, und wenn er noch so oft totgesagt wird. Alles Geschrei auf Markt und Gassen, alle Verzerrungen von dieser und jener Seite werden nicht hindern können, daß seine Stimme gehört wird und seine Gestalt durch die Reihen aller Ratlosen, aller Mühseligen und Beladenen helfend und lebenspendend hindurchgeht.

Das Zeugnis von seinem todüberwindenden Leben ist zuerst von Menschen gegeben, von welchen gesagt wurde, wie sie alle Jesus verließen und flohen. Dann stehen sie vor den Gerichten ihrer Zeit mit ihrem Leben für eben diesen Jesus ein. Petrus, der den Herrn vor einer Dienstmagd verleugnete, steht jetzt vor dem Hohenpriester und dem Hohen Rat, welche Jesus verurteilt haben, und spricht aus letzter Vollmacht einen Richterspruch den höchsten Richtern seines Volkes: den Fürsten des Lebens habt ihr getötet, den hat Gott auferweckt. Der totale Wandel vom Verleugner zum Bekenner, wie er dann besonders bei Paulus aufgetreten ist, erklärt sich aus der Wucht eines Ereignisses, das die Menschen gepackt und nicht mehr losgelassen hat, und sie zwang, unter Einsatz des Lebens die Wahrheit zu verkünden.

Unter dieser Verkündigung stehen wir heute. Die Gewalt des Todes und seines dunklen Gefolges ist groß, sie brechen durch alle Sicherungen und treffen uns mitten ins Herz. Sie bekommen sogar über den Lebensfürsten Macht. Aber während alle anderen sich als besiegt erklären müssen, reißt er die drohenden Fronten ein. Siegel der Behörden brechen, der Stein fliegt vom Felsengrabe, aus dem Gefängnis bricht der Sieger in die Freiheit.

Wir stehen vor den ersten Frühlingsblumen und freuen uns an ihrem Blühen. Größer aber ist, was im Garten des Joseph von Arimathia geschah. Blumen welken und vergehen. Nicht aber vergeht, wer im Glauben mit dem Herrn des Lebens verbunden ist. Er lebt, ob er gleich stürbe. Der Kerker ist aufgebrochen. Die Stricke sind zerrissen. Der Lebensweg ist frei. Das sagt Ostern.

Kirchenrat Otto Leitner

Richard Brieskorn 75 Jahre

Ein bewährter ostpreußischer Journalist

Seinen 75. Geburtstag kann am 1. April der ostpreußische Journalist Richard Brieskorn begehen, der seit eingen Jahren in Trierweiler 2 (Sirzenich bei Trier) im Ruhestand lebt.

In Bartenstein 1897 geboren, war Brieskorn zu Anfang der zwanziger Jahre Redakteur der „Memelländischen Rundschau" in Heydekrug. Im September 1927 wurde er von der Kownoer Regierung ausgewiesen und von der litauischen Staatspolizei über die Grenze nach Tilsit abgeschoben. Mit ihm mußten damals die Redakteure des Memeler Dampfboots Leubner und Warm das Memelland verlassen. Brieskorn ging nach Berlin, wo er seine journalistische Tätigkeit fortsetzte. Bei Kriegsende geriet er als Volkssturmmann in russische Gefangenschaft. Es dauerte siebeneinhalb Jahre, bis er Anfang November 1952 wieder nach Berlin zurückkehren konnte.

Gesundheitlich schwer angeschlagen, wurde er Mitarbeiter mehrerer westdeutscher und ausländischer Zeitungen. Auch für das Ostpreußenblatt war er 15 Jahre tätig, bis ihn ein Augenleiden zwang, seinen Beruf aufzugeben. Er konnte weder Zeitungen noch Briefe lesen oder die eigenen Manuskripte korrigieren. Trotzdem hat er sich in seinen neuen Wohnsitz in einem kleinen ländlichen Ort nicht ganz zur Ruhe gesetzt. Er ist dabei, sein Hobby, die Musik und das Schreiben von Liedern zu einem neuen Beruf auszubauen. Es sind auch bereits Erfolge zu verzeichnen, was vor allem die Berliner Heimattreuen bestätigen können, die auf ein abendfüllendes Tonband „Von Königsberg nach Berlin" mit mehreren Dankschreiben reagierten.

Brücke für Nikolaiken

Allenstein — Die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Brücke, die beide Teile Nikolaikens über den See hinweg miteinander verband, soll auf Beschluß der zuständigen polnischen Behörden wieder erstehen, meldete Radio Warschau. Es soll eine Hängebrücke werden, für deren Bau man die noch vorhandenen Pfeiler ausnutzen wolle.

jon

Frieden auf breiter Grundlage anstreben

Eindrucksvolle Delegiertenversammlung in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf — Eindeutig wandten sich die Delegierten der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen auf ihrer Landesversammlung gegen die Ostverträge der jetzigen Bundesregierung. In einer Entschließung forderte die demokratisch gewählte Vertretung der im Land Nordrhein-Westfalen lebenden, aus der Heimat vertriebenen Ostpreußen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, den Ostverträgen die Zustimmung zu versagen. Die Delegierten sehen in den Verträgen von Moskau und Warschau den „Ausdruck einer Politik, die aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preisgibt". Scharf wenden sie sich gegen eine Überantwortung deutschen Staatsgebietes ostwärts von Oder und Neiße an fremde Gewalt und warnen davor, die Menschenrechte der in Ostdeutschland verbliebenen Staatsbürger preiszugeben.

„Mit diesen Verträgen", heißt es in der Stellungnahme der Ostpreußen weiter, „würde die im Auftrag der UdSSR in Mitteldeutschland errichtete Diktatur als rechtens bestätigt und die politische Zerschlagung Deutschlands vollendet werden." Die Delegierten der nordrhein-westfälischen Landesversammlung appellierten an alle Abgeordneten, „im Bewußtsein der Verantwortung für die Zukunft des ganzen Volkes und Landes, mit der Ablehnung der Verträge von Moskau und Warschau sich eindeutig gegen die Anerkennung rechtswidriger Gewalt und für die Menschenrechte zu entscheiden."

Mit starkem Beifall nahmen die 132 Delegierten der Landesgruppe im Düsseldorfer Haus Niederrhein ein Grußtelegramm des Vorsitzenden des Präsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen, Heinrich Koeppler, auf: „Das CDU-Landespräsidium Nordrhein-Westfalen grüßt die Delegierten der Landsmannschaft Ostpreußen. Die CDU steht an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die Freiheit der Meinungsäußerung für alle demokratischen Gruppen, das gilt insbesondere auch für die Heimatvertriebenen, zu verteidigen. Die Heimatvertriebenen waren die ersten, die in ihrer Charta den Weg für eine demokratische Friedensordnung in Europa gewiesen haben. Mit ihnen wendet sich die CDU gegen eine Politik, die unsere Freiheit aufs Spiel setzt und die Verantwortung für das ganze Deutschland grob vernachlässigt. Der Landesdelegiertentagung wünsche ich einen erfolgreichen und fruchtbaren Verlauf."

In seinem Bericht zur Lage wies der Vorsitzende der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Harry Poley, auf den politischen Stimmungsumschwung hin, der sich zum einen darin widerspiegelte, daß die Regierungskoalition für ihre Ostpolitik im Parlament keine Mehrheit mehr besitze und zum anderen auch in den Ergebnissen von Meinungsumfragen unter der Bevölkerung zum Ausdruck komme. Poley begrüßte das energische Vorgehen und zähe politische Ringen der oft diffamierten „Vertriebenenfunktionäre" in der öffentlichen Auseinandersetzung und dankte gleichzeitig allen Mitarbeitern auf Orts- und Kreisebenen, die unbeirrt für die Erhaltung der Rechtspositionen und für die Selbstbestimmung eintreten.

Aus dem Arbeitsbericht des Vorsitzenden der Landesgruppe ging hervor, daß die Leistung des Vorstandes politisch und kulturell intensiviert wurde. Als Folge der Ostpolitik der Bundesregierung konnten mehrere der 107 örtlichen Gruppen neue Mitglieder aufnehmen und ihre Veranstaltungstätigkeit aktivieren. So wurden von den landsmannschaftlichen Gruppen neben 448 geselligen 522 heimatpolitische und 216 kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Beachtlich war die Mitgliederzahl, die Poley nannte. Danach werden unmittelbar über die eigenen Gruppen und mittelbar über die Kreisverbände des BdV rund 55 000 Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen als Mitglieder erfaßt.

Landeskulturreferent Dr. Hanswerner Heincke legte einen Tätigkeitsbericht vor, der die ungeheure Aktivität auf dem kulturellen Gebiet verdeutlichte. Aus dem nicht minder umfangreichen Bericht des Landesjugendreferenten Hans Herrmann ließ sich entnehmen, daß das Interesse junger Leute an bildenden, politischen und landeskundlichen Lehrgängen erheblich zugenommen hat. Auch die Arbeit der Frauengruppen hat, wie Landesfrauenreferentin Gertrud Heincke berichtete, zugenommen. Eine der Hauptaufgaben wurde die Betreuung der aus der Heimat eingetroffenen Spätaussiedler.

In einem Vortrag über „Deutsche Politik 1972/73" unternahm Ministerialdirektor a. D. Dr. Günter Bachmann, Bonn, eine Analyse der regierenden Sozialdemokratischen Partei, die in eine Krise geraten sei. Sie haben sich von dem Godesberger Programm von 1959 entfernt, in dem noch die Rede von einem Volksgruppenrecht war und von einem Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum und ihre Kultur. Davon sei in den Ostverträgen nichts mehr zu finden.

Als einen Höhepunkt der Landesdelegiertentagung bezeichnete der Vorsitzende der Landesgruppe Harry Poley die Ausführungen des Chefredakteurs des Ostpreußenblattes, Hugo Wellems, zum Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wellems warnte eindringlich vor einem Diktat, mit dem der Zweite Weltkrieg liquidiert werden soll, auch wenn es in die Form von Verträgen gefaßt sei.

Wellems bezeichnete die Ostverträge als einen eminent politischen Erfolg der Sowjetdiplomatie; darüber hinaus enthalten sie alles, was bereits vor Jahren die Kommunistische Arbeiterkonferenz festgelegt habe. Man müsse sich darüber klar sein, daß das sowjetische Ziel eine Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland sei. Das volle Ausmaß werde erst zu erkennen sein, wenn die Geheim-Protokolle der Gespräche zwischen Bahr und Gromyko bekannt sind. Der Redner machte darauf aufmerksam, daß eine Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau weder dem Interesse des russischen noch des polnischen Volkes diene, sondern ausschließlich dem Prestige der Kommunisten. Er erinnerte an die Bemühungen der heimatvertriebenen Mitbürger, die ehrlich einen friedlichen Ausgleich mit den Völkern des Ostens suchen, jedoch auf der Grundlage des Rechts und der Selbstbestimmung.

Horst Zander

Wir gratulieren...

zum 93. Geburtstag

Bunks, Maria, aus Pillau I, Holzwiese 1, jetzt 529 Wipperfürth, Flurstraße 32, bei Fuchs, am 1. April

zum 90. Geburtstag

Balscheweit, August, Kreisrentmeister, Hauptmann und Wehrmeldeamtsleiter i. R., aus Tilsit und Pogegen, jetzt 5358 Bad Münstereifel-Hilterscheid, am 4. April

Berger, Martha, geb. Schilling, aus Fischhausen, jetzt 1 Berlin 61, Fichtestraße 2, am 3. April

Dr. Eichler, Helene, Studienrätin, aus Danzig und Königsberg, jetzt 239 Flensburg-Mürwik, Twedter Mark 56, am 1. April

Jaeschke, Auguste, aus Masehnen, Kreis Angerburg, jetzt 2804 Lilienthal, Butendiek 6, am 1. April

zum 89. Geburtstag

Behlau, Ernst, aus Angerburg, jetzt 2212 Brunsbüttel, Lüderstraße 2, am 1. April

zun 87. Geburtstag

Skrotzki, August, aus Seedorf, Kreis Lyck, jetzt 4993 Rahden, Lemförder Straße 218, am 3. April

zum 86. Geburtstag

Wittek, Rudolf, aus Plichten, Kreis Osterode, jetzt 338 Goslar, Hermann-Löns-Weg 3, am 7. April

zum 85. Geburtstag

Giese, Maria, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt in Mitteldeutschland, zu erreichen über Otto Skibowski, 357 Kirchhain, Postfach 113, am 3. April

Klempert, Dominikus, aus Heinrichsdorf, Kreis Rößel, und Königsberg, Platzmeister i. R., jetzt 2 Hamburg 53, Glückstädter Weg 47, am 27. März

Kutschelis, Olga, Studienrätin i. R., jetzt 32 Hildesheim, Ortelsburger Straße 21, am 8. April

Lendzian, Gustav, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt 404 Neuß, Hermannstraße 31, am 7. April

Mey, Paul, Lehrer, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt 3 Hannover, Gr. Berlinge 37, am 7. April

Piplies, August, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt 6719 Kirchheimbolanden, Neumayerstraße 13, am 8. April

Skroblin, Emil, aus Gr. Ilmen, jetzt 4451 Ramsel-Lingen, Heidestraße 131, am 21. April

zum 84. Geburtstag

Buttler, Katharine, geb. Hensellek, aus Schuttschenhofen, Kreis Neidenburg, jetzt bei ihrer Tochter Frau Linhenski, 493 Detmold, Hornscherstraße 73, am 7. April

Freitag, Max, Klempnermeister, aus Königsberg, Rudauer Weg 3, jetzt 6531 Münster-Sarmsheim, Bergstraße 3, am 8. April

Kattanek, Gottliebe, geb. Gunia, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt 4056 Schwalmtal I, Am blauen Stein 10, am 7. April

Maletz, Friederike, geb. Katzner, aus Osterode und Königsberg, jetzt 33 Braunschweig, Hans-Geitel-Straße 13, am 7. April

Marquardt, Ottilie, geb. Lipek, aus Großenwalde, Kreis Neidenburg, jetzt bei ihrer Tochter Frau Linke, 3 Hannover, Bürgermeister-Fink-Straße 34, am 6. April

Pichler, Anna, aus Reinersdorf, Kreis Johannisburg, jetzt 465 Gelsenkirchen, Rotthauser Straße 90, am 2. April

Pilaumbaum, Ernst, aus Pillkallen und Labiau, jetzt 35 Kassel, Grillparzerstraße 42, am 2. April

zum 83. Geburtstag

Burneleit, Anna, geb. Schudak, aus Walddorf, Kreis Insterburg, jetzt bei ihrer Tochter Gertrud Hamacher, 4401 Handorf 2, Haus 6, Süd, am 3. April

Lask, Luise, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt 465 Gelsenkirchen, Hüssener Straße 5, am 2. April

Meede, Karl, aus Pillau II, Turmbergstraße 20, jetzt 237 Rendsburg, Am Seekenbek 14, am 3. April

Pulter, Kurt, aus Lyck, jetzt 48 Bielefeld, Heeperstraße 9, am 8. April

zum 82. Geburtstag

Preuß, Margarethe, aus Lyck, jetzt 1 Berlin 45, Drakestraße 48 I, am 6. April

Schwill-Regitten, Wilhelmine, geb. Steffen, aus Adl. Nausseden, jetzt 535 Euskirchen-Weidesheim, Dadenbergring 6

Skroblin, Martha, geb. Rastaun, aus Gr. Ilmen, jetzt 4451 Ramsel-Lingen, Heidestraße 131, am 1. April

Tauber, Emma, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt 435 Recklinghausen, Bochumer Straße 269, am 7. April

Willert, Maria, geb. Paetsch, aus Königsberg-Seligenfeld, jetzt 4156 Willich 3, Unterbruch 45, am 2. April

zum 81. Geburtstag

Eichhoff, Anna, geb. Sadlowski, aus Gehsen, Kreis Johannisburg, jetzt 87 Würzburg, Benzstraße 16c, am 3. April

Grunwald, Adolf, aus Benkheim, Kreis Angerburg, jetzt 289 Nordenham, Fährstraße 32, am 4. April

Malso, Anne, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt 4618 Kamen-Methler, Mühlenstraße 79, am 4. April

Nickel, Fritz, aus Kruglanken, Kreis Angerburg, jetzt 6201 Delkenhein, Hochstraße 18, am 3. April

Sporwien, Karl, Fischer, aus Pillau, Gr. Fischerstr. 15, jetzt 233 Eckernförde, Admiral-Scheer-Straße 6, am 5. April

zum 80. Geburtstag

Haesler, Therese, geb. Blassing, aus Leissienen, jetzt 2351 Groß Kummerfeld, am 6. April

Kock, Martha, aus Pillau II, Tannenbergstraße 36, jetzt 433 Mülheim (Ruhr), Dolme 39, am 7. April

Kownatzki, Maria, aus Kl. Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt 3043 Schneverdingen, Schulstr. 7, am 2. April

Matthes, Mathilde, geb. Nickel, aus Hohenstein, Kreis Osterode, jetzt bei ihrer Tochter Ursula Wayda, 2153 Neu-Wulmstorf, Bromberger Straße 54, am 5. April

Dr. Reichmann, Grete, aus Königsberg, Vogelweide 4, und Berlin, jetzt Jerusalem-Baka, 56, Webron Street, Ahron-Barth-Centre, R 46, am 7. April

Wachsmuth, Fritz, aus Tilsit, jetzt 23 Kiel 14, Marienwerder Straße 42, am 8. April

Wlottkowski, Fritz, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt 654 Dillenburg, Berliner Straße 23/25, am 6. April

zum 75. Geburtstag

Deptolla, Elisabeth, geb. Sabionski, aus Darkehmen und Gr. Kuhren, jetzt 4804 Versmold, Waldenburger Straße 6, am 2. April

Gastner, Wilhelm, Fleischermeister, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt 6662 Contwig I, Amselweg 4, am 4. April

Gerlach, Leonore, geb. Willfang, aus Hermsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt 5181 Fronhoven 49, am 4. April

Kriese, Natalie, geb. Karog, aus Königsberg, Siedlung Lauth, jetzt 233 Eckernförde, Borbyer Kirchenweg 5, am 8. April

Manthei, Fritz, aus Schloßberg, jetzt 53 Bonn, Neefestraße 9, am 7. April

Neumann, Albert, aus Köthen, Kreis Wehlau, jetzt 31 Celle, Lauensteinplatz 1, am 3. April

Schmidt, Helene, geb. Schleweit, aus Liebenfelde, Kreis Labiau, jetzt in Mitteldeutschland, zu erreichen über Maria Kailuweit, 56 Wuppertal 1, Newiandtstraße 33 I, am 5. April

Sueß, Grete, aus Königsberg, jetzt 35 Kassel, Burgisstraße, Altenwohnheim, am 7. April

Ventur, Hedwig, aus Pillau I, Gouvernementstr. 13, jetzt 2253 Tönning, Am Graben 3, am 3. April

Wagner, Joseph, aus Pillau I, Bahnhof, jetzt 2391 Tarp, Walter-Saxen-Straße 10, am 1. April

zur Diamantenen Hochzeit

Buttler, August und Frau Minna, geb. Wessollek, aus Eichmedien, jetzt 6252 Diez, Pfaffengasse 22, am 8. April

zur Beförderung

Herrmann, Günther, aus Eszerischken/Teichhof, Kreis Gumbinnen, jetzt 5 Köln 1, Venloer Straße 63, wurde zum Regierungsoberamtmann der Regierung Köln befördert

Aus Briefen unserer Leser

Ein alter ostpreußischer Osterbrauch

Im Jahrgang 1895 der damals weitverbreiteten Familienzeitschrift „Gartenlaube" ist eine Zeichnung von W. Winck, „Ostermorgen auf dem Lande in Ostpreußen" mit folgendem Text erläutert:

Von derbem Humor ist der Osterbrauch, den unser Bild veranschaulicht. Derselbe ist noch heute (1895) in Ostpreußen auf dem Lande heimisch. Am Ostermorgen lauern die Knechte den Mägden auf, bevor diese über den Hof zur Arbeit schreiten. In den Händen halten sie Eimer und Waschgefäße, die sie am Ziehbrunnen mit Wasser gefüllt haben. Die Mägde wissen, was ihnen bevorsteht; sie schleichen leise die Treppe hinab und stürzen dann in eiligem Lauf über den Platz zum Stall, wo ihr Tagesgeschäft mit dem Melken der Kühe beginnt.

Aber die Eile nützt ihnen nichts. Die ihnen längst auflauernden Burschen brechen hervor und schütten mit sicherem Schwung den kühlen Inhalt ihrer Eimer und Schüsseln auf eines der davon springenden Mädchen aus. Keine entgeht der Taufe. Auch die letzten, die sich zurückhielten, um abzuwarten, bis die Gefahr vorüber sei, bekommen ihr Teil. Aber die gute Laune wird den frischen Dirnen durch die vom Herkommen geheiligte Neckerei nicht verdorben. Im Gegenteil — für mehr als eine ist es Herzenssache, recht tüchtig durchnäßt zu werden. Denn welche von ihnen der ihr zugedachte Wassergruß gehörig getroffen hat, die bekommt — so geht der Glaube — noch im selben Jahr einen Mann.

Karl Schmidt, 5231 Oberwambach

Rundfunk und Fernsehen

Sonntag, 2. April 1972

17.35 Uhr, SR: Statt Blumen. Gedichte: Kein Testament. Bundesrepublik und „DDR", Gedichte der Nachgeborenen. Kommentar: Marianne Scheuerl.

17.45 Uhr, DLF: Politische Bücher. Besprochen von Willi Schickling.

18.25 Uhr, ARD: Zwischen Bad Schandau und Meißen. Eine Elbefahrt.

18.30 Uhr, NDR/RB/SFB-F III: Drogenmißbrauch. Krankheit oder Symptom?

19.15 Uhr, WDR-F III: Die Welt der Ikonen.

Montag, 3. April 1972

18.00 Uhr, WDR-F III: Wenn sich die späten Nebel drehen . . . Die Geschichte des Liedes „Lili Marleen".

21.00 Uhr, WDR III: Die Intellektuellen in der Weimarer Republik. Ein Gespräch mit Heinz Pächter.

21.00 Uhr, RB I: Die Zeit steht nicht still. Dokumente der Opposition in der UdSSR. Von Helen Ssachno.

Dienstag, 4. April 1972

19.00 Uhr, NDR/RB/SFB-F III: Reisewege zur Kunst. Ungarn (1): Rund um den Plattensee.

20.30 Uhr, HR I: Ost-West-Forum. Politik — Wirtschaft — Ideologie.

21.00 Uhr, NDR/RB/SFB-F III: Weil wir ihn sehen werden wie er ist. Meditation russischer und griechischer Ikonen.

21.50 Uhr, ZDF: Revolution durch die Hintertür? Schwierigkeiten mit Radikalen im öffentlichen Dienst.

Mittwoch, 5. April 1972

17.45 Uhr, BR II: Zwischen Elbe und Oder.

19.00 Uhr, NDR/RB/SFB-F III: Segeln müßte man können (1). Buch: Ostpreußenblatt-Mitarbeiter Markus Joachim Tidick (Königsberg)

21.15 Uhr, BR II: Sind wir noch eine Nation? Anmerkungen zu Überlegungen in beiden Teilen Deutschlands.

Donnerstag, 6. April 1972

22.00 Uhr, SR: Zur Situation der Literatur in der „DDR". Beurteilt nach den Darstellungen von Wolfgang Franke und Fritz J. Raddatz.

Freitag, 7. April 1972

17.10 Uhr, ARD: Release. Ein Bericht über Drogensüchtige.

19.45 Uhr, HR II: Das politische Buch. Besprechung von Neuerscheinungen.

Sonnabend, 8. April 1972

10.10 Uhr, DLF: Aus neuen Sachbüchern. Opposition — Eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion? Eine Dokumentation von Wladimir Bukowskij. Herausgegeben von Jean-Jacques Marie.

15.30 Uhr, BR II: Unterwegs in der CSSR. Ein Reisebericht.

15.50 Uhr, BR II: Das Buch zur Ostpolitik. Anmerkungen zu Neuerscheinungen.

16.15 Uhr, ZDF: Interviews mit Süchtigen. Die Stufen des Verfalls durch Drogen.

23.10 Uhr, ZDF: Seine Majestät Gustav Krause. Ostpreußisches Volksstück von Eberhard Foerster. Fernsehbearbeitung von Siegfried Wischnewski (Gerdauen).

FERNSEHEN

Sonntag, 2. April 1972

16.30 Uhr, ZDF: Wege zum Frieden. 5. Der Griff nach den Sternen. Von Ingo Hermann und Karl J. Joeressen.

Dienstag, 4. April 1972

17.35 Uhr, ZDF: Mosaik. Für die ältere Generation. Medizinischer Beitrag: Mir sterben die Finger ab. — Gelähmter Tierarzt knüpft Teppiche nach eigener Methode. — Was man beim Rentenantrag über die Krankenkasse wissen sollte. — Jeder Clown eine Lieblingspuppe.

18.20 Uhr, SFB-F III: Zwischen Bad Schandau und Meissen. Eine Elbefahrt. Manuskript und Regie Alfons Machalz.

Freitag, 7. April 1972

15.55 Uhr, HR-F III: „Solange sie durch Polen fließt, ist Polen nicht verloren . . ." (I) Ein Film über die Weichsel.

Ernst Heinrich: Verstehen Sie so etwas?

Dem politischen Normalverbraucher fällt es in diesen Wochen besonders schwer, das politische Geschehen zu begreifen.

Da hieß es nun immer, daß die Ostverträge ein Maximum dessen seien, was die deutsche Seite heraushandeln konnte. Aber kaum droht die Ratifizierung der Verträge im Bundestag bzw. Bundesrat zu scheitern, gibt es plötzlich Zugeständnisse durch den Osten. Nun soll der umstrittene Brief des Bundesaußenministers, den bisher noch nicht einmal 10 Prozent der Abgeordneten des Obersten Sowjet kannten, Vertragsbestandteil werden.

Auch die Feindstaatenklausel der UNO-Charta soll eventuell von den Sowjets ad acta gelegt werden und man hörte auch schon davon, daß der Schießbefehl an der Mauer aufgehoben werden soll.

Warum ist das alles denn nicht von vornherein in die Verträge aufgenommen worden? Warum ist jetzt offenbar möglich, was bisher als unmöglich und illusionär hingestellt wurde? Verstehen Sie so etwas?

Und dann gibt es natürlich auf der anderen Seite die Drohungen aus dem Osten für den Fall des Scheiterns der Verträge und auch einige unserer westlichen Nachbarn wünschen offenbar die Ratifizierung. Aber war etwas anderes zu erwarten?

Wir sollten uns weder durch Versprechungen, noch durch Drohungen des Ostens, noch durch Wünsche einiger westlicher Regierungen irremachen lassen. Ein deutsches Parlament hat in erster Linie deutsche Politik zu treiben. Unsere westlichen Verbündeten verstehen und respektieren das auch. Schließlich mischen wir uns ja auch nicht in ihre Politik ein. Lassen wir uns also nicht irremachen. Auch wenn es schwierig ist, sich in dem ostpolitischen Dschungel noch zurecht zu finden.

Nehmen wir DAS OSTPREUSSENBLATT als Wegweiser und Hilfe. Es bringt gerade dem politischen Normalverbaucher das, was wesentlich ist. Werben Sie daher bitte für unsere Wochenzeitung, wo immer Sie können.

Und die Leute soll man grüßen . . .

Flaggen-Kotau vor der Volksmarine

Seit ungefähr einem halben Jahr sind die schwimmenden Einheiten der Bundemarine auf höhere Weisung verpflichtet, Schiffe der mitteldeutschen „Volksmarine" durch Dippen der Flagge zu grüßen. Wer diesen Einfall gehabt hat, entzieht sich unserer Kenntnis — auf alle Fälle aber war es einer von denen, die blind an den „Wandel durch Annäherung" glauben. Wobei man sich fragt, wer sich wem annähern soll. Die volksmarinierten Genossen nämlich legen gar keinen Wert auf solche Anbiederung. Sie tun so, als sähen sie den Gruß nicht. Schließlich ist die Bundesmarine ja „Klassenfeind".

Wer es nicht glaubt, nehme den „Deutschen Mariekalender 1972" zur Hand, erschienen im „Deutschen Militärverlag (Ost-)Berlin". Dieser Kalender ist ein Gegenstück zum hierzulande so beliebten und renommierten „Köhlers Flottenkalender", nur halt eine Etage tiefer und auf Klassenkampf getrimmt. Da schreibt zum Beispiel der Korvettenkapitän Achim Michael über „Der Bundesmarineoffizier der Gegenwart". Sein Artikel ist so aufschlußreich, daß wir einige Passagen daraus zitieren möchten:

„. . . Die Organisatoren der Bundesmarine, die Admirale und Offiziere aus den Marinestäben Hitlers, haben nie aufgehört, Träger nazistischer Gesinnung zu sein. Daran ändern auch ihre schönen Worte über Frieden und Entspannung nichts, die sie glauben von sich geben zu müssen. Diese vom faschistischen und militaristischen Ungeist durchdrungenen Offiziere gaben der Bundesmarine von Anfang an das Gepräge . . . Die jungen Offiziere, die heute bereits 60 Prozent des Gesamtbestandes des Marineoffizierkorps ausmachen, fühlen sich zu „Befreiern vom kommunistischen Joch" berufen. Die Vorbereitung auf aggressive Handlungen gegenüber den bewaffneten Kräften der DDR beherrscht ihr ganzes Sinnen und Trachten. Das ist das Resultat einer jahrzehntelangen kontinuierlichen antikommunistischen und militaristischen Erziehung . . ."

Und weiter: „Sie fühlen sich als Vollender deutschen Seegeltungsstrebens, das in der revanchistischen Mare-Nostrum-Ideologie verpackt ist, die Ostsee sei ein deutsches Meer. Diese Geisteshaltung, verbunden mit Überheblichkeit und maßloser Überschätzung sowie mit zunehmendem Fanatismus, läßt die jungen Offiziere der Bundesmarine zu gefährlichen, abenteuerlichen, zu allem bereiten Willensvollstreckern des imperialistischen Systems der BRD werden . . ."

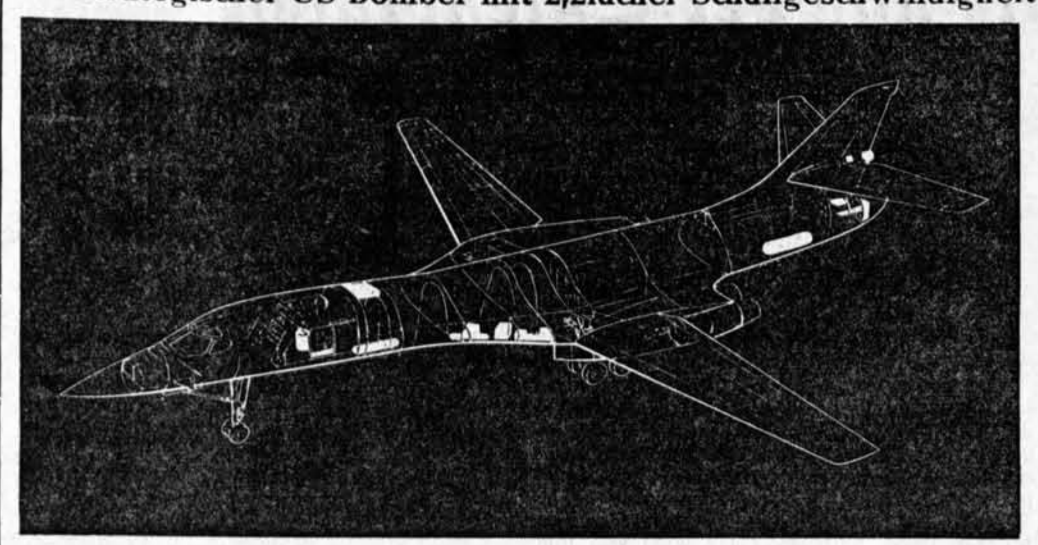
Steigern läßt sich die Hetze wohl kaum noch. Gedruckt wurde dieser blühende Rosenkohl übrigens ausgerechnet im graphischen Großbetrieb „Völkerfreundschaft".

Hier gilt ein Ausspruch, der dem Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid zugeschrieben wird: „Das schlägt dem Faß die Krone ins Gesicht!" Etwas feiner sagte man früher: „So was grüßt man doch nicht unter den Linden . . ."

Und auf See . . ? **HUS**

Ein Riese mit Schwenkflügeln

Ein strategischer US-Bomber mit 2,2facher Schallgeschwindigkeit



Der neue strategische US-Bomber B 1 nach der Darstellung des Fachblattes „Aviation Week an Space Technology"

Im Frühjahr 1974 sollen die ersten drei Testmaschinen des neuen strategischen Bombertyps „B 1" fliegen, der in der amerikanischen Luftwaffe die achtstrahlige B 52 ablösen soll. Die Entwicklungskosten betragen 2,6 Milliarden Dollar.

Bei der vierstrahligen B 1 handelt es sich um einen Schwenkflügler, dessen Spannweite beim Normalzustand der Tragflächen mit rund 45 Meter etwa der der bekannten Passagiermaschine B 707 entspricht. Bei Rückstellung der Schwenkflügel, die zum erstenmal bei einem strategischen Bomber auftauchten, beträgt die Spannweite nur 25,5 Meter.

Nach allem, was bisher über die neue Maschine bekannt wurde, handelt es sich um einen Typ mit ausgezeichneten Eigenschaften, der ungefähr 15 Jahre im Dienst bleiben kann. Das ist zum Teil daran begründet, daß es gelang, die Spannungen innerhalb der Hülle herabzusetzen, so daß die B 1 geringeren Beanspruchungen unterworfen ist und deshalb sehr viel länger als alle bisherigen Typen eingesetzt werden kann.

Die Schwenkflügel geben der Maschine die Möglichkeit, sowohl einen kurzen Start zu gewinnen als auch in großen Höhen das beachtliche Tempo Mach 2,2 zu fliegen, also das 2,2-fache der Schallgeschwindigkeit. Die Reisegeschwindigkeit soll bei einer Flughöhe von 32 000 Fuß über eine Strecke von 36 000 Meilen Mach 0,8 betragen. Zum Angriff geht die B 1 auf 500 Fuß (etwa 170 Meter) herunter, unterläuft dabei die Radar-Anlagen des Gegners und greift mit einer Geschwindigkeit von Mach 0,8 an. Zu ihrer Ausrüstung gehört u. a. die vorprogrammierte Kurzstreckenrakete SRAM gegen feindliche Radar- und Luftabwehranlagen. Außerdem kann die B 1 in getrennten Kammern sowohl konventionelle als auch nukleare Bomben tragen.

Zur sonstigen Ausstattung des neuen Flugzeuges wurde bekannt, daß die Radar-Reflektion auf ein Zehntel derjenigen der B 52 reduziert werden konnte. Auch die Infrarot-Ausstrahlung der Triebwerke wurde erheblich vermindert. Die Maschine erhält außerdem hochwertige aktive und passive Anlagen gegen die Erfassung durch gegnerische Radargeräte. Allein 130 Teile werden aus hochwertigem Titan hergestellt, das sich durch große Widerstandsfähigkeit und geringes Gewicht auszeichnet.

Im ganzen sollen 240 Maschinen dieses Typs gebaut werden, von denen jedoch erst 1979 eine größere Anzahl bei der Truppe sein wird. Monatlich sollen drei bis vier Flugzeuge hergestellt werden. Die Gesamtkosten (einschließlich der Entwicklung) belaufen sich auf 11,1 Milliarden Dollar.

Kurz gemeldet . . .

Das Troßschiff „Angeln" der Bundesmarine wurde am 22. März im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe an die türkische Marine übergeben. Es heißt künftig „Ulkü".

Ein neuer amerikanischer Frühwarnsatellit wurde am 1. März über dem Panamakanal auf Position gebracht. Er kann Atlantik und Pazifik überwachen und mögliche Raketenstarts sowjetischer U-Boote rechtzeitig registrieren. Ein weiterer Satellit steht seit 1971 über dem Indischen Ozean.

Fünf Atom-U-Boote mit Mittelstreckenraketen will die französische Marine in den nächsten fünfzehn Jahren in Dienst stellen, außerdem weitere 20 U-Boote, teils ebenfalls mit Atom-Antrieb. Geplant sind außerdem zwei Hubschrauberträger, 35 schnelle Zerstörer, etwa 30 Korvetten und Fregatten und eine leistungsfähige Küstenschutzflotte.

Neue Panzerabwehrraketen will das Heer noch vor 1975 einführen: Die „HOT" mit 4000 Meter Reichweite für den Einsatz von Fahrzeugen, die „MILAN" (Reichweite bis 2000 Meter) als Handwaffe, ferner die „Lanze" als panzerbrechende Waffe für Einzelkämpfer.

Eine 14köpfige Kommission aus Praktikern der Kraftfahrzeugindustrie und Angehörigen des Heeres soll bis zum Jahresende langfristige Lösungen suchen, die die technische Einsatzbereitschaft des Heeres und gleichzeitig wirtschaftliche Effektivität garantieren. Dabei soll die Zahl der Fahrzeuge verringert werden. Bei der Umstellung auf die zweite Fahrzeuggeneration braucht das Heer 150 000 neue Lastwagen.

Personalien

Helmut Schmidt, Bundesminister der Verteidigung, erhielt vom Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Rall, das Tätigkeitsabzeichen für Flugabwehr-Raketenpersonal in Gold. Der Minister kommt aus der ehemaligen Flakartillerie und leistete als einer der ersten Bundestagsabgeordneten 1958 Wehrübungen bei Flugabwehreinheiten der Luftwaffe.

Hans Jenisch, Kapitän zur See und seit zwei Jahren Standortkommandeur in Hamburg, trat am 1. April in den Ruhestand. Er ist Angerburger vom Jahrgang 1913 und Träger des Ritterkreuzes.

Jetzt auch Raketen-Schnellboote

Bundesmarine will sie künftig in der Ostsee einsetzen

Kleinere Schiffseinheiten in größerer Zahl, eine begrenzte Zahl von Zerstörern und Fregatten, U-Boote und leistungsfähige Marineflieger-verbände sieht die Marinekonzeption vor, die der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Kühnle, dem Bundesverteidigungsminister vorgetragen hat. Die in der Planung befindlichen Schiffe und Flugzeuge entsprechen bereits der neuen Konzeption. Die Bundesrepublik will sich auch an der NATO-Entwicklung eines Tragflügelschnellboots beteiligen. Die vier noch rein konventionell bewaffneten Zerstörer der Hamburg-Klasse und die sechs Fregatten der Köln-Klasse sollen durch Neubauten ersetzt werden, die mit Raketen und Hubschraubern ausgerüstet sind.

Zum Rückgrat der Ostseeverteidigung werden von der Mitte der siebziger Jahre an auch Raketenschnellboote gehören, über die die Sowjetflotte und die mitteldeutsche „Volksmarine" schon seit Jahren verfügen. Zwanzig Boote des Typs 148 entstehen auf französischen Werften, zehn weitere des Typs 143 werden in der Bundesrepublik gebaut. Mit einer Verdrängung von 360 Tonnen entsprechen diese Boote in der Größe den Torpedobooten der Reihe S 120 bis S 131, die 1904/05 bei Schichau in Elbing gebaut wurden. Sie sollen 40 Seemeilen (75 Kilometer) laufen, erhalten als Bewaffnung zwei Doppelstarter mit je vier Seeziel-Raketen der deutsch-französischen Entwicklung MM 38, die eine Reichweite von mehr als 30 Kilometer besitzen. Dazu kommen zwei 76-mm-Geschütze und zwei Torpedorohre für drahtgesteuerte Torpedos. Vier Dieselmotoren liefern 14 400 PS.

(Zum Vergleich: Die erwähnten „Großen Torpedoboote von Schichau liefen bei 6400 PS 28 Seemeilen, trugen drei Torpedorohre und drei 5-cm-Kanonen. Und natürlich hatten sie keine Elektronik.)

Mit zehntausend Rekruten fing es damals an

Vor fünfzehn Jahren rückten die ersten Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr ein

Am 1. April 1957, vor 15 Jahren, zogen die ersten Rekruten in die Kasernen der Bundeswehr ein. Rund 10 000 Mann stark war das erste Kontingent der Wehrpflichtigen.

Mehr als fünf Jahre lagen zwischen dem 30. August 1950, an dem Bundeskanzler Adenauer in seinem geheimen Sicherheitsmemorandum den Alliierten deutsche Einheiten zur Verteidigung Europas anbot, und dem Tag, an dem die ersten Bundesbürger wieder die Soldatenuniform anzogen. Zunächst mußten die vertraglichen und gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu bilden, scheiterte, da Frankreich den EVG-Vertrag von 1952 nicht ratifizierte. Einen Ausweg fand man schließlich in Gestalt der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954. Sie sahen den Eintritt der Bundesrepublik und Italiens in Westunion und NATO vor. Nach Ratifizierung durch die Partnerstaaten traten sie am 5. Mai 1955 in Kraft. Damit wurde die Bundesrepublik souverän. Vier Tage später trat sie in die NATO ein.

Die Wehrergänzungen vom 26. März 1954 und 19. März 1956 schufen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zum Aufbau der Bundeswehr. Das Freiwilligengesetz vom 23. Juli 1955 bereitete ihn vor. Das Gesetz vom 21. Juli 1956 führte die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr ein. Der Grundwehrdienst wurde durch Gesetz vom 5. Dezember 1956 zunächst auf zwölf Monate festgelegt, am 8. Dezember 1961 auf 18 Monate verlängert. Weitere Gesetze regelten die Rechte der Bundesbürger in Uniform.

Am 12. November 1955 wurden die ersten 101 Mann für die Bundeswehr verpflichtet. Mit sechs Lehrkompanien begann im Januar 1956 der Aufbau der Streitkräfte; vier für das Herr wurden in Andernach aufgestellt, eine für die Luftwaffe in Nörvenich bei Düren, eine für die Marine in Wilhelmshaven. 9 500 Mann wurden aus dem Bundesgrenzschutz übernommen. Nach Einstellung weiterer Freiwilliger zählte die Bundeswehr im Herbst 1956 bereits rund 60 000 und im Frühjahr 1957 vor dem Einzug der ersten Rekruten — genau waren es 9 733 — rund 75 000 Mann. Heute sind es über 450 000. Dazu kommen über 170 000 zivile Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienst der Bundeswehr oder Bundesverwaltung.

Oberste Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr hat der Bundesverteidigungsminister, im Verteidigungsfall der Bundeskanzler. Erster Bundesverteidigungsminister war Theodor Blank. Er führte diesen Titel aber erst seit dem 6. Juni 1955. Vorher nannte er sich Sicherheitsbeauftragter der Bundesrepublik. Im Oktober 1956 folgte ihm Franz Josef Strauß, Anfang Dezember 1962 wurde dieser durch Kai-Uwe von Hassel abgelöst. In der Großen Koalition vom 1. Dezember 1966 war Gerhard Schröder Bundesverteidigungsminister. Seit Ende Oktober 1969 ist es Helmut Schmidt, der fünfte Inhaber dieses Amtes.

Die Wehrpflicht wird bestehen bleiben, auch wenn es zu einem Truppenabbau in Ost und West kommen sollte. Der Grundwehrdienst wurde aber von 18 auf 15 Monate herabgesetzt, um eine bessere Wehrgerechtigkeit zu erzielen, d. h. mehr Wehrpflichtige einziehen zu können.

71 %: Bundeswehr notwendig

Mit der Stellung der Bundeswehr in den Augen der Jugend und in der Sicht der westdeutschen Gesellschaft überhaupt setzte sich kürzlich der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Dr. Friedrich Zimmermann (CSU), auseinander. Er stellte dazu fest:

„Nach den jüngsten Meinungsumfragen bezeichnen 71 Prozent der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren die Bundeswehr als unbedingt notwendig oder nützlich. 25 Prozent halten sie für überflüssig und vier Prozent für schädlich. Wenn dennoch trotz dieses positiven Verhältnisses die Anträge auf Zurückstellung und auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer weiter steigen — wie aus dem Bericht des Wehrbeauftragten hervorgeht —, dann hat das vorwiegend drei Gründe: Einmal unterbricht niemand gern seine berufliche Entwicklung für 18 Monate, zum anderen betreiben die Wehrdienstverweigerer eine gezielte Propaganda, die sich immer mehr vom individuellen Gewissensentscheid entfernt. Hinzu kommt das offenkundige Versagen der staatsbürgerlichen Information. Denn wenn 71 Prozent den Wert der Bundeswehr einsehen, muß es auch möglich sein, die Notwendigkeit des Dienstes in ihr verständlich zu machen.

Ein Nicken ist der knappe Dank

Der harte Alltag des Wachbataillons der Bundeswehr

Aufatmen können nach der Abreise hoher ausländischer Gäste stets die jetzt rund 1200 Mann des Siegburger Wachbataillons. Denn sie haben nach den Protokoll- und Sicherheitsbeamten die meiste Arbeit mit den Staatsbesuchen. Der „große Bahnhof", den der Durchschnittsbürger auf dem Fernsehbildschirm meist nur als Kulisse sieht, ist der Alltag dieser Soldaten, die in minutiöser Kleinarbeit den äußeren Rahmen für das Zeremoniell um die Staatsbesuche einstudieren. Wochen- und monatelange harte Übung ist erforderlich, bis die Front, die dann ausländische Staatsgäste in wenigen Sekunden abschreiten, endlich steht. Der Dank für die strammen Soldaten: ein anerkennendes Nicken des hohen Gastes und — bei Gästen, die zum erstenmal deutschen Boden betreten — ein Fahnenband des fremden Landes an die Bataillonsfahne.

Der Dienst, den die Soldaten in ihren Uniformen mit dem weißen Koppelzeug und den Ärmelstreifen mit der Aufschrift „Wachbataillon" dafür leisten, ist zwar ehrenvoll, aber hart — so hart sogar, daß bei den offiziellen Paraden wie zum Empfang der Königin Juliana auf dem Köln-Bonner Flughafen stets Sanitäter bereit stehen, um denjenigen zu helfen, denen bei soviel Zeremoniell schwach wird. Kein Wunder also, daß der Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Brücker, Kandidaten mit Kreislaufschwächen, Rückgratschäden oder Plattfüßen von vornherein ablehnt.

Aber auch Bärtige und Langhaarige haben — entgegen sonstiger Bundeswehr-Toleranz — beim Wachbataillon keine Chance. Den Bonner Parade-Soldaten ist sogar vorgeschrieben, daß sie die „Koteletten" nicht tiefer wachsen lassen dürfen als bis zum unteren Ende des Ohrläppchens. Das Präsentieren und Repräsentieren verstehen die uniformierten Gentlemen der Bundeshauptstadt bis ins Detail. So wissen sie zum Beispiel, wie sie zu reagieren haben, falls eine Wespe das Paradespektakel zu sobatieren versucht; sie dürfen zwar auch dann die Augen nicht bewegen, aber können — so ein Vorgesetzter — „unauffällig blasen" und das Kerbtier so in die Flucht schlagen. Was zu tun ist, wenn die Wespe zum Gegenangriff ansetzt, steht freilich in keiner Vorschrift.

Wahrscheinlich aber werden die Soldaten in diesem Fall so gelassen reagieren, wie es der Presseoffizier des Bataillons beim Staatsbesuch des belgischen Königspaares vorexerzierte: Während er in Halb-Acht-Stellung stand, kroch ihm, wie man sich in Bonn erzählt, eine Spinne ins Genick. Dem Leutnant trat darob zwar der Schweiß auf die Stirn, aber er rührte sich nicht von der Stelle.

Natürlich steht das Wachbataillon nicht nur bei den drei oder vier Staatsbesuchen im Jahr stramm. In seine Zuständigkeit fallen auch Ehrenwachen bei der Akkreditierung neuer Botschafter beim Bundespräsidenten, das Stellen von Ehrenformationen beim Empfang „kleinerer" Staatsgäste wie Minister und — das sei nicht vergessen — rein militärischen Aufgaben. Denn immerhin kommandiert der Bataillons-Kommandeur Tag für Tag rund 140 seiner Soldaten dazu ab vor den militärischen Einrichtungen im Raum Bonn Wache zu schieben. **Christian Deysson**

Eva M. Sirowatka

Die Erbtante und der Entenbraten

Agathe Zwiesel, ein dürres, älteres Frauchen, munter wie eine Elster und zäh wie ein bejahrtes Suppenhuhn, hätte aus den Mieterträgen ihrer Häuser in der Kleinstadt wie eine Made im Speck leben können. Sie gönnte sich aber rein gar nuscht und lebte wie ein magerer Hering in Essig. Sie legte Groschen zu Groschen, brachte alles auf die Sparkasse und hatte auf diese Weise im Laufe der Jahre ein beträchtliches Vermögen zusammengerafft. Dieser Umstand machte das Frauchen bei der Verwandtschaft interessant und begehrenswert, der Erbschaft wegen, die ja eines Tages nicht ausbleiben konnte.

Man überbot sich in Liebenswürdigkeiten, machte ihr noble Präsente und lud sie wiederholt ein. Bei den schon traditionellen Besuchen auf dem Lande las man ihr sozusagen jeden Wunsch von den Augen ab, bediente sie vorn und hinten, ertrug ihre Launen und Schrulligkeiten, immer im Gedanken an die drei Mietshäuser und das Barvermögen des Tantchens. Lebte sie in der Stadt auch sehr bescheiden, so verbrachte sie die Wochen auf dem Lande beinahe fürstlich. Sie regierte dort fast wie eine Fürstin, kommandierte die liebe Verwandtschaft ganz schön herum, so daß man immer aufatmete, wenn die Besuchszeit endlich vorbei war und Tantchen ihren Koffer packte.

Die Familie ihrer Nichte Lucia Skock pflegte Agathe Zwiesel im Herbst aufzusuchen, wenn die Äpfel und die Enten reif sind. Tantchens Leibgericht war eine knusprige gebratene Ente, mit Äpfeln und Majoran gefüllt und kalt zum Abendessen serviert.

Damit bei diesen Abendmahlzeiten aber auch jeder auf seine Kosten kam, wurden Tantchen zu Ehren gleich zwei oder drei kalte Enten am ersten Besuchstag gereicht. Mit Bernhard, dem Kutscher, und Agnes, dem Hausmädchen, dem Besuch und der ganzen Familie Skock waren es neun Personen, die alle satt werden wollten. Natürlich gab es vorher noch Suppe, Rührei mit Speck und Klopse; von den paar Entlein wäre niemand recht satt geworden.

Und nun war es wieder einmal soweit; Tantchen hatte per Postkarte ihr Kommen angekündigt. Am Freitag, dem 13. Oktober, sollte Bernhard sie mit dem Jagdwagen von der Bahnstation im Wald abholen.

Obwohl die Kartoffelernte noch im Gange war, ließ es sich Mutter Skock nicht nehmen, Kuchen zu backen, das Gästezimmer auf Hochglanz zu polieren und was es dergleichen andere Vorbereitungen zu treffen gab. Agnes schlachtete und rupfte derweil die einzige Ente, die noch übriggeblieben war, abgesehen von dem Zuchtpaar. Dem Vatchen Skock war nämlich eine Panne passiert. Ohne an den bevorstehenden Besuch der Erbtante zu denken, hatte er alle schlachtreifen Enten dem Hausfrauenverein in der Stadt verkauft und nur einen Kümmerling übriggelassen. Im Dorf ließ sich in der Eile auch keine zweite Ente auftreiben, weil die Tiere der guten Preise wegen auch schon verkauft worden waren. Nun war guter Rat teuer.

„Mach ordentlich Rührei mit Speck, damit wir anderen satt werden", schlug Vater Skock vor. „Hauptsache, Tantchen kann Entenbraten essen, wir anderen wollen gern darauf verzichten."

„Aber ich will kalte Ente!" rief Tutta energisch dazwischen. „Warum soll die Tante alles alleine haben?" Ein strenger Blick ihres Vaters brachte sie zum Schweigen. Sie verzog ihr Gesicht und war nahe daran, zu heulen.

„Tuttalein, Liebling, brauchst nicht traurig zu sein!" beschwichtigte sie die Mutter. „Wirst sehen, es bleibt bestim t ein Stück Entenbraten übrig. Gedulde dich nur, das Tantchen wird nie und nimmer die ganze Ente alleine verzehren."

„Ausgerechnet am Freitag, dem 13., muß sie kommen", jammerte Lucia Skock ihrem Mann die Ohren voll, als der Bernhard mit dem Wagen schon unterwegs war, das Tantchen abzuholen. „Wenn das kein schlimmes Vorzeichen ist!"

„Wer wird so abergläubisch sein", meinte Vatchen Skock leichthin. Ganz wohl war ihm in Gedanken an Tantchens Besuch auch nicht.

Alles war für den Empfang des wichtigen Gastes bereit. Auch die kalte Ente lag knusprig gebraten auf einer Porzellanplatte in der Speisekammer. Muttchen Skock hatte sich selber davon überzeugt, daß das Kammerfenster verschlossen war, damit nicht am Ende die Katze hereinspringen konnte.

Und dann traf das Tantchen ein. Sie wurde lautstark in Empfang genommen und mit vielen Küssen begrüßt.

Tantchen teilte nun ihr Geschenk aus. Eine Tafel Schokolade für alle vier Kinder zusammen, für die Zwillinge Paul und Peter, für Thilda und Tutta. „Aber verderbt euch nicht den Magen", ermahnte sie. „Teilt die Schokolade schön ein!" Danach begab sie sich auf ihr Zimmer, um bis zum Abendbrot zu ruhen. Pünktlich um sieben erschien sie im schwarzen Kleid mit der großen silbernen Brosche.

Der Abendbrottisch war festlich gedeckt mit dem besten Porzellan und den silbernen Bestecken. Agnes servierte die Suppe, es folgte Rührei mit Speck und Bratkartoffeln. Die anderen ließen es sich gut schmecken, wissend, daß es für sie heute abend keine kalte Ente geben würde; alle, bis auf Tantchen und Tutta. Tantchen, in Erwartung der Leibspeise, nahm nur wenig zu sich. Tutta aber verhielt sich ungewöhnlich still. Sie war leichenblaß. Die Mutter sah es jetzt erst mit Sorge.

„Du wirst doch nicht etwa krank werden, Goldkind?" fragte sie und hielt ihre Hand an Tuttas Stirn. „Hast du Schmerzen?"

„Mir is nich gut", piepste Tutta. „Ich muß mal raus!"

„Geh mit Tutta, Thilda, und gib auf sie acht!" forderte die Mutter ihre älteste Tochter auf. „Und leg dich nachher gleich zu Bett, Tuttalein. Ich seh nach dir."

Die letzten Worte hörte Tutta nicht mehr. Sie lief wie gejagt auf den Hof.

Lucia Skock kam vorläufig nicht dazu, sich um ihren Liebling zu kümmern. Die Ereignisse überstürzten sich. Agnes war aufgeregt ins Zimmer gekommen, um der Hausfrau etwas ins Ohr zu flüstern.

„Entschuldige mich ein Momentchen", bat Lucia Skock die Tante, „ich bin gleich wieder da."

Es dauerte aber noch eine geraume Weile bevor sie ihr Versprechen wahrmachen konnte. Und statt der so sehnlich erwarteten Ente trug sie gewärmten, eingemachten Gänsebraten auf der Platte.

Das Tantchen blickte mit großen, starren Augen auf die Platte; Lucia mußte nun aber wohl oder übel mit der Erklärung herausrücken. Irgendein vierbeiniger Räuber, berichtete sie, entweder Hund oder Katze, war in die Speisekammer gelangt, um sich an der kalten Ente gütlich zu tun. „Allem Anschein nach war es die Katze", fuhr sie fort. „Denn nur die kann hineingeklettert sein — das Kammerfenster stand offen. Aber sie wird ihre Strafe bekommen, die Kreet! Sie kommt mir nicht mehr ins Haus, soll sie sehen, wo sie bleibt!"

Das rührte Tantchen. Bei aller Sonderlichkeit war sie kein schlechter Mensch; sie besaß auch ein Herz für Tiere. „Das wirst du nicht tun, was kann die arme Katze dafür!" protestierte sie. „Sie ist nur ein unvernünftiges Tier. Schuld ist bloß der, der das Kammerfenster offen gelassen hat. Aber mach dir keine Sorgen, ich esse gewärmten Gänsebraten auch ganz gerne!"

Diese noble Einstellung ehrte Tantchen. Mit Tutta aber hatte die Mutter an diesem Abend noch ein ernstes Wort unter vier Augen zu reden, obwohl das liebe Kind so arg unter Übelkeit und Bauchweh litt, daß sie auch den ganzen nächsten Tag zu Bett liegen mußte und nur Zwieback und Kamillentee zu sich nehmen durfte. Nach anfänglichem Leugnen gab das Goldkind dann auch zu, daß sie es gewesen war, die heimlich die ganze kalte Ente aufgegessen und nur das Gerippe übriggelassen hatte. Um den Verdacht auf die unschuldige Katze zu lenken, hatte sie anschließend noch das Kammerfenster geöffnet, diese gräßliche Göre.

Nun, Tutta war genug durch ihr Bauchweh gestraft, eine ganze kalte Ente würde sie gewiß nie wieder essen.

Bisher erschienen die Bücher:

Unter dem Namen Eva Sirowatka

Mein Freund der kleine Kater. Für Jugend von 6 bis 90 Jahren, 1968, Boje Verlag, 3,50 DM. — **Katjas schwedischer Sommer.** 1969, Boje Verlag. Für Mädchen ab 12 Jahren, 3,95 DM. — **Ein Jahr hat viele Feste.** Bilderbuch in Versen, 5,50 DM, Engelbert-Dessart-Verlag, Mainz, 1971. — **Zeit der Kontraste.** Gedichte, 1971, Henn Verlag, Ratingen, 3,— DM. — **Heller Stern über dem Wald.** Prosa und Gedichte, 1971, Christliche Verlagsanstalt Konstanz, 0,80 DM. — **Onkelchens Brautschau.** Masurische Schmunzel-Geschichten, Kiefel Verlag, 1972, 5,80 DM.

Unter dem Namen Eva Wiesemann:

Das geheimnisvolle Blockhaus. Für Mädchen von 7 bis 10 Jahren, Schneider Verlag, München, 1968, 3,95 DM. — **Anja und ihr Dackel Nicki.** Schneider Verlag, 1969. Für Mädchen von 6 bis 8 Jahren, 2,95 D-Mark. (Hierzu erscheint 1972 die Fortsetzung **Anja und ihre Freunde**). — Ein Wunsch geht in Erfüllung. Für Kinder von 8 bis 10 Jahren, Schneider-Verlag, 3,95 DM.

Schmunzelgeschichten aus Masuren

Blau war der Wald am Horizont
gelbweiß am Weg der Sand.
Es wandern die Gedanken
weit zurück ins Heimatland.

Da liegt mein kleines Heimatdorf
in mittäglicher Rast —
Kornmuhme durch die Felder geht
im Sonnenglast.

Mit diesen Versen gibt Eva M. Sirowatka die Einstimmung zu ihrem neuen Bändchen ‚Onkelchens Brautschau — Masurische Schmunzelgeschichten', das der Kiefel Verlag in diesen Tagen in geschmackvoller Aufmachung (und zu dem günstigen Preis von 5,80 DM) auf den Markt brachte. Vor allem die älteren Leser werden dankbar sein für den Großdruckband, schon der Augen wegen.

Die Geschichten selbst — zum Lesen wie zum Vortragen gleichermaßen geeignet — spielen in jener ostpreußischen Landschaft, die von jeher dafür bekannt ist, daß sie in besonderem Maße Kauze und Originale hervorgebracht hat: in Masuren. Ob das nun an der Weite des Landes mit den riesigen dunklen Wäldern, den kristallklaren Seen, den versteckten kleinen Dörfern gelegen hat, oder ob es jene besondere Blutmischung war, die in diesem Land an der Grenze die verschiedensten Einflüsse vereinigte — dort gab es eine eigentümliche, eigenständige Art von Humor, gemischt aus ein bißchen Bauernschläue, ein bißchen Freude am Erzählen, der Fähigkeit, die guten Seiten des Lebens genießerisch auszukosten und im übrigen mit beiden Beinen fest auf der Erde zu stehn und sie gegen die Stürme des Schicksals zäh zu verteidigen.

Das alles lebt in den Geschichten in diesem Bändchen weiter. Man spürt, daß die Autorin selbst inmitten dieser Landschaft, dieser Menschen aufgewachsen ist, das sie sich ihnen zugehörig fühlt, nicht nur von der Herkunft, sondern auch vom Wesen her.

Und so gewinnen alle die Gestalten dieses Büchleins Leben und Kontur, das Onkelchen Biallusch (das die Leser des Ostpreußenblattes bereits kennen), der Sonntagsjäger Gudat, das Barbchen und die Göre Tutta, Tante Agathe, die so gern kalten Entenbraten aß (sie wird auf dieser Seite vorgestellt), das Fräuleinchen Annagrete und die alte Ottka, um nur einige der liebenswerten Personen vorzustellen, die Eva M. Sirowatka hier lieben und leiden und lachen läßt. Wir wünschen dem Buch eine gute Reise zu vielen Lesern, denen, die selbst zu dem besonderen Menschenschlag jener Landschaft gehören, und jenen, die ihn gern kennenlernen möchten. **RMW**

Wir stellen vor:

Eva M. Sirowatka

Zu jenen Autorinnen, die sich im Laufe der Jahre auf den vom Talent bestimmten Bahnen vorgekämpft haben, zählt Eva Maria Sirowatka Talente wurden ihr in Fülle in die Wiege gelegt; sowohl vom Vater als auch von der Mutter erbte sie eine künstlerische Ader

Am 21. Juni 1917 wurde Eva Wiesemann in Krausen im Kreis Rößel geboren. Ein Kind des Ermlandes, eine Lehrerstochter. Der Vater wurde in das Waldarbeiterdorf Neu-Wuttrienen, am Rande des Ramucker Forstes, versetzt, wo das Mädchen zwischen Lansker- und Ustrich-See, nahe Gelguhnen im Landkreis Allenstein, aufwuchs. In ihren ersten Jugendbüchern lebt dieser ostpreußische Hintergrund wieder auf. Vaters Bücherschrank bedeutete schon der kleinen Eva Maria sehr viel. Als Kind war sie entschlossen, später einmal selbst zu schreiben; als Quintanerin schickte sie ihr erstes Gedicht an die Zeitung in Allenstein, wo sie die Luisenschule besuchte. Des Vaters Wunsch mag es gewesen sein, die Tochter auf eigenen Spuren wandeln zu sehen. Bei Nern erhielt sie in Allenstein Zeichenunterricht und wurde dann zu Professor Burmann in die Malklasse der Königsberger Kunstakademie geschickt. Im Zweiten Weltkrieg arbeitete sie als technische Zeichnerin in Königsberg, später beim Ostpreußenwerk in Allenstein, wo sie 1941 heiratete. Mit ihrer Mutter und den Kindern ging sie im Januar 1945 von Allenstein aus auf die Flucht.

Bei einem Aufenthalt in Schweden faßte sie den Entschluß, für immer dort zu bleiben. Aber es gelang ihr nicht, in der Fremde eine Existenz aufzubauen. Sie kehrte ins Elternhaus zurück, das im Zuge der Umsiedlung inzwischen auf den Hunsrück verlagert worden war. 1953 bauten ihre Eltern dort ein eigenes Häuschen; Eva Maria schloß eine neue Ehe mit einem Sudetendeutschen und bekam den Namen Sirowatka. Seitdem leben Eltern, Kinder und Kindeskinder — eine Tochter und ein Sohn entstammen auch dieser zweiten Ehe — in Emmelshausen bei Koblenz.

Seit 1961 schreibt Eva Sirowatka regelmäßig für Zeitungen und Zeitschriften, viele Beiträge für das Ostpreußenblatt; sie hat eine Reihe von Kurzgeschichten, Gedichten und Berichten veröffentlicht. Seit der Gründung im Jahr 1955 gehört sie der Gemeinschaft der Allensteiner Kulturschaffenden an, der Künstlergilde Esslingen und dem rheinland-pfälzischen Schriftstellerverband, dessen Sektion Jugendbuch sie seit einem Jahr als Delegierte beim VL vertritt. 1969 erhielt sie von der Landesregierung ein Auslandsstipendium und besuchte Bornholm und Luzern. Zum Rundfunk hat sie mit ihren Kinderfunkgeschichten — von Basel aus über Wien zu den deutschen Sendern — Zugang gefunden. 1968 erschienen ihre ersten Kinder- und Jugendbücher.

Ostpreußisches, das in ihr lebt, kehrt in vielen ihrer Gedichte und Geschichten wieder Schweden hat einen tiefen Eindruck auf sie gemacht, dorthin verlegte sie einige Handlungen. Ihre Kinder- und Jugendbücher haben die erste 100 000-Auflage längst überschritten. In verschiedenen Lesungen hat sie ihre Gedichte und Geschichten vorgetragen; besonders vor der Jugend hatte sie damit viel Erfolg.

Vielseitigkeit bedeutet für Eva Sirowatka keine Gefahr, denn sie hält ihre Schaffenszügel fest in der Hand. Sie weiß, daß das Malen, daß die Musik zurücktreten müssen. Sie weiß zuweilen überraschend konzentriert zu schreiben; das zeigen ihre Gedichte vor allem, bis zu den Kinderversen hin — und sie weiß sich ins Gemüt der Leser einzuschmeicheln, denn etwas von der herben Romantik des Ramucker Forstes ist ihr geblieben, etwas von der Klarheit der drei Seen, zwischen denen sie aufgewachsen, etwas von der Weite des ostpreußischen Himmels, unter dem sie ihre Jugend verbracht hat. Den Zeichenstift spürt man in ihrer Prosa; mit kräftigen Strichen zeichnet sie zuweilen — gleich den Chinesen — ein festumrissenes Bild; und die Musik, die im Elternhaus ertönte, erscheint, herb verklärt, in ihren Versen, obwohl sie auf den Reim weitgehend verzichtet. Noch hat Eva M. Sirowatka den Höhepunkt ihres Schaffens keineswegs erreicht. Von Jahr zu Jahr bewegt sie sich in aufstrebender Linie; eine Hoffnung für uns alle. **GH**

Die Stunde der Wahrheit

Schluß von Seite 3

bestehe darin, „daß sie in jedem Falle Schäden bringt, ob die Verträge ratifiziert werden oder nicht. Und das ist der Lohn der Leichtfertigkeit. Das geringste Übel wären neue Verhandlungen nach Konsultationen mit der Opposition. Die beste Alternative wäre eine neue Regierung nach Neuwahlen."

Eine neue Regierung — das spricht sich leichter, als es zu verwirklichen ist. Wenngleich es für die Regierung Brandt keineswegs nur die Hürde der Ostverträge, sondern schon den großen ausgetrockneten Graben des Bundeshaushaltes gibt, der gleich nach den Wahlen im Südweststaat im Bonner Parlament ansteht. Würde Brandt um die Erhaltung der Position kämpfen, die die SPD erstmals nach 1945 errungen hat, als sie die Regierung übernahm? Nicht nur das Wort vom „holzen" spricht dafür. Die heutige SPD sei nicht mehr die von Weimar, heute seien das nicht solche „Schlappschwänze" — auch das stammt von Willy Brandt und hat selbst alte Sozialdemokraten aufhorchen lassen. Waren Ebert und Noske tatsächlich „Schlappschwänze", als sie den Mut hatten, den Versuchen, aus Deutschland eine Räterepublik zu machen, entschieden entgegenzutreten? Das wird doch wirklich niemand behaupten wollen, und man kann der heutigen Bundesregierung, wieder von einem Sozialdemokraten geführt, nur von Herzen gleiche Behauptungsbereitschaft wünschen.

Wir möchten meinen, daß der Druck in den nächsten Wochen noch sehr viel stärker werden wird. Vielleicht nicht nur in der östlichen Presse, von Politikern, sondern eben auch von Hilfstruppen, denen sich der Kreml in der Bundesrepublik sicher sein darf. Am letzten Wochenende flimmerte der erste — noch unbedeutende — Protestmarsch über den Fernsehschirm. Im westfälischen Warendorf — mit der Forderung nach Zustimmung zu den Ostverträgen. Worauf spekuliert man in Moskau und in Ost-Berlin? Darauf, daß die Opposition weich wird? Nun, Oppositionsführer Barzel hat, gerade an die sowjetische Adresse gerichtet, nach seiner Rückkehr aus Paris erklärt, die Opposition werde auf Druck und Drohung hin nur noch entschiedener „nein" sagen. Es mag sein, daß Breschnew und Brandt durch die gemeinsam festgelegte „Friedenspolitik" sozusagen „durch dick und dünn" gehen müssen. Mag sein, daß man es in Moskau eben Breschnew anlasten würde, wenn sein Fahrplan in Unordnung geraten würde — so wie es für Brandt Konsequenzen haben müßte, wenn die Verträge nicht ratifiziert würden. Sollte Breschnew mit seinen kürzlichen Ausführungen jedoch den Versuch unternommen haben, Brandts Position zu stützen, so hat er erheblich daneben gegriffen. Denn während Brandt und Scheel immer nur von der „Beschreibung der Realitäten" reden und die endgültige Grenzregulierung dem einem möglichen gesamtdeutschen Souverän in Aussicht stellen, hat Breschnew mit nicht zu überbietender Deutlichkeit festgestellt:

„Nach Ansicht der Vertragsgegner sind die Verträge nicht gut, weil in ihnen die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen fixiert ist. Sie reden davon, diese Vertragsartikel ‚zu überprüfen'. Jedoch — ist es denn nicht klar, daß für Verhandlungen über eine Revision der Grenzen die Vertragsgegner keine Gesprächspartner haben und keine haben werden? Das ist kein Gegenstand der Erörterung — weder jetzt noch in Zukunft: die Grenzen der sozialistischen Länder sind unerschütterlich und die Verträge spiegeln hier nur die bestehende Klarheit wider."

Man sollte Herrn Breschnew nicht zürnen, man sollte ihm vielmehr dankbar sein für diese Klarheit, an der sich Bonn immer wieder herumzudrücken versucht. Jetzt geht auch das nicht mehr!

Solch klares Wort ging denn auch in Bonn entsprechend unter die Haut. Rächt sich jetzt bereits, daß als "Friedenspolitik" nur das gelten kann, was eben den Moskauer Vorstellungen entspricht und war es nicht gefährlich, daß man selbst in Bonn alle diejenigen, die sich nicht für diese Art eines Friedens, ohne Recht auf Selbstbestimmung und auf der Grundlage der Anerkennung der Gewalt bereit finden wollten, als Friedensstörer bezeichnete oder gar als Friedensfeinde verdächtigte?

Erinnern wir uns noch einmal daran, wie es aufgezäumt wurde, als Egon Bahr, den die Berliner „Tricky Egon" nennen, nach Moskau fuhr. Es ging angeblich um den Gewaltverzicht. Dabei war das Thema nicht einmal neu: in der Friedensnote vom 25. März 1966 — also vor zwölf Jahren — damals, als Ludwig Erhard Kanzler und Gerhard Schröder Außenminister waren, erklärte sich die Bundesregierung bereit, Erklärungen über Gewaltverzicht mit Moskau und anderen Regierungen auszutauschen. Moskau hatte damals Zeit und sah diese Zeit erst gekommen, als nach der Errichtung der sozialistisch-liberalen Regierung Willy Brandt sich bereit fand, die von Moskau seit Jahren zäh verfochtende These von den „Zwei Staaten in Deutschland" zu übernehmen und Bonn damit bereit war — wie der bekannte Bonner Publizist Wolfgang Höpker sagte — „so eine Art Anerkennung der ‚DDR' als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt" auszusprechen. Damit war schon von seiten der Bundesregierung ein fundamentaler Grundsatzentscheid gefallen ... Und damit hat die Sache tatsächlich angefangen und ist ins Rutschen gekommen, und so hat sich inzwischen längst rundgesprochen, was wir zu Beginn der Bahrgespräche in Moskau vorausgesagt hatten: es geht dem Kreml gar nicht um einen deutschen Gewaltverzicht, sondern es geht um einen gewaltigen Rechtsverzicht.

Es geht vielmehr darum, daß hier Verträge gegen den Willen der Mehrheit des ganzen deutschen Volkes abgeschlossen werden sollen, die nichts anderes sind als eine Kapitulation vor den sowjetischen Forderungen, aus der, wie die Erfahrung der Geschichte beweist, nur neues Unheil und neuer Unfriede bei den zur Verständigung bereiten Völkern entstehen würden. Würde Bonn diese Verträge ratifizieren, so würde der Bundestag gegen das Verfassungsgebot der Wiederherstellung der deutschen Einheit ebenso verstoßen wie gegen den klaren Deutschlandbegriff im Artikel 23 unseres Grundgesetzes. Es wäre ein schwerer Verstoß gegen die Obhutspflicht der Bundesregierung gegenüber den ostdeutschen Mitbürgern; denn die in der Heimat noch Verbleibenden würden ihre Staatsangehörigkeit verlieren, das Eigentum der Vertriebenen und Flüchtlinge würde praktisch preisgegeben. Die Verpflichtung, für die in der Unfreiheit lebenden Deutschen in Mitteldeutschland mitzuhandeln, würde nicht mehr erfüllt. Und das soll der Bundestag als rechtens anerknnen?

Schließen wir mit der Feststellung, indem wir noch einmal Wolfgang Höpker in seiner vielbeachteten Schrift „Die Stunde der Wahrheit" (Seewald-Verlag Stuttgart) zitieren:

„Eine Ratifikation der heute vorliegenden Verträge wäre schon deshalb ein abenteuerliches Unterfangen, weil ein Entscheid von derart schicksalhaftem Umfang mit bestenfalls fünf, wenn nicht noch weniger Stimmen Mehrheit gegen nahezu die Hälfte der deutschen Staatsvertretung erfolgen würde. Zugleich sollte sich das deutsche Parlament klar sein, daß es damit einen Mechanismus in Kraft setzen würde, der Erinnerungen an das Ermächtigungsgesetz vom März 1933 heraufbeschwört. Vergleiche hinken, immerhin sind brauner und roter Totalitarismus die beiden Seiten der genau gleichen Medaille."

Daran sollten alle denken, die in der Bundesrepublik Deutschland Verantwortung tragen. Jetzt und vor allem in den kommenden Wochen.

Walter Grant

KULTURNOTIZEN

Seine Majestät Gustav Krause — ein ostpreußisches Volksstück nach dem Theaterstück von Eberhard Foerster, in der Fernsehbearbeitung des aus Gerdauen stammenden Siegfried Wischnewski, mit einer Reihe bekannter ostpreußischer Darsteller, wird in einer Wiederholung am Sonnabend, 8. April, von 23.10 bis 0.45 Uhr im ZDF-Programm gebracht. Siegfried Wischnewski, der eine tragende Rolle in dem Stück übernommen hat, wird am 15. April seinen 50. Geburtstag begehen.

Ursula Enseleit, ostpreußische Lyrikerin und Grafikerin, ist in einer Sendung von Radio Bremen (Mittwoch, 19. April, 22.30 bis 22.45 Uhr im 2. Programm) mit Proben aus ihrem Gedichtband „Ungerupft" vertreten.

Der Verhaltensforscher Prof. Konrad Lorenz erhielt mit dem Kölner Historiker Prof. Theodor Schieder die Goldene Medaille der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung. Prof. Lorenz, der ein Institut für Verhaltensphysiologie leitet, hatte während des Zweiten Weltkrieges einen Lehrstuhl an der Königsberger Universität inne.

Die Ehrengabe der Allensteiner Kulturschaffenden wird zur Feier des 500. Geburtstages von Nicolaus Coppernicus einem Schriftsteller des deutschen Sprachgebietes verliehen, der in gültiger literarischer Kurzform Leben und Werk des Nicolaus Coppernicus behandelt. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle der Stadt Allenstein, 4650 Gelsenkirchen, Dreikronenhaus. Einsendeschluß ist der 31. Oktober dieses Jahres.

Die Agnes-Miegel-Gesellschaft hatte ihre Mitgliederversammlung zum 11. März nach Bad Nenndorf einberufen. Am Grab von Agnes Miegel gedachten die Teilnehmer der Dichterin. In Gesprächsrunden, Lesungen und Gedenkworten wurden Leben und Werk der unvergessenen Agnes Miegel wieder lebendig. Als Jahresgabe an die Mitglieder wurde die Broschüre "Das Unbewußte im Dichtungserlebnis Agnes Miegels" von H.-G. Kyritz, Professor an der Pattsburgh-University in den USA überreicht, eine Arbeit, die in Amerika weite Verbreitung und Anerkennung gefunden hat.

Eine Vorlesestunde mit Lichtbildern für Mädchen und Jungen von 5 bis 12 Jahren bietet das Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf am Dienstag, 4. April, von 16 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. Am gleichen Tag beginnt um 16 Uhr ein Puppenspiel-Lehrgang für Lehr- und Fachkräfte sowie alle am Pupepnspiel Interessierten ab 16 Jahre unter der Leitung von Harald Schwarz vom Hohensteiner Puppentheater in Essen. Schriftliche Anmeldungen an das Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf, Bismarckstraße 30, Telefon 35 05 23. — An jedem Donnerstag treffen sich im Alten-Klub unsere Landsleute um 16 Uhr in der Heimatstube Ostpreußen.



Suchanzeige

Wer kann bestätigen, daß ich, Johanna Rauß, geb. 21. 6. 1921 in Königsberg Pr., die Mädchengewerbeschule besucht und anschließend im Haushalt meiner Eltern gearbeitet habe und während dieser Zeit pflichtversichert gewesen bin? Johanna Berger, geb. Rauß, jetzt 717 Sulzdorf/Schwäb. Hall, Sudetenweg 8.

Abitur 1923: Suche meine Mitabiturienten, Oberrealschule auf der Burg Königsberg Pr. Doktor Paul von Fircks, Montreal 248, 4934

Herzliche Glück- und Segenswünsche zum 65. GEBURTSTAG am 7. April 1972 für

Otto Rupkalwies
aus Trausitten, Kr. Königsberg Pr.
jetzt 4402 Greven, Gimbter Weg 62

von seiner Familie

70

Otto Sostak
geb. 25. 3. 1902 in Lyck, Ostpr., Morgenstraße 10 u. 19
letzte Anschrift: Str. d. SA 109
jetzt 28 Bremen, Große Johannisstraße 227

Es gratulieren
4 Kinder
9 Enkelkinder
und 3 Urenkel

Am 5. April 1972 feiert unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma, Frau

Gertrud Hamm
aus Adl. Linkuhnen, Kreis Elchniederung
jetzt 23 Kiel-Holtenau, Rathmannsdorfer Schleuse

ihren 70. Geburtstag.

Es gratulieren herzlichst
Sohn Egon, Bremen
Tochter Edith
Schwiegersohn Werner
Enkelkinder Martin u. Dagmar
aus Dortmund

Am 4. April 1972 feiert unsere jüngste Schwester

Martha Hermenau
aus Königsberg Pr.
jetzt 4952 Hausberge-Porta, Stettiner Straße 36

ihren 60. Geburtstag.

Es gratulieren herzlich
die Geschwister Erna, Frieda, Käthe, Lotte und Elsa

Wir wünschen Dir noch viele schöne Jahre mit Deinen Kindern und Großkindern.



Ihren 70. GEBURTSTAG feiert am 7. April 1972 unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Emilie Küch
geb. Budwillus
aus Tannenwalde, Kreis Schloßberg
jetzt 414 Rheinhausen, In den Peschen 47

Es gratulieren herzlichst
Sohn Werner und Frau Liesel
Sohn Ernst und Frau Ursula
Sohn Manfred
Tochter Edith
und Schwiegersohn Otto
sowie Enkel und Urenkel

Am 7. April 1972 wird mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Opa

Fritz Manthei
aus Schloßberg, Ostpreußen

75 Jahre alt.

Hierzu gratulieren wir ihm von Herzen.
Gertrud Manthei
Roslind Fuhs, geb. Manthei
Bernd Fuhs
und Joachim, Martin und Heike
Christa-Maria Manthei, geb. Lepler
Hartmut Manthei
und Thomas, Christian, Volker, Stephan und Ingo
Karin Manthei, geb. Brinkmann
Wilfried Manthei
und Katrin und Carsten

53 Bonn, Neefestraße 9

Am 30. März 1972 feierte unser lieber Vater, Schwiegervater und Opa

Friedrich Sprakties
Tischlermeister
aus Liebenfelde, Kreis Labiau
jetzt in 7 Stuttgart-Zuffenhausen, Erlacher Straße 42

seinen 70. Geburtstag.

Es gratulieren herzlich und wünschen weiterhin alles Gute
seine Kinder und Enkel

Am 6. April 1972 feiert meine Mutter, Frau

Therese Haesler
geb. Blassing
aus Leissienen, Ostpreußen
jetzt 2351 Großkummerfeld

ihren 80. Geburtstag.

Es grüßen und wünschen alles Gute
Gertrud Arbeit, geb. Haesler
mit Kindern und Enkeln



Am 3. April 1972 wird meine liebe Mutter und Schwiegermutter, unsere liebe Oma, Uroma und Ururoma, Frau

Martha Berger
geb. Schilling
aus Fischhausen, Ostpreußen
jetzt 1 Berlin 61, Fichtestraße 2

90 Jahre alt.

Es gratulieren herzlich, auch im Namen aller Angehörigen
ihr Sohn Fritz Berger und Frau

Durch Gottes Gnade vollendete bei zufriedener Gesundheit am 30. März 1972 Frau

Anna Petrat
verw. Seruns, geb. Kumetat
aus Tilsit, Ostpr., Kleffelstraße 16

ihr 95. Lebensjahr.

Dieses zeigen in Dankbarkeit im Namen aller Kinder an
Tochter HILDEGARD und Familie

4352 Herten, Neustraße 13



Am 7. April 1972 feiert unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter

Theresia Gerwin
geb. Schöttke
aus Zimmerbude, Kr. Samland
jetzt bei ihrem Sohn Fritz Gerwin, 28 Bremen-Schwachhausen, Ulrichsstraße 22

ihren 86. Geburtstag.

Es gratulieren herzlich und wünschen weiterhin Gesundheit und Gottes Segen
ihre dankbaren Kinder
Fritz und Gertrud Gerwin
Ella und Gustav Zawodniak
Olga Butz
sowie Enkelkinder
Heidi, Rüdiger, Uwe, Uta
und Urenkelkinder
Doris, Gitta und Christine

Nach langem Leiden entschlief meine liebe Mutter

Lina Barowsky
geb. Gerth
aus Johannisburg, Ostpreußen

im 84. Lebensjahre.

Im Namen aller Angehörigen
Christel Porgan, geb. Barowsky

338 Goslar, den 15. März 1972
351 Hann. Münden, Rauschenbrunnen 5

Am 9. März 1972 entschlief nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter Schwester und Tante

Elise Pompesius
geb. Hennig
aus Zinten

im 89. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Karl Nikutta und Frau Ilse, geb. Pompesius
Kurt Pompesius und Frau Otti, geb. Koch
Enkel und Urenkel

2 Hamburg 73, Ringstraße 194

Die Beisetzung hat stattgefunden.



Friedrich Piotrowski

1892 — 1972

Ortelsburg

zuletzt Erlangen

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am 13. März 1972 meine liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Else Schulz
aus Heiligenbeil-Rosenberg, Ostpreußen

im Alter von 47 Jahren.

In tiefer Trauer
Gerhard Schulz
Irene und Karl-Heinz Schlüter
Claus und Michael

3146 Adendorf über Lüneburg, Schlangenweg 11
Einäscherung findet in Mainz statt.

Plötzlich und unerwartet verstarb am 2. März 1972 unsere liebe Kusine, Tante und Großtante

Margarete Neubauer

aus Königsberg Pr., Turnerstraße 5

Sie folgte ihren und unseren lieben Eltern und weiteren Anverwandten, die in den Jahren 1945—1947 in Königsberg Pr. verstorben sind

Im Gedenken an alle
Familie Erich Hesse, Hilden
Familie Paul Hesse, Kiel
Familie Hans Kohl, Lübbenau
Familie Gustav Hoppe, Wülfrath
Familie W. Wagner, Cuxhaven

401 Hilden (Rheinland), Dürerweg 14



Nach kurzer Krankheit nahm am 14. März 1972 Gott der Herr unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Bertha Arndt

geb. Neuber
aus Döbern, Kr. Pr.-Holland

im 72. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
Manfred Arndt und Frau Ruth, geb. Formella
Friedrich Abel und Frau Helga, geb. Arndt
und Kinder

2057 Grove, Post Schwarzenbek

93 Jahre der Lebenszeit sind verflossen im Strom der Zeit in Ewigkeit.

Am 15. März 1972 rief Gott der Herr unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante, Frau

Helene Lorenz

geb. Glodschey
Königsberg Pr., Landhofmeisterstraße 15 a

im 94. Lebensjahre heim in seinen Frieden.

Ein stilles Gedenken gilt unserem Vater Samuel Lorenz und unserem gefallenen Bruder August.

In stiller Trauer
ihre Kinder
Enkel, Urenkel
und Anverwandte

7741 Tennenbronn, 20. März 1972

Hannover-Ricklingen, Pfarrstraße 33

Meine liebe Frau, unsere liebste Mutti, Omi und Uromi

Henriette Gerlach

geb. Urban
* 22. 12. 1890 † 10. 3. 1972
aus Mensguth, Kreis Ortelsburg

hat uns heute für immer verlassen.

In Dankbarkeit
August Gerlach
Bruno Gerlach und Frau Thea, geb. Leiting
Heinz Gerlach und Frau Ursula, geb. Behrends
Elisabeth Szepan, geb. Gerlach
Marlis Gerlach, geb. Höhne
Enkel und Urenkel

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 15. März 1972, um 13.00 Uhr von der Kapelle des neuen St.-Nikolai-Friedhofes, An der Strangriede, aus statt

Christus ist mein Leben und Sterben ist mein Gewinn.

Nach langer Krankheit entschlief heute ruhig meine liebe Frau und Mutter, unsere gute Schwiegermutter, Oma, Schwester Schwägerin und Tante

Anna Malso

geb. Vicktor
aus Maihof, Kreis Lyck

im 79. Lebensjahre. Sie folgte ihren beiden Söhnen, die aus dem 2. Weltkrieg nicht zurückkehrten, und ihrer Tochter, die 1968 plötzlich verstarb.

In stiller Trauer
Fritz Malso
Willi Ströhmann und Frau Irmgard, geb. Malso
Bernhard Janßen
sowie 5 Enkelkinder
und Angehörige

2803 Kirchweyhe, Im Wiesengrunde 11, den 16. März 1972

Gott der Herr rief unsere liebe Schwägerin und Tante

Berta Kraudzun

* 5. 6. 1894 † 13. 3. 1972
Königsberg Pr. Stuttgart

nach kurzer, schwerer Krankheit in die Ewigkeit ab.

Wir geben allen lieben Freunden und Bekannten, die mit ihr in Freundschaft verbunden waren, von ihrem Ableben Kenntnis.

Die Nichte Alice Bachert, geb. Kraudzun

7107 Bad Wimpfen, Erich-Sailer-Straße 21

Nach einem erfüllten, schaffensreichen Leben entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit, jedoch für uns unerwartet, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Gertrud Gronau

geb. Model
geb. 21. 7. 1895 gest. 20. 3. 1972
Heiligenbeil, Ostpreußen, Alte Poststraße 4—5

Sie folgte ihrem viel zu früh dahingeschiedenen Mann, dem

Tischlermeister und früheren Kreishandwerksmeister

Rudolf Gronau

geb. 2. 5. 1898 gest. 10. 12. 1956

In stiller Trauer
Gerhard und Anneliese Gutzeit, geb. Gronau
sowie alle Angehörigen

2358 Kaltenkirchen, Friedenstraße 2

Wir haben sie am 24. März 1972 in Kaltenkirchen zur letzten Ruhe gebettet.

Meine liebe Schwester, unsere herzensgute Tante und Großtante

Klara Wegner

aus Königsberg Pr.

ist am 15. März 1972 plötzlich von uns gegangen.

Ihr tapferes Leben war voller Liebe und Hilfsbereitschaft für uns.

Im Namen der Hinterbliebenen
Edith Haagen, geb. Wegner

242 Eutin-Neudorf, Breslauer Straße 1

Für uns alle unerwartet, verstarb während ihres Urlaubes in Torremolinos (Malaga) unsere geliebte Mutter

Frida Emma Kroehnert

geb. Freutel

Sie folgte jetzt ihrem von den Russen erschossenen Ehemann

Bernhard Julius Kroehnert

aus Kölln, Linkuhnen, Kreis Elchniederung

und ihrer jüngsten infolge eines Unfalles verstorbenen Tochter

Susanne

in die Ewigkeit.

Es werden sie nie vergessen
ihre Töchter Erika Hallmann
Ursula Hass
Jutta Hühn
ihre Schwiegersöhne
Enkel und Urenkel

2331 Ascheffel, Förstereiweg

Nach langer, schwerer Krankheit nahm heute Gott der Herr meine liebe, für mich stets treusorgende Frau, unsere liebe Schwägerin, Tante, Cousine und Freundin

Elli Krawolitzki

geb. Krawolitzki
aus Sentken, Kreis Lyck, Ostpreußen

kurz vor dem 80. Geburtstage zu sich in sein himmlisches Reich. Sie war fest im Glauben und liebte ihre ostpreußische Heimat, die sie nie verloren glaubte.

In Dankbarkeit und tiefer Trauer
im Namen aller Leidtragenden
Eugen Krawolitzki

7594 Kappelrodeck, Hauptstraße 1, den 20. März 1972

Nach langem, geduldig ertragenem Leiden entschlief im 80. Lebensjahre unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Lisbeth Guddas

geb. Höhler
aus Tilsit, Ostpreußen

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Inge Gaida, geb. Guddas
Hans-Walter Guddas

845 Amberg, Köferinger Straße 1, den 14. März 1972

Unsere geliebte Mutter, Frau

Berta Hesse

geb. Strauß
aus Reußen, Kreis Mohrungen
* 17. 11. 1894 † 22. 2. 1972

ist für immer von uns gegangen.

Hans Hesse und Familie
Fritz Hesse und Familie
Käte Weber, geb. Hesse, **und Familie**

4154 Tönisvorst 2, Eichenstraße 5, im Februar 1972

Unsere herzensgute Tante, die uns ein Leben lang mit ihrer Liebe begleitet hat, Frau

Marie Forstreuter

geb. Wielgoß
aus Treuburg, Salzburger Hof

ist im 98. Lebensjahre am 10. März 1972 in Gottes Frieden heimgegangen.

Im Namen aller Angehörigen
Martha Tatzko, geb. Glaser
Elisabeth Sitzler, geb. Wielgoß

7 Stuttgart-Degerloch, Felix-Dahn-Straße 82

Am 14. März 1972 entschlief nach langer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Oma

Johanna Hamann

geb. Fänger
aus Pillau, Ostpreußen

im Alter von 73 Jahren.

Im Namen aller Trauernden
Otto Hamann

2362 Wahlstedt, Birkenweg 14

Früh endete das Leben meiner strahlend gesunden Tochter

Iris Georgia Hoefer

* 9. 12. 1944
Mohrungen, Ostpreußen

Sie stürzte am Mount Aspiring (Neuseeland) am 3. März 1972 ab.

Dorothee Hoefer, geb. Stoppel
Rittergut Bündken bei Saalfeld, Kreis Mohrungen, Ostpreußen
Franzi van de Weyer
Josi Zidianakis
Dr. med. Gregorio Zidianakis
Iraklion (Kreta), Griechenland
Frau Ruth Stoppel, geb. Eben
Ebenau bei Saalfeld, Kreis Mohrungen
jetzt Edmonton, Canada
Frau Rita Hoefer
Warglitten, Kreis Osterode
Frau Renate Raber, Edmonton
und 5 Nichten und Neffen

2418 Ratzeburg, Friedensstraße 10

Am 20. März 1972 verstarb in Leverkusen-Küppersteg nach langem und geduldig getragenem Leiden mein lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater, unser Onkel und Großonkel

Willibald Müller

früher Architekt
in Johannisburg, Ostpreußen

im 87. Lebensjahre.

Im Namen aller Angehörigen
Herta Gottlob, geb. Müller
Hans Gottlob

51 Aachen, Abteistraße 4

Die Beisetzung hat in Leverkusen-Küppersteg auf dem Friedhof Reuschenberg am 24. März 1972 stattgefunden.

Am 20. März 1972 verstarb plötzlich und unerwartet meine liebe Frau unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Asta Drost

geb. Schaar

aus Untereißeln, Kreis Tilsit-Ragnit

In stiller Trauer
Gustav Drost

4048 Grevenbroich Montzstraße 19

Dipl.-Landwirt

Fritz Hundsdoerfer

Gut Rathsthal, Kreis Gerdauen
geb. 27. 1. 1901 gest. 10. 3. 1972

Elfriede Hundsdoerfer, geb. Sack
Leonhard Hundsdoerfer und Frau Anneliese, geb. Rosenau
Sabine
Dr. Rupert Hundsdoerfer und Frau Marianne, geb. Urbschat
Jochen und Anke
Claus Neumann und Frau Bärbel, geb. Hundsdoerfer
Anja und Kai
Christel Kunkel, geb. Sack

2054 Geesthacht, Ostpreußenweg 11

Fern seiner geliebten Heimat verstarb im Alter von 74 Jahren am 14. März 1972 mein lieber Mann

Landwirt

Konrad Rischewski

aus Neu-Mertinsdorf, Kreis Allenstein, Ostpreußen

In tiefer Trauer
Franziska Rischewski
und Kinder

655 Bad Kreuznach 12, Rheinhessenstraße 93

Plötzlich und unerwartet verschied heute mein geliebter Mann

Walter Gudat

Oberstudienrat a. D.

geb. am 17. März 1906 in Matzgirren, Ostpreußen

Marianne Gudat

3569 Endbach, Landstraße 19, den 10. März 1972
Feuerbestattung fand am 14. März in Gießen statt; die Beisetzung erfolgt Ende März in München auf dem Nordfriedhof.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Albert Pahlke

Landwirt und Bürgermeister
aus Schönfließ, Kreis Rastenburg
geb. 21. 1. 1896 gest. 22. 3. 1972

In stiller Trauer
Ruth Wissel, geb. Pahlke
Paul Wissel
Alice Berlin, geb. Pahlke
Hermann Berlin
Maris, Paul, Roland und Eckhard als Enkel
und alle Anverwandten

4800 Bielefeld, Rabenhof 3, den 22. März 1972
Die Beerdigung fand am 27. März 1972 auf dem Friedhof in Heepen statt

---

Fern seiner geliebten Heimat verstarb am 30. Januar 1972 nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Urgroßvater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

frühere Einrichter der Stadtwerke Insterburg, Abt. Gaswerk

Karl Bajorat

Insterburg, Ostpreußen, Ufergasse 9

im Alter von 77 Jahren.

In stiller Trauer
Elisabeth Bajorat, geb. Braun
Alfred Bajorat und Frau Linde, geb. Pradel
Heinz Bajorat und Frau Margot, geb. Schneider
Großkinder, Urgroßkinder und Angehörige

496 Stadthagen, Gartenstraße 27, im März 1972

Ausgelitten hab' ich nun,
bin am letzten Ziele
von den Schmerzen auszuruh'n,
die ich nicht mehr fühle.

Otto Kuhr

aus Tilsit, Ostpreußen
geb. 20. 7. 1899 gest. 2. 3. 1972

Nach schwerem Leiden verstarb am 2. März 1972 mein lieber Mann und Vater, Bruder, Schwager und Onkel.

Im Namen aller Angehörigen
Gertrud Kuhr, geb. Ruddakies
Tochter Ingrid

752 Bruchsal, Franz-Sigel-Straße 32

Mein geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, unser lieber Bruder

Rudolf Kühnel

* 30. 4. 1894 † 20. 3. 1972

folgte, für uns alle gänzlich unerwartet, seiner lieben Frau nach zwei Monaten in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Ingrid Skibba, geb. Kühnel
Heinz Skibba
Marion Skibba

46 Dortmund, den 20. März 1972
5 Köln 91, Am Schauenberg 5

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 24. März 1972, um 9.00 Uhr in der Trauerhalle des Südwestfriedhofes, Große Heimstraße, statt.

Wilhelm Willamowski

* 18. 4. 1905 † 6. 3. 1972
Dippelsee, Kreis Lyck

Gott, der Herr über Leben und Tod, hat unseren lieben Bruder unseren guten Onkel und Vetter, nach kurzer Krankheit, für uns alle so überraschend früh, heimgerufen.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Martha Bendzko

24 Lübeck 1, Marliring 62

Wir haben ihn am 10. März 1972 in Hameln, Friedhof „Am Wehl", zur letzten Ruhe gebettet.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am 24. März 1972 nach einem arbeitsreichen Leben voller Liebe und Pflichterfüllung mein lieber, unvergessener Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, Bruder, Onkel und treusorgender Lebensgefährte

Otto Wowerat

aus Altsnappen (Alxnupönen),
Kreis Schloßberg (Pillkallen), Ostpreußen

im Alter von 82 Jahren.

In stiller Trauer
Erich Wowerat und Frau Erika, geb. Eilers
Alexander Wensauer und Frau Ingrid, geb. Wowerat
und Urenkel Nicole und André
Emma Schemschies
und alle Angehörigen

294 Wilhelmshaven, Ackerstraße 5
Freiligrathstraße 227
4951 Eisbergen, Kreuzbreite 11

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 29. März 1972, um 13.45 Uhr von der Kapelle Friedenstraße aus statt.

Weinet nicht an meinem Grabe,
gönnet mir die ew'ge Ruh',
denkt, was ich gelitten habe,
eh' ich schloß die Augen zu.

Plötzlich und für uns alle unfaßbar entschlief heute früh unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Wwe. Amalie Eggert

verw. Eym, geb. Gerwin
aus
Zimmerbude, Kreis Fischhausen
geb. 9. 3. 1889 gest. 10. 3. 1972

In stiller Trauer
Fritz Rähse und Frau Anna, geb. Eym
Enkel Helmut
und alle Angehörigen

2134 Bötersen 89, Kr. Rotenburg

Unsere liebe Mimi,

Maria Lewald

aus Königsberg Pr.

ist nach einem erfüllten Leben in Gottes Frieden heimgegangen.

I. A. E. Veit

33 Braunschweig,
Osnabrückstraße 8

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am 14. März 1972 im Alter von 83 Jahren unser guter Vater, Schwiegervater und Opa

Otto Nofz

aus Königsberg Pr.

In stiller Trauer
seine Kinder
Irmtraut, Annemarie und Willibald mit Familie

7562 Gernsbach,
Beethovenstraße 2

---

3 Hannover-Kirchrode, Molanusweg 51
3201 Diekholzen/Hildesheim, Am Steinberg 49

Die allerletzten Blumen
Die Weidenkätzchen, pflückt ich mir;
Sie blühen auf dem Grab der Liebe —
Denn heute muß ich fort von Dir.

Plötzlich und unerwartet entschlief am 2. März 1972, kurz vor seinem 76. Lebensjahr, mein lieber, herzensguter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann

Friedrich Sekat

Tapiau, Kreis Wehlau

* 3. 4. 1896 in Langendorf/Ostpreußen
† 2. 3. 1972 in Diekholzen/Hildesheim

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen

Elfriede Sekat, geb. Müller
Siegfried Sekat
Winfried Sekat und Frau Jutta, geb. Wirts
Lothar Sekat und Frau Christa, geb. Pfeiffer
und Großkinder

Die Beerdigung fand am Dienstag, dem 7. März 1972, um 14 Uhr auf dem Friedhof in Diekholzen statt.

So keimte ein Krieg:

24 Stunden entscheiden

Hitlers verhängnisvolle Frist

Wenngleich auch in allen europäischen Hauptstädten mit dem Ausbruch deutsch-polnischer Feindseligkeiten fast stündlich gerechnet wurde, so haben sich die Hoffnungen der Menschen doch auf eine friedliche Lösung des Konflikts konzentriert und die letzten Tage, die dem verhängnisvollen 1. September 1939 vorausgingen, brachten Hoffnung ebenso wie bittere Enttäuschung. Eine herbe Enttäuschung war für Hitler die Tatsache, daß Mussolini sich nicht in der Lage sah, bei Ausbruch eines Krieges an die Seite Deutschlands zu treten. Eine weitere Enttäuschung ergab sich aus seiner Fehlrechnung: es war nicht möglich, einen Konflikt auf Polen zu lokalisieren. Vielmehr wußte Hitler nun, daß England (und damit auch Frankreich) seine Bündnisverpflichtungen Polen gegenüber erfüllen würde. In Polen hatte der Ministerrat inzwischen die allgemeine Mobilmachung angeordnet, die am 30. August in Kraft treten sollte. Diese schwerwiegende Entscheidung wurde in Warschau den Botschaftern der Westmächte zur Kenntnis gegeben, fand aber keineswegs deren ungeteilte Zustimmung. Weniger aus dem Grunde, weil man einen solchen Schritt militärisch nicht gerechtfertigt gehalten hätte, sondern wegen seiner psychologischen Wirkung in einem Augenblick, da vielleicht Hitler noch zu einer Zustimmung zu bewegen gewesen wäre. Die Zurücknahme des Angriffsbefehls an die Wehrmacht konnte in dem Sinne gewertet werden, als habe Hitler sich endlich der Vernunft gebeugt und sei nunmehr bereit, einen friedlichen Ausweg zu suchen. Eine Generalmobilmachung jedoch müßte in Berlin entsprechende Wirkung haben. Oberst Beck jedoch ließ sich durch die Bedenken der beiden Diplomaten keineswegs in seiner Auffassung beirren und war nicht bereit, die Mobilmachung etwa aufzuschieben.

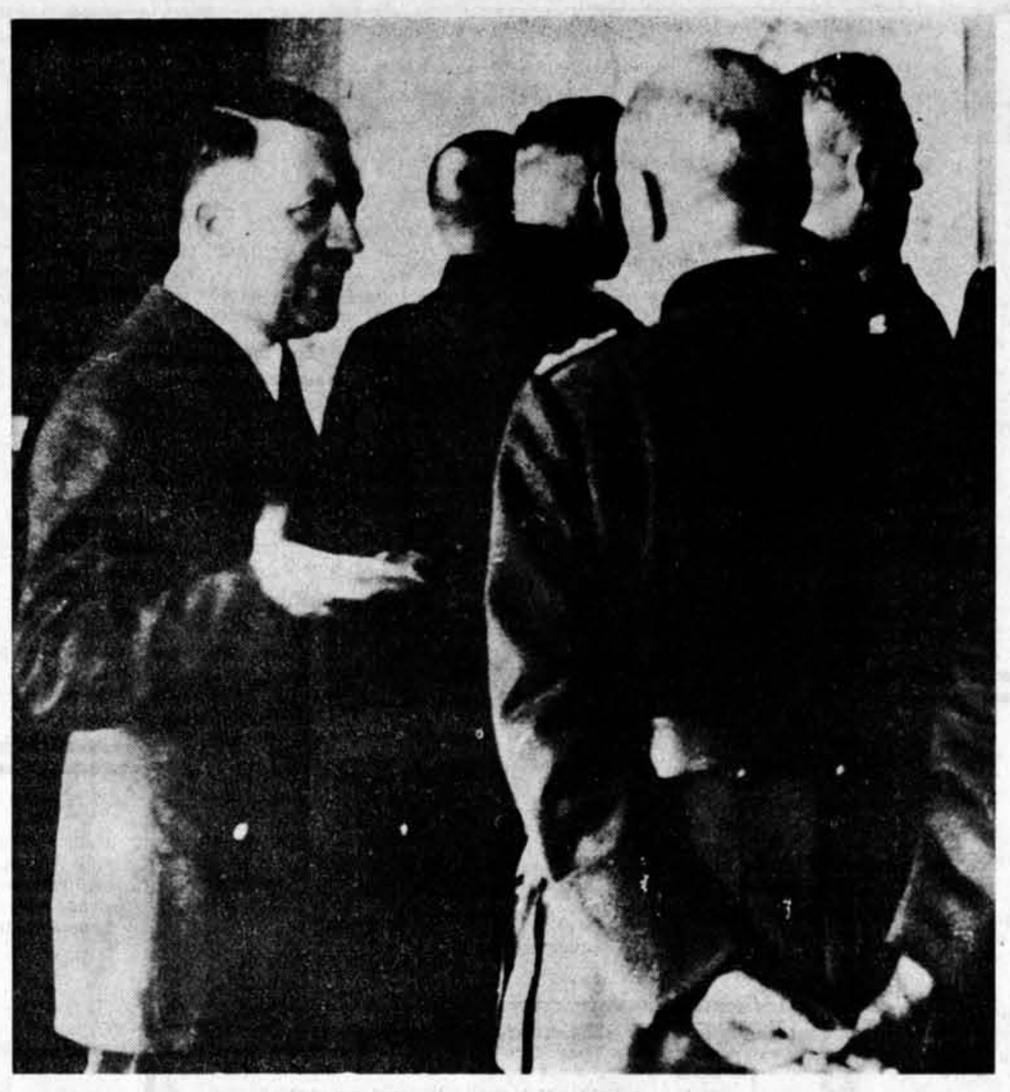
Mussolinis Appell

Die aufziehende Gefahr wurde insbesondere in Italien richtig eingeschätzt und Mussolini nahm Gelegenheit, in einem Appell an Hitler seinem Achsenpartner zu versichern, daß er seiner beständigen Solidarität sicher sein könne, jedoch wolle er er ihm „als Ihr aufrichtiger Freund und der des deutschen Volkes" sagen, „daß die britischen Vorschläge nach meiner Ansicht die Voraussetzungen und die Elemente enthalten, um zu einer für Deutschland günstigen Lösung bei allen es interessierenden Problemen zu gelangen". Mussolini ließ wissen, daß seine Beziehungen zu England gut und herzlich seien und er erklärte sich bereit, als Mittler zwischen Berlin und London aufzutreten. Ob dieser Appell Mussolinis einen besseren Erfolg gehabt hätte, wenn in Berlin inzwischen nicht die polnische Mobilmachung bekanntgeworden wäre, ist heute schwer zu beurteilen. Hätte Hitler auch dann den Krieg riskiert, wenn er seine Ziele hätte auf diplomatischem Wege erreichen können? Jetzt sah er sich in einem echten Dilemma seiner Generalität gegenüber. Sollte er weiter auf das Ergebnis von Verhandlungen warten und damit den Termin für eine militärische Lösung verstreichen lassen. Seine Generalität wies ihn auf die fortgeschrittene Jahreszeit hin, die es ihm bald nicht mehr ermöglichte, im Jahre 1939 Herr seiner Entschlüsse zu sein.

Hitler hatte bisher mit seinen Entscheidungen — of genug gegen den Willen der Militärs durchgesetzt — recht behalten. Würde eine „Halbheit" ihm jetzt nicht seine Position schmälern. Hatte er nicht dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Burckhardt, gegenüber in einem Gespräch geäußert, daß ein Mann seiner Herkunft, seines Aufstiegs und seines Wesens eine derartige „Niederlage" nicht hinnehmen könnte. Es werden sicherlich viele Faktoren zusammenkommen, die ihn veranlaßten, eine militärische Lösung nicht in die ersten Monate des nächsten Jahres zu verlegen. Die polnische Mobilmachung mag dabei seine Hartnäckigkeit verstärkt haben.

Wieder einmal begab sich Englands Botschafter, Sir Neville Henderson, in die Reichskanzlei. Seit seiner letzten Unterredung mit Hitler hatte sich die Lage offensichtlich verschlechtert. Während die reichsdeutsche Presse über zunehmende Übergriffe gegen die deutsche Bevölkerung berichtete, war in der internationalen Presse über die polnische Mobilmachung zu lesen. Hitler übergab dem britischen Botschafter seine Antwort auf die britische Note, die Henderson keineswegs als überspitzt ansah bis auf jenen entscheidenden Satz, wo- einer polnischen Persönlichkeit für Mitt ch nach die Reichsregierung mit dem Eintreffen einer polnischen Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939 rechnete und mitteilte, daß Berlin bis zu diesem Zeitpunkt Vorschläge für eine akzeptable Lösung ausarbeiten werde, die dem polnischen Unterhändler und der britischen Regierung zur Verfügung gestellt würden.

Es gibt unterschiedliche Darstellungen über dieses zunächst ruhig begonnene Gespräch zwischen Hitler und dem britischen Botschafter. Die Auseinandersetzung dürfte sich an dem von Hitler gesetzten Zeitpunkt entzündet haben, mit dem er „die Dringlichkeit des Augenblicks" unterstreichen wollte, während Henderson diese Frist als unzureichend bezeichnete. Es soll hier eine entscheidende Passage aus den einschlägigen Quellen wie z. B. dem Britischen Blaubuch zitiert werden: „Diese Frist ist unzureichend", sagte Henderson. „Als Herr Chamberlain und Herr Daladier nach München gekommen sind, sind sie dort einen Tag, nachdem ihnen die Einladung zugegangen war, eingetroffen. Warum sollte der Vertreter der polnischen Regierung nicht ein gleiches tun? Es sind nur eineinhalb Flugstunden von Warschau nach Berlin . . ."



Hitler und Generale: Wird der Angriff nochmals widerrufen? Foto Ullstein (2)

„Nein! Es ist jetzt eine Woche, daß wir immer dasselbe wiederholen. Wir tauschen unablässig Noten und Antworten aus. Dieses unsinnige Spiel kann nicht ewig weitergehen. Die Ereignisse warten auch nicht. Kommen wir wieder auf den Boden der Tatsachen! Denken Sie an die Divisionen, die auf der Stelle treten, an die Soldaten, die zurückgehalten werden, an die Gewehre, die jeden Augenblick von allein losgehen können. Denken Sie daran, daß mein Volk Tag um Tag blutet . . ."

„Das polnische Volk könnte das gleiche behaupten . . ."

„Das ist noch ein Grund mehr dafür! Euch Engländern ist das natürlich völlig gleichgültig!"

Der französische Historiker Benoist-Méchin schreibt, als Henderson diese Worte vernommen habe, sei er zusammengezuckt, als „habe er einen Peitschenhieb mitten ins Gesicht erhalten, und verlor buchstäblich die Fassung. Er blickte Hitler fest ins Auge und rief so laut, daß es dessen Stimme übertönte: „Eine solche Beschuldigung ist ganz abscheulich! Die Engländer sind nicht so, wie Sie denken! Eine solche Äußerung gestatte ich keinem, nicht einmal Ihnen! Und schon gar nicht mir gegenüber, der ich, seit ich in Berlin bin, mit allen meinen Kräften unablässig dafür gekämpft habe, den Krieg zu verhüten und Blutvergießen zu vermeiden . . . Sie übertreiben immer! Wenn Sie den Krieg wollen, dann werden Sie den Krieg bekommen!"

Nach den Berichten, die der britische Botschafter an das Foreign Office in London gegeben hatte, hat Hitler auf diesen Ausbruch nicht unmittelbar geantwortet, sondern sich darauf beschränkt, die Stärke der deutschen Wehrmacht zu betonen. Dennoch kam das Gespräch in ruhigere Gewässer und gab Henderson Veranlassung, nach den Bedingungen zu fragen, die Hitler zu stellen beabsichtigte. Nach Hendersons Bericht hat Hitler die völlige Revision des Versailler Vertrages gefordert, „nämlich die Rückgabe Danzigs und des Korridors an das Deutsche Reich und bindende Zusicherungen für die Sicherheit der deutschen Minderheiten in Polen".

Dem Hinweis, daß er diese Erwartungen Hitlers nach London weitergeben werde, schloß Henderson an, England müsse erwarten, daß ein polnischer Unterhändler korrekt empfangen werde und die Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung geführt werden müßten. Hendersons nochmaliger Versuch, Hitler auf den üblichen diplomatischen Weg zu bewegen, was bedeutet hätte, daß die deutschen Vorschläge dem polnischen Botschafter zur Weiterleitung nach Warschau übergeben worden wären, fand bei Hitler keine Resonanz. „Wir haben eine ganze Woche mit unnützen Redereien verloren. Ich verlange eine klare Entscheidung."

In seine Residenz zurückgekehrt, memorierte Henderson noch einmal das Gespräch mit dem Reichskanzler und kam zu dem Schluß: „Alles in allem hat Hitler das englische Verhandlungsangebot angenommen. Er hat sich dazu bereit erklärt, in direkte Verhandlungen einzutreten. Als ich ihm die Frage stellte, was er unter „Lebensinteresssen" verstünde, hat er mir geantwortet, die deutsche Regierung werde unverzüglich annehmbare Vorschläge ausarbeiten und sie der britischen Regierung, wenn möglich noch vor dem Eintreffen des polnischen Unterhändlers, zur Verfügung stellen." Er bat sogleich den polnischen Botschafter Lipski zu sich, machte keinen Hehl daraus, daß er nicht daran glauben könne, daß Polen der hochmotorisierten Wehrmacht Hitlers mit Erfolg zu widerstehen vermöge und drang in ihn, seine Regierung zu veranlassen, ohne Verzug einen Bevollmächtigten nach Berlin zu schicken. In diesem Sinne bat Henderson auch seinen französischen Kollegen Coulondre um seine Einwirkung auf Paris, damit man von dort Warschau ebenfalls eine dringende Empfehlung geben werde.

Hendersons Empfehlung: Beck soll nach Berlin reisen

Gerade im Hinblick darauf, daß Italien mit Deutschland besonders verbunden war, bat Henderson dann auch den italienischen Botschafter in Berlin, Attolico, ebenfalls in Rom darauf hinzuwirken, daß die italienische Regierung ebenfalls in Warschau intervenieren und Oberst Beck anregen möge, eventuell selbst nach Berlin zu fahren. Diese Hoffnung auf Beck war das Fazit seiner Eindrücke, die Henderson aus den Gesprächen mit Hitler gewonnen hatte und sie sich auch in seinem Bericht an Lord Halifax niederschlug. Konnte Hitler damit rechnen, daß Beck selbst nach Berlin kommen würde. Zunächst einmal hat Beck in Gesprächen auf das Beispiel Hachas hingewiesen und erklärt, er werde einen solchen Gang nach Canossa niemals antreten. Er kannte im übrigen die öffentliche Meinung seines Landes, die mit ihm darin überstimmte, daß eine Rückgabe Danzigs nicht in Frage komme.

In Berlin hatte Hitler inzwischen einen Beraterstab, bestehend aus Diplomaten und Juristen, herangezogen, um jenes „Deutsch-polnische Abkommen" zu formulieren, das dem polnischen Unterhändler, den man für diesen 30. August erwartete, ausgehändigt werden sollte. Das Dokument erhielt schließlich folgende Fassung:

Der Text des von Hitler formulierten deutsch-polnischen Abkommens lautete:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder—Graudenz—Kulm—Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage dort wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von zwölf Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung — ganz gleich, wie diese ausgehen möge — die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow—Danzig bzw. Dirschau gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadaurch nicht berührt, d. h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf 1 km festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen-, bzw. Eisenbahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

8. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Bechwerden über wirtschaftliche oder physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart. Der vorliegenden Abmachung ist eine Karte beigefügt."

Wird fortgesetzt

Funkstille zwischen Berlin und Warschau